



103. Sitzung

Mittwoch, 11. Juli 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Kundenbefragung der Bürgerschaftskanzlei	5237 A
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	5237 B

Aktuelle Stunde

Fraktion der SPD:

Aus Verantwortung für Mieter, Verbraucher und andere – Öffentliche Unternehmen sind unverzichtbar für Hamburg	5237 C
Barbara Duden SPD	5237 C
Michael Waldhelm CDU	5238 B
Anja Hajduk GAL	5239 A, 5243 B, 5251 B
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	5239 D
Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin	5240 C
Dr. Leonhard Hajen SPD	5241 C
Barbara Ahrons CDU	5242 C
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	5244 A
Eugen Wagner, Senator	5244 C, 5250 B
Dr. Michael Freytag CDU	5245 C
Walter Zuckerer SPD	5246 B
Ortwin Runde, Erster Bürgermeister	5247 A, 5248 D
Ole von Beust CDU	5248 B
Rolf Kruse CDU	5250 A
Jan Ehlers SPD	5251 A

Fraktion der CDU:

UKE: Wer hat die Dinge treiben lassen?	5251 C
Dr. Roland Salchow CDU	5251 D
Wolfgang Marx SPD	5252 C
Peter Zamory GAL	5253 A
Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin	5253 C
Wolfgang Beuß CDU	5255 A
Helgrit Fischer-Menzel SPD	5255 D
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	5256 D
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	5257 C

Fraktion der GAL:

Flüchtlingsschiffe entlasten – Unterbringung in Wohnungen realisieren	
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	

Bericht des Innenausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	
– Drs 16/6322 –	5258 B

und

Antrag der Fraktion der CDU:

Bekämpfung der offenen Drogenszene	
– Drs 16/6325 –	5258 B
Ingo Kleist SPD	5258 C
Heino Vahldieck CDU	5259 C

Manfred Mahr GAL	5261 C	Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:	
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	5263 C	Klimaschutz in Hamburg	
Olaf Scholz, Senator	5265 A	– Drs 16/6351 –	5290 A
Dr. Martin Schäfer SPD	5266 C	Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	5290 A, 5291 D, 5293 B
Dietrich Wersich CDU	5267 A, B	Renate Vogel SPD	5290 D
Antje Möller GAL	5268 B	Hartmut Engels CDU	5291 A
Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	5269 B	Axel Bühler GAL	5291 C
Dr. Mathias Petersen SPD	5270 A	Michael Dose SPD	5292 A
Beschlüsse	5270 C	Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	5292 B
		Dr. Martin Schmidt GAL	5292 D
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Beschluß	5293 C
Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSFTG) – Drs 16/6353 –	5271 A	Senatsmitteilung:	
und		Abschlußbericht der Kommission Gesetzesüberprüfung Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG zum Benachteiligungsverbot und Stellungnahme des Senats – Drs 16/6309 –	5293 C
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		und	
Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft – Drs 16/6397 –	5271 A	Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:	
Wolfgang Beuß CDU	5271 A, 5279 A	Hamburgisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit und ohne Behinderung – Drs 16/6350 –	5293 C
Günter Frank SPD	5273 B, 5282 A	Dazu:	
Christa Goetsch GAL	5275 B, 5282 C	Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD:	
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	5276 D	Hamburgisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit und ohne Behinderung – Drs 16/6398 –	5293 C
Ute Pape, Senatorin	5277 B, 5280 D	Uwe Grund SPD	5293 D
Jens Rocksien SPD	5279 C	Frank-Thorsten Schira CDU	5295 A
Wolfgang Drews CDU	5281 A	Dr. Dorothee Freudenberg GAL	5295 C
Beschlüsse	5282 D	Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	5296 C
Bericht des Wissenschaftsausschusses:		Karin Roth, Senatorin	5297 A
Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes – Drs 16/6201 –	5283 A	Beschlüsse	5297 D
Dazu:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Mehr finanzielle Mittel für eine rechtsstaatlich einwandfreie Justizgewährung in Hamburg – Drs 16/6327 –	5298 A
Änderungen zur Senatsvorlage „Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes“ – Drs 16/6389 –	5283 A	Dr. Ulrich Karpen CDU	5298 A
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	5283 B	Rolf-Dieter Klooß SPD	5299 A
Wolfgang Marx SPD	5284 D	Beschluß	5300 A
Dr. Roland Salchow CDU	5285 C	Zwischenbericht des Bau- und Verkehrsausschusses:	
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	5287 C	Unfallsschwerpunkte in Hamburg – Drs 16/6281 –	5300 A
Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin	5288 B	Dr. Martin Schmidt GAL	5300 B
Beschlüsse	5289 C		

Rolf Polle SPD	5301 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Klaus-Peter Hesse CDU	5301 D	Verkehrskonzept	
Beschluß	5302 C	„Arena/Volksparkstadion“	
		– Drs 16/6186 –	5302 D
Senatsmitteilung:		Hans-Detlef Roock CDU	5302 D
Qualitative Weiterentwicklung der Hamburger Grundschulen und Standard- sicherung im Hamburger Schulwesen		Jürgen Schmidt SPD	5303 D
– Drs 16/6144 –	5302 C	Dr. Martin Schmidt GAL	5304 A
Beschluß	5302 D	Beschluß	5304 C

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße heute zwei Gebärdensprachdolmetscherinnen, die im ersten Teil unserer Sitzung für eine Besuchergruppe übersetzen werden. Herzlichen Dank, daß Sie heute gekommen sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch bis kommenden Freitag die Fragebögen für die Kundenbefragung der Bürgerschaftskanzlei abgeben können. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie bei dieser Umfrage mitmachen. Wenn Sie noch Fragebögen benötigen, finden Sie diese bei der Kanzleibank und können sie dort heute oder morgen abholen. Ich darf Ihnen noch einmal versichern, daß Ihre Antworten der strikten statistischen Geheimhaltung unterliegen. Sie werden an keine Person und keine Stelle außerhalb des Statistischen Landesamtes, das die Erhebung für die Bürgerschaftskanzlei auswertet, weitergegeben. Wenn Sie also die Befragung mitmachen wollen und die Fragebögen abgeholt haben, können Sie diese entweder hier neben der Kanzleibank oder auch bei Ihren Abgeordnetenfächern in die vorhandenen Urnen einwerfen. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn wir eine große Beteiligung hätten, denn Sie sind diejenigen, die nach vier Jahren Erfahrungen mit der Bürgerschaftsarbeit haben. Deswegen wäre es gut, wenn wir viel davon in der nächsten Legislaturperiode an die neuen Abgeordneten weitergeben könnten.

Meine Damen und Herren! In Abänderung der Empfehlungen des Ältestenrats haben die Fraktionen und die Gruppe vereinbart, den Tagesordnungspunkt 72 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 82 zu debattieren und den Tagesordnungspunkt 22 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 88.

Die Fraktionen und die Gruppe haben sich außerdem darauf verständigt, am Donnerstag eine Änderung in der Debattenreihenfolge vorzunehmen. Die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 85 und 86 sollen gegeneinander ausgetauscht werden.

Darüber hinaus mache ich Sie darauf aufmerksam, daß der Wissenschaftsausschuß seine Beratungen über die Drucksachen 16/6178 und 16/6179 – anders als ursprünglich vorgesehen – in einem Bericht zusammengefaßt hat. Dieser Bericht trägt die Nummer 16/6317 und wird morgen unter Tagesordnungspunkt 29 abgestimmt. Das bedeutet, daß der Tagesordnungspunkt 30 entfällt und die Drucksachennummer 16/6318 neu vergeben wird.

Somit kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Aus Verantwortung für Mieter, Verbraucher und andere – Öffentliche Unternehmen sind unverzichtbar für Hamburg

von der CDU-Fraktion

UKE: Wer hat die Dinge treiben lassen?

A sowie von der GAL-Fraktion

Flüchtlingsschiffe entlasten – Unterbringung in Wohnungen realisieren

Wir kommen zum ersten Thema, und Frau Duden wünscht das Wort. Sie haben es, bitte schön.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde mich in Anbetracht der Tatsache, daß die oft sehr schnell vorgetragenen Sätze heute übersetzt werden müssen, bemühen, langsam zu sprechen.

Hamburgs öffentliche Unternehmen leisten aus Sicht der SPD-Fraktion einen großen und unverzichtbaren Beitrag für die Menschen dieser Stadt. Das ist nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes bemerkenswert, dann natürlich auch, sondern wird seit vielen Jahren von Rednern der SPD immer wieder deutlich gemacht. In den alljährlichen Haushaltsberatungen gab und gibt es das allbekannte Ritual. Die CDU fordert den Verkauf von SAGA und GWG, und die Koalition lehnt mehr oder minder laut oder auch leise diesen Verkauf stets ab. Die Aussage ist klar und von uns Rednern immer wieder gemacht worden: Mit uns gibt es keine Spekulation mit SAGA und GWG, mit uns gibt es keinen Verkauf von Wohnungen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer sorgt denn dafür, daß es in Hamburg genug bezahlbaren Wohnraum gibt, wenn nicht SAGA und GWG? Wer sorgt denn dafür, daß es auch Wohnungsbestände für – wie Herr von Beust kürzlich so feinsinnig formuliert hat – nicht solide Sozialmieter gibt? Wer sorgt denn dafür, daß Wohnungen bereitgehalten und instand gesetzt werden mit immerhin einem Betrag in diesem Jahr von 550 Millionen DM, wenn nicht SAGA und GWG? Wer sorgt denn dafür, daß Mieterinnen und Mieter nicht der Spielball von Spekulanten werden, wenn nicht die Politik der rotgrünen Koalition in dieser Stadt?

(Beifall bei der SPD)

Die soziale Kompetenz von Politik zeigt sich vor allem daran, daß es ausreichenden sozialen Wohnungsbau und bezahlbare Mieten in dieser Stadt gibt; das ist nicht selbstverständlich. Wer zum Beispiel die Entwicklung in Städten wie München sieht, weiß, daß es auch andere Wege in dieser Politik gegeben hat.

(*Rolf Kruse* CDU: Aber weniger Arbeitslose!)

Hamburg hat in dieser Frage den richtigen Weg eingeschlagen;

(Beifall bei der SPD und der GAL)

in vielen Bereichen und vielen Bezirksversammlungen auch gegen die Politik der CDU – das muß man einmal sagen.

Bezahlbare Wohnungen und eine soziale Politik für Mieter sind für uns Sozialdemokraten das Herzstück unserer Familienpolitik. Hamburg ist die Mieterhochburg des Nordens, weil wir Ausverkauf und Spekulation zu Lasten von Familien und Beziehern kleinerer Einkommen nicht wollen.

(*Dr. Michael Freytag* CDU: Niemand will das; das will doch kein Mensch!)

– Das ist nicht von mir, sondern aus dem SPD-Wahlprogramm. – Gleichwohl ist es das, was wir für diese Stadt immer gemacht haben und auch in Zukunft fordern.

Doch nun zu den Positionen der CDU. Etwas vorsichtiger geworden, sagte Herr von Beust in den Interviews der letzten Wochen, die 400 Staatsbetriebe sollten nach und nach privatisiert werden. Nach und nach ist neu, aber Sie werden uns das sicher gleich sehr beredt erklären. Ihre Aufregung können Sie sich sparen, Sie können selber etwas dazu sagen.

Daraus sollen kurzfristig 2 bis 3 Milliarden DM realisiert werden; im Wahlprogramm stehen 5 bis 10 Milliarden DM. Auch da wird klar, daß es im wesentlichen darum geht, daß die CDU in ihren Forderungen etwas vorsichtiger geworden ist. Eigentlich wollen Sie damit den Haushalt sanieren und eine Menge von wunderbaren Dingen finanzieren: Mehr Staatsanwälte, mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr, mehr und mehr. Wie verträgt sich dieses Mehr mit dem unterschieden Weniger aus den letzten Haushaltsberatungen, nämlich weniger Bedienstete in einer Größenordnung von Tausenden, sozusagen die Abschaffung des halben öffentlichen Dienstes dieser Stadt, was Sie hier immer und immer wieder propagiert haben?

(Beifall bei der SPD – *Jürgen Mehlfeldt* CDU: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

– Wenn Sie nicht immer so aufgeregt dazwischengerufen hätten, hätten Sie mitgekriegt, was wir wollen, das ist ganz eindeutig.

(*Barbara Ahrons* CDU: Bis jetzt haben Sie nur von uns geredet!)

Unter den von Ihnen vorgeschlagenen zu verkaufenden Unternehmen sind natürlich auch SAGA, GWG und HVV. Dazu gibt es auch wieder eine Aussage von Herrn von Beust im „Hamburger Abendblatt“ vom 20. April:

„Es ist doch besser, soliden Sozialmietern“

– da sind sie wieder –

„die Wohnungen extrem günstig zu verkaufen.“

Bei dieser Gelegenheit will ich einen kurzen Schlenker zum ÖPNV machen. Wer Urlaub in Skandinavien, auf Bornholm oder auch in England macht, wird sehen, wie effektiv ein privater öffentlicher Nahverkehr ist; die Erfahrung gönne ich Ihnen.

(*Dr. Michael Freytag* CDU: Bornholm ist mit Hamburg gut zu vergleichen!)

Aus diesen Äußerungen der CDU können Mieterinnen und Mieter, aber auch die Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen erkennen, auf welch gefährlichen Schlingerkurs man sich mit der CDU bei der Frage, wer die Verantwortung in dieser Stadt trägt, einläßt. Wir nehmen diese Verantwortung ernst, mit uns gibt es keinen Privatisierungssirreweg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Waldhelm.

(*Ole von Beust* CDU: Sag mal was zu Bornholm!)

Michael Waldhelm CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Duden, zum Stichwort Bornholm: Bornholm gehört zu Dänemark, und Dänemark gehört nicht zu Skandinavien.

Eine andere Vorbemerkung: Sie können Ver.di Bescheid sagen, daß Sie den Auftrag erfüllt und Ihre Hausaufgaben

(Barbara Duden SPD)

- A gemacht haben. Das Wichtige, was uns Ver.di in den letzten Tagen gesagt hat, haben Sie auch rübergebracht, das ist also zur Kenntnis genommen worden.

(Barbara Ahrons CDU: Ver.di ist die neue Partei!)

Eine weitere Vorbemerkung: Sie haben die Haltung der CDU zum Verkauf von Wohnungen angesprochen; dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen.

Erstens: Wir haben den Verkauf der Wohnungen unter der Voraussetzung gefordert, daß sie den Mietern angeboten werden, daß die Mieter bereit sind, die Wohnungen zu kaufen; dann wird verkauft und sonst nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Schauen wir einmal 100 Kilometer nördlich nach Kiel. Vor zwei Monaten haben Frau Simonis und Herr Möller, beide SPD, 25 000 landeseigene Wohnungen an einen privaten Hamburger Investor verkauft.

(Barbara Duden SPD: Das war ein großer Fehler!)

Werfen Sie uns doch bitte nicht das vor, was Sie nicht wollen, sondern schauen Sie einmal, was Ihre Genossen woanders machen.

(Beifall bei der CDU)

Aber zu den öffentlichen Unternehmen gehören nicht nur GWG und SAGA. Das „Hamburger Abendblatt“ hat vor zwei Monaten über mehrere Tage einen Bericht über die Problematik der öffentlichen Unternehmen unter der Überschrift „Konzern Hamburg außer Kontrolle?“ gemacht. Das Fragezeichen lassen wir im Moment einmal so stehen, nachher wollen wir es streichen. Dieser Konzern Hamburg umfaßt 400 Beteiligungen. Hamburg hat in diesem Konzern ein Eigenkapital von 22 Milliarden DM; das ist mehr als unser jährlicher Haushalt. Dieser Konzern Hamburg hat eine Investitionssumme von 2 Milliarden DM pro Jahr und 50 000 Beschäftigte.

B

Meine Damen und Herren! Jeder Konzern der privaten Wirtschaft würde sich bei diesen Zahlen zunächst einmal überlegen, wie er sich entflechten kann, damit er sich besser kontrollieren und besser auf dem Markt positionieren kann, und was er davon wirtschaftlich vernünftig, meinetwegen auch sozialverträglich, veräußern kann. Das heißt, wenn dieser Konzern entflochten werden soll, muß überprüft werden, welche Aufgaben wahrgenommen und welche Aufgaben nicht wahrgenommen werden müssen. Wir wollen nicht alles privatisieren. Was staatlich gemacht werden soll, soll der Staat auch weitermachen, und was Private besser machen können, machen künftig die Privaten; das ist doch vollkommen klar.

(Beifall bei der CDU)

Messe, Nordwest Lotto und Toto, Stadtreinigung, Falkenried, HHLA, HADAG, Stadtentwässerung sind alles Bereiche, wo wir zu dem Entschluß gekommen sind, daß hier eine Privatisierung vonnöten ist.

Warum Sie da nicht heran wollen – das ist jetzt ein Kernpunkt –, hat Frau Nümann-Seidewinkel im „Hamburger Abendblatt“ vor einiger Zeit einmal ganz deutlich gesagt. Sie hat zum Stichwort Falkenried gesagt – ich zitiere –:

„Falkenried entstand als Unternehmen, das städtische Busse repariert. Daß die Hamburger Hochbahn ihre Busse gern selbst repariert und die Margen nicht Privatunternehmen zukommen lässt, kann man ja verstehen.“

Ich verstehe das nicht, das ist falsch.

(Beifall bei der CDU)

Solange in den Köpfen der Senatorinnen und Senatoren solche Denkweisen vorhanden sind, den Privaten nichts zukommen lassen zu dürfen, bekommen wir den Konzern Hamburg nicht unter Kontrolle, und deswegen ist das Fragezeichen im „Abendblatt“-Bericht auch nicht angebracht.

(Günter Frank SPD: Wer hat das denn gesagt?)

Wir brauchen in diesem Bereich eine neue Politik. So geht das nicht mehr weiter, und wir hoffen, daß diese neue Politik Ende des Jahres anfangen kann zu greifen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg hat eine ganze Menge meist ziemlich bis sehr effizienter öffentlicher Unternehmen, und das ist gut so, vor allem für die Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Das kann besser werden!)

Ich verstehe es als Aufgabe der GAL, eigentlich als Aufgabe aller Parlamentarier, zu sagen, Maßstab ist, ob die Aufgabe für die Bürgerinnen und Bürger effizient und preisgünstig erfüllt wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Orientierung am Verbraucher ist der CDU nicht so eigen, uns aber sehr wohl.

D

Ich möchte vier Punkte nennen. Die öffentlichen Unternehmen sind Instrumente zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, und sie bringen dem Bürger eine sehr dienstleistungsorientierte Verwaltung. Sie sind im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung verstärkt eingesetzt worden, und das hat die Dienstleistungsorientierung für den Bürger verbessert. Diesen wichtigen Aspekt lassen Sie bei Ihrer Argumentation grundsätzlich beiseite. Ich will zwei Beispiele nennen, die bei der CDU ausdrücklich zum Verkauf anstehen, das sind die Hamburger Stadtreinigung und die Stadtentwässerung.

Zuerst zur Stadtreinigung: Die Hamburger Stadtreinigung hatte in den letzten Jahren kleine moderate Gebührenerhöhungen und in 2001 eine Gebührenerhöhung. Das kann man differenziert bei den Siedelgebühren sehen, aber genauso beim Hausmüll. Es war auch Koalitionsziel, die Gebührentwicklung für die Bürger unter den Steigerungsraten des Preisindex zu halten. Das ist gelungen, und das ist keine Selbstverständlichkeit; darauf komme ich später noch zurück.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens möchte ich aber auf einen Satz von Ihnen eingehen, Herr Waldhelm. Sie haben eine Überschrift in einer Hamburger Zeitung zitiert mit Fragezeichen und meinten, daß am Schluß Ihrer Rede das Fragezeichen weg sei; da sind Sie aber jeglichen Nachweis schuldig geblieben. Wenn Sie sagen, die öffentlichen Unternehmen seien außer Kontrolle, dann möchte ich das gerne von Ihnen belegt haben. Daß Sie das kritisch anmerken wollen und wir das auch tun, ist in Ordnung, aber Sie bleiben ständig den Nachweis schuldig, wo denn die Kontrolle fehlt, und ma-

(Michael Waldhelm CDU)

- A chen zum Beispiel im Unterausschuß öffentliche Unternehmen oder hier im Parlament den Beteiligungsbericht im Grunde gar nicht zum Thema.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Vergleich mit den anderen Stadtstaaten ist das – das mögen Sie vielleicht nicht richtig zur Kenntnis nehmen –, was wir an Controlling und an Steuerung der öffentlichen Unternehmen in Hamburg haben und was wir an sehr umfangreichem Material über die öffentlichen Unternehmen bekommen, vorbildlich. Wir haben vielleicht Defizite in der parlamentarischen Behandlung dieser Berichte, da bin ich mit Ihnen einer Meinung, aber wir können dem Senat keinen Vorwurf machen, daß wir die uns zur Verfügung gestellten Informationen nicht hinreichend diskutieren; das finde ich ein schwaches Argument.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Jürgen Mehlfeldt CDU: Kann der Rechnungshof das nicht prüfen?)

– Ja, Herr Mehlfeldt, der Rechnungshof hat in der Regel bei den öffentlichen Unternehmen die Prüferlaubnis. Auch das stellen wir immer gemeinsam fest und hatten es auch als Thema im Unterausschuß.

Ich möchte aber noch auf einen Punkt eingehen, der nicht zuletzt genannt werden darf. Unsere öffentlichen Unternehmen sind auch wichtige Instrumente zum Erreichen ökologischer Ziele. Die Stadtentwässerung enthält ausdrücklich Ziele des Elbe- und Alsterentlastungskonzepts, und bei der Stadtreinigung ist die umweltschonende Entsorgung von Abfällen im Zielbild verankert. Verbraucherorientierte Politik heißt auch, daß die Bürger eine Daseinsvorsorge erhalten, die ökologisch orientiert und ökologisch fortschrittlich ist und sich nicht nur im Preis niederschlägt.

- B Ich möchte etwas zu den Privaten sagen, weil Sie immer so schnell mit der Aussage bei der Hand sind, wenn das Private machten, werde es besser gehen. Uns liegen jetzt Daten vor. Wir haben uns anlässlich dieser Debatte noch einmal angeguckt, wie es sich denn mit den Preisen bei den Wasserwerken verhält. Das ist ja ein rentierliches öffentliches Unternehmen, das Sie auch verkaufen und damit andere schöne Dinge machen wollen. Die Wasserwerke in Hamburg haben seit Jahren einen stabilen Preis. Wenn Sie einmal in die neuen Länder nach Rostock und Potsdam gucken, so gibt es dort ein privates Unternehmen, das den Wasserpreis bestimmt, und dort hat es seit 1996 fast kontinuierlich Preiserhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger gegeben. In Potsdam hat dies im übrigen bei der letzten Erhöhung dazu geführt, daß der Kontrakt mit dem Unternehmen gekündigt wurde. Den Nachweis, daß die Hamburger Wasserwerke für die Bürgerinnen und Bürger eine vernünftige, unter ökologischen und Preisgesichtspunkten gute Politik machen, können wir erbringen, und Sie können mir nicht den Nachweis erbringen, daß sie schlechter organisiert seien.

Ich werde mich in der Debatte noch einmal zu Wort melden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Duden, wenn Sie Ihren Koalitionspartnern demnächst wenigstens das Thema der Aktuellen Stunde im Vorfeld mitteilen würden, dann wür-

den nicht zwei völlig unterschiedliche Debatten geführt werden. Vielleicht hätten Sie dann auch eine Chance, mit dem durchzukommen, was Ihnen scheinbar am Herzen liegt,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist doch Kasperkram!)

nämlich sich selbst noch einmal zu versichern, daß SAGA und GWG nicht verkauft werden sollen, was ja keine Selbstverständlichkeit mehr ist, wenn man liest, daß Herr Strieder in Berlin 72 000 Wohnungen verkaufen möchte.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hier ist Hamburg!)

Deswegen ist man schon froh, wenn sich sozusagen noch vor der Wahl die Sozialdemokratie genötigt fühlt, das Richtige zu tun, nämlich zu sagen, wir verkaufen keine Wohnungen von SAGA und GWG.

(Dr. Holger Christier SPD: Ist doch gut!)

– Das ist schön. – Nun muß ich leider sagen, daß ich auch in Frage 3 kleine eklige Haare in dieser Suppe finde.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist das dritte Thema!)

– Pfui, das finde ich auch, das ist ein schönes Stichwort, danke. – Eines der Haare bezieht sich auf SAGA und GWG, denn öffentliche Unternehmen sind kein Selbstzweck. Sie haben auch versucht, das darzustellen und die besondere soziale Kompetenz dieser Unternehmen herauszuarbeiten.

Nun haben wir gerade Dramatisches in der Zeitung gelesen, daß nämlich die Flüchtlingsschiffe im Hafen dramatisch überbelegt sind. Die besondere soziale Verantwortung eines städtischen Wohnungsunternehmens besteht darin, ein Wohnungskontingent zur Verfügung zu stellen, um endlich Menschen in Wohnraum unterzubringen, die dringend Wohnraum brauchen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das wäre eine soziale Aufgabe dieses Unternehmens.

Das zweite eklige kleine Haar, das ich in Ihrer Suppe finde – Frau Duden, Sie können mich ruhig angucken, Sie müssen nicht so bemüht Ihren Blick gleiten lassen –, ist, daß dennoch Wohnungen in Hamburg verkauft werden, und zwar relativ weiträumig. Es ist mitnichten so, daß keine städtischen Wohnungen in Höchstgebotsverfahren veräußert werden, wie hier der euphemistische Titel ist, und daß man sehr wohl in größerem Umfang Spekulationen betreibt.

Wenn Sie Ihre Aussage darauf ausdehnen würden, daß alle städtischen Wohnungen auch städtisch bleiben, dann wäre das zumindest eine Aussage, die Herrn Strieder noch dreimal toppen könnte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das dritte Haar in der Suppe ist etwas, das durchaus in der Lage ist, die beiden verschiedenen Diskussionen, die hier geführt worden sind, zusammenzuführen. Der Geschäftsführer der SpriAG – der hier auch gelegentlich rumsitzt, heute nicht – sagt zum Beispiel, daß er sich mit seinem Unternehmen nicht mehr an die Vergaberichtlinien halten möchte. Darüber ist die Handwerkskammer zu Recht erbost, daß öffentliche Unternehmen dadurch, daß sie selbstständig werden oder in andere Rechtsformen übergehen, sich plötzlich nicht mehr an Tarife und sonstige Vergaberichtlinien der Stadt halten müssen. Das kann nicht sein, und darauf müssen auch SAGA und GWG verpflichtet werden, und zwar dauerhaft. Dann weiß man auch,

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A wozu öffentliche Unternehmen wirklich notwendig sind. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel.

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Beim Thema öffentliche Unternehmen gibt es seitens der CDU eigentlich nur Schwarzweißmalerei, nämlich: Privat gleich gut, öffentlich gleich schlecht.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das hat niemand behauptet!)

– Das hat Herr Waldhelm gerade überzeugend vorgetragen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Zeigen Sie, wo er das gesagt hat! – Karl-Heinz Warnholz CDU: Polemik!)

Die CDU lebt von der Behauptung, privat gleich gut, öffentlich gleich schlecht. Von daher ist es konsequent, wenn sie möglichst schnell ohne Rücksicht auf Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger, für den Haushalt und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alles verkaufen will. Das Ergebnis einer solchen Politik der Kahlschlagprivatisierung sind: Steigende Preise, sinkende Versorgungssicherheit und schlechte Qualität. Alles zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Dann zählt nur noch das Renditeinteresse derjenigen, die das Geschäft übernommen haben.

B

(Dr. Michael Freytag CDU: Das ist Schwarzweiß!)

Umweltschutz, Arbeitsplätze, Standortinteressen spielen dann keine Rolle mehr, von sozialer Verantwortung und kulturellen Aspekten ganz zu schweigen. Im Gegensatz dazu, Herr Kruse, handelt der Senat konsequent, pragmatisch und erfolgreich.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Reden Sie mal über Hamburg!)

Wir gestalten unsere schöne Stadt. Auch im Bereich der öffentlichen Unternehmen. Die Geschichte der öffentlichen Unternehmen, Herr Reinert, ist eine Erfolgsstory, und ich bin sehr stolz, daß der Senat mit dem Ersten Bürgermeister Ortwin Runde an der Spitze dieses alles erreicht hat. Ich kann Ihnen passend zur Urlaubszeit eine höchst spannende Lektüre empfehlen, nämlich den vierten Beteiligungsbericht; lesen Sie diesen doch einmal im Urlaub.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dort können Sie die Erfolgsstory im einzelnen nachlesen und sie überprüfen, Herr Reinert, und dann werden Sie anschließend ganz still sein.

Unternehmen der Privatwirtschaft gelten dann als am Markt erfolgreich, wenn sie zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen kostengünstig produzieren und in großer Menge absetzen können. Maßstab für das Unternehmen ist dabei in erster Linie der realisierte Gewinn, für die Anteilseigner der Shareholder value. Öffentliche Unternehmen sind dann erfolgreich, wenn sie ihre Produkte versorgungssicher und flächendeckend in guter Qualität kostengünstig an die Verbraucher abgeben können; Maßstab ist also die Erfüllung inhaltlicher Anforderungen. Dies macht

den entscheidenden Strukturunterschied zur Privatwirtschaft aus. Private Unternehmenstätigkeit ist grundsätzlich renditeorientiert. Produkte bei Privaten sind Mittel zum Zweck, bei öffentlichen Unternehmen steht grundsätzlich das Produkt im Vordergrund: Öffentliche Unternehmen sind Instrumente zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

C

(Rolf Kruse CDU: Wenn das so wäre, wäre das gut!)

Es stimmt übrigens nicht, daß private Unternehmen per se immer wirtschaftlicher arbeiten als öffentliche Betriebe; darauf hat Frau Duden schon hingewiesen. Wenn Sie in England einmal das Nahverkehrssystem benutzen, dann haben Sie wirklich das Gefühl – im Gegensatz zum hervorragenden öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg –, ein Jahrhundert zurückversetzt zu sein.

Hamburgische öffentliche Unternehmen haben ihre wirtschaftliche Leistungskraft unter Beweis gestellt, und das möchte ich an einzelnen Beispielen noch einmal aufführen. Die Wohnungsbauunternehmen GWG und SAGA sichern zum Beispiel unabhängig von Schwankungen auf dem Wohnungsmarkt eine ausreichende und bezahlbare Wohnraumversorgung insbesondere für einkommensschwache und sozial benachteiligte Menschen. Die Hamburger Hochbahn hat ihr Defizit heute spürbar reduziert. Der Kostendeckungsgrad ist mit 82,3 Prozent im Bundesvergleich Spitze. Wer hätte gedacht, daß es einen solchen Kostendeckungsgrad bei einer solchen Qualität geben würde, wenn man sich die Zahlen von vor zehn oder fünfzehn Jahren anschaut.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Hamburger Wasserwerke halten den Arbeitspreis für Wasser seit fünf Jahren stabil, und der Wasserverbrauch konnte trotzdem weiter gesenkt werden.

D

Zur Hamburger Stadtentwässerung nur der Hinweis, daß die Sielbenutzungsgebühr seit 1998 stabil ist.

Zur Stadtreinigung: Die Behältergebühren für die Entsorgung des Hausmülls wurden zum 1. Januar 2001 um 2,1 Prozent gesenkt. Bei der Gehwegreinigung sind die Gebühren zum 1. Januar 2001 stabil geblieben.

Zum Hamburger Flughafen: Er ist der älteste bestehende deutsche Flughafen und einer der ertragsstärksten. Mit der Teilprivatisierung ist eine strategische Allianz für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Flughafens und seiner Positionierung im internationalen Wettbewerb geschaffen worden.

Sie sehen: Die öffentlichen Unternehmen erbringen nicht nur wichtige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sie wirtschaften auch überaus erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Öffentliche Unternehmen stellen hochwertige harte und weiche Infrastrukturfaktoren zur Verfügung, die für den Standort Hamburg unverzichtbar sind. Ohne diese Beteiligungen in ihrem Besitz könnte die Stadt nicht annähernd so aktiv, flexibel und wirtschaftlich erfolgreich die Bereitstellung dieser Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gewährleisten.

Die Entscheidung der Stadt, diesen Sicherstellungsauftrag durch eigene Unternehmen zu erfüllen, ist ökonomisch und politisch vernünftig. Die Unternehmen sind aber auch geeignete Instrumente, um die Lebensverhältnisse in Hamburg sozial zu gestalten. Und das ist unsere Aufgabe. Nur so werden wir den berechtigten Ansprüchen der Ham-

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

A burgerinnen und Hamburger gerecht. Dieser Senat, meine Damen und Herren, will einen aktiven Staat, keinen Nachwächterstaat ordoliberalen Prägung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir wollen kein Verschleudern von Staatseigentum. Im Interesse der Menschen, der Hamburgerinnen und Hamburger: Wir brauchen öffentliche Unternehmen. Die wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge in Hamburg dürfen nicht von kurzfristigen Profitinteressen abhängen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Professor Hajen.

(*Rolf Kruse CDU:* Wollen Sie zu den Ordoliberalen etwas sagen?)

Dr. Leonhard Hajen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kruse, natürlich kann ich etwas zu den Ordoliberalen sagen. Der große Walter Euken hat gesagt, es käme immer auf Prinzip und Moment an.

(*Rolf Kruse CDU:* Aber jenseits von Angebot und Nachfrage!)

Es kann im Prinzip etwas richtig sein und im historischen Moment falsch. Was die CDU ständig falsch macht, ist, daß Sie Prinzipienreiter sind, daß Sie Ideologen sind, daß Sie Maßstäbe setzen und sagen, hier ist der Markt, und definieren diesen im Sinne eines falsch verstandenen Walter Euken dann als ein Idealbild der vollkommenen Konkurrenz und sagen, alles, was über den Markt läuft, ist besser. Und das ist einfach falsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Michael Freytag CDU:* Das ist Ihre Wahrnehmung!)

Es ist doch eine Frage des Maßstabes, und unser Maßstab ist nicht die Ideologie,

(*Barbara Ahrons CDU:* Das ist nur Ideologie, staatliches Lenken!)

daß wir sagen, Markt – der unbestritten große Erfolge hat –, sondern unser Maßstab als Politiker in dieser Bürgerschaft ist: Was ist gut für Hamburg, was ist gut für die Hamburger Bürger, und was ist gut für die Hamburger Unternehmen?

(Beifall bei der SPD)

Insofern hat Herr Waldhelm die richtige Frage gestellt, daß er gesagt hat, was soll der Staat tun? Und da geht es um Kriterien. Ich glaube auch, daß es nicht beliebig ist, sondern wir müssen entscheiden. Der Staat soll das Richtige tun,

(*Barbara Ahrons CDU:* Richtig, staatliches Lenken!)

und dann soll er es auch möglichst noch richtig machen. Da geht manchmal etwas schief – so ist das in der Realität –, aber die Kriterien sind eindeutig, daß wir sagen, wir wollen öffentliche Unternehmen als Instrumente benutzen, als Instrumente auch für Politik. Es ist hier schon viel dazu gesagt worden. Wir brauchen das für Verteilungszwecke. Wo ist denn Ihre Antwort auf sozialverträgliche Privatisierung, wenn wir über Wohnungsbestände reden.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Wozu brauchen wir die Landesbank?)

C Gucken Sie sich das Mietniveau in Hamburg im Vergleich zu anderen Städten an. Gucken Sie sich die Problemgruppen auf dem Wohnungsmarkt an. Wie wollen wir das denn anders lösen als mit unseren eigenen Instrumenten?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht aber nicht nur um personelle Verteilung, sondern ich möchte auch als Politik dazu beitragen, daß zum Beispiel ökonomische Aktivität in Hamburg stattfindet.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Die findet ja nur im Staat statt. Gut, daß wir den Staat haben!)

Stichwort Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft. Was meinen Sie, wie leidenschaftlich Bremer Bürgerschaftsabgeordnete noch darüber reden können, was bremische Hafenpolitik ist? Nämlich gar nicht. Da habe ich sehr wohl ein Interesse, daß wir uns in Europa an der Nordseeküste positionieren und auch Handlungsinstrumente haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für mich völlig unbestritten, daß wir wahrscheinlich einen tollen Gewinn mit der HHLA machen können, daß da internationale Investoren Schlange stehen würden, um dieses Unternehmen in die Hand zu bekommen, aber, ob wir hinterher noch die Verkehre in Hamburg haben, das können Sie mir nicht beantworten, und darum geht es bei Politik.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU:* Der Flughafen wird auch zugemacht!)

Sie spielen sich ja gerne als die Robin Hoods für die kleinen und mittelständischen Betriebe auf. Was passiert denn im Moment im Bankensektor? Wo bleibt denn der Mittelstand, wenn wir die öffentlichen Sparkassen nicht mehr haben, wenn wir nicht mehr den Genossenschaftssektor Banken haben?

(*Barbara Ahrons CDU:* Und jetzt tun Sie noch so, als würden die öffentlichen Banken Ihnen gehören!)

Darüber laufen Dreiviertel der Kredit- und Gründungsgeschäfte. Was interessiert das denn noch die Großbanken? Sehr wohl spielt Eigentum hier eine wichtige Rolle, und wir müssen bei allen unseren Handlungen gucken, was Konzentration auf Märkte bedeutet und wo öffentliche Unternehmen auch Handlungsinstrumente sein können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und der letzte Punkt. Das alles fällt zusammen im Shareholder-value-Begriff. Mit Verlaub, wenn das Interesse der Unternehmensleitung ausgerichtet sein muß auf den Aktienwert, dann schließt es langfristige Ziele häufig aus. Dann geht es um die kurzfristige Maximierung von Aktienkursen. Selbst das Unternehmen, das sagt, daß es falsch ist, wird sich dem nicht entziehen können, weil der, der nicht auf seinen Aktienkurs achtet und ihn niedrig hält, morgen aufgekauft ist. Möchten Sie eine Situation haben, daß in Deutschland die Wasserwerke nur noch von einem französischen Großunternehmen betrieben werden? Ich nicht.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Das will keiner! Wir auch nicht!)

Deswegen ist eine Antwort auf Shareholder value, daß wir öffentliches Eigentum auch durchsetzen müssen, um öffentliche Ziele durchsetzen und die Interessen von kleinen und mittleren Betrieben und der Menschen in Hamburg wahren zu können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Dr. Leonhard Hajen SPD)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Ahorns.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Das war nun eine ideologische Rede pur, Herr Senator a. D. Hajen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen doch, daß die Zahl der öffentlichen Unternehmen in Hamburg unaufhaltsam weiter wächst, und die Senatorin ist auch noch sehr stolz darauf. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es nach meiner Kenntnis ein derart weit verzweigtes Netz von öffentlichen Unternehmen.

Es ist ein unübersichtlicher Wirtschaftsriese mit über 46 000 Mitarbeitern entstanden,

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Nur für Sie unübersichtlich! – *Dr. Holger Christier SPD:* Gucken Sie doch rein! Nichts ist unübersichtlich!)

der sich nicht an die strengen Veröffentlichungsregeln einer Aktiengesellschaft oder der öffentlichen Hand halten muß. Ein Wirtschaftsriese, der so konstruiert ist, daß er jederzeit die Gewinne von einem starken Bereich zu einem schwächeren umleiten kann. Es gibt zum Beispiel öffentliche Handwerksbetriebe, die – in Konkurrenz zu den privaten – seit über 20 Jahren keinen Gewinn mehr machen. Jedes private Unternehmen wäre längst weg vom Markt. Diese völlig falsche Entwicklung hat Anfang der neunziger Jahre ihren Ursprung genommen. Bürger und Steuerzahler auf der einen, leere Staatskassen auf der anderen Seite zwingen Hamburg zu mehr Wirtschaftlichkeit und Kostenbewußtsein.

(*Günter Frank SPD:* Das ist doch gut!)

B Das ist an sich sehr zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Doch seither haben Senat und öffentliche Unternehmen unter dem Deckmantel angeblicher Privatisierungsmaßnahmen

(*Dr. Holger Christier SPD:* Da sind wir noch kostenbewußter geworden! Siehe HVV!)

und unternehmerischer Flexibilität ihren Tätigkeitskreis kontinuierlich erweitert, neue Geschäftsfelder erschlossen

(*Erhard Pumm SPD:* Wo ist die Kritik?)

und dabei die eigentliche Aufgabe, nämlich nur die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherzustellen, vollständig aus den Augen verloren.

(Beifall bei der CDU)

In Paragraph 65 der Landeshaushaltsordnung sind die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Betätigung Hamburgs geregelt. Voraussetzung ist nach diesen Bestimmungen ein wichtiges staatliches Interesse zum einen und zum anderen, daß der angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise zu erreichen ist. Der Begriff „staatliches Interesse“ ist bedauerlicherweise ein sehr unbestimmter Rechtsbegriff, der seit jeher vom Senat politisch instrumentalisiert wird.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Leidtragende sind insbesondere die unzähligen kleinen und mittelständischen Betriebe Hamburgs.

(Beifall bei *Jürgen Mehlfeldt* CDU)

Immer stärker sind sie dem unfairen Wettbewerb durch die öffentlichen Unternehmen ausgesetzt, die in zahlreichen Branchen bereits Unternehmerexistenzen bedrohen, ja sogar zum Teil vernichtet haben. Und das soll dem staatlichen Interesse Hamburgs dienen? Private Unternehmen erbringen Leistungen besser und wirtschaftlicher als die öffentliche Hand.

Das aktuellste Beispiel ist doch die TexiG, der neu gegründete Wäschereibetrieb des Landesbetriebes Krankenhäuser.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Immer wieder kritisierte der Rechnungshof die im Vergleich zur Privatwirtschaft viel zu hohen Kosten dieser städtischen Wäschereibetriebe.

(*Erhard Pumm SPD:* Wo wäre denn die Wäscherei hingekommen?)

Doch auch hier zeigte sich der Senat beratungsresistent und verantwortungslos. Statt hier zu privatisieren und diese Aufträge an die mittelständischen Hamburger Unternehmen zu geben, wurde für 30 Millionen DM aus öffentlichen Mitteln ein neuer Wäschereibetrieb gegründet,

(*Ingrid Cords SPD:* In Hamburg!)

natürlich viel zu groß, um auch nur im Ansatz einen wirtschaftlichen Betrieb sicherzustellen. Retter in der Not sollen jetzt die privaten Kunden sein, die die TexiG auf dem privaten Markt gewinnen will. Leidtragende sind dabei wieder die privaten Wäschereien, denen die TexiG nicht nur die Aufträge aus dem LBK wegnimmt, sondern auf dem freien Markt auch noch die Aufträge abspenstig machen wird,

(*Erhard Pumm SPD:* Welche denn? Wo denn?)

denn die TexiG spielt wie alle öffentlichen Unternehmen im freien Wettbewerb mit gezinkten Karten, praktisch ohne Konkursrisiko, steuerlich bessergestellt und oftmals deutlich günstiger refinanziert als der private Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU)

Und das, meine Damen und Herren, soll dem staatlichen Interesse Hamburgs dienen? Frau Nümann-Seidewinkel, erzählen Sie uns bitte nicht wieder, das mit der günstigen Refinanzierung stimme nicht. Sie haben in den Jahren 1995 bis 1998 dem Landesbetrieb Krankenhäuser Betriebsmittelkreditzinsen in zweistelliger Millionenhöhe erlassen. Nennen Sie mir bitte eine Bank, die so etwas für einen privaten Unternehmer tun würde.

Zum Schluß ein weiterer Punkt. Der Senat entzieht den öffentlichen Unternehmen fast vollständig und systematisch die parlamentarische Kontrolle durch die Bürgerschaft.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Liebe Frau Hajduk, Sie sitzen selbst im Rechnungsprüfungsausschuß. Der Rechnungshof hat das sehr stark moniert, und ich glaube, da sollten wir einmal hinhören.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, Sie müssen den Rechnungshof jetzt aber auch nicht falsch zitieren. Der Rechnungshof wirft

C

D

(Barbara Ahrons CDU)

A manchmal schon die Frage auf, ob dieses oder jenes öffentliche Unternehmen noch gemäß seinem Zielbild arbeitet. Das mögen wir uns doch auch zu eigen machen, und das wird einzeln gemacht. Im übrigen stehen uns auch diese Informationen zur Verfügung, und wir Politiker sind aufgefordert, im Einzelfall politisch zu rechtfertigen oder zu verändern, was mit einem öffentlichen Unternehmen geschieht. Aber es wird nie pauschal verurteilt, und diese Behauptung können Sie auch nicht dem Rechnungshof in den Mund legen.

(Dr. Holger Christier SPD: Richtig!)

Die müssen Sie dann selber für sich beanspruchen, aber damit blamieren Sie sich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich glaube, daß die CDU die Dimension dieses Themas einfach nicht aushält und erträgt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Sie sagen, es sind so viele geworden und das ist per se etwas Schlechtes. Sie müssen doch sehen, wie sich die Organisation der Verwaltung des öffentlichen Sektors über den Hamburger Tellerrand hinaus weiterentwickelt hat und welche Noten Hamburg für Ausgliederungen bekommt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Von der Bremer Universität!)

Das können Sie doch nicht weglassen und sagen, das wird immer mehr. Sie behaupten ja sogar, das sei eine Ausbreitung des staatlichen Sektors.

(Barbara Ahrons CDU: Ist es ja auch!)

B Das ist falsch. Das ist in der Regel Ausgliederung. Öffentliche Aufgaben werden in einer anderen Organisationsform wahrgenommen. Das müßte doch eigentlich im Sinne von Effizienzsteigerung auch in Ihrem Interesse liegen.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen möchte ich noch einmal einen Punkt sagen, der wichtig ist. Die Hamburger öffentlichen Unternehmen haben durch das Konsolidierungsprogramm, das wir von 1997 bis 2001 gemacht und auch schon vorher begonnen haben, mit den 300 Millionen DM Einsparungen jährlich einen immens großen Teil bis zu einem Drittel in den Sonderbereichen erbracht. Das heißt, dort wurden Einsparungen durch Effizienzsteigerungen erbracht, und dadurch mußten wir diese Einsparungen nicht in anderen Bereichen erbringen, die insgesamt gesehen auch Förderungen ermöglichen, die dem Bürger zugute kommen. Sie müssen das anerkennen, welche Konsolidierungsleistung auch in diesem Sektor steckt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann möchte ich Sie auffordern, sich Ihren Satz zu überlegen, wir kümmern uns nur um die Daseinsvorsorge für die Bürger. Ich muß Ihnen einmal ein bißchen polemisch sagen: Das ist wirklich ein dickes Ding, daß Sie da „nur“ sagen, nur über die TaxiG zu reden. Das ist schon ein etwas anderer Maßstab. Das ist angreifbar, auch wenn ich sonst für Einzelfälle etwas übrig habe, aber daß Sie die TaxiG hier zum Inhalt Ihrer Rede machen und die Daseinsvorsorge für die Bürger hinten ansetzen lassen wollen, das ist politisch wirklich ziemlich lächerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C Ich möchte gerne, daß ein Redner aus Ihrer Partei einmal dazu Stellung nimmt, daß Sie immer wieder behaupten, Private seien besser – und wir gucken ja gerne über den Tellerrand hinaus –, Sie aber noch nichts dazu gesagt haben, daß das größte innenpolitische Problem – Innenpolitik, ein Thema, das so wichtig für Sie ist – für London dort der öffentliche Nahverkehr ist. Und wissen Sie warum? Weil die nicht gescheit investieren. Die öffentlichen Unternehmen in Hamburg haben ein Investitionsvolumen, das enorm ist. Auch das wissen Sie, daß das richtig ist. Also nehmen Sie bitte einmal Stellung dazu, warum und wie Private gerade bei solchen großen öffentlichen Aufgaben – wir reden jetzt nicht von den kleinen – für die Sicherheit, für die ökologische Verantwortung und auch für die Belastungen der Bürger besser sind. Wieder Fehlanzeige.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir hat sich noch nicht ganz erschlossen, was an dieser Debatte so aktuell ist,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die ist grundsätzlich aktuell!)

um das zur Aktuellen Stunde anzumelden, aber wir hoffen, daß wir die nächste Debatte trotzdem noch bekommen werden.

Zwei wichtige Anmerkungen dazu. Erstens: Frau Ahrons, Sie irren sich – und das sollte man auch nicht falsch darstellen –: Der öffentliche Bereich in dieser Stadt wird eher kleiner. Mehr und mehr ist privatisiert worden. Auch wenn man mehr Unternehmen hat, ist aber insgesamt der öffentliche Bereich, und zwar sowohl öffentliche Unternehmen wie Behörden, kleiner geworden. Das hat auch etliche Probleme mit sich gebracht.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das ist neu jetzt!)

Dementsprechend sollte das dabei berücksichtigt werden.

Zweitens: Wir beanspruchen aber, daß ein öffentlicher Sektor gewisse Standards einhält. Da stimme ich mit der Handwerkskammer überein, daß es notwendig ist, dort nach VOL und VOB auszuschreiben, das heißt Standards auch einzuhalten. Ich verstehe nicht, warum das in dieser Stadt nicht geschieht. Genauso ist es notwendig, dort vernünftige Tarife zu garantieren. Einer der wichtigen Vorteile, die Sie eben genannt haben, sind die Billigtarife, die gerade in öffentlichen Unternehmen in der letzten Zeit Mode geworden sind aufgrund dessen, daß es dort auch so günstig geworden ist. Das sollte aus sozialen Gründen doch auch ein wichtiger Standard sein, daß das im öffentlichen Bereich keinen Platz hat und daß dafür der öffentliche Bereich auch erhalten werden soll.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Eine dritte Anmerkung dazu. Ich hoffe, daß alles, was die Sozialdemokraten hier aufgezählt haben und so kräftig verteidigen wollen, auch in der nächsten Legislatur noch Bestand hat. Wir haben die Erfahrung aus Berlin, daß sie dort Hunderttausende von Wohnungen verkauft haben.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber hier ist Hamburg!)

Das ist auch Ihre Sozialdemokratische Partei, und wir wollen mal nach draußen gucken. Wir wissen, wie das ist mit

(Anja Hajduk GAL)

- A Ihren Tabus. Da kommt plötzlich ein Scholz um die Ecke, und alle bisherigen Prinzipien werden über den Haufen geschmissen, und ich hoffe, daß das in diesem Fall nicht so sein wird.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –
Dr. Roland Salchow CDU: Das ist wahr!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Senator Wagner.

(*Rolf Kruse CDU: Was wollen Sie denn da?*)

Senator Eugen Wagner: Das werden Sie gleich hören, Herr Kruse.

Frau Präsidentin, ich bitte um Verständnis. Vielleicht werde ich meine Redezeit etwas überziehen, aber vielleicht auch nicht.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der SPD-Fraktion außerordentlich dankbar, daß sie dieses Thema zur heutigen Aktuellen Stunde angemeldet hat, weil es nämlich für Klarheit sorgt. Die CDU hat – vor allen Dingen durch Ihren Fraktionsvorsitzenden – in der Öffentlichkeit bekundet, daß sie alle öffentlichen Unternehmen nach und nach verkaufen will, versilbern will.

(*Dr. Michael Freytag CDU: Das hat keiner gesagt!*)

– Das hat er gesagt. Gucken Sie doch mal nach. „Bild“-Zeitung vom 8. Juni:

„Was Ole von Beust nach der Wahl ändern will: Die 400 Staatsbetriebe werden nach und nach privatisiert.“

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Da sind Sie nicht mehr da!*)

- B In der „Bild“-Zeitung vom 25. Juni hat er das gleiche gesagt, nur mit mehr Worten. Das nimmt ein bißchen mehr Platz ein.

(Beifall bei der SPD – *Jürgen Mehlfeldt CDU: Lesen Sie doch einmal, was die Handelskammer dazu sagt!*)

Meine Damen und Herren! Das ist der Sachverhalt. Ich finde, es ist die Pflicht, zum jetzigen Zeitpunkt darauf hinzuweisen, weil wir uns nämlich vor Augen führen müssen, was das für diese Stadt und unsere Bürger bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Hier soll aus Gründen, die nicht nachvollziehbar sind, das Sozialkapital dieser Stadt verschleudert werden. Das ist die Sachlage. Wenn ich an die beiden großen Wohnungsgesellschaften SAGA und GWG denke, die – ohne dem Staat zur Last zu fallen – Mieten bieten, wovon Private sogar träumen, um das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, und Wohnungen in einer Qualität anbieten, die sich auch sehen lassen kann, und Sie das den Leuten vor die Füße werfen und verschleudern wollen, dann muß ich Ihnen dazu folgendes sagen: Meine Damen und Herren, es kommt mir so vor, als würde sich die CDU von einer Partei in eine Piraterie verwandeln wollen, und der Piratenhäuptling heißt Ole von Beust, um das einmal mit aller Klarheit zu sagen. Das ist die Sachlage.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Roland Salchow CDU: Von den Augen her würde das zu Frau Sager heute besser passen!*)

Allein die Überlegung, die Stadtentwässerung oder die Stadtreinigung Privaten zu überführen, in welche Abhän-

gigkeit wollen Sie denn diese Bürger bringen? Oder wenn ich mir überlege – was hier schon gesagt worden ist –, daß die Wasserwerke auch privatisiert werden sollen. Wenn ich das richtig weiß, ist Wasser ein Lebensbestandteil, ohne den wir schlecht auskommen können.

Der Punkt ist, daß die öffentlichen Unternehmen in dieser Freien und Hansestadt eines erreicht haben: Sie arbeiten effektiv und für das Gemeinwohl dieser Stadt. Egal, was ich nehme, ob es die Wohnungsbaugesellschaften sind, ob es die Stadtreinigung, die Stadtentwässerung sind, die in Betriebsformen überführt worden sind, indem sie nämlich beide Zwecke erfüllen, nämlich einmal arbeiten sie effektiv, betriebswirtschaftlich vernünftig, und darüber hinaus sorgen sie für das Wohl der Bürger. Wenn ich mir andere Bereiche ansehe, sagen Sie mir einen Bereich, wo ein öffentlicher Betrieb einen privaten Betrieb kaputtgemacht hat. Das ist doch Unsinn. Alleine, wenn ich über diese Wäscherei nachdenke. Welche private Wäscherei gibt es denn in Hamburg? Welche denn? Ich habe gehört, daß der Herr Wulf in Mecklenburg-Vorpommern waschen läßt. Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen, und so ist das mit allen Dingen. Deswegen ist das mit dem Verkauf von städtischen Unternehmen an Private ein solch wunderbares Beispiel, um die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, in welches Risiko sich diese Stadt begibt, wenn sie die Verantwortung in Ihre Hände legt, um das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber wir haben noch einen weiteren Punkt. Es wird vom Mittelstand beklagt – und Sie sind ja vom Mittelstand, wenn ich das richtig weiß –, daß im Moment das Baugewerbe große Schwierigkeiten hat. Das stimmt. Nun sage ich Ihnen einmal, daß die Stadt selber und auch wir von den städtischen Betrieben – gerade in meinem Ressort – sich anschicken, die Aufträge nach VOB und VOL, also auch mit Tariftreueerklärungen, zu vergeben. Nun stellen Sie sich einmal vor, verehrteste Herren von der CDU,

(*Ole von Beust CDU: Damen auch!*)

die Sie sich das Handwerk und den Mittelstand auf Ihre Fahnen geschrieben haben, wir würden diese Unternehmen verkaufen, dann ist das nichts mehr mit VOL und VOB und Tariftreueerklärungen, sondern dann ist das so, wie es bei den privaten Auftraggebern heute schon ist – sie haben das Nachsehen. Und das kommt mit uns überhaupt nicht in Frage, damit Sie das einmal gehört haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Hamburg hat es immer wieder verstanden, sowohl mit den Privaten als auch mit den städtischen Unternehmen vernünftig zu kooperieren. Ich kenne keine Geschäftsbeziehung, wo das nicht der Fall ist. Ausnahmen mag es vielleicht geben, aber die sind mir nicht bekannt. Ich sage Ihnen dazu: Diese städtischen Unternehmen müssen städtisch bleiben. Es kann doch wohl nicht sein, daß wir mit großem Aufwand vor ungefähr zehn oder zwölf Jahren die Neue-Heimat-Wohnungen übernommen haben, um sie jetzt Privaten anzubieten. Wir haben sie damals übernommen, um den Mietern Sicherheit zu bieten, und das muß so bleiben, meine Damen und Herren. Das darf nicht in Frage gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das gilt genauso für die Bürger, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Das bedeutet auch, daß die Bürger sich darauf verlassen können, daß zum Beispiel der Müll richtig

(Senator Eugen Wagner)

A entsorgt wird, daß die Stadtentwässerung vorgesehen wird

(*Ole von Beust CDU*: Und die Bäckereien verstaatlichen, damit das Brot sicher ist!)

und daß sauberes und gesundes Wasser angeliefert wird, Herr von Beust.

Diese Piraterie – das rufe ich den Bürgern draußen zu – darf hier in Hamburg nicht stattfinden, und der Piratenhüptling soll das bleiben, was er ist – Oppositionsführer. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man Sie so reden hört, meine Damen und Herren von der SPD,

(*Dr. Holger Christier SPD*: Kann man neidisch werden! – *Barbara Duden SPD*: Nichts begriffen!)

dann müssen Sie jetzt mit Feuer und Flamme fordern, daß der Lebensmittelhandel verstaatlicht wird. Nur so kann die Bevölkerung vor dem Verhungern bewahrt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, es ist wirklich ein starkes Stück, Herr Senator, was Sie sich hier leisten.

Der Senat hat von 1992 bis 2000 städtisches Tafelsilber im Volumen von 8 Milliarden DM verkauft. Das prominenteste ist das von der HEW, an der die Stadt früher mit 71 Prozent beteiligt war, jetzt noch mit 25 Prozent beteiligt ist. Sie haben staatliches Tafelsilber verkauft, auch Unternehmensanteile, aus denen anschließend weniger Gewinne in den Haushalt fließen. Aber wenn die CDU so etwas vorschlägt, dann ist das Piraterie, wenn Sie das tun, ist es gut für die kleinen Leute. Das ist lächerlich und unredlich, was Sie hier machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte eines klar sagen: Es ist falsch, wenn hier behauptet wird, wir würden sagen, Privat ist immer besser, Staat ist immer schlecht.

(*Ingrid Cords SPD*: Ist aber gesagt worden!)

Niemand sagt das. Ich kann hier ganz klar sagen, daß es sehr viele gute Mitarbeiter in den öffentlichen Unternehmen gibt und wir froh sein können, daß wir sie haben.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gibt es auch gute öffentliche Unternehmen in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben auch nicht gesagt, daß wir verramschen wollen und daß alle Unternehmen sofort verkauft werden sollen, sondern wir wollen überlegen, mit dem städtischen Tafelsilber noch Besseres machen zu können, weil es dem Haushalt schlechtgeht. Wir wollen mit dem Kapital der Stadt Umschichtungen vornehmen. Hamburg muß nicht einen Mehrheitsanteil am Flughafen haben, Hamburg muß nicht einen Mehrheitsanteil an einer staatlichen Bank haben.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wer hat denn damit angefangen!)

C Glauben Sie im Ernst, ein privater Investor beim Flughafen würde anschließend den Flughafen dichtmachen? Glauben Sie im Ernst, der Hafen würde zugeschüttet werden, wenn wir Anteile der HHLA verkaufen würden? Glauben Sie im Ernst, die Alster würde zugeschüttet werden, wenn wir die Alster-Touristik verkaufen würden? Das ist Unsinn. Das wissen Sie auch genau. Wir wollen aber Geld akquirieren, um mit diesem Geld für diesen Haushalt etwas zu tun, nämlich für die schwachen Menschen dieser Stadt. Die brauchen mehr Polizei und mehr Innere Sicherheit, und die wollen wir finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es wirklich absurd, wenn von Ihnen diese Schwarzweiß-Positionen aufgestellt werden. Wir haben gesagt, daß wir eine ganz differenzierte Politik machen. Nichts wird verramscht, nichts wird verschleudert, sondern es wird sehr systematisch überlegt, was staatlich bleiben muß. Und wenn etwas staatlich bleiben muß, dann wird gefragt, mit welchem Anteil, in welcher Höhe, zu wieviel Prozent. Nur wenn wir uns ganz trennen wollen, können auch Komplettverkäufe in Frage kommen. Mit den Mehrerlösen würden wir zum einen Teil die Staatsverschuldung zurückschrauben, um mit den Zinsersparnissen effektive Spielräume für den Haushalt zu gewinnen und für die Menschen etwas zu tun, auch für die Verkehrsinfrastruktur, auch für die Bildung. Für die Zukunftsbereiche wollen wir den Bürgern keine Sparmaßnahmen aufzwingen, sondern aktive Gestaltung anbieten. Das können wir nur machen, indem wir den Haushalt umschichten. Wir wollen, daß die öffentlichen Unternehmen entflochten werden, und wir wollen vor allen Dingen, Herr Bausenator, daß sich nicht der SAGA-Aufsichtsratsvorsitzende hier hinstellt und Reden in eigener Sache hält. Wir wollen auch den Postenverschiebepark in öffentlichen Unternehmen beenden.

(Beifall bei der CDU)

D Das heißt, wir werden es so praktizieren wie andere Bundesländer, übrigens auch Bremen und Berlin, wo sozialdemokratische Senatoren beispielsweise im Abwasser- und Wasserbereich mitbeschlossen haben, daß dort 49 Prozent Staatsanteile verkauft werden. Ich wiederhole: In Bremen ist der Abwasserbereich zu 49 Prozent verkauft worden. In Berlin Wasser und Abwasser zu 49 Prozent mit sozialdemokratischer Zustimmung. Dort ist es richtig, hier soll es falsch sein. Das ist unredlich, meine Damen und Herren. Wir werden das tun, was andere Bundesländer mit Erfolg praktizieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, Sie haben eigentlich aus einem Gesetz zitiert. Die Grundlage eines öffentlichen Unternehmens ist ein staatliches Interesse oder/und die Tatsache, daß eine Aufgabe nicht anders, besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Das ist die Grundlage, und sie ist gesetzlich festgelegt.

Wenn Sie hier behaupten, daß gegen diese Grundsätze verstoßen wird, behaupten Sie, daß der Senat gegen die Landeshaushaltsordnung verstößt, dann müssen Sie es belegen, Frau Ahrons.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Michael Freytag CDU)

- A Wir können uns darüber streiten, was ein öffentliches Interesse ist. Darüber bin ich gerne bereit, mit Herrn Dr. Freytag zu streiten. Also, wo liegt der Unterschied? Sie wollen die HHLA verkaufen, und wir sagen, daß wir sie als Instrument der Hafenpolitik weiter benötigen. Darüber kann man streiten, Herr Dr. Freytag, man kann uns aber nicht vorwerfen, daß wir ein öffentliches Interesse sehen, und bisher haben Sie nichts belegt. Sie haben eine Polemik gefahren, daß der Hamburger Hafen nicht zugeschüttet wird, wenn die HHLA nicht mehr da ist. Sie haben keinen Beweis geführt, daß dieses Unternehmen nicht strategisch für Hamburger Hafenpolitik eingesetzt werden kann.

(Zuruf von Dr. Michael Freytag CDU)

– Ach, Sie wollen sie nur noch teilweise verkaufen?

(Zuruf von Dr. Michael Freytag CDU)

– Ich differenziere sehr wohl.

Wir kommen zu Ihrem nächsten Beispiel, zum Flughafen. Wir haben nur noch einen Teil des Flughafens. Ist Ihnen nicht die Diskussion in der ganzen Republik über die Verteilung von Flughäfen bekannt? Ist Ihnen das strategische Interesse, daß wir einen Flughafen halten müssen und nicht von Frankfurt abhängig sein dürfen, nicht gegenwärtig? Ist es also falsch, wenn wir einen Flughafen unterhalten, oder ist es richtig?

Ich will mit Ihnen die Instrumente diskutieren, die wir haben. Sind öffentliche Unternehmen Instrumente der Politik, oder sind sie es nicht mehr. Ich werfe Ihnen vor, daß Sie 10 Milliarden DM öffentliche Unternehmen veräußern wollen, ohne zu sagen, welches Unternehmen in Zukunft noch Daseinsvorsorge betreiben soll.

- B (Beifall bei der SPD und der GAL – Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Welches öffentliche Unternehmen ist aus Ihrer Sicht noch für die Daseinsvorsorge dieser Stadt notwendig? Sagen Sie das doch. Die Wohnungsunternehmen mindestens, zum Teil aber auch nicht; der Flughafen nicht, die HHLA nicht und die Landesbank nicht. Insofern frage ich Sie, was übrigbleibt.

Nun komme ich zum zweiten Teil. Es gibt in der Tat 400 Unternehmen. Das Problem, daß die CDU vielleicht die Übersicht verliert, bedeutet aber nicht, daß sie außer Kontrolle sind. Das darf man vielleicht auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist keine Frage der Größe, sondern ob sie ihre Aufgaben erfüllen. Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Insofern wende ich mich an Herrn Waldhelm, der sagt, es solle entflochten werden. Entflechtung bedeutet Verkauf. Ich habe bisher noch von keinem Unternehmensführer der Welt gehört, daß Verkauf mehr Kontrolle bringt. Ich dachte immer, das bringt weniger Kontrolle. Damit Sie besser kontrollieren können, wollen Sie also etwas kleiner machen, nach dem Motto: Minimal-Art ist das, was die CDU beherrscht; das ist okay.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich werfe Ihnen nicht vor, daß Sie 10 Milliarden DM über den Verkauf öffentlicher Unternehmen realisieren wollen. Ich werfe Ihnen aber vor, daß Sie dabei die strategischen Interessen der Stadt nicht mehr definieren.

(Dr. Michael Freytag CDU: Ach komm; die SPD macht es doch selbst!)

Ich behaupte hier, daß es nicht darum ging, den öffentlichen Sektor zu verkleinern. Es ging darum, 10 Milliarden DM zusammenzuscharren, um Ihre Politik zu finanzieren, und das ist sehr einfach. Das Problem ist aber, daß es nicht billiger ist, als zu verkaufen und zu sagen, daß das CDU-Wahlprogramm dann finanzierbar sei. Deshalb sage ich Ihnen: Das ist billige Politik, teuer finanziert. Sie werden es erleben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Bürgermeister Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Bild, das die Opposition abgibt, ist schon ein bißchen merkwürdig. Bei allen konkreten Vermögensveräußerungen der letzten Jahre hat die CDU dagegen gestimmt. Ob es die HEW-Anteile, die Landesbank-Anteile oder die MVA in Stapelfeld waren, Sie sind immer dagegen gewesen.

(Zurufe von der CDU: Stimmt nicht!)

Jetzt sagen Sie, daß öffentliche Unternehmen umfassend privatisiert werden müssen. Herr Zuckerer hat bereits darauf hingewiesen, daß Ole von Beust in seine selbst aufgestellte Falle getapst ist.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja!)

Das zeigt sich deutlich in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung, in dem Herr von Beust mit der Frage konfrontiert wurde: „Sagen Sie, Herr von Beust, wie wollen Sie denn all diese Wahlversprechen finanzieren?“ Dazu ist ihm nichts Solides eingefallen, sondern es mußte der Griff in die Schatztruhe herhalten,

(Dr. Michael Freytag CDU: Was haben Sie denn gemacht?)

und er hat geantwortet: „Wir haben doch all die öffentlichen Unternehmen, wenn wir die verkaufen, haben wir Geld!“ Das bedeutet aber, daß das soziale Vermögen dieser Stadt und die Zukunft unserer Kinder verscherbelt werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das wird auch deutlich, wenn man sieht, in welcher Reihenfolge das geschehen soll. Beispielsweise soll die Lotto-Toto-Gesellschaft verkauft werden. Das bringt Jahr für Jahr eine bestimmte Summe in den Haushalt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das hat Schröder in Niedersachsen gemacht!)

Das bedeutet nichts anderes, als daß man jetzt zu Lasten künftiger Generationen und laufender Einnahmen Einmal-effekte erzielt, um fröhlich Wahlgewinne verteilen zu können. Das ist unseriös bis auf die Knochen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bin Herrn Freytag dankbar, weil es heute ein bißchen Klarheit gebracht hat, so daß die Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, woran sie sind. Es soll nämlich der Flughafen über 51 Prozent hinaus verkauft werden.

Dazu haben wir – und auch ich – eine andere Position. Einen so sensiblen innerstädtischen Flughafen, der so effizient arbeitet, zu privatisieren und damit auch die Interessen der Anwohner zu gefährden, lieber Herr Freytag, das kommt mit mir nicht in Frage.

C

D

(Walter Zuckerer SPD)

A (Beifall bei der SPD und der GAL – Unruhe bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich muß um etwas mehr Ruhe bitten; man kann hier Zwischenrufe nicht einmal mehr verstehen.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde (fortfahrend): Kommen wir als nächstes zur HHLA. Man sollte sich einmal ansehen, was in diesem Bereich weltweit tatsächlich los ist und wer mit welchen Kapitalmöglichkeiten das Sagen hat. Dazu sagt die HHLA, daß sie privatisieren wolle, und daß sie damit keinen Einfluß mehr auf Standortinteressen in Hamburg nehmen könne. Daß das eine vernünftige Politik ist, muß man dann den Hafenarbeitern erst einmal beibringen.

(Zustimmungsrufe und Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema ist die Hamburgische Landesbank. Wir mußten aus der Situation der schwierigen Haushaltslage heraus 49 Prozent verkaufen

(Dr. Michael Freytag CDU: Ach so!)

und haben aber immer gesagt, 51 Prozent behalten wir.

(Dr. Michael Freytag CDU: Bei der HEW?)

Herr Hajen hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, welche Bedeutung öffentlich-rechtliche Banken bei den Veränderungen im gesamten Bereich der Bankenlandschaft und in der Kreditwirtschaft haben. Sie müssen sich einmal mit hamburgischen Unternehmen unterhalten – ich kenne noch welche aus der neuesten Zeit –, die immer ihre Schwierigkeiten hatten, wenn Konkurrenten, die auch Kunden bei dem Unternehmen sind, in eine wirtschaftlich schwierige Lage kommen, wobei die Interessen der Konkurrenten berücksichtigt werden, aber nicht zu diesem Unternehmen gestanden wird. Die Hamburgische Landesbank hat eine ganz andere Tradition,

(Barbara Ahrons CDU: Auf welchem Stern leben Sie denn?)

und deswegen werden wir natürlich auch die Mehrheit an der Landesbank erhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Ahrons, Sie kommen mir gerade gut ins Blickfeld. Ihre wirtschaftliche Kompetenz wird daran deutlich, daß Sie sagen, bei der Wäscherei wären 30 Millionen DM aus öffentlichen Mitteln investiert worden. Woher haben Sie denn diese Weisheit? Das ist eine unternehmerische Investitionsentscheidung. Daß es bei einer solchen Wäschereigröße einen negativen Wettbewerbsfaktor gibt, ist betriebswirtschaftlich eine völlig neue Erkenntnis.

(Barbara Ahrons CDU: Und wem gehört der Betrieb?)

Gucken Sie sich einmal an, wo in den letzten Jahren Wäsche gewaschen wurde;

(Erhard Pumm SPD: Besonders die schmutzige!)

nicht in Hamburg, sondern diese Arbeit ist nach Mecklenburg-Vorpommern oder Polen abgewandert. Wenn der Landesbetrieb hier in Hamburg zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ist das nur begrüßenswert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Hinsichtlich der Zahl der öffentlichen Unternehmen hat Herr Hackbusch nicht so unrecht.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Also hat er recht!)

– Nein, ich sage, er hat nicht so unrecht. Wir haben dieses Instrument immer zur Schaffung moderner Strukturen eingesetzt. Bei den heute in privater Rechtsform geführten Museen und Theatern – die Sprechtheater und auch die Oper –

(Anja Hajduk GAL: Die zählen aber mit!)

werden wir von allen anderen Städten um diese moderne Struktur beneidet. Alle fragen sich, wann sie das bei sich auch hinkriegen.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

Der letzte Punkt betrifft den gesamten Bereich der Ver- und Entsorgungsbetriebe. Das hat unmittelbar mit dem Portemonnaie-Interesse der Bürger zu tun. Sie erwarten von solchen Unternehmen effiziente Dienstleistungen. Gucken Sie sich einmal an, wie die in den letzten vier Jahren erbracht worden sind. Ob es die Hochbahn ist, die Stadtreinigung oder die Wasserentsorgung, in all diesen Bereichen sind wir in den letzten vier Jahren so effizient gewesen, daß die Preissteigerungen unterhalb der Inflationsrate gelegen haben. Das ist etwas, worauf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen stolz sein können. Sie, von der Opposition und Sie, Herr von Beust, müssen jetzt im Klartext sagen, in welchen Bereichen Sie privatisieren wollen, damit auch alle Bescheid wissen, worum es geht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete von Beust.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Der Piratenhäuptling!)

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie sprachen von Effizienz. Besonders effizient sind Sie bei öffentlichen Unternehmen immer dann gewesen, wenn es darum ging, Ihre eigenen Leute in Spitzenpositionen unterzubringen. Da waren Sie besonders effizient.

(Beifall bei der CDU)

Als es beispielsweise darum ging, fast alle vorherigen Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten in Spitzenpositionen der öffentlichen Unternehmen unterzubringen, waren Sie in der Tat Weltmeister, Herr Bürgermeister, großartig.

(Beifall bei der CDU)

Als Sie bei der Scheinprivatisierung der Stadtentwässerung den Geschäftsführer und ehemaligen sozialdemokratischen Beamten in die Geschäftsführerposition gebracht haben – der dadurch mal eben sein Gehalt verdoppelt hat –, waren Sie sehr effizient, Herr Bürgermeister, das stimmt.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen davon, daß ich einen Griff in die Trickkiste oder Schatztruhe gemacht hätte. Man kann über alles streiten, aber von einem Senat, der plant, die Schulgebäude und -gelände mal eben für 4 Milliarden DM scheinprivatisieren, um dadurch die Haushaltsmisere in den Griff zu bekommen und auf diese Weise eine Kreditauf-

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A) nahme von 4 Milliarden DM zu verhindern, lasse ich mir doch nicht einen Griff in die Trickkiste oder ähnliches vorwerfen. Das ist doch ein Treppenwitz.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben in Ihrer ganzen Rede nicht darlegen können, warum es staatliche Aufgabe ist, Kfz-Werkstätten oder Wäschereien zu betreiben.

(Zurufe von der SPD: Doch, das hat er eben gemacht!)

Sie haben mir auch nicht darlegen können, warum es staatliche Aufgabe ist, Hafentransporte zu machen oder Bus-Touristik zu betreiben und am Wochenende in die Heide zu fahren und Rheumadecken zu verkaufen. Das ist doch keine Staatsaufgabe, Herr Bürgermeister, das können Sie doch nicht ernsthaft erzählen.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn Herr Wagner als Aufsichtsratsvorsitzender der SAGA in eigener Sache spricht und sagt, daß es Piraterie sei, wenn man Wohnungen an Mieterinnen und Mieter verkauft, dann sage ich Ihnen, Herr Wagner, wovor Sie Angst haben. Sie haben Angst davor, die Mieterinnen und Mieter, die von Ihnen jetzt noch in der SAGA gegängelt werden, aus diesem Gängelband zu verlieren. Das ist Ihre Sorge.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe bei der SPD)

Es ist in der Politik alte sozialdemokratische Taktik, daß Sie, jedes Mal dann, wenn Wahlen ins Haus stehen,

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist doch nur plattes Gesabbel und kein Argument!)

- B) Ihren sozialen Mietern Angst machen wollen oder Sie machen Ihnen eine Freude, indem Sie wie durch Geisterhand die Mieten entweder senken oder die Rückzahlung auf einen Zeitpunkt verschieben, der bei den Wahlen günstig ist. Sie haben bisher versucht, die Mieterinnen und Mieter der SAGA als ihre sozialdemokratische Manövrierarmee zu mißbrauchen. Die Mietenlüge vor einigen Jahren war eine sozialdemokratische Mietenlüge.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ole von Beust (fortfahrend): Nein.

Herr Wagner, Sie genießen es, die Menschen zu bevormunden, das weiß ich. Sie genießen Ihre Macht, weil Sie sie schamlos ausnutzen.

(Dr. Holger Christier SPD: Nur Gesabbel!)

Aber wir wollen Mieterinnen und Mieter, und nur die und keine Gesellschaften, die das Recht haben sollen, für sich und ihre Familienangehörigen mit ihren Wohnungen Eigentum zu schaffen. Davon werden wir uns durch Ihre Ideologie nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Bürgermeister Runde.

(Rolf Kruse CDU: Das hat aber gegessen!)

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Beust, das war schon

eine gute Vorführung, statt wirtschaftlichem Sachverstand die übliche Diffamierungsmasche. C

(Beifall bei der SPD und der GAL – Ole von Beust CDU: Wo ist denn Ihr Sachverstand?)

Sie haben zu Recht zwei frühere Fraktionsvorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion ...

(Ole von Beust CDU: Sie haben Herrn Busse vergessen!)

– Entschuldigung, Herrn Busse hatte ich vergessen, wir nehmen ihn noch mit hinzu und wollen das mal im einzelnen durchgehen.

Herr Hartmann bei den Gaswerken, hat er einen guten Job gemacht oder nicht?

(Dr. Holger Christier SPD: Er hat einen guten Job gemacht!)

Ist das ein guter oder ein schlechter Job gewesen, den er gemacht hat?

(Dr. Michael Freytag CDU: Das war doch kein Wettbewerb!)

Im übrigen ist es – leider, muß ich sagen, nachdem die HEW und dann die Gaswerke an E.ON zu einem hohen Preis verkauft wurden –

(Dr. Roland Salchow CDU: Warum habt ihr die HEW verkauft?)

ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Insofern müßte er jetzt zumindest in Ihrem Ansehen gestiegen sein, denn er hat ja eine Metamorphose zu einem Privatunternehmensführer gemacht. Das kann er durchaus erfolgreich, und es ist von den neuen Anteilseignern auch noch verlängert worden. D

Als nächstes nenne ich Herrn Elste. Man muß immer Klartext reden. Das, was Herr Elste bei der Hochbahn geleistet hat,

(Heino Vahldieck CDU: Die haben jetzt die tollen Metrobusse!)

wird bundesweit anerkannt.

(Beifall bei der SPD)

Es wird von „ADAC motorwelt“ anerkannt, aber auch indem er in den entsprechenden Fachverbänden Funktionen wahrnimmt, und es wird von der Politik anerkannt. Ich denke da beispielsweise an mein letztes Zusammentreffen mit dem Berliner Senat unter Herrn Diepgen, bei dem ich nach Tips gefragt wurde, wie man das Verkehrssystem in Berlin auf den Stand bringen könne, auf dem wir sind.

(Beifall bei der SPD – Barbara Ahrons CDU: Lenken Sie doch nicht ab!)

Kommen wir drittens zu Herrn Busse, der bei der Hamburg-Messe Geschäftsführer ist. Haben Sie sich einmal die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung in der Messe angesehen? Darauf wäre ich als Geschäftsführer ein gutes Stück stolz.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andrea Hilgers SPD: Da fällt denen nichts zu ein!)

Meine Warnung an Sie lautet: Ziehen Sie den Ruf solcher Menschen nicht in den Schmutz.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A Wir können das auch noch ein bißchen weiter durchdeklinieren.

(*Barbara Ahrons CDU*: Sie verdrängen die Argumente! – *Ole von Beust CDU*: Das können nur die Sozis!)

Ein anderes Beispiel ist das Thema Gebäudemanagement. Da zeigt sich so richtig Ihr betriebswirtschaftlicher Sachverstand oder Unverstand.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Seien Sie nicht so arrogant!)

Alle Unternehmen gehen heute dazu über, die Funktion Gebäudemanagement auszulagern.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Aber nicht vom Staat!)

Wir als Stadt haben das ebenfalls getan, auch im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung, weil es wirklich nicht die Aufgabe von Beamten ist, Gebäude zu managen. Es hat sich im Bereich der Verwaltungsgebäude tatsächlich bewährt. Es hat sich auch in den Bereichen Polizei und Feuerwehr bewährt. Die Kernaufgaben, die sie zu erledigen haben, sind andere, als Gebäude zu verwalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, daß Sie mir die Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen, wie das im Bereich der Schulen zu bewerten ist.

(*Rolf Kruse CDU*: Sie dürfen hier jederzeit reden!)

Dazu muß ich Ihnen sagen, daß es auch nicht die Aufgabe von Schulleitern ist, Gebäude zu verwalten und die Grundinstandhaltung oder Bauunterhaltung von Schulen vorzunehmen.

B

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Das muß nicht der Staat machen!)

Von solchen Funktionen muß man sie entlasten, damit sie ihrer eigentlichen pädagogischen Aufgabe nachgehen könne. Nur das macht Sinn.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Beim Thema SAGA/GWG befinden Sie sich absolut auf glattem Eis. Man merkt richtig, wie Sie beginnen, herumzueiern, weil Sie sehen, daß Sie mit den Beinen durcheinanderkommen. Da wissen Sie gar nicht mehr, ob Sie noch Geld wollen – denn da ist die Eigenkapitalbasis und ist es auch geschäftsmäßig so richtig verlockend – oder Wohltaten den Mietern gegenüber. Aber beides kriegen Sie nicht zusammen. In dem Moment, wo Sie einige Einzelwohnungen an die Mieter verkaufen

(*Barbara Duden SPD*: Extrem günstig!)

und es extrem günstig machen, werden Sie am Ende kein Geld haben. Nichtsdestoweniger werden Sie dafür sozialen Unfrieden in den Häusern haben. Wie wollen Sie denn alle Mieter veranlassen zu kaufen?

(Beifall bei der SPD)

Ich würde Ihnen sagen,

(*Ole von Beust CDU*: Nicht so überheblich!)

diese Position noch einmal zu überdenken, und dann unterhalten wir uns und diskutieren noch einmal darüber.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse. C

Rolf Kruse CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, manchmal ist es schön, wenn man das Wort bekommt, weil Sie etwas gesagt haben. Ich bin fast etwas betroffen, wie Sie mit Menschen umgehen, die ihren Job in öffentlichen Unternehmen durchaus ordentlich machen.

Der Zufall wollte es, daß ich einmal Fraktionsgeschäftsführer der CDU war

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Das ist aber lange her!)

und fünf andere zufällig zu der Zeit hauptamtliche Mitarbeiter der Fraktion. Ich zähle es Ihnen einmal auf, und wenn das zufällig kein Filz ist, dann glaube ich trotzdem nicht an den Zufall.

Es gab Max Reimer, der zufällig Geschäftsführer – B 6 – bei der Lotto-Toto-Gesellschaft wurde. Er ist leider verstorben; ein anständiger Sozialdemokrat.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Als die Stelle wieder frei war, erhielt sie Frau Kiausch. Sie war damals Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft; sie mußte es nicht annehmen, sie wurde Finanzministerin.

Dann war da Ulrich Hartmann, ein tüchtiger Mann, aber wieso wurde er zufällig Geschäftsführer eines hundertprozentigen – damaligen – Staatsunternehmens?

(*Antje Möller GAL*: Wovon sprechen Sie?)

Es ist die Wettbewerbsfrage, Herr Dose. Filz heißt, keinen Wettbewerb zu haben. Das begreifen Sie einfach nicht. Keiner hat etwas gegen Günter Elste, aber Sie haben sich mit Ihrer Mehrheit dafür entschieden, daß er diesen Job bekommt. D

(*Barbara Duden SPD*: Was ist mit Herrn Ehlers?)

So ist es auch mit Paul Busse. Wenn ich es genau betrachte, mußten zwei von den drei Letzten zur Strafe noch SPD-Fraktionsvorsitzende werden.

(*Barbara Duden SPD*: Das ist keine Strafe!)

Meine Damen und Herren, wenn das alles kein Zufall ist. Der möglicherweise relativ Tüchtigste, Herr Zuckerer, mußte erst Fraktionsvorsitzender werden, damit er zur Hochbahn konnte. Das ist konsequenter sozialdemokratischer Begünstigungsfilz. Sosehr ich alle fünf Personen persönlich schätze, war das ärgerliche, daß ich ungefähr das gleiche getan habe, aber mich zufällig keiner gefragt hat. Ich habe es auch nicht erwartet. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wagner.

Senator Eugen Wagner: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, was hier von der Opposition zelebriert wird, muß man, sobald man ein gewisses Niveau an Tüchtigkeit überschritten hat, das Parteibuch der SPD abgeben.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Roland Salchow CDU*: Deswegen werden Sie nie Lotto-Chef!)

So ein Quatsch!

- A Ich sage Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit, damit Sie es auch für die Zukunft wissen: Wenn sich tüchtige Leute – so wie wir sie in der SPD haben – um eine gute Position bewerben, in der Tüchtigkeit gefordert wird, bekommen sie diese auch. Ja, Herr von Beust, so ist das. Darüber können Sie gern lachen, so viel Sie wollen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das dürfen wir auch!)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß wir hier über ein Berufsverbot reden.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen fällt bei den Namen Elste und Busse nichts anderes ein, als daß sie Fraktionsvorsitzende waren; da können Sie mal sehen, wie schwachsinnig das ist, und das ist bezeichnend. Sie sind diffamierend und argumentieren neben der Sache. Aber deswegen habe ich mich gar nicht gemeldet.

Herr von Beust hat gesagt, er sei jetzt der neue Schutzpatron der SAGA- und GWG-Mieter – so habe ich es verstanden – und ich sei des Teufels,

(Dr. Roland Salchow CDU: Ja!)

weil ich es mit den SAGA- und GWG-Mietern nicht gut meine.

Dazu will ich Ihnen folgendes sagen. Alles, was ich bisher an Äußerungen von Ihnen, Herr von Beust, und an Papierunterlagen vorliegen habe, ist, daß Sie, sobald die Wahl vorüber ist – Sie werden ja nicht in die Verlegenheit kommen, haben aber zumindest die feste Absicht –, zunächst über einen Umweg und ganz langsam beginnen werden, Wohnungen an SAGA- und GWG-Mieter zu verscherbeln. Das ist für mich eine Tatsache, und das belegen auch Ihre Äußerungen. Das darf nicht sein.

- B Wenn Sie sagen, ich würde die SAGA-Mieter am Gängelband führen, dann ist das völliger Unsinn. Niemand kann Mieter ans Gängelband nehmen. Ich stelle mich schützend vor diese Mieter,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Wagner, der Schutzpatron!)

um das zu verhindern, was Sie vorhaben. Sie wollen den Ausverkauf.

Wenn Herr Freytag sagt, wir würden HEW-Anteile verkaufen ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, es ist zwar eine sehr hitzige Debatte, aber es tut gut, den Redner noch zu hören.

Senator Eugen Wagner (fortfahrend): ... dann wollen Sie das mit dem vergleichen, was Sie in Wahrheit vorhaben. Ich kann mich an diese Haushaltssituation sehr gut erinnern. Jedes Mal haben wir geglaubt, wir hätten den Haushalt saniert,

(Dr. Michael Freytag CDU: Aber das haben Sie nie geschafft!)

und dann hat die Kohl-Regierung irgend welche Bundeserlasse herausgegeben, die auf Umwegen genau in unserem Haushalt landeten. Das war die Lage. Wir haben diese Unternehmen nur verkauft, um den Haushalt zu sanieren, und nicht, um Geld zu machen und Unsinn zu finanzieren, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Wir schützen die SAGA-Mieter. Wir bleiben dabei: SAGA und GWG dürfen niemals verkauft werden. – Danke schön.

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jan Ehlers.

Jan Ehlers SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Kruse hat in dem reichen Schatz seiner Erinnerungen gekramt und dargestellt, wie das zu seiner Zeit als Geschäftsführer der CDU-Fraktion mit der Vergabe von Ämtern oder Aufgaben in öffentlichen Unternehmen war. Dabei ist mir auch etwas eingefallen, Herr Kruse, was Sie im Moment wahrscheinlich nicht so ganz präsent haben.

Ich war auch einmal Senator in der Sozialbehörde und hatte mir vorgenommen, die Hamburger Arbeit in zwei Betriebe zu teilen, weil ich dachte, das müsse einigermaßen mittelständig und überschaubar bleiben; Sie wissen ja, daß die Geschäftsführung dieser Unternehmen auch heute noch bei jeder Filzdebatte als ganz besonders wichtig gilt. Und da habe ich mir natürlich überlegt, wen ich denn nehme. Dann bin ich auf jemanden gekommen, den ich schon seit sehr langer Zeit aus der Bezirksversammlung kannte und von dem ich wußte, daß er aufgrund seiner Tätigkeit, die er zu jener Zeit ausübte, wirtschaftlichen Sachverstand hatte und eine soziale Einrichtung auch ganz gut leiten konnte, weil er das Herz sozial am rechten Fleck hatte, und das waren Sie. Ich habe Ihnen diese Position angeboten, und Sie haben das ausgeschlagen; Herr Kruse, daran wollte ich Sie einmal erinnern. Mit ein bißchen mehr Mut – die Institution ist bei Ihren Fraktionskollegen nicht so wohlgeübt – hätten wir eine schöne Konkurrenz zwischen Geschäftsführern verschiedener politischer Parteien in dieser Stadt gehabt, und das wäre gut gewesen.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein bißchen stärker auf die hier zu Recht zum Thema gemachte Besetzung der leitenden Positionen der öffentlichen Unternehmen eingehen. Man kann nicht so argumentieren, öffentliche Unternehmen seien deswegen schlecht oder abzuschaffen, weil weitere Privatisierung auch immer bedeuten würde, daß es Geschäftsführer gibt, die eingesetzt werden. Diese Kritik, die Sie geäußert haben, hat nichts mit der Privatisierungsalternative zu tun.

(Ole von Beust CDU: Mit dem SPD-Interesse!)

Aber das Thema ist nicht zu Unrecht von Ihnen benannt worden. Ich möchte für unsere Fraktion nur sagen, daß das Verfahren wichtig ist, wie diese Positionen besetzt werden, und das ist das Verfahren der Ausschreibung. Seitdem wir in der Regierungsverantwortung sind, wurden die in der Verantwortung der grünen Behörden liegenden Positionen immer ausgeschrieben, und das gilt nach unserer Kenntnis auch für fast alle Bereiche der SPD-geführten Behörden. Ich sage jetzt nicht, in allen Bereichen, denn man kann sich bei einer Sache auch einmal täuschen, und dann sagen Sie, das weisen wir ihnen einmal nach.

Das Prinzip der Ausschreibung gilt, und dieses mußten wir durchsetzen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, und ich

(Senator Eugen Wagner)

A glaube, es ist viel wichtiger, auf dieses Prinzip hinzuweisen, als das eine gegen das andere aufzurechnen, ob das ein SPD-Mann vielleicht nicht gut gemacht hat. Es ist viel wichtiger, etwas zum Verfahren zu sagen. Wir haben das getan, und das ist auch für die Zukunft wichtig, damit die Hamburger Bevölkerung Vertrauen in diese Leitung hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung zum Argument von Ole von Beust machen. Ich weiß gar nicht, ob er noch im Saal ist. Eines gefällt mir überhaupt nicht, wie Herr von Beust argumentiert. Da wundert es mich auch nicht, daß die Werte der CDU, was ihre Kompetenz angeht, eine Regierung zu führen, vor der Wahl so in den Keller gehen; das muß Ihnen sehr zu denken geben. Ich finde es unverantwortlich, wenn Herr von Beust seine Unkenntnis über das Immobilienmanagement der Stadt, seine Unkenntnis, was es bedeutet, wenn die Schulen anders verwaltet werden, mißbraucht, um die Bürger, die Schüler und Eltern zu verunsichern,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und das noch mit der falschen Aussage hier belegt, wir würden 4 Milliarden DM einheimsen. Das ist so nah an der Unwahrheit, daß ich gar nicht mehr weiß, wieviel Unkenntnis Sie Ihrem Spitzenkandidaten noch durchgehen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite, von der CDU-Fraktion angemeldete, Thema auf:

B **UKE: Wer hat die Dinge treiben lassen?**

Das Wort bekommt der Abgeordnete Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist ein Bereich, in dem man Dinge eigentlich gar nicht glauben mag, die da zu sehen sind. Ein Chirurg operiert am offenen Herzen, obgleich er das Schnittmesser nicht mehr ruhig führen kann; und dies nicht einmal, nicht zweimal, sondern einundzwanzigmal.

Klage wurde zunächst im Falle eines kleinen Jungen erhoben, bei dem der Chirurg die Schnitte am Herzen wohl so grob legte, daß große Blutungen auftraten. Nun verstärkte ein weiterer Faktor das Desaster. Da weder UKE noch Wissenschaftsbehörde die Dinge dieser Sache bekanntgemacht haben, will ich das jetzt tun. Eine Herzlungenmaschine mit gelegten Kanälen, die nötig war, war nicht betriebsbereit. Nach den Voroperationen des Jungen, so sagen die Experten, sei klar gewesen, daß bei der Operation dieses Notfallsystem bei schwieriger Venenlage in Funktion hätte sein müssen. Das In-Funktion-Bringen der Herzlungentechnik kostete dann über eine Viertelstunde, und damit war die Unterversorgung des Hirns des kleinen Jungen manifest; er wird sich davon nie erholen.

Über andere Fälle zu sprechen, ist die Zeit zu knapp; wir kennen diese auch nicht genügend.

Was wir kennen, ist, daß der Operateur von seinem Tun nicht abgehalten worden ist. Dies hätte immerhin innerhalb der Professorenschaft erfolgen können. Was wir kennen, ist, daß aus dem Team heraus nichts nach außen gedrungen ist und weiter so gemacht wurde. Dies zeigt die kategoriale Abhängigkeit der Assistenzärzte von den C4-Pro-

fessoren, und die wird morgen eine wichtige Rolle beim neuen UKE-Gesetz spielen, das diese Abhängigkeit noch verstärkt.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist blanker Unsinn!)

Was wir auch kennen, ist, daß Behörde und Senatorin schon am 15. September des vorigen Jahres von UKE-Mitarbeitern über diese Operationen informiert wurden. Die Behörde hat dann monatelang Herrn Leichtweiß über die Anzahl dieser Operationen befragt. Eine Anmerkung zur Senatorin: Ich sehe, daß Sie körperlich lädiert sind, und möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit die Genesungswünsche der Fraktion aussprechen. Das hindert mich aber nicht daran, die Fakten zu nennen.

Erstens: Bis zum gestrigen Tag, neun Monate lang, hat die Behörde es nicht für nötig gehalten, eine objektive Begutachtung der Sache durch externe Fachleute zu veranlassen. Ich kann kaum glauben, daß erst jetzt damit begonnen werden soll. Dies läßt sich auch nicht, Frau Sager, durch Hinweise auf ermittelnde Staatsanwälte entschuldigen.

Zweitens: Die Behörde hat wenigstens eines erreicht, nämlich eine neue Regelung für Ärzte, die aus Krankheit zurückkehren.

Und drittens: Ein Wort des Mitleids an die Eltern von Lars ist von der Behörde und der Senatorin bis heute in der langen Zeit nicht gekommen.

Die eigenartige Adaption der Ereignisse durch die Senatorin macht sich ferner daran fest, daß die Öffentlichkeit zuerst durch die Medien informiert wurde. Weder hat die Kollegialität im UKE etwas herausdringen lassen, noch hat die Senatorin davon berichtet, die früher als grüne Abgeordnete in solchen Fällen die Exekutive mit Strafpredigten und Strafanzeigen gequält hätte. Eigenartig ist auch, daß ein anonymes Schreiben die Sache überhaupt erst aufgedeckt hat.

Viertens haben Behörde und Senatorin das Parlament und den Wissenschaftsausschuß überhaupt nicht informiert, obwohl wir monatelang gemeinsam am neuen UKE-Gesetz und an Fragen der Qualitätssicherung gesessen haben; kein Wort der Senatorin, auch nicht über mögliche finanzielle Folgen.

Hinzu kommen die eher komischen Bewertungen der Senatorin im „Hamburger Abendblatt“, als sie so trocken sagte, da ist verfahrensmäßig etwas schiefgelaufen – „etwas schiefgelaufen“ als Vokabel für solch eine Situation.

Es ist daher so, wie eine große Zeitung schrieb, daß das Sicherheitssystem des medizinischen Apparats und auch die Aufsicht darüber versagt haben; und versagt hat auch die politische Verdauung der Affäre im Senat.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wie es aussieht, werden wir morgen an diesem Ort um 16 Uhr erleben, daß Sie versuchen, das UKE-Gesetz durchzuprügeln, statt es im Lichte dieser neuen Vorkommnisse und dieser neuen Verhältnisse nachzuberaten. Darum kündige ich Ihnen eines an: Morgen um 16 Uhr wird es hierüber an dieser Stelle Streit geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

C

D

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eines will ich zu Anfang festhalten: Mein Mitgefühl und wahrscheinlich das aller Abgeordneten gehört den Eltern des kleinen Lars und allen Patientinnen und Patienten der Herzchirurgie und deren Angehörigen, die sich jetzt zu Recht völlig verunsichert fühlen müssen.

Mein Nachnamensvetter Karl Marx hat einmal sinngemäß gesagt: Geschichte wiederholt sich nicht und falls doch, dann als Farce. Aber eine zweite Wiederholung konnte er sich auch nicht vorstellen, und genau das ist jetzt am UKE passiert.

1993, auch damals genau vor einer Bürgerschaftswahl, gab es die Vorgänge um Professor Hübener, kurz danach um Professor Frischbier und dann um den Therapie-Simulator. Die Bürgerschaft und ganz besonders der Wissenschaftsausschuß haben sich jahrelang um die Aufarbeitung der beiden Strahlenskandale bemüht. Wir hatten dabei immer zwei Prämissen: Die schnellstmögliche Entschädigung aller Patientinnen und Patienten und daß sich solche Fälle am UKE nie wieder wiederholen dürfen.

Das Thema Qualitätssicherung am UKE haben wir in diversen Sitzungen behandelt, weil wir alle wollten und wollen, daß es am UKE für alle Patientinnen und Patienten gute medizinische Praxis gibt. Wie ein Déjà-vu-Erlebnis kamen mir daher nun die Vorgänge in der UKE-Herzchirurgie vor. Man muß noch nicht einmal Medizin-Experte sein, um zu wissen, wie unsinnig es ist, einen erkrankten Professor durch Operationen an Patienten wieder rehabilitieren zu wollen, und am UKE ist eine Mentalität wie vor vielen Jahren: Wir kehren alles unter den Teppich, haben nie etwas gewußt und geben nur zu, was anderswo schon bewiesen ist. Erst waren es 21, dann 23, zum Schluß 120 oder gar noch mehr Operationen, an denen Herr Professor D. mitgewirkt hat. Nach jetzigem Kenntnisstand – man muß ausdrücklich nach jetzigem sagen – war er bei über 20 Operationen verantwortlicher Leiter.

- B Wie viele Leute müssen das eigentlich gewußt haben? Herr Professor D. stand ja nie alleine im Saal, sondern da waren noch Ärzte und Ärztinnen, Pflegepersonal und wahrscheinlich noch ganz andere dabei, und alle haben geschwiegen. Selbst der anonyme Brief, der den Stein ins Rollen brachte, kam über zwölf Monate nach der letzten Operation, an der Professor D. mitgewirkt hat. Im Interesse der Patientinnen und Patienten, aber auch aus personalfürsorglichen Gründen gegenüber Professor D. hätte er an diesen Operationen nicht beteiligt werden dürfen.

Die SPD-Fraktion wird im Wissenschaftsausschuß eine lückenlose Aufklärung dieser Vorgänge im Interesse der Patientinnen und Patienten des UKE, aber auch im Interesse der Tausenden von UKE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, die jeden Tag nach wie vor eine völlig einwandfreie Arbeit im UKE leisten, verlangen und durchsetzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Schluß noch ein paar Worte zu dem, was Herr Salchow sagte. Sie machen sich das etwas einfach, wenn Sie sagen, wegen dieser Vorgänge in der Herzchirurgie müsse man jetzt auf das neue UKE-Gesetz verzichten; das Gegenteil ist vielmehr der Fall.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir werden das morgen sicherlich noch etwas ausführlicher debattieren können und müssen, aber für mich ist ganz klar, daß das UKE klare Strukturen und Zuständigkeiten und eine funktionierende Kontrolle braucht. Das neue UKE-Gesetz schafft die entsprechenden juristischen Grundlagen für einen personellen und strukturellen Neubeginn, und die SPD – ich denke, auch die GAL-Fraktion – wird das nicht verhindern, sondern unterstützen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort für gegenwärtig noch zweieinhalb Minuten der Abgeordnete Zamory.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das geht doch nicht!)

Darf ich einmal dezent darauf hinweisen, daß ich die Zeit korrekt berechne und mir hier keine Belehrung wünsche.

Peter Zamory GAL: Herr Salchow, in der Kritik der Ärzte am UKE stimmen wir völlig überein; dort hat sich seit acht Jahren nichts geändert. Wir erleben Selbstüberschätzung und Hybris bei dem betreffenden Operateur selbst und Feigheit und Duckmäusertum bei seinen umstehenden Kollegen und all denen, die davon gewußt haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist eine bittere Bilanz nach all dem, was wir – Herr Marx hat es gesagt – in den letzten acht Jahren immer wieder am UKE untersucht haben. Aber genau da hört auch der Vergleich mit dem Strahlenskandal auf, weil es sich bisher – dem Himmel sei Dank – nicht um einen Serienschaden handelt und weil der Fall des Jungen, der allerhöchst zu bedauern ist, in die Schadensregelung der Haftpflichtversicherung des Operateurs fällt und weitere Fälle von der Staatsanwaltschaft untersucht werden.

Deshalb hat sich die Senatorin darauf konzentriert, den unglaublichen Umstand zu regeln, daß jemand, der nach schwerer Krankheit in den OP zurückkehren wollte, bisher nicht personalärztlich untersucht werden mußte. Sie hat dafür gesorgt, daß ab sofort ein fachärztliches Gutachten Auskunft geben muß, ob derjenige wirklich in der Lage ist, an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Das ist eine Frage, wie im öffentlichen Dienst mit jemandem umgegangen wird, der schwer erkrankt ist und an seinen Arbeitsplatz zurückkehrt. Ich bin davon ausgegangen, daß der Personalärztliche Dienst nach einem Schlaganfall bei jedem Müllwerker genauso wie bei einem C4-Professor zu untersuchen hat, ob die Person in der Lage ist, den Job so zu machen wie vorher. Das ist jetzt geregelt worden, und man muß auch für alle anderen Krankenhäuser und Institutionen des öffentlichen Dienstes sehen, wie das in Zukunft sinnvoll gemacht werden kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zum Thema Qualitätssicherung: Wir haben uns im Wissenschaftsausschuß in langen Anhörungen, mehrfach auch im UKE selbst, intensiv bemüht zu sehen, was dort passiert. Aber die besten Qualitätssicherungsprogramme scheitern, wenn bei der Führung kein Wille vorhanden ist, sie umzusetzen. Herr Leichtweiß, das ist deutlich geworden, hat mehrfach ausgebremst – zuletzt sogar unseren interfraktionellen bürgerschaftlichen Antrag –, aber nicht erfolgreich, und das ist entscheidend.

C

D

(Wolfgang Marx SPD)

A Deswegen ist das neue UKE-Gesetz mit der Trennung von Dekan und Ärztlichem Direktor in dieser Funktion endlich ein Fortschritt ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluß kommen.

Peter Zamory (fortfahrend): ... um dafür zu sorgen, daß jemand an die Spitze gesetzt wird, der mit Qualitätssicherung am UKE wirklich flächendeckend Ernst macht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nach meiner Berechnung sind wir jetzt am Ende der Redezeit der Aktuellen Stunde angekommen. Die Senatorin wünscht das Wort und bekommt es. Danach haben alle Fraktionen nach Paragraph 22 Absatz 3 die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 15. September 2000 hat die Behörde in der Tat einen anonymen Brief bekommen, in dem schwerwiegende Anschuldigungen erhoben wurden; wir sind diesen Anschuldigungen auch sofort nachgegangen. Wir haben diesen Brief allerdings erst zu einem Zeitpunkt bekommen, als der Arzt, um den es geht, schon über ein Jahr nicht mehr am UKE tätig war. Es ging also nicht darum, Patienten vor einem Arzt zu schützen, der noch im UKE operiert, sondern er war schon seit über einem Jahr nicht mehr da.

B Die Vorwürfe sind in der Tat schwerwiegend. Ich will aber eines ganz deutlich sagen: Diese schwerwiegenden Vorwürfe sind nach wie vor Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, sie sind nicht geklärt. Es ist nach wie vor Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, ob die Schädigungen, die ein Kind hier erlitten hat – selbstverständlich hat jeder Mitleid mit diesem Kind und seinen Eltern –, fahrlässig oder schuldhaft von ein oder mehreren Personen verursacht wurden und ob sie Folge der vorhergehenden Erkrankung des Arztes sind. Deswegen kann eine Behörde mit so einer Behauptung auch nicht einfach auf den Markt gehen; da können sich andere Leute leichter tun.

Wir haben zu diesem Zeitpunkt gesagt, wir müssen uns darauf konzentrieren, daß in Zukunft Patientinnen und Patienten nicht wieder einem solchen Risiko ausgesetzt werden, wir müssen schauen, was überhaupt zu dieser Situation geführt hat und was wir tun müssen, damit ein ähnlicher Fall nicht wieder eintritt, und da sind wir in der Tat auf erhebliche Defizite und Mißstände gestoßen. Wir haben aber auch dafür gesorgt, daß das UKE diese Mißstände abstellt; das habe ich mit meinen Aussagen zu den Verhaltensregelungen gemeint.

Es ist offensichtlich ein großes Problem, wenn Chefarzte schwer erkranken und dann einfach wieder in ihre alte Funktion zurückkehren, weil sie nicht länger krank geschrieben sind. Ich will in diesem Zusammenhang aber auch eines ganz deutlich sagen: Als der Chefarzt 1999 – also ein Jahr vor dem anonymen Hinweis – aus dem Dienst ausgeschieden ist, haben wir ganz klar von der Personalabteilung des UKE die Information erhalten, daß dieser Arzt nach einer schweren Krankheit ausgeschieden sei, weil es ihm auch in der Zwischenzeit nicht mehr möglich gewesen sei, operativ tätig zu werden, und weil für ihn

keine andere Beschäftigung zu finden sei. Diese Information hatte die Behörde vor dem anonymen Hinweis. In der Personalakte der Behörde ist schriftlich festgehalten, daß der Mann nach der Krankheit nicht mehr operiert hat, und das steht auch in einem Brief aus dem UKE in der Personalakte. Von daher konnten wir nicht im entferntesten auf die Idee kommen, daß es anders ist. Wir konnten dem tatsächlich erst ein Jahr später nach dem anonymen Schreiben nachgehen. Ich finde es auch bemerkenswert, daß die Schreiber dieses anonymen Briefes ja nicht reagiert haben, um Patienten zu schützen, sondern sie haben erst ein Jahr später reagiert, als der Mann schon gar nicht mehr da war; das ist in der Tat fatal.

Wir haben dann im Frühjahr gegenüber dem UKE durchgesetzt – das UKE hat diese Regelung auch verfügt –, daß in Zukunft ein Arzt nach einer Krankheit erst einmal nicht in seine alte Funktion eintritt, sondern fachärztlich untersucht wird, daß das schriftlich fixiert wird und der Ärztliche Direktor darüber entscheidet und nicht er und seine Kolleginnen und Kollegen, ob er wieder tätig werden kann oder nicht. Daß das auf neue Beine gestellt worden ist, scheint mir das Wichtigste für den Schutz der Patientinnen zu sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und unsere Umfragen, die wir in letzter Zeit gemacht haben, deuten eher darauf hin, daß es dieses Regeldefizit nicht nur am UKE gibt, sondern auch an anderen Krankenhäusern; dem sollte man dann vielleicht auch noch einmal nachgehen.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Vielleicht?*)

Ich bin nicht für andere Krankenhäuser in Deutschland zuständig, das müssen Sie mir schon abnehmen. Ich kann hier nur sagen, wie unser Eindruck aufgrund unserer Anfragen ist.

Ein anderes Thema ist, wie dieses eigentlich dokumentiert wird. Es ist nicht so, daß am UKE nicht dokumentiert wird, wer an welcher Operation teilnimmt, aber wir haben festgestellt, daß ein Wechsel in den Rollen zu unsorgfältig dokumentiert worden ist. Im Februar ist auf Weisung des Ärztlichen Direktors dann noch einmal gesagt worden, hier müsse sorgfältiger dokumentiert werden. Wir haben den Ärztlichen Direktor sehr deutlich auf seine zentrale Funktion aufmerksam gemacht und haben auch sein Verhalten gerügt, daß er sich nicht als zentrale Instanz gesehen hat, die darüber entscheiden muß, ob ein kranker Arzt wieder in seine alte Funktion eintreten kann.

Obwohl die Sachaufklärung seit Herbst 2000 bei der Staatsanwaltschaft lag, haben wir gefragt, in wie vielen Operationen denn der betreffende Arzt in irgendeiner Weise mitgewirkt habe. Wir haben erst die Auskunft bekommen, in 21 Fällen. Dann haben wir noch einmal nachgefragt, und dann hieß es, in 28 Fällen. Wir haben dann noch einmal ganz spezifisch den letzten Stand der Listen nachgefordert, weil einem Mitarbeiter aufgefallen war, daß im Beschlagnahmebeschuß der Staatsanwaltschaft einige Fälle waren, die wir nicht kannten. Wir wußten aber, daß die Staatsanwaltschaft diese Fälle kennt und daß diese Fälle zumindest Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Betrachtungen waren. Wir wollten allerdings wissen, warum die Staatsanwaltschaft diese Fälle kennt, sie uns aber nicht genannt wurden. Das UKE hat uns dann zugesagt, die vollständigen Listen sofort zu liefern, wenn diese Frage geklärt sei. Wir mußten also davon ausgehen, daß es nur eine geringfügige Abweichung zwischen unserer Liste und der

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager)

A staatsanwaltschaftlichen Liste gab, und konnten zu diesem Zeitpunkt nicht davon ausgehen, daß es hier eine Lücke von 28 zu 121 gab. Der Ärztliche Direktor wußte das bereits im Juni und hat es uns nicht gemeldet. Wir haben diese Zahl 121 erst Ende letzter Woche erhalten, und das ist auch der Grund, warum Konsequenzen in bezug auf die Leitung mit der Beurlaubung gezogen wurden.

Wir werden jetzt folgendes tun: Drei Ärzte – einer ist der neue Abteilungsleiter der Herzchirurgie, und zwei gehören dem UKE nicht an – werden sich jetzt alle Dokumente und Fälle aus der Herzchirurgie noch einmal unter dem Gesichtspunkt angucken, in welchen Fällen der betreffende Arzt tatsächlich in irgendeiner Weise mitgewirkt hat, entweder als hauptverantwortlicher Operateur oder als Berater oder assistierender Arzt, und wie diese Fälle medizinisch zu betrachten sind. Hat es dort Komplikationen gegeben, die näher angeschaut werden müssen? Dieses wird übrigens der Vorstand des neuen UKE im Einvernehmen mit uns einleiten oder hat es schon eingeleitet.

Zweitens wird der Vorstand des UKE im Einvernehmen mit der Behörde eine zweite Kommission unter der Leitung eines Juristen, besetzt mit einem von der Ärztekammer benannten Arzt, einem Vertreter der Ethik-Kommission der Ärztekammer, mit dem Ombudsmann der Patientinnen und Patienten, mit einer Pflegekraft und einem Psychologen, der vom Universitätspräsidenten benannt wird, einrichten. Diese Kommission soll sich anschauen, was in dieser Abteilung dazu geführt hat, daß hier offensichtlich in einer Art von Corpsgeist gehandelt wurde, daß Informationen nicht weitergegeben wurden, daß sie sogar zurückgehalten wurden, und daß auch die Behörde vom Vorstand nicht informiert wurde, aber andererseits der Vorstand auch nicht von dieser Abteilung.

B Wir haben darum gebeten, daß diese Kommission sich auch die Schnittstelle zwischen Behörde und UKE und die Abläufe in der Behörde selber anschaut. Die Behörde stellt sich auch dem kritischen Blick von externen Experten unter dem Gesichtspunkt, ob in der Behörde alles richtig gemacht worden ist. Ich sehe zum jetzigen Zeitpunkt nicht, wo die Behördenmitarbeiter irgend etwas versäumt hätten, was zu dem Zeitpunkt, als sie informiert wurden, in ihrem originären Verantwortungsbereich gelegen hat.

Wir haben gestern das UKE animiert, eine Hotline einzurichten – der neue Leiter der Herzchirurgie hat das auch sehr positiv aufgenommen –, damit Patientinnen und Patienten, die jetzt alarmiert sind oder sich aufgrund der öffentlichen Berichterstattung Sorgen machen, Gelegenheit haben, sich direkt an diese Abteilung zu wenden und Informationen zu erhalten.

Ich will noch eines sagen – obwohl wir das auch morgen zum UKE-Gesetz diskutieren werden –, soweit es diesen Fall berührt. Herr Salchow, Sie sollten eines nicht verkennen: Um eine Person zu beurlauben, braucht man tatsächlich sehr schwerwiegende Gründe. Man kann der Meinung sein, daß der bisherige Ärztliche Direktor nicht stark genug gegenüber den Abteilungen war, aber dieser Eindruck allein ist nicht Grund genug, jemanden zu beurlauben.

Wenn wir uns aber das neue Gesetz angucken, kommen wir nicht daran vorbei, daß der Ärztliche Direktor nach dem neuen Gesetz vorher viel stärker gestellt ist als in dem alten Gesetz. Deshalb ist es auch aus dieser Sicht sehr gut, das neue Gesetz sehr schnell zu verabschieden. Der Ärztliche Direktor ist dann eben nicht mehr der Dekan. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben. Das Weisungs- und Ein-

griffsrecht gegenüber den Leitungen ist deutlich stärker akzentuiert, nicht nur im neuen Gesetz, sondern auch in der neuen Satzung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen. Wir sollten nicht verkennen, daß es hier gravierende Mißstände gegeben hat. Auf der anderen Seite leisten Ärztinnen und Ärzte des UKE wie auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pflegepersonalkörpers eine sehr gute und engagierte Arbeit. Dafür haben sie das Vertrauen der Patientinnen und Patienten und brauchen es auch. Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, daß diese Menschen insgesamt nicht die Leidtragenden dafür sind, daß es Mißstände gegeben hat, gegen die gehandelt wird, gehandelt wurde und auch weiter gehandelt werden muß.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Sager, es ist nicht ganz einfach, auf Ihre Rede zu reagieren, angesichts dieses gesundheitlich angeschlagenen Zustands, den Sie auf mich machen.

(*Antje Möller GAL:* Keine falsche Rücksichtnahme. Sagen Sie ehrlich, was Sie denken!)

– Es ist keine falsche Rücksichtnahme, es ist schwierig; ich sage das ganz ehrlich. Trotzdem kann ich aber einige unbequeme Wahrheiten nicht unter den Tisch fallen lassen.

Auf welchem Boden gedeiht eigentlich das, was im UKE jetzt passiert ist? Ich glaube, es gedeiht auf einem Boden falsch verstandener Hierarchien, Duckmäusertum, mangelnder Aufsicht und letztlich auch Angst und Arroganz.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Fachlich gab es eine erste Klärung – das ist die Lösung mit Herrn Leichtweiß –, aber wir kommen um die politische Verantwortung nicht herum, Frau Sager, und die haben Sie in diesem Fall getragen.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Hat sie auch!)

In dem anonymen Brief wurden schwerste Vorwürfe erhoben. Sie haben die Sache meines Erachtens nach in neun Monaten standardmäßig, behördenmäßig und routinemäßig abgewickelt.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Das ist Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. Ich weise nur darauf hin, daß die Senatorin durch das hätte gewarnt sein müssen, was ihrem Amtsvorgänger, Herrn Hajen, passiert ist. Da ist genau das gleiche geschehen, indem die Wahrheit kleckerweise an die Öffentlichkeit gekommen ist. Angesichts der dramatischen Vorwürfe, die in diesem Brief erhoben wurden, hätte sie diese Sache zur Chefsache machen müssen. Das hat sie nicht getan.

(Beifall bei der CDU)

Ihnen ging es nur um eines: Sie wollten die Probleme deckeln, bis Sie das Gesetz hier in der Bürgerschaft unter Dach und Fach haben;

(*Antje Möller GAL:* Haben Sie eigentlich zugehört?)

Sie wollten es aussitzen.

C

D

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager)

A (Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist zu billig, jetzt dem Ärztlichen Direktor allein die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei der CDU und REGENBOGEN – für eine neue Linke – *Antje Möller GAL*: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!)

Frau Sager, es gibt das schöne Sprichwort: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Ich denke, es war kein normaler Fall, der dort abgelaufen ist. Die Senatorin hätte informiert werden müssen, wenn ein C4-Professor so schwer erkrankt ist und trotzdem an seinen Arbeitsplatz zurückkehrt; das war nicht normal. Da haben Sie sich nicht genügend gekümmert.

(*Anja Hajduk GAL*: Dann wäre sie ja hilflos!)

Was ist denn aus den einstigen „Oberaufklärern“, den Grünen, geworden, nach Bernbeck, nach Hübener, nach Frischbier? Die GAL hat immer am lautesten gerufen. Ihr Schwerpunkt war die Qualitätskontrolle, die Dokumentationspflicht. Im UKE ist in dieser Frage aber seit dem Amtsantritt von Frau Sager so gut wie überhaupt nichts passiert. Sie haben bisher einfach nicht gehandelt.

Ich glaube, Sie haben das Gewissen, das ich eben angesprochen habe, an der Garderobe zum Senatsgehege abgeben. Seitdem interessiert Sie Ihr Geschwätz von gestern nicht mehr.

(*Dr. Holger Christier SPD*: Jetzt hören Sie doch auf! Sagen Sie mal was zur Sache!)

Diese Sache ist ein Lehrstück zur Frage, wie verrate ich meine eigenen Interessen und schiebe die Schuld am besten anderen in die Schuhe. Das werden wir so nicht mitmachen.

B

(*Antje Möller GAL*: Zum Thema!)

Daher brauchen wir im Wissenschaftsausschuß eine sehr gewissenhafte Aufklärung. Sie haben in den letzten 15 Jahren mit dem PUA „Bernbeck“ – mit Herrn Herrmann ging es los –, die Ärzte und das Establishment an den Pranger gestellt. Uns haben Sie damals als Ärzepartei ausgewiesen und Herrn Dr. Kampf unterstellt, er würde dem Krähenprinzip nacheifern. Aber die Zeiten haben sich geändert, Frau Sager.

(*Farid Müller GAL*: Bei der Union nicht!)

Im Jahr 2001 steht eine grüne Senatorin am Pranger und ist für diesen Skandal verantwortlich, weil sie politisch dafür zuständig ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Fischer-Menzel.

(*Anja Hajduk GAL*: Bitte das Niveau anheben!)

Helgrit Fischer-Menzel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Beuß und auch Herr Salchow, ich finde es schade, daß dieses Thema, das sehr wichtig ist und uns in den letzten acht Jahren intensiv beschäftigt hat, im Wahlkampf landet und so wenig argumentativ hinterlegt wird. Vor allen Dingen finde ich in dieser Argumentation am schwierigsten, daß das, was mit dem UKE-Gesetz verbunden wird, in diesem Haus – wenn ich es recht erinnere – von allen Parteien, vielleicht in Varianten, gewollt worden

ist. An dieser Stelle wird es nun in Frage gestellt und unterstellt, daß diese Vorfälle deshalb unter dem Deckel gehalten worden seien, um das UKE-Gesetz nicht zu behindern. Das ist doch wirklich blanker Unsinn, wenn man sich die Diskussionen der letzten drei bis sechs Jahre ansieht.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe mir in den letzten Tagen und Abenden die Mühe gemacht, einmal alles aus der letzten und aus dieser Legislaturperiode hervorzuholen.

(*Antje Blumenthal CDU*: Da waren Sie doch im Senat! – Gegenruf von *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Deshalb kann man sich doch trotzdem die Mühe machen!)

– Deshalb habe ich es mir hervorgeholt. Beispielsweise war es hoch interessant, die Debatten im Plenum – zu Zeiten von Professor Hajen – nachzulesen, zum Strahlenskandal, zum Thema Therapiesimulator und was hier wie diskutiert worden ist.

Wenn Sie es auch einmal gemacht hätten, hätten Sie gesehen, daß es in dieser Stadt und in dieser Republik kein Klinikum gibt, das in derartiger Weise durchleuchtet worden ist, sowohl von den Medien als auch von der Justiz, von der Staatsanwaltschaft, parlamentarisch und auch von der Exekutive. Wie ist Professor Hajen getrieben worden, und was ist alles in der damaligen wie auch in der jetzigen Legislaturperiode erfolgt. Wenn Sie sich ansehen, was es alles gab, an Dienstanweisungen, Instrumenten und externen Kontrollen, und was sind da für Gutachten gelaufen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Aber es hat nichts genützt!)

– Passen Sie auf, Herr Beuß, darauf komme ich nämlich noch.

D

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode als Wissenschaftsausschuß, ich glaube, viermal mit dem Thema Qualitätssicherung beschäftigt.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Da war die CDU nicht dabei!)

Ich habe mir von Herrn Dr. Paaschen in der letzten Wissenschaftsausschußsitzung noch den Qualitätsbericht 2000 geben lassen; er ist sehr interessant. Darin steht als Qualitätskontrolle für diese Abteilung: Regelmäßige Komplikationskonferenzen.

All dieses, der öffentliche, der juristische und der parlamentarische Druck wie auch die Exekutive, alles, was im UKE selbst gelaufen ist, was wir begleitet und wo wir immer wieder Druck gemacht haben, hat nichts genutzt. Deswegen stimme ich Ihnen an der Stelle zu, daß es einen auf der einen Seite hilflos macht und auf der anderen Seite ziemlich empört.

Die Frage ist aber, was in diesem Klinikum los ist? 26 Monate nachdem der entsprechende Professor das erste Mal wieder operiert hat, kommt dieser anonyme Brief. Das muß man sich einmal vorstellen; über zwei Jahre hat es gedauert, bis jemand die Sache offengelegt hat.

(*Antje Blumenthal CDU*: Den Mut hat! Was ist denn da los?)

Wir haben in diesem Klinikum aber doch für eine andere Unternehmenskultur gekämpft, damit es so etwas wie Offenheit und Transparenz gibt. Wir haben versucht, die Ärzte und das Pflegepersonal zu stärken, und trotzdem hat es nicht funktioniert.

(Helgrit Fischer-Menzel SPD)

A *(Bernd Reinert CDU: Sie sind also gescheitert. Das halten wir mal fest!)*

– Nein! Darauf will ich aber noch mal kommen. Es gibt einen sehr schönen Satz von Virchow, der heißt: „Zwei Dinge pflegen den Fortschritt der Medizin aufzuhalten, Autoritäten und Systeme.“

Ich hoffe, daß wir mit dem UKE-Gesetz zumindest zum Thema Autoritäten ein Stück verändern können.

(Antje Blumenthal CDU: Mit Gesetzen ändern Sie was!)

– Ja! Denn ich hoffe, daß die ärztliche Leitung und das Direktorium nach diesem Gesetz eine Position bekommt, die Möglichkeiten eröffnet, die sie heute noch nicht haben.

Darüber hinaus komme ich noch einmal zu dem Punkt Systeme. Mich hat in den letzten Tagen der Gedanke beschäftigt, warum keiner den Mund aufmacht. Warum wird Kollegialität im UKE mißverstanden? Warum fühlt sich keiner veranlaßt zu sagen, ich muß mich äußern?

(Glocke)

Wir sollten, glaube ich, noch einmal über die Frage des Systems reden müssen.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, die Redezeit ist total um. Sie müssen zum Schluß kommen.

Helgrit Fischer-Menzel (fortfahrend): Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Ich glaube, daß der Punkt Privatliquidation und Wahlleistungen noch einmal beleuchtet werden muß. – Danke schön.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Dr. de Lorent hat das Wort, bitte schön.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, daß es sich die Partei der brutalst möglichen Aufklärung etwas einfach macht und falsche Schlüsse zieht. Da es Ungereimtheiten und Schwierigkeiten gibt, kann ich jedoch verstehen, daß sie die Gelegenheit nutzt, hier eine Senatorin an den Pranger zu stellen; das ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar.

Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen. Erstens: Wie kann man von außen begreifen, was da stattgefunden hat? Ich habe es mir folgendermaßen vorgestellt. Herr Professor D. ist 1997 nach Hamburg berufen worden, er ist eine hoch anerkannte Kapazität auf seinem Gebiet. Er konnte aber nur kurze Zeit arbeiten, denn er ist im Januar 1998 schwer erkrankt; das ist sehr bedauerlich für jemanden wie ihn. Er hat dann offensichtlich weitergearbeitet. Man fragt sich dann, wie können so viele Ärzte, die mit ihm zusammengearbeitet haben und das auch sahen, so etwas zulassen. Es muß so etwas wie eine Abhängigkeit oder Leibeigenschaft geben. Ich weiß nicht, ob Sie den Brief des wissenschaftlichen Personalrats gelesen haben. Darin bringt man es auf den Punkt. Die Schlüsse, die gezogen werden, teile ich nicht. Es heißt: Warum hat von den beteiligten untergebenen Ärzten keiner etwas gesagt, wo doch alle gesehen haben sollen, daß Herr Professor D. anscheinend nicht mehr operieren konnte. Die Antwort ist so einfach, daß sie außerhalb des UKE wohl keiner wahrhaben will: weil jeder, der das tut, seine berufliche Zukunft in der Medizin an den Nagel hängen kann. Die Abhängigkeiten

der Assistenz- und Oberärzte von ihren Vorgesetzten sind vielfältig. Zumeist haben sie alle nur befristete Verträge, oft nur für zwei bis drei Jahre. Eine Verlängerung ist vielfach von ihrem entsprechenden Wohlverhalten abhängig. Jungen Kolleginnen und Kollegen im UKE wird immer wieder deutlich vor Augen geführt, was mit denjenigen passiert, die nicht bedingungslos Gefolgschaft leisten: Nichtverlängerung von Verträgen, Beschneiden von Forschungsmöglichkeiten, Nichteinteilung zu wichtigen Operationen.

Meine Damen und Herren, hier besteht ein objektiver Mißstand, der geändert werden muß. Das gibt uns einen Hinweis, warum sich manche Leute so verhalten, aber es ist keine Erklärung.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Doch, das ist eine Erklärung!)

Bei so gravierenden Fällen muß es Zivilcourage geben, auch wenn es Abhängigkeiten gibt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens: Was ist politisch nötig? Der Wissenschaftsausschuß hat von der BWF eine Liste bekommen, in der dokumentiert wurde, was geschehen ist, nachdem der anonyme Brief eingegangen ist. Es ist sofort gehandelt worden. Der Ärztliche Direktor ist aufgefordert worden, Stellung zu nehmen. Es hat Gespräche gegeben, und es wurden Verhaltensregeln klargestellt. Es ist ein Unding, daß dieser Ärztliche Direktor erst einige Monate später eine korrekte Zahl von vorgenommenen Operationen veröffentlicht hat. Die Reaktion, um Beurlaubung zu bitten, ist folgerichtig. Wenn er das nicht getan hätte, wäre er beurlaubt worden. Der Senatorin ist in diesem Fall überhaupt nichts anzulasten, aber es zeigt aus meiner Sicht, daß hier grundsätzlich etwas verändert werden muß; da verstehe ich weder die CDU noch die REGENBOGEN-Gruppe.

Natürlich greift auch genau hier das UKE-Strukturgesetz, das wir morgen verabschieden werden. Danach wird ein Ärztlicher Direktor auf fünf Jahre berufen, der abwählbar ist, der eine gewisse Stärke und Autorität hat und der auf die Kliniken schaut. Ihm wird ein Kuratorium als Kontrollorgan zur Seite gestellt. Ich gehe davon aus, daß ein Ärztlicher Direktor, dessen primäres Ziel es ist, für Qualitätssicherung zu sorgen, damit das UKE mit seinen positiven Leistungen endlich aus den Skandalschlagzeilen herauskommt, dafür sorgen wird, daß solche Schwierigkeiten, wenn sie überhaupt auftreten, nach kurzer Zeit klargestellt und beseitigt werden.

Darum ist es völliger Unsinn, meine Damen und Herren, wenn Sie hier ankündigen, daß es morgen Ärger gibt. Ich kann es verstehen, daß sich die CDU im Wissenschaftsausschuß in ihrem Petitum gegen den Lenkungsdurchgriff des Staates und gegen die staatliche Doppelkontrolle ausgesprochen hat,

(Heiterkeit bei Anja Hajduk GAL)

wie auch dagegen, daß das Kuratorium nicht mit mehr internen Vertretern des UKE besetzt wird. Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist notwendig, und das werden wir morgen auch beschließen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

C

D

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

A **Julia Koppke** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr de Lorent, über das Strukturgesetz reden wir morgen, dann habe ich auch die Zeit, darauf genauer einzugehen.

An dieser Stelle möchte ich einleitend – auch wenn die SPD es bereits getan hat – noch etwas zur Vorgeschichte sagen. Ich möchte zunächst aus einem Artikel aus der „Morgenpost“ vom Januar 1994 zitieren, mit dem Titel „Fall Bernbeck: Skandal ohne Ende“. Darin heißt es, daß der Hamburger Senat aus dem Bernbeck-Skandal wenig gelernt habe. Mangelnde Aufsicht und Kontrolle, wie bei Bernbeck, führten daher im UKE zum Strahlenskandal.

Der Bernbeck-Skandal in Barmbek war, wie der Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1986 feststellte, nicht die Schuld eines einzelnen, sondern die Schuld des gesamten Systems. Kasernehafte Klinikhierarchie unter dem Motto „Der Chef hat immer recht“, karrierebedachter Kadavergehorsam der Untergebenen sowie nicht vorhandene Qualitätskontrolle und -dokumentation ärztlichen Handelns. Der PUA beschloß vor mehr als sieben Jahren – also 1986 – einen Katalog von Änderungsmaßnahmen. Ärztliches Handeln sollte kontrollierbar und transparent werden, und Hierarchien aufgebrochen. Behörden und Ärztekammer sollten ihren Aufsichtspflichten nachkommen.

Soweit der Stand von 1986. Da fragt man sich natürlich: Wo stehen wir heute? Ärztliches Handeln ist kontrollierbar und transparent? Hierarchien sind aufgebrochen worden, und Behörden kommen ihren Aufsichtspflichten nach? Ich denke, daß man sehr deutlich sieht, daß sich seit 1986 nichts geändert hat. Der nächste Skandal hat ja die Stadt bereits ereilt.

B Frau Sager rühmt sich hingegen, sie habe sofort alles Notwendige getan und es gebe keine Versäumnisse seitens der Behörde.

(Doris Mandel SPD: Richtig!)

Ich frage mich, Frau Sager, ist das wirklich so?

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ja!)

Seit fast einem Jahr weiß die Behörde über den jüngsten Skandal Bescheid, und es wurde der Öffentlichkeit und dem Parlament nichts bekanntgegeben; es gab keine Informationen. So war es auch vorgestern im Wissenschaftsausschuß, Herr de Lorent. Vorgelegt wurde eine Datenchronologie ohne Inhalte und Ergebnisse.

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau! Herrn de Lorent stört das nicht!)

Nun kann man sich fragen, was Sie getan haben, Frau Sager? Sie haben auf dem normalen Dienstweg eine Stellungnahme des Ärztlichen Direktors erbeten. Als Ihre wesentliche Maßnahme rühmen Sie sich eines neuen Regelwerks, das seit April dieses Jahres existiert. Die Staatsanwaltschaft – das sollte man vielleicht auch noch festhalten – ermittelt wohlgerne nicht auf Veranlassung der Behörde.

An diesem Regelwerk sei neu – so haben Sie im Wissenschaftsausschuß vorgetragen –, daß in einem Fall, wie bei Professor D., erstens ein Arzt von seiner Leitungsfunktion befreit wird, er zweitens erst nach einem ärztlichen Gutachten weiter tätig werden darf und daß drittens über das, was dann passiert, der Ärztliche Direktor entscheidet.

Sehen wir uns an, was im Fall Professor D. gelaufen ist. Dazu zitiere ich aus der Stellungnahme des kommissari-

schen Leiters der Herzchirurgie an Herrn Professor Leichtweiß vom 13. Oktober 2000, das Ihrer Behörde vorgelegt wurde. Darin heißt es, daß Professor D. erst nachdem von seinem betreuenden Neurologen ein entsprechendes Gutachten vorlag, in dem ihm die Fähigkeit bescheinigt wurde, auch im operativen Bereich tätig zu sein, hier wieder Funktionen übernahm. Darüber sei Professor Leichtweiß immer unterrichtet gewesen, und es wurden mehrere Gespräche mit ihm zusammen geführt.

Wir stellen daher eindeutig fest – auch wenn es damals vielleicht noch kein festgeschriebenes Regelwerk gegeben hat –, daß alle drei Punkte im Falle des Professor D. praktiziert wurden. Es lag ein ärztliches Gutachten vor, erst danach übernahm er wieder seine Funktion, und der Ärztliche Direktor hat mit entschieden, was passiert.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt! Dann haben Sie nicht zugehört.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das stimmt kein bißchen!)

Da es genau so ist, ist es auch eine Unverschämtheit seitens der Senatorin, zu behaupten, daß dieses Regelwerk die entscheidende Maßnahme sei, die die Behörde als Konsequenz dieser Vorfälle installiert habe, damit solche Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden können. Sie können nicht vermieden werden, und insofern ist es auch keine ausreichende Maßnahme.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Des weiteren läßt sich zweierlei festhalten. Der Ärztliche Direktor, Herr Leichtweiß, hat sich – natürlich bei laufenden Bezügen – beurlauben lassen. Frau Sager findet das honorig. Gekappt wird natürlich nur die Spitze eines Eisbergs. Strukturen bleiben unangetastet. Das ist auch keine ausreichende Maßnahme. Frau Sager hatte in Ihrer Rede gerade eben noch nicht einmal erkannt, daß es in diesem Bereich Defizite geben könnte.

Zweitens: Im Wissenschaftsausschuß wie auch eben hier haben Sie wieder verkündet, daß Sie eine Kommission zur Untersuchung der Fälle einrichten wollen. Ich frage mich, warum erst jetzt?

(Glocke – Dr. Roland Salchow CDU: Genau! Richtige Frage!)

– Ich bringe meinen Satz zu Ende. Warum haben Sie nicht viel früher eine medizinische Überprüfung der Fälle in Form von Akteneinsicht veranlaßt? Haben Sie eigentlich irgend etwas getan?

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe jetzt die nächsten Tagesordnungspunkte auf, 72 und 82, Drucksachen 16/6322 und 16/6325, Bericht des Innenausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Bekämpfung der offenen Drogenszene.

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A [Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 16/6147: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) – Drucksache 16/6322 –]

[Antrag der Fraktion der CDU: Bekämpfung der offenen Drogenszene – Drucksache 16/6325 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kleist, bitte schön.

Ingo Kleist SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat verfolgt mit dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des SOG zwei Ziele: Die Schaffung eines polizeilichen Wegweisungsrechtes und die Wiedereinführung des Beschwerdeverfahrens bei der gerichtlichen Überprüfung von Ingewahrsamnahmen nach Beendigung der Maßnahme.

Das vorgesehene Wegweisungsrecht soll es der Polizei ermöglichen, den Täter sofort aus der Wohnung zu verweisen und ein befristetes Betretungsverbot auszusprechen. In diesem Zeitraum hat das Opfer nach dem Gewaltschutzgesetz, mit den Verbesserungen des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten, das in der nächsten Zeit im Bundestag verabschiedet wird, dann die Möglichkeit,

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Kleist, entschuldigen Sie bitte, daß ich Sie unterbreche. Es gibt, glaube ich, zwei Möglichkeiten. Erstens, daß Sie das Mikro herunterfahren, und zweitens, daß die Technik tatsächlich noch einmal versucht, es besser auszusteuern. Bitte schön, Sie haben das Wort.

B

Ingo Kleist (fortfahrend): die Erleichterung, durch Überlassung der Ehemwohnung bei einer Trennung und die künftigen zivilrechtlichen Möglichkeiten, besser zu nutzen. Die frühzeitige Änderung des SOG ermöglicht daher ein nahtloses Ineinandergreifen von polizei- und zivilrechtlichen Verfahren.

Das angestrebte Beschwerdeverfahren zur Überprüfung der Entscheidung des Amtsgerichtes über die Zulässigkeit und die Fortsetzung von Ingewahrsamnahmen soll für den Fall wieder eröffnet werden, daß die Ingewahrsamnahme zuvor beendet wurde.

Die Wiedereinführung der bereits von 1996 bis zum Jahr 2000 befristet geltenden Regelung dient insbesondere der Rechtssicherheit für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihr Handeln durch obergerichtliche Rechtsprechung. Der Innenausschuß empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den Senatsantrag anzunehmen.

Die CDU-Fraktion hat im Innenausschuß erklärt, daß sie weitere Anträge stellen wird, weil sie mit dem Gesetz so nicht einverstanden ist; das haben wir jedenfalls so verstanden. Wenn ich mir dann allerdings Ihren Antrag – der hier auch zur Debatte steht – angucke, ist das kein konkreter Antrag zur Änderung des SOG, worauf wir später zurückkommen.

Das von Innensenator Scholz vorgelegte behördenübergreifende Handlungskonzept gegen die Verfestigung der offenen Drogenszene in St. Georg und am Hauptbahnhof wird von der SPD nicht nur begrüßt, sondern voll inhaltlich getragen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*) **C**

– Ich habe Sie leider nicht verstanden, aber Sie können sich nachher ja noch mal zu Wort melden, Frau Sudmann.

Das Konzept zeichnet sich dagegen durch Augenmaß und Ausgewogenheit aus. In der Verknüpfung von Hilfsangeboten wie Prävention, Therapieangebote, Überlebenshilfen und Bekämpfung der offenen Drogenszene sowie der Strafverfolgung liegt die Qualität dieses behördenübergreifenden Konzepts.

Ich will auf die einzelnen Eckpunkte nicht eingehen. Dies wird der Senator sicherlich gleich selbst machen. Lassen Sie mich trotzdem einen Punkt herausgreifen, nämlich den Einsatz von Brechmitteln.

Die SPD-Fraktion hat den Einsatz von Brechmitteln bisher mit der Begründung abgelehnt, daß diese nicht notwendig seien, da der Senat dem Parlament glaubhaft erklärt hat, daß Gerichte Schluckbewegungen als ausreichendes Indiz für das Dealen anerkannt haben und wir auch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Thema abwarten wollten.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Gerichte die Schluckbewegungen nicht mehr als ausreichende Beweismittel anerkennen

(*Dietrich Wersich CDU*: Man kann dem Senat eben nicht alles glauben! – Gegenruf von *Barbara Ahrons CDU*: Sehr richtig, Herr Wersich!)

und Staatsanwaltschaften, Herr Wersich, keine Anklage erhoben haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung festgestellt, daß die Verabreichung von Brechmitteln im Hinblick auf die Menschenwürde und den Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken ergibt.

(*Dietrich Wersich CDU*: Hört, hört!)

Das ist anders als bei der CDU, die den Einsatz von Brechmitteln als Drohung versteht, so wie jedenfalls den Worten von Herrn Vahldieck in diesem Hause am 14. Februar 2001 zu entnehmen war. Ich zitiere:

„Schon die Androhung der Verabreichung von Brechmitteln würde sich positiv auswirken. Das wäre die richtige Botschaft an die Dealer. Deswegen fordern wir jedenfalls die Verabreichung von Brechmitteln gegen Kokaindealer. Das halten wir für ein sinnvolles Mittel.“

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, verstehen wir den Einsatz von Brechmitteln ausschließlich als Beweissicherung, damit Dealer ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können.

(Beifall bei der SPD – *Elke Thomas CDU*: Es ist schwer, sich anders zu äußern, wenn Sie es vorher immer abgelehnt haben!)

Herr von Beust ist nicht anwesend; wo er heute schon so viel in die Wäsche gekriegt hat, kann er jetzt wohl darauf verzichten.

Herr Wersich, wie war es denn eigentlich gestern in der Pressekonferenz mit den unterschiedlichen Fragen?

(*Dietrich Wersich CDU*: Sie hätten gern kommen können!)

– Ich habe es ja in den Zeitungen nachgelesen. Wollen Sie nun auch für Konsumenten am Hauptbahnhof eine Straf-

D

(Ingo Kleist SPD)

A verfolgung, oder wollen Sie es nicht? Ihr Fraktionsvorsitzender hat Ihnen darin jedenfalls widersprochen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Fragen Sie doch mal Ihren Koalitionspartner!)

Es macht immer einen schlechten Eindruck, wenn man un- abgestimmt in eine Pressekonferenz geht, wo dann die ei- gene Konzeptlosigkeit öffentlich wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihren Antrag jedenfalls ablehnen, da das Kon- zept des Senats durch sein Ganzheitsprofil überzeugt. Ihr Versuch, in der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß mit dem Handlungskonzept St. Georg und Hauptbahnhof im Schanzenviertel, St. Pauli und Altona nun keine Strafver- folgung mehr stattfindet, schlägt fehl. Selbstverständlich wird die hochmotivierte Hamburger Polizei auch hier, wie bisher, verstärkt tätig sein, und es wird überall in Hamburg eine schnelle Reaktion geben. Und zu Ihrer Information: Dieses Konzept gilt auch über den Wahltermin hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag heute mit einem Zi- tat des Kollegen Mahr beginnen,

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Von Mahr! Das kann nur gut sein!)

ebenfalls aus der Debatte vom 14. Februar 2001. Darin sagt er – ich zitiere –:

„In der letzten Woche wurde uns wieder einmal in Wun- dertütenmanier von Ihnen“

– der CDU –

„vorgestellt, was man gegen die Drogenproblematik in Hamburg tun kann: Mehr Polizisten, Verschärfung des Polizeirechts und der Einsatz von Brechmitteln sollen es richten. Dann ist die Welt wieder in Ordnung, und Ham- burg kann ruhig schlafen. Meine Damen und Herren, das ist Unsinn. Für wie blöd hält die CDU eigentlich die Men- schen in dieser Stadt.“

In der Tat ist die Frage: Für wie blöd hält eigentlich Rotgrün die Menschen in dieser Stadt?

(Beifall bei der CDU und REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Was glauben Sie, was man den Männern und Frauen in Hamburg eigentlich noch zumuten kann? Zehn Wochen vor der Wahl wird alles, was bisher da gewesen ist, in Frage gestellt. Das Ruder wird um 180 Grad herumgeris- sen, und es wird genau das, was jahrelang richtig war und leidenschaftlich und mit Inbrunst vertreten wurde, in Frage gestellt; und nun ist genau das Gegenteil richtig. Wer soll das eigentlich glauben?

(*Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Aber es sind ja nur zehn Leute da!)

Und wie lange soll diese harte Linie gelten? Ich wage ein- mal eine Prognose, die etwas anders ist als das, was Herr Kleist sagte. Ich sage Ihnen, diese harte Linie gilt im we- sentlichen bis zum 23. September 2001, 18 Uhr, und dann wird alles vergessen sein. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Angenommen, die Wähler lassen sich wiederum täuschen, angenommen, die Wähler honorieren diesen Opportunis- mus, angenommen, die Wähler sorgen dafür, daß Rotgrün weiter regieren kann: Wer schützt uns eigentlich davor, daß nicht sofort wieder neue Erkenntnisse auf den Markt kommen, die einen dazu bringen, wieder 180 Prozent um- zuschwenken und wieder das zu sagen, was noch bis zum letzten Monat galt?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Neue Erkenntnisse sind im Mo- ment sehr in Mode. Sogar der oberste Sozialdemokrat hatte am Wochenende neue Erkenntnisse. Er kam auf ein- mal zu der Überzeugung, daß man bestimmte Dinge mit Sexualstraftätern tun sollte. Er sprang sozusagen mit ein- em Hops auf den Stammtisch, stellte sich nach oben

(*Barbara Duden SPD*: Und ist wieder herunterge- fallen!)

und erzählte etwas, was an Undifferenziertheit und Platt- heit nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall bei der CDU)

Und was tut der sozialdemokratische Landesvorsitzende und Innensenator am Tag darauf? – Er ist sozusagen der erste Claqueur von allen.

(*Barbara Duden SPD*: Der hat das schon vorher ge- macht!)

Im NDR 4 erzählt er nahezu mit denselben Worten, wie großartig und wie toll und wie vernünftig das alles ist.

Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, daß es schon auffällig ist, wenn man mit solchen Erkenntnissen genau an dem Wochenende aufwarten kann, an dem man kleinlaut verkünden muß, daß man seine Ziele in der Bekämpfung der Arbeitslosenreduzierung nicht erreichen wird, und man davon ablenken muß – dafür habe ich Ver- ständnis –, ist das doch unglaublich.

(*Dr. Holger Christier SPD*: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

Wir hatten doch hier die Nagelprobe. Wir haben vor eini- gen Wochen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Maßregelvollzugsgesetzes vorgelegt mit dem Ziel, die Si- cherheit für die Bürger zu verbessern. Und was ist das Er- gebnis? – Sie haben es in die Ausschüsse überwiesen, und dort wird es durch Filibuster bis zum Sankt-Nimmerleins- Tag dazu gebracht, daß es versendet, und wir werden es nicht mehr in dieser Legislaturperiode beschließen, und das ist Ihre Schuld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zwischen den Worten und Taten liegen hier Welten. Aber auch Hamburger, nicht nur Gerhard Schröder, haben zu- weilen neue Erkenntnisse. Da erklärt Herr Scholz in der Pressekonferenz, es gebe ein neues Medikament, einen mexikanischen Sirup, der es jetzt ermöglichen würde, mit diesem Brechmittel zu arbeiten. Das heißt übrigens Ipeca- cuanha. Dann gebe es neuerdings Beweisschwierigkei- ten, weil Schluckbewegungen nicht als Beweis anerkannt werden.

Meine Damen und Herren! Das ist absoluter Unsinn, das eine wie das andere. Erstens gibt es dieses Medikament seit Jahrhunderten, und es wird seit ungefähr zehn Jahren in Deutschland in Hunderten von Fällen erfolgreich ange-

C

D

(Heino Vahldieck CDU)

- A wandt, und zweitens hat es Beweisprobleme zu jedem Zeitpunkt gegeben. Natürlich sind die Gerichte nicht so, daß sie sagen, Schluckbewegungen werden akzeptiert. Schluckbewegungen sind zunächst einmal Schluckbewegungen und kein Beweis. Insofern war es schon immer notwendig, so etwas zu fordern.

(Beifall bei der CDU)

Das einzige, was anders ist als früher, ist, daß es früher von Rotgrün bestritten wurde, jetzt wird es akzeptiert.

Jetzt zu Ihnen, Herr Dr. Schmidt. Ich lese in der Zeitung, daß Sie die Verabreichung von Brechmitteln nunmehr für vertretbar halten, weil es nicht mehr darum geht, Kochsalzlösung zu verabreichen, sondern dieses bewußte mexikanische Medikament, und dann sei das Ganze vertretbar.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Da stand noch mehr!)

Ich darf aus der Debatte vom 17. September 1998 zitieren,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Lesen Sie das mal vor!)

und zwar mich selbst. Da habe ich nämlich den Chef der Rechtsmedizin der Frankfurter Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität mit folgenden Worten zitiert:

„Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Gabe von Ipecacuanha an Gesunde zu den harmlosesten ärztlichen Eingriffen gehört.“

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Aber nicht per Sonde!)

Dann hat er noch mehr gesagt, und das wurde von Herrn Dr. Petersen – wie so oft – mit unqualifizierten Zwischenrufen bedacht.

B

(Barbara Duden SPD: Was soll denn das?)

Meine Damen und Herren! Es war also zu jedem Zeitpunkt klar, daß unser Ansinnen, Brechmittel an Dealer zu verabreichen, nie etwas mit Kochsalzlösungen zu tun hatte, sondern wir wollten natürlich dieses neuartige Medikament, das es jetzt seit einigen Wochen, aber in Wirklichkeit seit einigen hundert Jahren gibt. Meine Damen und Herren, wer soll das eigentlich alles noch glauben?

(Beifall bei der CDU)

Wenn jetzt die Polizei ihre Energie insbesondere auf den Stadtteil St. Georg konzentriert, dann kann ich das gut verstehen. Die Situation in St. Georg ist katastrophal schlecht. Sie ist in der Tat unerträglich für die Bewohner, und das größte Problem ist – zumindest für die Regierenden –, daß es sichtbar ist. 400 000 Menschen gehen jeden Tag ein und aus und sehen, was dort geschieht, und das ist natürlich besonders spektakulär. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn man sich dieses Themas annimmt. Nur, meine Damen und Herren, wenn man seine Energie auf diesen einen Stadtteil konzentriert, dann heißt es doch im Umkehrschluß, daß in anderen Bereichen entsprechend weniger geschieht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Falsch!)

Wenn eine Decke an einer Stelle zu kurz ist, zum Beispiel über den Füßen, und man zieht sie hoch, dann ist auch noch der Bauch frei.

(Beifall bei der CDU)

Die Decke wird immer zu kurz sein.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Können Sie das mal vor-machen!) C

– Nein, ich zeig das nicht, Herr Schmidt. Sie sind vergnügungssüchtig.

(Heiterkeit)

Ohne eine adäquate Personalaufstockung, sowohl im Bereich der Polizei als auch im Bereich der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, wird man diese Ziele nicht erreichen können.

(Dr. Holger Christier SPD: Deshalb sind Sie für den zweiten Fixerraum!)

Es gibt doch nicht nur die offene Drogenszene in St. Georg, meine Damen und Herren. Es gibt Drogenszenen in vielen Teilen der Stadt, insbesondere auch in Altona und St. Pauli.

(Doris Mandel SPD: In den Elbvororten ganz heimlich!)

– Wohl weniger. Ich dachte mehr an Altona und St. Pauli. Es ist doch klar, daß es einen Verdrängungswettbewerb in diese Bereiche geben wird. Und es ist doch auch völlig klar, daß, wenn man nicht mehr Polizei hat, man diese Situation nicht in den Griff bekommen wird. Man wird es vielleicht in St. Georg schaffen, aber man wird woanders Lücken aufreißen.

Nun heißt es, es gibt ja die 61 neuen Beamten vom BGS. Aber die helfen doch nicht sofort. Das sind Leute, die vom Bundesgrenzschutz kommen. Die haben bislang möglicherweise ihren schweren Dienst an den Außengrenzen geschoben und sollen sich jetzt auf einmal im Hamburger Drogenschungel auskennen. Das ist doch eine völlig neue Situation. Sie müssen lernen, Hamburger Gesetze vernünftig anzuwenden. D

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ganz schwierig!)

– Herr Dr. Schmidt, ich darf Sie insoweit aufklären, daß Polizeirecht Ländersache ist.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ich sage ja, ganz schwierig!)

– In der Tat, das sind komplizierte Fragen, um die es da geht. Diese Polizisten werden nicht zu Unrecht zwei, teilweise drei Jahre ausgebildet, weil sie solch einen schwierigen Stoff beherrschen müssen.

(Dr. Holger Christier SPD: Ihre Polizisten kommen voll ausgebildet aus dem Kreißsaal!)

BGS-Beamte können nicht von heute auf morgen den Dienst in Hamburg aufnehmen. Sie müßten mindestens ein halbes Jahr umgeschult werden auf die Situation. Wenn man das nicht tun sollte – wir werden das sicherlich noch hören –, dann ist das völlig unverantwortlich.

Im übrigen kommt es auch darauf an, daß man entsprechende Kapazitäten bei der Staatsanwaltschaft schafft, denn wir haben gelernt, daß das Verabreichen von Brechmitteln erst nach staatsanwaltschaftlicher Anordnung erfolgen dürfen soll. Aber, meine Damen und Herren, Staatsanwälte arbeiten üblicherweise montags bis freitags von 8 Uhr bis 17 Uhr. Die meiste Zeit des Tages ist eben die andere Zeit, und dann gibt es auch noch das Wochenende. Es muß also gelingen, daß auch Staatsanwälte für diesen Bereitschaftsdienst zur Verfügung stehen. Dies ist noch nicht geregelt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Die müssen erst noch ausgebildet werden!)

(Heino Vahldieck CDU)

A Insofern ist das Ganze unausgegoren, es ist ein Wahlkampfbluff, es ist viel heiße Luft, es ist Wahlkampfgetöse, es wird – wie ich schon einmal an dieser Stelle gesagt habe – die sicherheitspolitische Windmaschine angeworfen, sie bläst zwar erheblich, aber es kommt nur ein ganz laues Lüftlein raus.

(Doris Mandel SPD: Wir lassen nun die Luft aus Ihrem Ballon! Das ärgert Sie gewaltig!)

Wir halten das für unglaublich. Wir sind der Auffassung, daß dies eine Sache ist, die spätestens am 23. September gegen 18 Uhr abgeblasen wird, und dann wird es so weitergehen wie immer. Das hat sozialdemokratische Tradition, und darauf verlassen wir uns. Wir hoffen, daß die Bürger das auch noch erinnern werden, daß kein Verlaß auf die Last-minute-Aktivitäten ist, die bei der SPD Tradition haben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Vahldieck, eines möchte ich vorab klarstellen: Eindimensionale Konzepte, wie sie die CDU heute mit ihrem Antrag vorgelegt hat und die allein auf Repression abzielen, lehnt die GAL-Fraktion ab.

Die Reaktion der CDU auf das vorgelegte Handlungskonzept ist denn auch mehr als durchsichtig. Ole von Beust, der größte Opportunist in diesem Parlament,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das sind Sie!)

B wirft der rotgrünen ...
(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Moment, Herr Abgeordneter, wenn ich klinge, bitte ich Sie, Ihre Rede zu unterbrechen. Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

Manfred Mahr (fortfahrend): Herr von Beust wirft der rotgrünen Koalition Opportunismus vor

(Beifall bei der CDU)

und beklagt, meine Damen und Herren, daß das Konzept mit heißer Nadel gestrickt sei. Wie wenig glaubwürdig das ist, das zeigt der heute eingebrachte phantasielose, repressionsfixierte CDU-Antrag. Da hat die Nadel ja wohl richtig geblüht.

Der Abgeordnete Wersich beklagt mit Krokodilstränen, daß das Handlungskonzept erforderliche Jugendhilfemaßnahmen für jugendliche deutsche Straftäter nicht berücksichtigt. Das ist, Herr Wersich, so richtig wie falsch. Richtig ist, daß diese Fragestellung nicht unmittelbar mit dem Handlungskonzept vorgestellt worden ist. Falsch ist, daß der Senat hierzu nichts zu sagen hat. Gerade erst gestern hat der Senat ausführlich sein Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität im Zusammenhang dargestellt, das genau diese Fragen beantwortet. Ich mache auch kein Hehl daraus, daß ich heute mit ambivalenten Gefühlen zum Thema spreche, und das hat seine Gründe.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ja!)

Einerseits freue ich mich, daß es uns endlich gelungen ist, lange eingeforderte Projekte im Bereich der Drogenhilfe-

maßnahmen verlässlich eingeleitet zu wissen. Projekte, die bisher leider am Umsetzungswillen des Koalitionspartners und der großen Koalition im Bezirk Mitte gescheitert waren. Es liegt mir fern, das jetzt Erreichte als Ei des Kolumbus abzufeuern

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das wäre ja noch besser!)

oder gar als Lösung des Problems, aber es ist ein deutlicher Schritt gemacht worden, wo es künftig in der Drogenpolitik hingehen muß, und das nicht erst nach der Wahl.

Die GAL-Fraktion hat für die entsprechenden Projekte auf dem Prinzip der Gleichzeitigkeit bestanden. Dies wird zum Beispiel deutlich am Beispiel des zweiten Gesundheitsraumes. Bis zur endgültigen Einrichtung und bestimmungsmäßigen Übergabe des Raumes wird eine mobile Einrichtung südlich der Adenauerallee betrieben werden. Zwei niedrigschwellige Einrichtungen für Alkoholabhängige in der Böckmannstraße und im Hamburger Westen werden hoffentlich ebenso zur Entspannung der Situation beitragen wie die sozialtherapeutische Arbeit mit Crackkonsumenten und der notwendige Ruheraum für diese Süchtigen.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ein absolutes Rumgeiere!)

Wie unsere Fraktionsanhörung deutlich gemacht hat, kennen Crackabhängige weder Tag noch Nacht. Für sie endet der Tag dann, wenn das Geld ausgegangen ist und sie vor Erschöpfung nicht mehr können, mitunter nach 72 Stunden.

Auch die vorgesehenen Jugendhilfemaßnahmen werden von der GAL-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Insbesondere die neue Vormundschaftsregelung bei über sechzehnjährigen Flüchtlingen stellt aus unserer Sicht einen wirklichen Durchbruch dar und lindert die Ungerechtigkeiten des Ausländerrechts.

Die GAL-Fraktion hält es grundsätzlich für richtig, daß drogenpolitische Maßnahmen auch einen repressiven Teil haben müssen. Niemand von uns bestreitet, daß sich Menschen durch Drogenhandel und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit verunsichert und in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt fühlen. Aber nicht jedes Mittel ist nach unserer Ansicht angemessen und geeignet.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann sag doch mal, was geeignet ist!)

Damit, Frau Uhl, komme ich zur anderen Seite der Medaille.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Na endlich!)

Innensenator Herr Scholz hat den Ball der Opposition und der Boulevardpresse aufgegriffen und unter anderem angekündigt, die symbolträchtige Brechmittelvergabe als angeblich notwendige Maßnahme bei der Bekämpfung des Betäubungsmittelmißbrauchs anwenden zu lassen. Hier bestand bisher Einigkeit in der Koalition, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Strafverfolgung ausreichen. Ich kenne keine Zahlen, die das widerlegen. Die GAL-Fraktion bezweifelt, daß der Einsatz von Brechmitteln geeignet ist, das angestrebte Ziel für dieses Mittel in angemessener Weise zu erreichen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann macht es doch nicht!)

(Manfred Mahr GAL)

- A Niemand von der GAL hat sich für dieses Mittel stark gemacht.

(Karen Koop CDU: Aber zugestimmt haben Sie alle!)

Wir haben aber auch keinen Weg gefunden, es letztlich zu verhindern, ohne die Hilfemaßnahmen zu gefährden. Ich darf daran erinnern, daß Hamburg seine eigenen Erfahrungen mit der Brechmittelvergabe hinter sich hat. Nach dem PUA „Hamburger Polizei“ war sich die Mehrheit dieses Hauses eigentlich darüber einig, daß Brechmittelvergabe unzulässig sei.

(Elke Thomas CDU: Na bitte!)

Diese Meinungsbildung stützte sich auf die Stellungnahme der Gerichtsmedizin, der Staatsanwaltschaft

(Heino Vahldieck CDU: Es gibt neue Erkenntnisse!)

und auf die Protokolle des Untersuchungsausschusses über die polizeiliche Praxis am PR 11. Im selben Jahr 1996 entschied zudem das OLG in Frankfurt, daß die gewaltsame Brechmittelvergabe zur Beweismittelsicherstellung weder auf Paragraph 81 a Strafprozeßordnung gegründet werden könne noch mit der Menschenwürde zu vereinbaren sei. Mittlerweile hat es mehrere OLG-Urteile gegeben, die gegenteilig entschieden haben. Das OLG Düsseldorf sah nicht die Bedenken des OLG Frankfurt. Seine Entscheidung wurde vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten, kam aber nicht zur Entscheidung. Gleichwohl ließen die Richter in der Begründung durchblicken, daß die Maßnahme im Hinblick auf die Menschenwürde und den Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit – wie es dort etwas kryptisch formuliert ist – grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken nicht begegnet.

- B (Frank-Thorsten Schira CDU: Ihr gesamter Vortrag ist kryptisch!)

Die folgenden Gerichtsentscheide des OLG Bremen und des Kammergerichts Berlin griffen diesen Hinweis auf und entschieden entsprechend gegen die Kläger. Das Verfassungsgericht hat es aber offengelassen, wie es in der Sache selbst entschieden hätte. Soweit zur Rechtslage.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Welch ein Eiertanz!)

Alles in allem kann gesagt werden, daß die überwiegende Anzahl der Urteile die Anwendung der Brechmittel auch unter Gewaltanwendung nicht als rechtswidrig ansehen. Gleichwohl, meine Damen und Herren, gilt auch hier, daß nicht alles gemacht werden muß, was rechtlich möglich wäre. Der Innensenator hat sich anders entschieden. Ich darf aber in diesem Zusammenhang ausdrücklich folgendes festhalten:

Der beantragende Polizeibeamte, der anordnende Staatsanwalt und der durchführende Arzt haben jeder für sich und seinen Bereich die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu prüfen. Diese Prüfung im Einzelfall kann ihnen auch kein Innensenator und keine CDU-Fraktion abnehmen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Und die Grünen auch nicht!)

Die Durchführung der Brechmittelvergabe darf nur nach den Regeln der ärztlichen Kunst und nur dann erfolgen, wenn keine Nachteile für die Gesundheit des Betroffenen zu befürchten sind; so der Gesetzestext.

Wie wichtig diese Hinweise sind, zeigen Zahlen, wie sie zur Zeit aus Bremen und Berlin kolportiert werden. Sie zeigen,

daß die von uns durchgesetzte Evaluierung tatsächlich unverzichtbar ist. Wenn in Berlin angeblich 40 Prozent und in Bremen sogar 50 Prozent des Brechmitteleinsatzes keine Beweismittel zutage gefördert haben,

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja!)

dann wäre nach meinem Dafürhalten in diesen Fällen leichtfertig eine die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Freiheit beeinträchtigende Maßnahme angeordnet worden, und das, meine Damen und Herren, wäre nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Das ist unglaublich!)

Sollten in Hamburg, Herr Wersich, am Ende der Untersuchung ähnliche Ergebnisse festgestellt werden, wäre aus meiner Sicht ein Festhalten an diesem Mittel – unabhängig davon, wie wir persönlich dazu stehen – unverantwortlich und politisch nicht durchzuhalten.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das sind ja Menschenversuche!)

– Reden Sie doch keinen Unsinn, Frau Sudmann.

Auch die anderen repressiven Maßnahmen gehen zum Teil an die Grenze des Verträglichen.

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!)

Wir haben uns letztlich darauf eingelassen, weil sie – wie die Videoüberwachung, das verschärfte Vorgehen gegen Konsumenten und die geplante Sondernutzungsvergabe – ausdrücklich auf den Hauptbahnhof beschränkt bleiben sollen und uns signalisiert wurde, daß es die von uns durchgesetzten Hilfemaßnahmen nur im Paket geben würde.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Mit dem neuen Drogenkonzept erfolgt nicht der ganz große Wurf.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch nicht mit allem glücklich.

(Beifall bei Dietrich Wersich CDU)

Aber es werden wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt.

(Antje Blumenthal CDU: Das Wort „richtig“ müssen Sie noch unterstreichen!)

Ungelöst, Frau Blumenthal, bleibt die Frage, wo die Abhängigen ihren Stoff herkriegern sollen. Die kontrollierte Abgabe von Heroin bleibt deshalb auf der Tagesordnung und muß endlich einer Lösung zugeführt werden. Damit würde zumindest einem Teil der Szene der Beschaffungsdruck genommen, und sie müßten ihren Stoff nicht mehr illegal auf der Straße erwerben und konsumieren. Gut wäre es auch, wenn Senator Scholz noch einige Worte darüber verlieren würde, wie er ein Vertreiben der Szene in andere Stadtteile verhindern will.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja!)

Sollten sich entsprechende Entwicklungen, zum Beispiel erneut im Schanzenviertel, abzeichnen,

(Antje Blumenthal CDU: Die sind schon da!)

wäre eine schnelle Reaktion unabdingbar. Die GAL wird eine Verlagerung der Szene in andere Quartiere nicht hinnehmen. – Vielen Dank.

C

D

(Manfred Mahr GAL)

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke.*
Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich Ihren Blick auf die Senatsbank lenken. Mich irritiert es, daß letzte Woche, als diese Pressekonferenz war, fünf Senatorinnen und Senatoren anwesend waren. Heute, wenn es um die Bürgerschaft geht, scheint es nicht so wichtig zu sein, daß diese fünf Senatoren auch kommen. Das als Vorbemerkung und zur Wertung des Parlamentes.

Jetzt geht es aber darum, was wir zu der Änderung des SOG im Hinblick auf das Beschwerdeverfahren und den CDU-Antrag sagen. Ich hatte mir auch das Zitat von Herrn Mahr herausgesucht. Da ist mir Herr Vahldieck zuvorgekommen, wobei Herr Vahldieck die Antwort schon mitgeliefert hat. Herr Mahr hatte gefragt:

„Für wie blöd hält die CDU eigentlich die Menschen in dieser Stadt?“

Seine Antwort war klar: Für sehr blöd. Sie haben es richtig erfaßt, daß man jetzt fragen muß: Für wie blöd halten CDU, SPD und GAL eigentlich die Menschen in dieser Stadt? Der Gag war jetzt bei Ihnen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nur REGENBOGEN!)

Interessant ist, daß Herr Mahr gerade versucht hat, uns vorzustellen, was an diesem Konzept eigentlich neu ist. Die Überschrift, Herr Mahr, lautet „Neues Konzept für St. Georg“. Zu dem zweiten Druckraum stellen wir erst einmal fest, daß Sie das, glaube ich, nicht ganz korrekt wiedergegeben haben. Der zweite Druckraum für St. Georg ist, bevor Herr Scholz diesem Parlament beiwohnte, von GAL und SPD immer als notwendige Maßnahme beschrieben worden. Sie wollten es auch als Hilfsangebot haben. Sie hatten ausnahmsweise einmal Schwierigkeiten mit Ihrem Bezirk, aber die große Koalition ist schon länger aufgelöst, und auch sonst hat der Senat eigentlich nie Schwierigkeiten mit renitenten Bezirken gehabt.

Der zweite Fixerraum jedenfalls war – und das ist viel wichtiger – zwischen SPD- und GAL-Regierungsfraktion immer unstrittig.

(Manfred Mahr GAL: Es nützt doch kein virtueller Druckraum!)

– Das nützt sehr viel, wenn es darum geht, wer eigentlich wem hier etwas abkaufen muß.

Der zweite Punkt: Die Verlagerung der Einrichtung der Guttempler. Das ist allerdings auch kein neuer Punkt. Das ist schon lange in der Diskussion gewesen und kommt jetzt erst mit Verzögerung zur Umsetzung.

Auch der dritte Punkt, der uns als neues Konzept angepriesen wird, nämlich, daß der Modellversuch für die Heroinabgabe in St. Georg stattfindet. Das ist auch nicht richtig neu, sondern ist schon seit Jahren debattiert und hilft vor allen Dingen auch nicht Süchtigen, die Crackprobleme haben.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist ein Unterschied!)

– Dazu kommen wir gleich.

Wir können jedenfalls feststellen, daß zwischen SPD und GAL all diese Punkte, die man jetzt als neues Konzept hört, nicht strittig waren. Der Senat hätte das auch schon vor der

Anwesenheit von Herrn Scholz lange umsetzen können. Hat er nicht getan, was eine Sauerei ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Hier scheinen gerade die Nerven blank zu liegen.

(Dr. Holger Christier SPD: Wir sind ganz ruhig!)

Bleibt ganz ruhig. Ich finde, es ist eher ein Problem, daß es jetzt eine perfide Koppelung gibt. Diese Maßnahmen, die – wie gesagt – völlig unstrittig zwischen Ihnen waren, versprechen Sie jetzt umzusetzen. Ob sie kommen, wissen wir nicht. Aber Sie sagen, das gibt es nur in einem Paket mit Repressionen, mit Vertreibung von Drogenabhängigen, Alkoholabhängigen, mit Privatisierung öffentlicher Räume, Überwachung öffentlicher Räume. Das alles gibt es nur im Paket. Deswegen kann man doch eindeutig feststellen, daß diese Hilfsangebote, auf die sich die GAL immer bezieht, doch nur ein Feigenblatt sind. Hinter diesem Feigenblatt soll sich dann das verstecken, was ich einmal als den kleinen Unterschied zur CDU beschreiben würde oder auch teilweise sogar zu den Forderungen von Herrn Schill.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Quatsch!)

Jedenfalls können wir eindeutig feststellen, daß dieses sogenannte neue Konzept des Senates ein rotgrüner Kniefall vor dem Rechtspopulismus von CDU und Schill ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Viel tiefer fallen könnt ihr vielleicht gar nicht.

Aber, Herr Vahldieck, ich kann Sie beruhigen, selbst für den Fall, daß Rotgrün weiter regieren würde, können Sie sicher sein, daß nichts zurückgenommen wird. Dafür ist Herr Scholz ganz sicher ein Garant, daß diese Politik weiter fortgeschrieben wird,

(Günter Frank SPD: Das wäre ja schrecklich!)

und auch die GAL wird weiter daran festhalten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Holger Christier SPD: Sie machen ja Wahlpropaganda für uns!)

– Ja, genau. Das habe ich mir auch so vorgestellt, daß Sie das als Wahlpropaganda annehmen, daß Sie und auch die GAL sogar noch froh darüber sind. Bei der GAL würde ich sagen, daß die auch schon ganz unten ist. Man hat jetzt festgestellt, daß es so etwas ähnliches wie einen heldenhaften Kampf der GAL gegen die Brechmittel gegeben hat. Da hat die Fraktionsvorsitzende ihren Rücktritt angeboten, aber nicht für den Fall, daß man beschließt, daß Brechmittel eingesetzt werden, nein, der Rücktritt wurde angeboten für den Fall, daß man Kritik nicht mehr öffentlich äußern darf. Das, finde ich, ist auch schon ziemlich tief gesunken.

Aber den Vogel haben, glaube ich, die Grünen gestern abgeschossen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sind Sie noch in der Fraktion?)

wenn ich den heutigen Radioberichten Glauben schenken darf. Gestern hat das höchste Gremium zwischen den Parteitagen, der Landesausschuß der Grünen ...

(Zuruf von Dr. Holger Christier SPD)

– Nein, nein, es geht auch um Ihre Politik, Herr Christier, die Sie mittragen. Vielleicht wollt ihr auch wissen, wie es eurem Koalitionspartner geht. Es geht ihm nämlich ganz gut.

(Doris Mandel SPD: Dieser Trennungsschmerz ist unerträglich!)

C

D

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A – Kann es sein, daß die SPD Angst hat, daß ihr der pflegeleichte Koalitionspartner abhanden kommt. Kann das sein?

Ich würde gerne entweder meine Redezeit anhalten lassen, weil wir wenig Redezeit haben, oder wenn ich wieder Ruhe habe, rede ich auch weiter.

Dieser Landesausschuß hat gestern einen wirklich wegweisenden Beschluß getroffen, nämlich daß das Konzept, das der rotgrüne Senat vorgelegt hat, unterstützt wird, daß aber der Einsatz von Brechmitteln abgelehnt wird. Da denke ich, wie? Die Brechmittel gehören doch genauso zum Konzept, wie die GAL auch zum Senat gehört. Oder etwa nicht? Aber das scheint auch nicht mehr zu interessieren.

Zu den Brechmitteln würde ich Ihnen gerne ein Zitat des Kollegen Herrn Zamory zu Gemüte führen. Herr Zamory hat am 14. Februar gesagt – das war da zwar noch an die CDU gerichtet, heute kann er es an die GAL richten –:

„Wenn Ihre Lösung für dieses real existierende Problem der offenen illegalen Drogenszene darin besteht, zwölf Dealern pro Jahr Brechmittel zu verabreichen, wie in Frankfurt, dann zeigt das Ihre tiefe Hilflosigkeit diesem Thema gegenüber.“

Dem kann man kaum noch etwas hinzufügen, außer, daß die GAL jetzt zwar versucht zu sagen, wir sind dagegen, aber ihr tragt es ja auch mit. Viel tiefer geht es wirklich nicht.

Aber in einem Punkt können wir sicher sein: Ein Brechmitteleinsatz bei der GAL ist völlig überflüssig. Die GAL kann nichts mehr erbrechen, weil sie keine grünen Inhalte mehr hat.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Heiterkeit bei der CDU)

Ich gebe zu, daß ich jetzt sehr stark auf die GAL eingehe. Die GAL war bisher die Kraft, die immer noch dafür gestanden hat, daß es in dieser Stadt weiter einen liberalen Umgang gibt. Die SPD hatten wir da schon abgeschrieben. Deswegen schenke ich mir die Worte dazu. Aber es fällt dann doch auf, wenn Frau Sager und Herr Maier, die beide nicht anwesend sind, davon reden, daß es einen intelligenten Mix der Maßnahmen gegeben hat,

(Dr. Holger Christier SPD: Ja!)

oder, wie Herr Maier dann immer sagte, es war eigentlich ein notwendiges Gesamtpaket.

Mir ging es – und es wird anderen auch so gehen – bei diesem Gesamtpaket so, daß er immer von den Hilfsangeboten und den Repressionen sprach und dabei einen ganz wichtigen Punkt vergessen hat. Dieses Gesamtpaket ist nämlich erst dann fertig geschnürt, wenn die Senatorinnen und Senatoren ihre Posten behalten, sprich, wenn sie an der Macht bleiben, und ich finde es traurig, das zum Maßstab der Politik zu machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber es bleibt immer noch die spannende Frage offen, was den Menschen hilft. Wenn ich sage den Menschen, dann meine ich sowohl die Abhängigen als auch die Anwohnerinnen von St. Georg. Da kann es wirklich nur die einstimmige Forderung sein – und da wäre die SPD mal in ihrer Pflicht, weil sie so etwas auch schon einmal gefordert hat, und wir haben ja Rotgrün in Berlin, das wissen Sie sogar besser als ich, Herr Scholz –, endlich die Legalisierung der

weichen Drogen durchzuführen und eine flächendeckende kontrollierte Abgabe von Heroin zu machen.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Solange wir das nicht haben – es dauert bei Rotgrün länger, das haben wir festgestellt –, müssen wir hier auf Hamburger Ebene dafür sorgen, daß es Plätze verminderter Aufmerksamkeit gibt – das war, glaube ich, sogar mal ein SPD-Vorschlag –, sogenannte Toleranzplätze, wo die Abhängigen auch die Chance haben, ihre Drogen zu kaufen und auch zu konsumieren. Sie helfen keinem einzigen Abhängigen, wenn Sie die Dealer vertreiben. Sie helfen auch keinem einzigen Kranken, wenn Sie eine Apotheke dichtmachen, aber so versuchen Sie gerade, zu agieren. Dieses Gesamtkonzept, das der neue Innensenator, die alte/neue GAL und die SPD verabschiedet haben, ist wirklich so. Da braucht man eigentlich kein Brechmittel mehr, um sich zu übergeben. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Scholz.

Senator Olaf Scholz: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei den Mitarbeitern der Innenbehörde und der Polizei bedanken, die bei den teilweise bis in die Nacht hinein dauernden Sitzungen einen Monat lang mitgeholfen haben, das Konzept, über das wir hier diskutieren, zu erarbeiten und alles zusammenzutragen, was an Erkenntnissen existiert. Ich bedanke mich dabei auch bei den anderen Behörden und Senatorinnen und Senatoren, die mitgeholfen haben, daß wir ein Gesamtkonzept haben entwickeln können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte mich bei den Abgeordneten der Regierungsparteien, insbesondere bei den Grünen, bedanken,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das glaube ich!)

die natürlich nicht mit allen Bestandteilen und allen Aspekten dieser Diskussion einverstanden gewesen sind, aber die die ganze Zeit über an einer konstruktiven und offenen Diskussion teilgenommen haben. Ich glaube, das ist auch eine wichtige Sache bei politischen Führungsleistungen einer Regierungskoalition.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Carsten Lüdemann CDU: Wir sind doch hier nicht bei der Oscar-Verleihung!)

Und ich möchte mich bei der CDU und den anderen, hier heute nicht anwesenden Parteien bedanken, die sich auch zu diesem Thema geäußert haben, weil sie alle gesagt haben, irgendwie sei das Konzept sehr gut. Ich glaube, auch das ist etwas, was man festhalten muß.

Meine Damen und Herren! Aber Sie irren sich, wenn Sie dieses Konzept schlichtweg nur als sehr gut bezeichnen,

(Helga Christel Röder CDU: Das kommt von uns!)

und Sie irren sich völlig, wenn Sie alles mögliche einwenden, warum jetzt aber nicht gilt, daß es sehr gut ist. Sie irren sich, weil das, was hier vorgelegt worden ist, weit weg ist von all den Vorstellungen, die Sie in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir haben eine Konzeption vorgelegt und etwas zustande gebracht, das alle Aspekte, die in die-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A sem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, berücksichtigt. Dazu zählt natürlich, daß wir in dem Bereich staatlicher Repressionen etwas Massives tun, daß wir etwas tun mit der Polizei, daß wir etwas machen mit der Staatsanwaltschaft und daß wir auch in dieser Richtung vorankommen. Aber es gehört auch dazu, daß wir etwas für die Abhängigen tun, daß wir Konzepte entwickeln, die ihnen aus der Abhängigkeit heraushelfen, aus der ihnen keine Polizei heraushelfen kann. Es gehört dazu, daß wir etwas im Bereich der Jugendhilfe entwickeln, weil ich finde, daß diese Stadt Verantwortung für Minderjährige hat, die mit Drogen handeln. Das ist keine jugendgemäße Beschäftigung. Wir müssen sie davon abbringen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe mit einem gewissen Interesse zur Kenntnis genommen, daß Sie einen ganz zentralen Bestandteil des Konzeptes gar nicht mittragen wollen. Wir haben gesagt, am Hauptbahnhof und im Vorfeld des Hauptbahnhofes müssen wir dafür Sorge tragen, daß dort nicht mit Drogen gehandelt wird. Deshalb ist es für uns ganz wichtig zu sagen, daß Drogenhandel genauso wie vor einer Schule, wie vor einem Kindergarten, auch an diesem Ort mit 400 000 Menschen und vielen jungen Menschen, die da vorbeikommen,

(Dietrich Wersich CDU: Wie auf der Veddel, wie in St. Pauli, wie in Altona!)

nicht in Ordnung ist. Wenn dort der Besitz von Drogen, auch kleiner Mengen, erkannt werden kann, dann müssen Polizei und Staatsanwaltschaft da vorgehen, und das wird in Zukunft so sein.

(Beifall bei der SPD)

- B Der vermehrte Einsatz von Polizeikräften an dieser Stelle, den wir möglich gemacht haben, indem wir dafür die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen haben, weil uns die Bundesregierung die Möglichkeiten verschafft hat, zusätzliche Polizeibeamte einzusetzen, führt natürlich zu Vertreibungseffekten. Das muß man so sehen. Aber wir haben nicht ein schnelles Konzept gemacht wie andere,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern wir haben diese Frage gleich mitbedacht, und zwar auf zweierlei Weise.

(Zurufe von der CDU)

Sind Sie fortbildungsorientiert, dann hören Sie doch mal zu.

(Elke Thomas CDU: Ne, da kann man nicht zuhören!)

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Probleme gleich mitbedacht und dafür gesorgt, daß es einmal eine flexible polizeiliche Strategie gibt, die es uns ermöglicht, anhand der Lagebilder in den verschiedensten Bereichen der Innenstadt und auch weit darüber hinaus festzustellen, ob etwa infolge des Drucks, der am Hauptbahnhof gemacht wird, an anderer Stelle eine offene Drogenszene entsteht. Dann ist die Polizei mit Hilfe der Erkenntnisse und der Einsatzkräfte, die sie hat, auch an dieser Stelle gleich vorhanden. Das ist organisiert.

Das zweite, was wir organisiert haben, ist, daß natürlich für die Abhängigen etwas zu tun ist, damit sie Orte finden, an denen sie sich unter gesünderen Bedingungen mit den Drogen versehen können, wobei ich glaube, daß es nicht nur um gesündere Bedingungen geht, sondern auch um

einen Ort geht, an dem man ganz anders angesprochen werden kann. Natürlich muß es unser aller Wunsch sein – trotz all der schwierigen Erfahrungen, die wir damit gemacht haben –, daß wir immer wieder und immer weiter daran arbeiten, dafür Sorge zu tragen, daß die Menschen, die abhängig sind, eine Chance und Wege aufgezeigt bekommen, aus der Abhängigkeit herauszukommen. Das ist natürlich viel besser an einem solchen Ort als etwa am Hauptbahnhof, in dem ganzen Gewühle, und ohne die Möglichkeit einer vernünftigen Ansprache, möglich.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann bleibt ja nur noch Neuwerk übrig!)

Meine Damen und Herren! Ich denke, das zusammen zeigt, daß wir ein gutes Konzept entwickelt haben. Ich will ergänzen, daß aus meiner Sicht die Frage von zentraler Bedeutung ist, wie auch Strafverfolgung vorangebracht werden kann. Darum ist es ganz zentral, daß wir in diesem Konzept sogar noch mehr Kräfte bei der Kriminalpolizei einsetzen, zusätzlich zu dem, was unmittelbar im Hauptbahnhof und am Hauptbahnhof stattfindet, damit wir Drogenhändler überführen können. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß jemand, der öfter – und meistens ja als Nichtsüchtiger – mit Drogen handelt, am Ende auch verurteilt wird und auch eine Haftstrafe bekommt. Das können wir als Polizei und Staatsanwaltschaft vorbereiten, wenn wir es den unabhängigen Gerichten vorlegen, indem wir sehr zielgerichtet ermitteln. All diejenigen, die uns innerhalb eines Jahres und wiederholt als Täter auffallen, werden einer Einzelsachbearbeitung zugeführt. Wir sorgen dafür, daß dann all das zusammengetragen wird, was man zusammentragen muß, damit Vorführreife und Verurteilungsmöglichkeit entstehen. Das ist ein ganz zentraler Bestandteil dieses Konzeptes. Ich hoffe, auch Sie sind bereit mitzutragen, daß hier Strafverfolgung eine ganz zentrale Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD – Elke Thomas CDU: Das sind alles unsere Forderungen, die Sie jetzt übernehmen!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in den Fragen, die wir hier miteinander diskutieren, kommt es vor allem auf Handlungen und Taten an. Viele neigen dazu, Kaffeeklatsch für etwas ganz Besonderes und die Geschichten, die man sich ständig unbekannterweise erzählt, für ganz zentral für die Bewertung der Menschen zu halten. Die sind aber klüger. Die wissen, daß es darauf ankommt, daß Dinge, von denen man annehmen kann, daß sie Erfolg haben, getan werden.

(Elke Thomas CDU: Genau, das fordern wir schon lange!)

Das ist mit diesem Konzept gemacht. Darum verstehe ich sehr wohl Ihre Nervosität; darum verstehe ich Ihre widersprüchlichen Presseerklärungen; darum verstehe ich, daß Sie, kurz bevor Sie dachten, daß jetzt das Konzept vorgestellt wird, irgendein Konzept vorstellen; darum verstehe ich, daß Sie jetzt einen damit gar nicht zusammenhängenden einseitigen Text haben, in dem drei Spiegelstriche stehen.

(Elke Thomas CDU: Sie sind nervös!)

Aber – wie Herr Vahldieck schon gesagt hat – die Hamburger Wählerinnen und Wähler werden es ermöglichen, daß auch nach dem 23. September dieser Innensenator für die angekündigte Politik steht,

(Heino Vahldieck CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

(Senator Olaf Scholz)

- A und ich sage Ihnen, es wird die gleiche sein, die hier vorgestellt worden ist. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

(Zurufe)

Die Rednerreihenfolge ergibt sich aus der Geschäftsordnung. Dieses ist ein von der SPD-Fraktion angemeldetes Thema. Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines haben REGENBOGEN und CDU jedenfalls gemeinsam: Sie sind der Ansicht, die Drogenprobleme ließen sich mit Hilfe von Brechmitteln lösen beziehungsweise eben gerade nicht, nämlich in dem Sinne, daß Brechmittel die Hauptsache von all dem sind, was in diesem Konzept steht. Sie sind nicht die Hauptsache.

Entscheidend ist, daß in diesem Konzept ein Paket geschnürt worden ist, das eben nicht alleine auf Repressionen setzt. Ganz im Gegenteil. Die Hauptsache daran sind erweiterte Hilfsmaßnahmen, so daß die repressiven Maßnahmen zu keiner Verdrängung, sondern dazu führen werden, daß diejenigen, die betroffen sind, nämlich die Abhängigen, besser ihrer Hilfe näherkommen, besser die Hilfeeinrichtungen nutzen können.

Der Antrag der CDU spricht für sich selbst. Er reduziert sich – wie Herr Senator Scholz gerade sagte – auf drei Spiegelstriche. Der ganze Antrag reduziert sich auf uralte Ansätze, ausschließlich im Bereich der Repression. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß Repression allein dieses Problem nicht löst. Deswegen ist es so wichtig, daß hier ein Gesamtpaket vorgelegt worden ist, das sich vorläufig ausschließlich auf das Gebiet um den Hauptbahnhof beschränkt.

- B

(*Dietrich Wersich CDU:* Das sollten Sie noch mal klären!)

Denn wenn ein Maßnahmenpaket erfolgreich ist, dann denken wir selbstverständlich weiter, so wie es auch hier geschehen ist.

(*Dietrich Wersich CDU:* Und wenn nicht?)

Zum Vorwort von Herrn Vahldieck, daß das Ganze am 23. September um 18 Uhr zu Ende sei: Herr Vahldieck, Sie müssen sich das einmal durchlesen. Das sind Maßnahmen, die langfristig wirken, die langfristig angesetzt sind und die wir selbstverständlich weiterführen werden.

(Beifall bei der SPD)

Um das noch einmal deutlich zu sagen: Frau Sudmann, es geht nicht um die Vertreibung von Abhängigen, sondern darum, die Abhängigen auf die Hilfeeinrichtungen, die es gibt und die es erweitert geben wird, hin zu orientieren.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Das machen Sie freiwillig?)

Zu dem Ansatz, das Heroinmodell habe keine Auswirkungen auf Crackkonsumenten. Auch dieses widerspricht allen Erfahrungen aus der Schweiz,

(*Dietrich Wersich CDU:* Das stimmt doch nicht! Das haben wir doch geklärt!)

wo festgestellt worden ist, daß es den reinen Crackkonsumenten fast nicht gibt, daß es immer Konsumenten gibt,

die Heroin und Crack dazu konsumieren, und daß diejenigen, die in ein Heroinabgabemodell eingebunden sind, sich auch, was ihren Crack- und Kokainkonsum anbelangt, verändern.

C

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Dr. Schäfer, ist es richtig, daß von den Crackkonsumenten, die in die Heroinmodelle gegangen sind, bis zu 80 Prozent diese Behandlung abgebrochen haben, weil sie aufgrund ihres Crackkonsums gar nicht in der Lage sind, an dem Heroinmodell teilzunehmen?

(*Erhard Pumm SPD:* Sie haben schon die Frage beantwortet!)

Dr. Martin Schäfer (fortfahrend): Ich weiß nicht, Herr Wersich, wie Sie den Crackkonsumenten definieren. Das ist das erste. Das zweite ist, die Erfahrungen, die wir von der Schweiz wissen, sind, daß Heroinkonsumenten, die auch Crack konsumieren, sich auch in ihrem Crackkonsum verändern.

(*Dietrich Wersich CDU:* 85 Prozent brechen ab!)

Der Vorwurf von Herr Vahldieck, es würde hier das Ruder herumgerissen, stimmt so nicht.

(*Heino Vahldieck CDU:* Sie meinen, es ist Kontinuität!)

Alle diese Maßnahmen, die hier ergriffen werden, beruhen auf dem Ansatz, daß Drogenpolitik bei uns auf vier Beinen steht – das habe ich von dieser Stelle aus schon sehr oft gesagt –, nämlich Prävention, Überlebenshilfe, Ausstiegshilfe und Repression. Zwei von diesen vier Beinen werden hier ausgebaut. Das ist keine große Neuerung. Das ist lediglich die Anpassung der Politik an die Probleme, die es in diesem Bereich gibt und die sich in diesem Bereich bekanntlich auch immer wieder verändern. Und veränderte Verhältnisse erfordern veränderte angepaßte Maßnahmen. Nichts anderes geschieht hier. Dadurch, daß wir eine Paketlösung gefunden haben, die die Hilfsmaßnahmen mitberücksichtigt, wird das Ganze auch zu einem Erfolg geführt.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Scholz, es tut mir leid, aber Sie sind nur sehr oberflächlich über die politische Vorgeschichte der letzten Jahre hier in Hamburg informiert worden.

(Zurufe von der SPD)

Herr Mahr und Herr Schäfer, Ihr Vorwurf an die CDU, wir hätten zu St. Georg und zur Drogenhilfe keine Anträge vorgelegt, ist nicht nur falsch, er ist schlichtweg scheinheilig. Denn richtig ist, daß Rotgrün alle CDU-Anträge zur Verbesserung der Drogenhilfe, die von uns kamen, abgelehnt hat.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Martin Schäfer SPD)

A Im Oktober 1997 haben wir beantragt, die von der SPD vorgenommenen Stellenstreichungen in den sozialen Einrichtungen, unter anderem im Haus der Jugend St. Georg, in der Heinrich-Wolgast-Schule und im Kindertagesheim an der Greifswalder Straße, rückgängig zu machen, weil man in sozialen Brennpunkten nicht Stellen in sozialen Einrichtungen abbauen darf. Rotgrün hat abgelehnt.

Zum Haushalt 1998 hatte der Senat bereits in seinem Drogenhilfeetat einen Rest von 3 Millionen DM, die er nicht ausgegeben hat. Die CDU hat Anträge gestellt – bitte, hören Sie zu –, am 21. April 1998:

„... das Angebot an Gesundheitsräumen mit qualifizierter medizinischer und psychosozialer Begleitung in den Schwerpunkten der offenen Drogenszene, in Absprache mit der dortigen Bevölkerung und den Geschäftsleuten, auszuweiten.“

Meine Damen und Herren! Rotgrün hat abgelehnt.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Im Bezirk Mitte!)

– Hier im Parlament zum Haushalt von uns beantragt, diesen weiteren Gesundheitsraum in St. Georg zu schaffen. Sie haben abgelehnt.

Ich darf weiter zitieren. Wenn Sie die Wahrheit nicht ertragen können, es ist alles festgehalten.

(Walter Zuckerer SPD: Das ist doch keine Wahrheit! – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zamory?

B **Dietrich Wersich** (fortfahrend): Nein, im Moment nicht; hinterher gerne.

„... die Zahl der Entgiftungs- und Entzugsbetten durch Umwandlung vorhandener Betten in den nächsten vier Jahren jeweils um 10 Prozent zu erhöhen.“

Rotgrün abgelehnt.

„... den akupunkturgestützten Entzug illegaler Drogen zu fördern.“

Rotgrün abgelehnt.

„... das Engagement im Bereich legaler Drogen, insbesondere der aufsuchenden Arbeit im Bereich Alkohol, zu verstärken und die Studie zum akupunkturunterstützten Alkoholentzug auszuweiten.“

Rotgrün abgelehnt.

Im Dezember 1998, Antrag der CDU:

„keine Stellen im Bereich der Drogen- und Suchtprävention der Hamburger Polizei zu streichen.“

Rotgrün abgelehnt.

Im Dezember 1998 war bereits im Drogenhilfeetat des Senats ein Rest von 5 Millionen DM entstanden, Gelder, die die Bürgerschaft für die Drogenhilfe bewilligt hatte, die nicht ausgegeben und die Maßnahmen nicht ergriffen worden sind. Die CDU hat beantragt, im Bereich der Alkoholsucht das niedrigschwellige Angebot mit dem Schwerpunkt „Aufsuchen der Straßensozialarbeit“ auszubauen und die Anzahl der Krisenbetten und Vorsorgeeinrichtungen für verelendete Alkoholranke zu erhöhen. – Rotgrün abgelehnt.

Weiter:

„Den bisher mit Bundesmitteln finanzierten Modellversuch zum Drogennotfallprojekt in Krankenhäusern weiter zu fördern.“

C

Rotgrün abgelehnt.

Im April 1999 haben wir ein Umsteuern in der Methadon-Substitution gefordert. Wir haben gesagt, die Methadon-Substitution in Hamburg muß ausgebaut werden, und wir haben gesagt, die verhängnisvolle Einschränkung der psychosozialen Betreuung, also nur das Medikament, ohne daß man sich weiter um die kümmert, darf nicht passieren. – Rotgrün abgelehnt.

Schließlich zum Haushalt 2001. Wir haben in der Drogenhilfe mittlerweile einen Restüberschuß von 9 Millionen DM. Da kommen die Anträge von uns, die Angebote im Bereich Alkohol erneut, insbesondere für Jugendliche, junge Erwachsene und Personen im Strafvollzug, auszubauen. – Rotgrün abgelehnt.

Der Antrag, die konkreten Angebote Entgiftung, Therapie und Perspektive der Drogensüchtigen insbesondere im Bereich Arbeit und Wohnen auszubauen, wurde abgelehnt.

Und erneut:

„... der zusätzliche szenenahe Gesundheitsraum ist aus den vorhandenen Resten zu finanzieren.“

Auch das – Rotgrün abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Unsere Anträge haben die Probleme in der Stadt aufgegriffen. Sie waren konkret, sie waren finanziert, sie waren notwendig.

(Barbara Duden SPD: Ne, ne!)

Sie haben sich nicht nur gegen eine wirksame Verfolgung der Dealer gewehrt, sondern Sie haben sich auch vier Jahre gegen die notwendigen Maßnahmen in der Drogenhilfe gewehrt. Deshalb tragen Sie die Verantwortung für die gescheiterte Politik in St. Georg.

D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, Sie haben jetzt tatsächlich inhaltlich argumentiert, und das ist das Erfreuliche an Ihrer Rede.

(Ulf Lafferenz CDU: Das ist ja rührend!)

Sie haben zumindest im Gegensatz zu Ihren Kollegen nicht nur versucht, die 29 Prozent von heute zu überspielen, sondern haben sich auf eine Diskussion um die Drogenpolitik in Hamburg eingelassen.

(Dietrich Wersich CDU: Vier Jahre haben wir das gemacht!)

– Ja, immer sehr selektiv, aber immer wieder gerne. Das stimmt.

Niemand in diesem Raum wird sich hier hinstellen und sagen, daß das, was in den letzten vier Jahren passiert ist, das erfolgreiche Modell für die Drogenpolitik ist. Es ist ein Konzeptsystem, ein Hilfesystem, kombiniert mit vier Säulen, mit denen man versucht, einer Entwicklung in der Gesellschaft Herr zu werden, sie zu steuern, Hilfe zu geben, wo sie nötig ist, Beratung zu geben, wo sie nötig ist, Unterstützung zu gewährleisten, Drogentote vor allem zu verhindern, und dann den Bereich, der mit Kriminalität zu tun

(Dietrich Wersich CDU)

- A hat, zu regeln und in den Griff zu bekommen. Das ist das Ziel dieses Konzeptes, und dabei bleibt es auch.

Die CDU hat immer eine sehr selektive Wahrnehmung gehabt.

(Karen Koop CDU: Wir sind nicht auf dem linken Auge blind, wie Sie immer glauben!)

Frau Sudmann, Ihre Wahrnehmung möchte ich gar nicht kommentieren. Ich sage nur zwei Aspekte. Sie waren erstens nicht dabei, als ich in meiner Fraktion mein Amt zur Verfügung gestellt habe. Sie waren zweitens nicht dabei, als der Landesausschuß getagt hat. Ich finde, es ist jetzt einfach gut. Es ist anmaßend, ständig Entscheidungsprozesse bei der GAL zu kommentieren, zu bewerten und sich dann öffentlich darin zu suhlen. Lassen wir uns lieber inhaltlich darüber reden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Es geht um die Entscheidungen!)

Dieses Konzept wird sich überprüfen lassen müssen, und zwar sehr kurzfristig und immer wieder. Es wird sich hier im Parlament überprüfen lassen müssen, trotz Sommerpause oder gerade wegen der Sommerpause, und vor allem, weil es ein Konzept des Innensensors ist, der sich sehr viel vorgenommen hat, der sehr viel zu leisten hat und der vor allem das schaffen muß, was in der sozialen Stadtentwicklung lange Jahre hoch schwierig war, nämlich andere Behörden mitzunehmen und zur Zusammenarbeit zu bringen.

(Glocke)

- B **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Antje Möller (fortfahrend): Keine Zwischenfrage.

Wenn wir jetzt darüber reden, daß wir einen Crack-Ruhe-raum brauchen, dann kann man nur sagen, die GAL-Fraktion hat ihre Fachtagung dazu schon gemacht. Die BAGS macht eine Fachtagung am Ende der Woche, und sie kommt bitte schnell mit den Ergebnissen, weil das ein Teil des unmittelbar greifenden Hilfefkonzeptes ist, was wir verabredet haben, und es muß schnell greifen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das gleiche ist die Ausweitung des Hilfeangebotes bei den Druckräumen. Der neue Druckraum, lange erfolgreich verhindert – ich sage das noch einmal deutlich, trotz Ihrer vielen Anträge, Herr Wersich – durch die große Koalition in Hamburg-Mitte. Da war leider auch die rotgrüne Koalition hier in der Bürgerschaft nicht erfolgreich. Sie haben es erfolgreich verhindert.

Fünf weitere Druckplätze sollen sofort in einem Bus in der Nähe des Hauptbahnhofes zur Verfügung gestellt werden. Es wird sich sehr schnell und sehr kurzfristig überprüfen lassen müssen, ob diese fünf weiteren Druckplätze ausreichen. Das werden wir tun. Das gleiche gilt für die Alkoholeinrichtungen. Es ist richtig, daß die eine Einrichtung keine neue Idee ist. Sie wird aber jetzt endlich realisiert, und das ist das Entscheidende an diesem Konzept. So spannend die Auseinandersetzung um die Brechmittel ist und soviel sie nicht nur über den Kopf geführt wird, sondern auch im wahrsten Sinne des Wortes über den Bauch, so entscheidend ist doch aber, ob das Konzept insgesamt Fuß fassen kann in der Stadt, ob es den Geruch des Aktionismus, den Sie so gerne formulieren – vielleicht auch zu Recht –, ver-

liert. Es muß umgesetzt werden, und zwar in allen Teilen, und das wird von uns zu überprüfen sein. Das ist keine Drohung, sondern einfach die Arbeit des Parlaments.

(Dietrich Wersich CDU: Da ist bis zum 23. September nicht mehr soviel Zeit!)

Daran können Sie sich gerne beteiligen.

Was völlig neu und ein wichtiges Element dieses Handlungskonzeptes ist, das aber leider immer zuwenig vorkommt, ist die Einrichtung von Vormundschaften für sechzehn- bis achtzehnjährige minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Sie erinnern sich vielleicht an die vielen Debatten, die wir zu diesem Thema in diversen Ausschüssen geführt haben. Dabei haben wir uns im übrigen auch gerne mit dem damaligen Innensenator zerstritten. Hier passiert etwas, was lange überfällig war und wo man genauso sagen muß, kommt es oder kommt es nicht? Wird es die Ausweitung der Vormundschaften geben, wie wird sie realisiert? Wie können diese Amtsvormünder in der Regel erzieherisch tätig werden, so daß – und da will ich dem Innensenator dann auch gerne folgen – es nicht zur jugendgerechten Arbeit gehören muß, zu dealen und sich ohne Arbeit, ohne Qualifizierungsmöglichkeiten, ohne schulische Bildung in dieser Stadt, in dem Alter und in dem Status eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings bewegen zu müssen. Dabei soll es erst einmal bleiben. Ich hoffe, daß wir noch oft zu diesem Handlungskonzept diskutieren werden

(Dietrich Wersich CDU: Morgen ist die letzte Bürgerschaftssitzung!)

– es kommt immer wieder eine neue Bürgerschaftssitzung, Herr Wersich, so ist das Leben –, und zwar immer unter der Maßgabe, funktioniert dieses Gleichgewicht von vier Säulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, Sie reden wirr und Sie widersprechen sich innerhalb von zwei Sätzen. Wenn Sie zum einen sagen, Ihr Konzept stellt Strafe und Hilfe gleichberechtigt nebeneinander, und gleich darauf feststellen, zentral ist die Strafverfolgung, zentral – das ist die Folge – wird die Vertreibung sein, zentral ist die Zerschlagung, zentral ist der Knüppelinsatz und nicht das Hilfsangebot, ist das nicht neu.

(Doris Mandel SPD: Was für ein Knüppelinsatz?)

Immer wieder haben Vorgängerinnen und Vorgänger, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals stand, darauf zurückgegriffen. Die Folgen sind bekannt. Es hat niemanden geholfen. Es hat nicht den Süchtigen geholfen, es hat auch nicht Ihren Vorgängern geholfen. Deshalb: Lassen Sie die Finger davon.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Manfred Mahr hat gerade gesagt, dieses Konzept sei der große Wurf. Es ist tatsächlich ein großer Wurf, aber es ist ein Wurf in die völlig falsche Richtung.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

C

D

(Antje Möller GAL)

- A Er markiert eine Kehrwendung in der Drogenpolitik in Hamburg, eine Kehrtwendung zurück in die achtziger Jahre, deren Konzepte lange gezeigt haben, wie falsch diese gewesen sind, weil auch sie immer wieder den Knüppel vor das Hilfsangebot gestellt haben. Sie sind gescheitert damit, und das sollten Sie endlich einmal gelernt haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich nenne noch einen Aspekt zum Brechmittel. Wir haben gehört, daß die GAL der Auffassung ist, daß der Einsatz von Brechmitteln gegen die Menschenwürde verstößt. Die GAL hat die Erfahrung gemacht, daß die Praxis in allen anderen Städten nicht hinnehmbar ist, das ist überprüft worden. Trotzdem laßt ihr es aber zu, daß es eingesetzt wird. Ihr laßt zu, daß in dieser Stadt gegen die Menschenwürde verstoßen wird. Das könnt ihr doch nicht tun, ihr müßt euch doch dafür schämen, wenn ihr euch dagegen nicht wehrt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist doch nur ein Blendmittel, wenn es heißt, daß das Konzept gleichzeitig kommt. Die Peitsche wird geschwungen, und gleichzeitig gibt es ein Zuckerbrot. Wir werden es erleben, daß der Einsatz von Brechmitteln kommt, und sofort kommt auch die Kriminalisierung von Konsumenten. Dann setzt sofort die Vertreibung der Szene in die Wohngebiete ein. Wenn man es sich am Hauptbahnhof anguckt, wird jetzt schon exekutiert. Aber wo sind die Hilfsangebote, die so in den Vordergrund gestellt werden? Ist dieser Bus tatsächlich ein Angebot? Wir haben gestern gehört und darüber geredet, daß es sich um drei Plätze handelt.

(Petra Brinkmann SPD: Fünf!)

- B Wenn die Qualitätsstandards eingehalten werden – und das wollen Sie doch sicherlich auch –, dann werden es maximal drei Plätze sein, die noch nicht einmal unter vergleichbaren Umständen eingerichtet werden können. Diese drei Plätze, die eingerichtet werden sollen, sind doch kein Hilfsangebot. Der Gesundheitsraum, der immer wieder ins Gespräch kommt, ist nicht in Sicht. Es gibt keinen Standort, und auch dieses unsägliche Ausschreibungsverfahren wird sich in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchsetzen lassen. Dieses Hilfsangebot ist verschoben und bedeutet einen Wechsel in die Zukunft, den ihr jetzt noch nicht einlösen könnt.

Das gleiche gilt für das Heroinmodell, das haben wir schon öfter gehört, und auch bei Crack ist es nötig, ein sofortiges Hilfsangebot einzurichten. Aber bisher sind die Hilfsangebote nur geplant und nicht in Sicht. Deshalb ist auch diese Verblendung, die hier geschieht, so fatal. Es heißt, daß es ein Konzept ist, das gemeinsam zeitnah beide Seiten berücksichtigt. Hier wird aber nur die Repression exekutiert. Das Hilfsangebot wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, und das finde ich fatal; das könnt ihr nicht machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich glaube, daß wir es hier mit einem ganz anderen Drogenproblem zu tun haben. Denn süchtig geworden sind offensichtlich auch die Regierungsfractionen, und das Suchtmittel heißt Macht, meine Damen und Herren. Allein die Drohung, daß Ihnen dieses Suchtmittel entzogen wird, läßt alle Dämme brechen und alle Selbstachtung vergessen; sie läßt euch sogar Brechmittel schlucken, und dafür, finde ich, solltet ihr euch schämen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen. C

Dr. Mathias Petersen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wersich, ich möchte ganz kurz auf Sie eingehen. Sie haben dargestellt, was wir alles abgelehnt haben, Sie haben aber nicht dargestellt, was wir alles gemacht haben. Wir haben in dieser Legislaturperiode so viel gemacht wie in keiner anderen Legislaturperiode zuvor. Wir haben die Gesundheitsräume und das Methadon-Programm so weit ausgebaut wie nie zuvor, und Sie haben das jeweils im Haushalt abgelehnt. Das muß man hier festhalten.

(Heino Vahldieck CDU: Wenn es so toll ist, warum dann ein neues Konzept?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur einiges zum Thema Brechmittel sagen. Natürlich ist die Anwendung von Brechmitteln nicht folgenlos. Bis vor kurzem war für mich aus gesundheitspolitischer Sicht die Meinung des renommierten Professor Püschel maßgebend, daß der Brechmitteleinsatz unverhältnismäßig ist. Es ist richtig, daß nach der Gabe von hypertoner Kochsalzlösung Todesfälle vorkommen können.

Professor Püschel hat nun nach umfangreicher Recherche seine Meinung,

(Dietrich Wersich CDU: Wann denn?)

daß der Brechsirup Ipecacuanha keine gravierenden Nebenwirkungen hat, geändert.

(Heino Vahldieck CDU: Das haben wir schon vor drei Jahren gehört!)

– Ich habe mit ihm telefoniert, und das können Sie auch gern tun. D

(Dietrich Wersich CDU: Wann hat er das denn gesagt?)

– Ich habe in der letzten Woche mit ihm telefoniert, und da hat er es mir geschildert.

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

Lassen Sie mich bitte mal ausreden, Herr Wersich.

Dieser 180-Grad-Wende schließe ich mich an. Während meiner Zeit als Stationsarzt auf der Intensivstation habe ich Ipecacuanha bei vergifteten Kindern eingesetzt und keine Nebenwirkungen festgestellt.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Mathias Petersen (fortfahrend): Nein.

Weigert sich ein Verdächtiger, wird der Sirup über eine Nasensonde verabreicht. Jeder, der eine solche Sonde schon mal durch die Nase in den Magen geschoben hat, weiß, daß dabei Komplikationen auftreten können. Da dieses Verfahren aber tagtäglich zigtausendmal in deutschen Kliniken angewendet wird

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Aber nicht gegen den Willen des Patienten!)

und dabei keine Nebenwirkungen auftreten, muß man davon ausgehen, daß bei professioneller Vorgehensweise – und die kann man bei Professor Püschel voraussetzen –

A die Komplikationsrate vernachlässigbar ist. Jeder Dealer, der Drogen schluckt, weiß, daß er ein Risiko eingeht. Einerseits besteht das Risiko, daß die verschluckten Drogen ihn vergiften können; es hat schon Todesfälle gegeben. Andererseits ist es ein geringes Risiko, Ipecacuanha verabreicht zu bekommen. Die Dealer sind es, die gegen die Menschenwürde verstoßen, indem sie ihren Kunden die Drogen geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Heino Vahldieck CDU*: Das ist ja eine ganz neue Erkenntnis!)

Ich gehe davon aus, daß dieses Mittel der Beweissicherung gezielt eingesetzt wird. Eine Erfolgsrate von 70 Prozent halte ich für deutlich zu niedrig. Kein Dealer klärt seine Kunden über die Risiken der Drogen auf. Wir haben mit diesem Konzept klar und deutlich gesagt, wie wir mit Dealern umgehen. Dieses Konzept führt mit seiner Ausweitung der Hilfsangebote zu einer verbesserten Lage der Drogenkranken und zu mehr Sicherheit für die Hamburgerinnen und Hamburger. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung. Zunächst zum Bericht des Innenausschusses. Die Gruppe REGENBOGEN hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Wer möchte Ziffer 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

B (Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall. Wer will die soeben in erster Lesung beschlossene Ziffer 1 in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 2 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf. Wer möchte hier zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall. Wer will die soeben in erster Lesung beschlossene Ziffer in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Ziffer 2 mit sehr großer Mehrheit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 3 auf. Wer möchte diese beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat derselben zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall. Wer will die soeben in erster Lesung be-

schlossene Ziffer 3 in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist diese Ziffer auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich komme zum CDU-Antrag aus der Drucksache 16/6325. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 91 auf, Drucksache 16/6353, Antrag der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion, Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSfTG – Drucksache 16/6353 –)]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/6397 ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Hamburgisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft – Drucksache 16/6397 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Beuß hat es.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat heute etwas Besonderes, daß wir einen Senatsantrag debattieren, der aber von den Koalitionären eingebracht worden ist. Ganz besonders beachtlich daran finde ich, daß die CDU diesen Antrag zur Debatte anmelden muß, während die Koalitionäre offensichtlich ohne Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt hinweggehen wollten.

(Zuruf von *Dr. Holger Christier SPD*)

Daraus entlassen wir Sie natürlich nicht.

Die Privatschulen oder Schulen in freier Trägerschaft – so der richtige Ausdruck – genießen in dieser Stadt ein sehr hohes Ansehen. Das erkennt man daran, daß wir große Wartelisten sowohl im Grundschulbereich als auch im weiterführenden Schulbereich haben. Eltern melden ihre Kinder in Privatschulen an, obwohl sie Schulgeld bezahlen müssen; nicht in allen, aber in einigen. Es erfordert von Eltern viel Eigeninitiative, damit sozusagen der Laden läuft. Die Schüler haben teilweise sehr lange Anfahrtszeiten, weil die Schulen nicht in ihren Wohnbereichen liegen. Ferner muß man feststellen, daß Privatschulen keine goldenen Wasserhähne haben, wie oft behauptet wird. Es sind keine Luxuseinrichtungen, sondern im Gegenteil, die bauliche und räumliche Substanz solcher Schulen ist oft weitaus schlechter als die von staatlichen Einrichtungen.

Es ist eine sehr bewußte Entscheidung von Eltern und Schülern, wenn sie eine solche Schule besuchen wollen. Dort arbeiten engagierte Kollegen, die ihre Tätigkeit als Lehrer in Schulen freier Trägerschaft einer Tätigkeit im Staatsdienst vorziehen und dabei vielfach weitaus weniger Geld bekommen, als sie im staatlichen Bereich verdienen könnten.

(*Michael Dose SPD*: Mir kommen die Tränen!)

Kurzum, Privatschulen sind ein von der Bevölkerung gewünschtes zusätzliches und wichtiges Angebot zu den staatlichen Schulen in dieser Stadt. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, wozu auch ein vernünftiges pluralistisches Schulangebot gehören muß.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung ansteht, wird dieses aber aus meiner Sicht erheblich eingeschränkt. Durch den Würgegriff der Finanzschraube, der in diesem Gesetz vorgesehen ist, will die SPD den staatlichen Bereich gegenüber den Privatschulen noch stärker bevorzugen, als es heute bereits der Fall ist. Der Staat soll nach ihrer Philosophie alles regeln. Deshalb dieses Gesetz.

Wie kam es eigentlich zu diesem Gesetz? Im März 1994 – also vor vielen Jahren – hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Länder verpflichtet werden, förderungsfähigen Bauaufwand zu finanzieren. Dieses mußte gesetzlich fixiert werden. Es dauerte immerhin bis zum Juli 2000 – nämlich bis fast auf den Tag vor einem Jahr –, bis hier ein entsprechendes Hamburger Gesetz vorgelegt wurde. Im Januar 2001 haben wir im Schulausschuß dazu eine Sachverständigenanhörung durchgeführt.

(Günter Frank SPD: Falschl!)

Das Ergebnis war eine vernichtende Kritik der Sachverständigen an diesem Gesetz. Im März 2001 gab es dazu eine Senatsbefragung. Danach ruhte still der See, weil sich die Koalition nicht einigen konnte. Im April und Mai 2001 wurde dieser Punkt jeweils wieder von der Tagesordnung gestrichen.

Parallel dazu geschah in dieser Stadt etwas, womit die wenigsten – und schon gar nicht die Koalition – gerechnet hatten. Es mobilisierten sich nämlich die Eltern dieser Stadt von Schulen unterschiedlichster Trägerschaften, katholischen, evangelischen und Steiner-Schulen. Sie rückten plötzlich zusammen und standen gegen dieses Gesetz auf. Der Höhepunkt war eine beeindruckende Demonstration am 21. Juni 2001 auf dem Gänsemarkt.

- B Im Anschluß an diese Demonstration erfolgte dann ein Treffen mit Elternvertretern und den Koalitionären. Dort wurde ihnen sozusagen ein Kompromiß vorgeschlagen, den ich hier heute einmal als faulen Kompromiß darstellen möchte.

Zum 3. Juli 2001 haben wir dann eine öffentliche Anhörung dieses Gesetzes beantragt, weil deutlich wurde, daß die Eltern ihr Interesse an diesem Gesetz auch in der Bürgerschaft vor dem zuständigen Ausschuß artikulieren wollten. Diese Anhörung war eine schallende Ohrfeige für das Gesetz.

Wesentliche Kritikpunkte an diesem Gesetz sind, daß die Gleichrangigkeit zwischen staatlichen und freien Schulen nicht gewährleistet wird. Schon jetzt bekommen die privaten Schulen nur 46 Prozent dessen, was eine staatliche Schule bekommt. Es wird eine bestehende Ungerechtigkeit zwischen den staatlichen und den Privatschulen festgeschrieben, beziehungsweise sie werden in Zukunft noch schlechter gestellt. Sie verlieren den Beamtenzuschlag, obwohl er im Ursprung einmal Voraussetzung dafür war, daß kirchliche Schulen überhaupt entsprechende Einrichtungen anbieten durften. Ferner kommt es zu einer Absenkung der schulgebundenen Sonderbedarfe.

Die Konsequenz aller Dinge, die ich eben aufgeführt habe, ist, daß unter anderem die hervorragend arbeitende evangelische Wichern-Schule sagt, daß sie dadurch pro Jahr eine halbe Million DM weniger haben wird als jetzt. Das, finde ich, ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

So macht man keine Politik. Das schafft Ungerechtigkeit. Mit diesem Gesetz legen Sie jetzt erstmalig die Axt an das

plurale Schulsystem. Das ist kein Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft, sondern ein Gesetz gegen diese Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Welche Möglichkeiten haben die Schulen in freier Trägerschaft denn nun? Sie haben nur die Möglichkeit, irgendwo innerhalb ihres eigenen Budgets zu arbeiten. Das heißt, sie können das Schulgeld erhöhen, was beispielsweise in den Wichern-Schulen in den letzten Jahren in erheblichem Maße geschehen ist. Man kann aber diese Schraube nicht beliebig hochdrehen. Ferner können sie mit Gehaltskürzungen für die Lehrer arbeiten, aber ich sagte bereits, daß viele Lehrer in Schulen freier Trägerschaft jetzt schon weniger verdienen als die Kollegen im staatlichen Bereich. Sie können Entlassungen aussprechen, weil sie die Lehrer einfach nicht mehr bezahlen können, und die letzte Alternative wäre, ganze Schulen zu schließen.

All das, was dort möglich wäre, bedeutet aber auf jeden Fall eine Aushöhlung der pädagogischen Profile dieser Schulen, die dann nicht mehr konkurrenzfähig zum staatlichen Angebotsystem sein können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Ungerechtigkeit par excellence, die wir schon über Jahre hinsichtlich der Verlässlichen Halbtagsgrundschule hatten. Da mußten auch erst sehr viele Hebel in Bewegung gesetzt werden, bis eine entsprechende Finanzierung stattfand.

Eine Ungleichbehandlung liegt insbesondere in dem von Ihnen immer so hoch gepriesenen gesamten staatlichen Bereich der IT-Techniken, bei dem die Privatschulen versuchen müssen, aus eigenem Bestand etwas hinzukriegen, was Sie den staatlichen Schulen über Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Das ist, wie ich finde, eine große Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme noch einmal auf den Koalitionskompromiß zurück, der für Schulen in freier Trägerschaft 2 Millionen DM auf zwei Jahre verteilt für Sanierungen bedeutet. Das sind 25 000 DM pro Schule.

(Günter Frank SPD: Sind 2 Millionen DM nichts?)

Wenn Sie für diese Summe ganz legal – nicht schwarz – Ihre eigene Wohnung renovieren lassen würden, wüßten Sie sehr schnell, wo Sie mit 25 000 DM enden; dabei ist vielleicht gerade mal ein Anstrich drin, aber mehr auch nicht.

Hinzu kommt, daß diese 2 Millionen DM nicht irgendwo herkommen, sondern aus dem staatlichen Bereich. Das heißt, Sie nehmen es den staatlichen Schulen weg, um es erst einmal – sozusagen als kleines Trostpflaster – dort zu parken.

Die Alternative in den Staatsschulen ist, daß die Kosten hochgetrieben werden, wenn es Schulschließungen im privaten Bereich gibt. Deswegen finde ich es so unverständlich, daß Sie versuchen wollen, den Privatschulen das Wasser abzugraben, mit der Folge, daß sie schließen müssen. Diese Schüler stehen dann vor der Tür staatlicher Schulen und kosten Sie viel mehr Geld als bisher.

Warum statten Sie diese Schulen nicht so vernünftig aus, daß sie als Alternative zum staatlichen System bestehen können? Oder haben Sie Angst vor ihnen?

(Wolfgang Beuß CDU)

A

(Beifall bei der CDU)

Eines ist mir bei dieser gesamten Diskussion nicht klar, nämlich Ihre Rolle, Frau Pape. Sie haben zu der gesamten Gesetzessituation und auch zu den Diskussionen in den letzten Wochen mehr oder weniger geschwiegen und sich vornehm zurückgehalten. Sie hätten in Ihrer Funktion als Schulsenatorin doch eine Moderationsrolle übernehmen und zwischen den Trägern der freien gemeinnützigen Schulen, Ihrer Fraktion und der Behörde vermitteln müssen. Sie haben aber keine Gesprächsbereitschaft gezeigt und wollten das Gesetz offensichtlich nur durchziehen. Das nenne ich Arroganz der Macht, oder

(Beifall bei der CDU)

alternativ sind Sie nicht fähig, solche Gespräche zu führen. Ich finde, Sie haben an dem Punkt eklatant versagt. Das Wenige, das Sie bisher vorgelegt haben, wie zum Beispiel das Privatschulgesetz, ist handwerklich einfach schlecht und rechtlich höchst fragwürdig. Die Sachverständigenanhörung hat das schon ergeben. Wenn Sie heute versuchen, das Gesetz mit der Brechstange durchzuknüppeln, wird es Ihnen vom Verfassungsgericht wieder gestrichen. Ich sage Ihnen heute, daß dieses Gesetz, da es eine Ungleichheit schafft, vor keinem Gericht der Welt eine Chance hat.

(Beifall bei der CDU)

Das einzig Logische, was sich mir erschließt, ist, daß Sie bei den Privatschulen jetzt weitermachen, nachdem der Mehltau des Sparzwanges schon über dem staatlichen Schulsystem liegt. Dort vollenden Sie Ihre Sparpolitik. Sie riskieren, daß diese Schulen dadurch kaputtgespart werden. Ich frage mich ferner, warum Sie diesen Zeitdruck entwickeln. Warum wollen Sie dieses Gesetz gegen aufgebrauchte Eltern auf Gedeih und Verderb durchpauken? Ich verstehe es nicht.

B

Daß Sie dann auch noch in die Trickkiste gegriffen haben,

(Christa Goetsch GAL: Wer hat denn wohl in die Trickkiste gegriffen?)

was völlig in Ordnung ist, indem im Briefkopf jetzt nicht mehr Senat, sondern SPD und GAL steht, zeigt mir nur, daß Sie offensichtlich – aus welchen Gründen auch immer – getrieben sind, dieses Gesetz noch vor den Wahlen durchzupfeitschen. Nun ist es kein Senatsgesetz mehr – das scheint Frau Pape aber auch nicht zu interessieren –, sondern die Hauptsache ist, das Gesetz wird im Hauruckverfahren durchgezogen. Das wird mit uns nicht laufen. Deswegen werden wir einer sofortigen zweiten Lesung dieses Gesetzes nicht zustimmen.

(Zuruf von Christa Goetsch GAL)

Darüber hinaus möchte ich gern noch etwas zum Verständnis im Umgang mit parlamentarischen Gremien sagen. Ich finde, daß es ein schlechter politischer Stil war, wie wir – nachdem wir die öffentliche Anhörung beschlossen haben – im anschließenden Verfahren damit umgegangen sind. Ich glaube, es ist fast ein Novum in diesem Hause, daß unmittelbar nach einer öffentlichen Anhörung ein Gesetz durchgehauen wird, und zwar mit der Mehrheit dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich fand ein derartiges Verfahren gegenüber den Anwesenden und auch gegenüber uns selbst mehr als beschämend. Es ist ein Zeichen für schlechten politischen Stil.

(Beifall bei der CDU)

C

Fazit: Dieses Gesetz schafft Ungerechtigkeit. Es ist verfassungsmäßig fragwürdig und wird sicherlich von einem Gericht einkassiert werden. Es ist aber auch ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Eltern, Lehrer und Schüler. Durch dieses Gesetz wird möglicherweise der Anfang vom Ende der Privatschulen eingeleitet. Daher lautet unsere Forderung: Nehmen Sie dieses Gesetz zurück. Lassen Sie es uns gemeinsam überarbeiten, damit etwas Vernünftiges dabei herauskommt. Dazu brauchen wir die Vollkosten der staatlichen Schüler, damit berechnet werden kann, wie hoch der Anteil an Bezuschussung ist – der ungefähr bei 80 Prozent liegen soll –, der den privaten Schulen pro Schüler dann gewährt werden kann. Solange wir keine andere gesetzliche Regelung haben, müssen wir auch bei der Beibehaltung des Beamtenstatus bleiben.

Nun noch einige Worte zur GAL. Frau Goetsch, Sie tun mir bei dieser Frage ernsthaft ein bißchen leid; das ist selten. Aber in diesem Fall muß ich es einmal sagen.

(Anja Hajduk GAL: Sie freut sich schon, daß sie gleich zu Wort kommt!)

– Ja, sie kommt gleich zu Wort.

Frau Goetsch, es ist wirklich trickreich, was Sie momentan machen. Sie lassen ein Gesetz beschließen, und im Anschluß daran reden Sie mit Betroffenen oder schreiben ihnen Briefe nach dem Motto: In den Koalitionsverhandlungen bessern wir alles nach; mit der neuen Regierung wird alles gut. Das ist unredlich. Sie hätten es jetzt machen müssen und nicht versprechen, daß nach den Wahlen alles gut wird.

(Beifall bei der CDU – Frank-Thorsten Schira CDU: Das ist Scheinheiligkeit!)

D

So läuft das nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Beuß, wenn der Begriff Arroganz der Macht zu einer billigen Floskel wird, ist es um die Opposition sehr schlecht bestellt; den muß man anders einsetzen, als Sie ihn hier der Senatorin gegenüber gebraucht haben. Das ist unsachlich, und ich weise es zurück. Im übrigen, Herr Beuß, hat bei diesem Thema jeder, der damit beschäftigt war, gemerkt, daß Sie Ihre Oppositionsrolle gar nicht wahrgenommen haben, und das macht Sie nicht sehr glaubwürdig in dieser Sache. Ich will das erläutern.

Am 2. August 2000 ist dieses Gesetz dem Schulausschuß zugeleitet worden. Sie haben für dieses Gesetz bis zum Mai dieses Jahres praktisch nichts getan. Still ruht der See, haben Sie gesagt, das ist wahr. Still ruhte der CDU-See. Sie sind in der Opposition.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben bis zum Mai – das liegt ja noch nicht lange zurück – noch nicht einmal eine öffentliche Anhörung gefordert. Sie haben hier auch nichts Schriftliches und für die Menschen Verbindliches vorgelegt, ebensowenig wie auch im Ausschuß ein Petitum. Noch nicht einmal heute liegt hier seitens der Opposition irgend etwas vor.

(Wolfgang Beuß CDU)

A *(Wolfgang Beuß CDU: Weil Sie uns über den Tisch ziehen wollten!)*

Sie trauen sich offenbar nicht, sich festzulegen und etwas Verbindliches zu formulieren; anders ist das nicht zu erklären, sonst hätten Sie heute etwas vorlegen müssen, damit die Menschen sehen, was Sie eigentlich wollen. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich sage Ihnen noch etwas. Sie haben dieses Gesetz, das Sie zwar inhaltlich verändern möchten – so wie wir auch –, für entscheidungsreif gehalten, waren aber darüber etwas verschupft, daß die Beschlußfassung zweimal von der Tagesordnung des Schulausschusses heruntergenommen wurde. Sie waren für den üblichen Gang der Dinge. Erst Ende Mai, vor wenigen Wochen, haben Sie sich dann in den Anhänger der Elternschaft gelegt, als Sie merkten, daß die Elternschaft Ihre Rolle als Opposition übernommen hatte. Auch wenn der Begriff heute schon mal gefallen ist, es wirkt schon recht komisch und wenig glaubwürdig,

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja lächerlich!)

wenn Sie sich als Robin Hood bei den Schulen in freier Trägerschaft anbieten. Das ist auch den Eltern aufgefallen und nicht nur uns.

(Wolfgang Beuß CDU: Das machen Sie ja noch nicht mal hier!)

Das ist der eine Punkt. Sie haben heute noch nicht einmal die Prozentzahl genannt, die ich aber mal konkretisiere. Wenn Sie jetzt eine achtzigprozentige Bezuschussung fordern, dann muß man wissen, daß Sie im Moment offensichtlich eine Gelddruckmaschine im Keller haben, denn Ihre Forderungen über alle Politikbereiche hinweg belaufen sich mittlerweile auf 1 Milliarde DM. Das ist höchst unserios, und das nimmt Ihnen auch keiner ab in dieser Stadt.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man sollte aber auch wissen, was passiert, wenn die CDU ein entsprechendes Gesetz machen könnte. Nehmen wir Berlin. Noch vor wenigen Wochen hat der damalige CDU-geführte Diepgen-Senat einen Entwurf vorgelegt

(Zurufe von der CDU: Wer war denn in Berlin Schulsenator?)

– den Entwurf gibt es immer noch –, der weit weniger Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft vorsieht.

(Heino Vahldieck CDU: Welcher Partei gehört Herr Böger denn an? – Glocke)

Sie sind nun in Berlin in der Opposition, ein Glück sage ich mal.

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, würden auch bitte Sie einen Moment schweigen, wenn ich klinge.

Günter Frank: Ja.

Vizepräsident Berndt Röder: Ich möchte Sie nämlich jetzt etwas besser zu Gehör bringen und bitte alle anderen, die nicht das Wort haben, etwas leiser zuzuhören.

Günter Frank (fortfahrend): Mittlerweile ist die CDU in der Opposition. Haben Sie von der Opposition in Berlin etwas zu dem Entwurf der damaligen CDU-Regierung gehört?

Ich nicht. Ich habe mich erkundigt, es ist von ihr nichts zu hören.

C

(Glocke – Wolfgang Beuß CDU: Sagen Sie mal was zur Sache!)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Günter Frank (fortfahrend): Nein.

Ich nenne hier den Bericht der CDU-geführten Landesverwaltung Baden-Württemberg vom 27. Dezember 2000, also noch gar nicht so lange her, Zitat:

„Deshalb konnten wegen der notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts die geplanten stufenweisen Anhebungen nicht umgesetzt werden. Vielmehr“

– jetzt hören Sie genau zu –

„wurden die Privatschulzuschüsse teilweise gekürzt.“

Das ist Baden-Württemberg. Die Förderung der Privatschulen liegt in Baden-Württemberg auch noch deutlich unter der Hamburgs. Herr Beuß, die CDU hat bei diesem Thema ihre Glaubwürdigkeit restlos verspielt. Soviel zur parlamentarischen Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum Gesetz selbst. Dieses Gesetz ist durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden. Es liegt nun seit fast einem Jahr im Ausschuß. Wir haben dieses Gesetz intensiver beraten als so manche Gesetze zuvor. Anhörungen, zweimalige Senatsbefragungen, Podiumsdiskussionen, sehr viele Gespräche mit den Trägern und zahlreiche Fraktionsberatungen.

D

Von daher muß dann auch ein Parlament entscheiden. Wir haben dieses Gesetz in dieser Form eingebracht, Herr Beuß, als deutlich wurde, daß Sie dieses Gesetz blockieren wollten, und Blockadepolitik ist unsachlich und wird von uns nicht akzeptiert. Das ist die Begründung. Deswegen kann dieses Parlament jetzt auch entscheiden.

(Antje Blumenthal CDU: Gehen Sie mal auf die Inhalte ein!)

Von daher muß man folgendes sehen: Wir brauchen eine gesicherte und kalkulierbare Grundlage für alle Beteiligten, für das Bundesland Hamburg und auch für die Schulen in freier Trägerschaft.

Ich möchte an dieser Stelle, meine Damen und Herren, die schulisch-pädagogische Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft ausdrücklich würdigen. Sie erfüllen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nach Maßgabe des Hamburgischen Schulgesetzes, und sie erfüllen ihn gut. Es gibt keine geteilte Verantwortung. Sowohl die Schulen in freier Trägerschaft als auch die Schulbehörde als auch die Politik sind für die Schülerinnen und Schüler gleichermaßen verantwortlich. Daran gibt es für uns keinen Zweifel. Wir haben mit diesem Gesetz in vielen Bereichen Zustimmung gefunden.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo denn, wo?)

– Ja, das werde ich Ihnen sofort sagen. Ihre Bemerkung, die Anhörung sei eine Katastrophe gewesen, ist in Teilen völlig falsch. In vielen Punkten sind die Positionen der Schulen gestärkt worden, zum Beispiel in der Frage des

(Günter Frank SPD)

- A Stellenwerts und der Rolle von Schulen in freier Trägerschaft, in der Bildungspolitik oder in Fragen der Mitwirkung von Eltern und Schülern oder der Erziehungspartnerschaft. In der Anhörung wurde auch die besondere finanzielle Förderung von innovativen Organisationsformen, wie Ganztagschule, Integration oder Zweisprachigkeit, anerkannt. Anerkannt wurde auch die zusätzliche Förderung von Kindern aus sozial schwächeren Familien.

Einen Dissens gibt es allerdings in der zentralen Frage – das will ich einräumen – der staatlichen Förderung, die im Moment bei rund 130 Millionen DM liegt. Dazu möchte ich folgendes sagen: Die CDU bezieht sich immer gerne auf Rechnungshofsberichte. Frau Ahrons hat sich heute in einer Debatte noch einmal ausdrücklich auf den Rechnungshof bezogen und energisch etwas angemahnt. Das ist auch in Ordnung so. Ich empfehle der CDU, sich die Berichte zu den Privatschulen einmal anzuschauen. Natürlich waren die vom Rechnungshof in aller Deutlichkeit vorgebrachten Empfehlungen mit einzubeziehen. Zum Rechnungshofsbericht, Herr Beuß, habe ich hier überhaupt nichts gehört. Dazu schweigen Sie interessanterweise. Wenn es paßt, fordern Sie die Empfehlungen ein, und wenn es nicht paßt, schweigen Sie. Sie müssen sich einmal entscheiden, wie Sie mit dem Rechnungshof in Zukunft umgehen wollen. So geht das doch nicht.

Zum anderen hat sich die Novellierung des Privatschulgesetzes – und da bitte ich um Verständnis –, insbesondere auch vor dem Hintergrund einer notwendigen Haushaltskonsolidierung, an der bisherigen Fördersumme orientiert. Von Kostenneutralität kann allerdings heute nicht mehr die Rede sein.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

- B Herr Beuß, Sie haben die Zuwendungsseite völlig verzerrt dargestellt. Die gesamte Fördersumme wird in Zukunft nicht kleiner, sondern sie wird größer, aber ich erläutere das noch im einzelnen. Die Koalitionsfraktionen haben einmalig 2 Millionen DM für Bauinvestitionen draufgelegt. Das ist viel Geld. Darüber hinaus werden die zusätzlichen Zuschüsse für die Bereiche Integration, Ganztagschule, Zweisprachigkeit und soziale Bedürftigkeit in den nächsten Jahren mit Sicherheit steigen. Das ist ein Finanzierungsmodell mit steigender Fördersumme. Mit dem Zusatzantrag der Koalitionsfraktionen stellen wir die Förderung der Ganztagschulen sicher, und zwar unabhängig davon, um welche Formen es sich handelt. Wir haben damit berechtigten Einwendungen in der Anhörung Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir noch einmal eingehend die Vergleichszahlen angeschaut, die von der KMK, der Kultusministerkonferenz, vorgelegt worden sind. Hamburg ist mit seiner finanziellen Förderung von durchschnittlich und gutachterlich abgesicherten 68 Prozent – und alle anderen Zahlen sind falsch, Herr Beuß, das wissen Sie im übrigen auch – in mehreren Schulformen ganz vorne.

(Antje Blumenthal CDU: Ja! Was Sie sagen, ist richtig!)

Das kann jeder nachlesen. Ich stelle Ihnen die Unterlagen gerne zur Verfügung. Ich habe den Eindruck, Sie haben sie gar nicht gelesen. Im Schnitt ist Hamburg mit Sicherheit im oberen Drittel der Bundesrepublik Deutschland.

(Wolfgang Beuß CDU: Spitze!)

Ich habe schon auf Berlin verwiesen, ich habe auf die Kürzungen in Baden-Württemberg verwiesen. In Baden-Württemberg werden die in Hamburg zusätzlich bezuschußten Bereiche – ich habe sie genannt – gar nicht als förderungswürdig anerkannt. Das sind in Hamburg für Zweisprachigkeit immerhin kalkulierte 1,4 Millionen DM und für Kinder aus sozial schwächeren Familien immerhin 1200 DM im Jahr. In Hamburg werden die Rudolf-Steiner-Schulen auf der Grundlage der Gesamtschulstandards bezuschußt. Das ist in vielen Bundesländern gar nicht üblich. Im CDU-geführten Hessen erhält ein Waldorf-Schüler 5918 DM, in Hamburg 8408 DM. Ein Grundschüler wird in Baden-Württemberg mit 3662 DM bezuschußt, in Hamburg mit 4731 DM. Das sind Leistungen, über die man doch nicht einfach hinwegsehen kann, auch nicht als Opposition. Wovon reden Sie hier eigentlich, wenn Sie über Geld reden?

(Antje Blumenthal CDU: Wovon reden Sie?)

Mit der Novellierung des bisherigen Privatschulgesetzes erhält zum Beispiel die katholische Gemeinde rund 2 Millionen DM mehr als bisher. Hamburg hat – nach Bayern – den zweitgrößten Anteil an Schülerinnen und Schülern in Schulen in freier Trägerschaft. Eine gewisse Attraktivität wird man dem Standort Hamburg damit wohl zuerkennen müssen, bei allem Verständnis, meine Damen und Herren, für die Forderung der Schulen in freier Trägerschaft nach einer deutlich höheren Bezuschussung. Das kann ich nachvollziehen. Hamburg kann sich mit seinen finanziellen Leistungen bundesweit mehr als sehen lassen. Wir haben heute über ein Gesetz zu entscheiden, das ein gutes Gesetz ist, das innovativ ist und die Position der Schulen in freier Trägerschaft stärkt. Von daher können wir hier ruhigen Gewissens um Zustimmung bitten, auch von der Opposition.

(Beifall bei der SPD und bei Andrea Franken GAL – Karen Koop CDU: Ne!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Herr Beuß! Sie haben sich tatsächlich monatelang einen Dreck darum gekümmert. Da muß ich wirklich Herrn Frank recht geben.

Meine Damen und Herren! Wir verstehen, daß die Schulen in freier Trägerschaft eine bessere Finanzierung fordern. Auch die GAL findet, daß mit dem Gesetz und der erzielten Einigung nicht alles erreicht ist, was im Vergleich zu staatlichen Schulen gerecht wäre. Darin unterscheiden wir uns, Herr Beuß: Wir haben eine grüne Programmatik zu dieser Thematik, die besagt – Zitat –:

„Schulen in freier Trägerschaft sind ein Element einer Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger die wichtigen gesellschaftlichen Dinge mit verantworten und daran teilhaben. Schulen in freier Trägerschaft, die die gleichen Bildungsziele wie staatliche Schulen verfolgen, erfüllen einen öffentlichen Auftrag.“

Darauf basierend möchte ich erst einmal klarstellen, was bisher passiert ist, und die Redlichkeit einfordern.

Die GAL-Bürgerschaftsfraktion hat Anfang dieses Jahres eine Expertenanhörung im Schulausschuß durchgesetzt.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist die Unwahrheit! Lesen Sie mal das Protokoll!)

C

D

(Günter Frank SPD)

- A Damit sollte der Gesetzesentwurf genauer beleuchtet werden, Herr Beuß, und vor allen Dingen den Vertreterinnen der Schulen in freier Trägerschaft und den entsprechenden Experten die Möglichkeit zur Stellungnahme und Kritik gegeben werden.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sie müssen geschlafen haben!)

Aufgrund der Ergebnisse dieser Anhörung – ich habe vorher diesem Gesetz auch zugestimmt – ist deutlich geworden, daß einiges noch zu diskutieren ist, und wir haben in den folgenden Monaten keine Blockadepolitik betrieben wie Sie in der letzten Zeit,

(*Anja Hajduk GAL*: Erst ab Mail)

sondern wir haben bewußt das Gesetz angehalten.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Jetzt hören Sie mal bitte zu, warum: Weil deutlich wurde, daß die von uns begrüßten Innovationen in diesem Gesetz, die wir ausdrücklich wollen, natürlich auch entsprechend honoriert werden müssen, da Schulen in freier Trägerschaft schließlich einen öffentlichen Auftrag erfüllen.

Nach dieser Anhörung fand zwischen den Koalitionsfraktionen sicherlich die eine oder andere zähe Verhandlung statt. Ebenso haben wir natürlich den Hamburger Schulen in freier Trägerschaft zahlreiche Besuche abgestattet. Wir haben ebenso zahlreiche Gespräche geführt, wie das so üblich ist.

(*Anja Hajduk GAL*: Das ist bei der CDU nicht üblich!)

- B Der nun zwischen den Fraktionen gefundene Kompromiß ermöglicht – und das muß man sachlich noch einmal genau hervorheben –, daß die Schulen in freier Trägerschaft, die zusätzliche Bildungsangebote, vergleichbar den staatlichen Schulen, leisten, eine Erhöhung der Regelfinanzhilfe erhalten. Das gilt insbesondere – politisch gewollt – für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, für die Förderung der Zweisprachigkeit und die Integration für Kinder mit Behinderung. Schulen in freier Trägerschaft haben zukünftig, wenn sie Kinder nichtdeutscher Muttersprache unterrichten, einen Rechtsanspruch auf Förderung, ohne daß dies zu Kürzungen an anderer Stelle führt. Das gilt parallel auch bei dem Ausbau von Integrationsklassen. Da wird ebenfalls die Regelfinanzhilfe erhöht und nicht durch eine Rechtsverordnung eingeschränkt.

Schließlich haben die Koalitionspartner für den Renovierungsstau – so möchte ich ihn einmal bezeichnen – bei Bau- und Instandhaltungsvorhaben zusätzlich 2 Millionen DM vereinbart. Das müssen Sie sich einmal am Ende der Legislatur vorstellen. 2 Millionen DM sind nicht irgendwelche Peanuts. Es geht natürlich nicht darum – wie immer wieder vorgeworfen wird –, daß diese 2 Millionen DM jetzt durch 44 Schulen geteilt werden. Da müssen Sie dann vielleicht doch einmal Rechnen lernen, Herr Beuß. Wenn 45 000 DM überbleiben, geht es nicht darum, daß jede Schule 45 000 DM bekommt, um ihr Lehrerzimmer zu streichen – diesen Zynismus kann man uns wirklich nicht unterstellen –,

(*Jan Ehlers SPD*: Das kann man ja selber machen!)

sondern es geht darum, die schlimmsten Engpässe erst einmal zu beheben.

Mit einem Zusatzantrag hat nun die GAL-Fraktion gemeinsam mit der SPD dafür Sorge getragen, daß sich der Aus-

bau der Ganztagsangebote der Schulen in freier Trägerschaft nicht nur auf obligatorische bezieht. Der Kompromiß bedeutet ganz klar, daß das Gesetz kein Nullsummenspiel mehr ist. Die GAL-Fraktion hat einige Punkte aus der Haushaltsneutralität herausnehmen können. Inzwischen hat dann, nachdem Sie das monatelang nicht beantragt haben, eine öffentliche Anhörung im Schulausschuß stattgefunden, und wir begrüßen es ausdrücklich, daß sich die Eltern da engagieren. Nur, lieber Herr Beuß, gegenüber der Expertenanhörung – und das ist dann wiederum scheinheilig – gibt es überhaupt keine neuen Erkenntnisse. Die Anhörung hat fachlich keine neuen Erkenntnisse gebracht.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sie verstehen das nicht, weil Sie Wahrnehmungsstörungen haben!)

Für mich war allerdings etwas ganz anderes neu, etwas, was überhaupt nicht im Gesetz zu regeln ist, nämlich, daß es in der Schullandschaft und in der Zusammenarbeit, auch mit der BSJB, eigentlich um Akzeptanz und um das Ernstnehmen von Schulen in freier Trägerschaft geht, daß zum Beispiel Schulen in freier Trägerschaft nicht automatisch wie alle anderen Schulen in die Infopostverteiler der Behörden aufgenommen werden. Schulen in freier Trägerschaft sind nicht im Programm „Schulen ans Netz“. Lehrer und Lehrerinnen – und das fand ich skandalös, das wußte ich vorher auch nicht –, die ihre Videofilme für den Unterricht im Landesmedienzentrum ausleihen, müssen dafür bezahlen. Das sind Dinge, die nicht im Gesetz zu regeln sind, sondern hier geht es um fehlende Akzeptanz, daß Schulen in freier Trägerschaft Teil des öffentlichen Schulwesens sind, und hier besteht Handlungsbedarf, aber kein Gesetzesbedarf.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Weiter zur CDU, zu Ihnen, lieber Herr Beuß. Ich wollte auch – ebenso wie Herr Frank – ansprechen, wie ehrlich es mit Ihren Versprechungen ist, mit der 80-Prozent-Förderung. Das muß man wirklich einmal deutlich sagen. Sie wollen mehr für den Straßenbau ausgeben, Sie wollen für die Justiz mehr Stellen, für die staatlichen Schulen mehr Stellen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Wir können das ja mal bei den Gesamtschulen versuchen!)

Das sind nicht ein paar Millionen DM, sondern Herr Frank hat 1 Milliarde DM geschätzt, ich habe ein paar Hundert Millionen DM ausgerechnet. Das ist unredlich. Und diese Hunderte von Millionen DM werden Sie nicht durch den Verkauf der Landesbank bekommen. Sie springen da auf den Zug auf, und die Finanzierung ist Ihnen anscheinend wurscht.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Opportunist!)

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist für uns das Thema der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft nicht beendet, und zwar nicht aus irgendwelchen wahlkampfaktischen Gründen, sondern weil wir uns schon die ganze Legislatur mit der Frage der Festsetzung der Schülerkostensätze beschäftigt haben. Das ist in jeder Haushaltsausschußberatung und auch in Kleinen Anfragen meinerseits wunderbar nachlesbar. Wir haben in dieser Legislatur mehrfach versucht, für Klarheit zu sorgen. Deshalb werden wir die Frage der Berechnung der Kostensätze für Schülerinnen erneut auf die Tagesordnung bringen. Das Ziel ist dabei, den Schulen in freier Trägerschaft für die baulichen Maßnahmen vergleichbare Kosten zu erstatten, wie sie für die Schülerinnen im staatlichen Schulwesen aufgewendet werden. Wir halten dieses Ziel für bildungspolitisch richtungweisend.

(Christa Goetsch GAL)

- A Zum Schluß noch ein kleines Aperçu am Rande,
(Wolfgang Beuß CDU: Was ist das denn?)

was in der Schulschließzeit dazu passiert ist, weil Sie, Herr Beuß, von Sonderungen sprachen. Es gibt eine erfreuliche Nachricht aus dem Bundestag. Im Kontext mit den Beratungen zum Zweiten Gesetz zur Familienförderung haben Bündnis 90/Die Grünen durchgesetzt, daß in Zukunft auch weiterhin 30 Prozent des Schulgeldes steuerlich geltend gemacht werden können.

(Wolfgang Beuß CDU: Wir sind hier nicht im Wahlkampf!)

Auch das trägt dazu bei, daß das Problem der Sonderung nicht noch weiter erhöht wird.

Meine Damen und Herren! Wir werden dem Kompromiß zustimmen. Das Bewußtsein, daß Schulen in freier Trägerschaft ein Teil des öffentlichen Schulwesens und keine Closed shops und keine Eliteeinheiten sind, ist, glaube ich, im letzten halben Jahr geschaffen worden. Ich denke aber, daß weiterhin noch sehr viel Akzeptanzarbeit notwendig sein wird, um Schulen in freier Trägerschaft tatsächlich materiell besser auszustatten, das heißt, sie als Teil dieses öffentlichen Schulwesens zu begreifen. Wir werden daran arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

- B **Julia Koppke** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn ich mir zu Beginn damit möglicherweise nicht so viele Freunde mache,

(Uwe Grund SPD: Das sind Sie ja gewohnt!)

möchte ich trotzdem – zumindest einleitend – für den REGENBOGEN bemerken, daß wir Privatschulen genauso wie auch Privathochschulen nicht für notwendig erachten, weil wir eigentlich davon ausgehen, daß staatliche Bildungssysteme, so auch das deutsche und das hamburgische, in der Lage sein müßten, verschiedene pädagogische Ansätze und so weiter abzudecken.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist natürlich ein Wunschdenken, denn die Realität sieht anders aus. Es existieren Schulen in freier Trägerschaft. Sie sind Teil der Vielfalt des Bildungssystems und als solche gewünscht. Sie sind es auch, die sich vielfach durch innovative Konzepte auszeichnen, die im staatlichen System weitaus länger brauchen, um sich durchzusetzen, oder auch an systembedingten Hürden scheitern, die also pädagogische Unterrichtskonzepte ausprobieren und durchaus Anregungen für das staatliche Schulsystem darstellen, und der Staat fördert sie auch finanziell.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Opportunistisch!)

Vor diesem Hintergrund ist unsere Position zu dem SPD/GAL-Antrag auch eindeutig, denn, wenn der Staat – wie es der Fall ist – sich verpflichtet, Schulen in freier Trägerschaft finanziell zu unterstützen, dann muß er sich natürlich auch an die Gesetze halten und diese Schulen angemessen finanzieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Insofern ist es natürlich ein Unding, daß Hamburg den Schulen in freier Trägerschaft erst jetzt den Baukostenzuschuß gewährt, es ist aber ein noch größeres Unding, daß Rotgrün damit quasi ein Nullsummenspiel betreibt – und das ist und bleibt es, Frau Goetsch – und die neuerlichen Ausgaben für die Baukosten mit einer Kürzung bei den Lehrergehältern kompensiert.

Wir werden den Antrag ablehnen,

(Thomas Böwer SPD: Oh!)

und wir lehnen auch den darin enthaltenen Kompromißvorschlag ab. Dazu möchte ich noch ein paar Sätze sagen.

Eine besondere Förderung, also eine Erhöhung des Schülerkostensatzes um einen Zuschlag auf die Höhe des Satzes, den auch öffentliche Schulen bekommen, für solche private Schulen, die sich für die Integration behinderter Kinder, die Förderung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache oder auch um den Ausbau des Ganztagsangebotes einsetzen, halten wir im Gegensatz zur CDU, die darin immer den Spaltpilz sieht und gesehen hat, für einen richtigen Reformansatz. Aber natürlich müßte der Basisbetrag unterhalb dieses Zuschlages stimmen. Das tut er aber nicht, und insofern ist der Kompromiß für uns auch als unredlich oder faul oder lächerlich einzustufen, weil es um eine Anhebung der Regelfinanzierung unterhalb dieses Zuschusses hätte gehen müssen. Das findet sich in diesem Antrag eben leider nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Pape.

Senatorin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Wir führen die Debatte über das neue Gesetz zum Privatschulwesen in Hamburg das erste Mal heute hier in der Bürgerschaft. Das hat seinen Grund darin, daß dieses Gesetz bereits im Juli vorigen Jahres der Bürgerschaft überwiesen worden ist. Ich hatte die Präsidentin gebeten, es sofort in den Schulausschuß zu überweisen, damit das Parlament sich sofort damit befassen kann. Wenn man sieht, wie die Debatte gelaufen ist, erweist sich das im nachhinein eher als kein glücklicher Umstand. Man wäre besser beraten gewesen, schon damals das Gesetz in der Bürgerschaft zu debattieren, aber so haben wir heute eine erste Debatte über das Modernisierungsvorhaben zum hamburgischen Privatschulrecht, womit auch den Neuregelungen des Hamburgischen Schulgesetzes von 1997, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes sowie den Anregungen des Rechnungshofes nach mehr Gerechtigkeit unter den privaten Schulträgern Rechnung getragen werden soll.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und den Versuch nicht ungenutzt lassen, etwas zur Versachlichung dieser Debatte beizutragen, die in den vergangenen Wochen innerhalb und auch außerhalb des Parlamentes mit sehr viel Emotionen geführt worden ist.

Der Rechnungshof hatte bei seiner Prüfung Regelungen im geltenden Privatschulgesetz moniert, die einzelne Träger nach seiner Auffassung unangemessen begünstigt, nämlich – ich darf sie noch einmal nennen – den Berechnungsmodus für die Beobachtungsstufe und für die Klassen 11 und 12 der Rudolf-Steiner-Schule, die Berechnung des Schülerkostensatzes für Integrationsklassen, das so-

C

D

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A genannte Beamtenprivileg und die Anerkennung von 10 Prozent für sogenannte sonstige Lehrertätigkeiten.

Diese Monita des Rechnungshofes wurden vom Senat umgesetzt, aber – und das wird zur Zeit gerne verschwiegen – sie belaufen sich auf ein Fördervolumen von zusammen 6 Millionen DM und wären eigentlich zu Lasten der betroffenen Schulträger gegangen. Es ist in Zeiten der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht selbstverständlich, es ist kein Selbstgänger, daß der Senat die nicht eingespart hat, sondern den finanziellen Handlungsspielraum benutzt hat, um neue zusätzliche Akzente zum Wohle der Privatschulen zu setzen. Hierzu hat der Senat der Bürgerschaft nach umfänglichen, ausführlichen Erörterungen mit allen Schulträgern, die dem Gesetzentwurf vorausgegangen sind, im vergangenen August diesen Gesetzentwurf zukommen lassen, in dem das Fördervolumen beibehalten wird und den Schulen neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Die möchte ich gerne an dieser Stelle nennen.

Erstens: Soweit private Schulträger Schüler aus sozial schwachen Familien aufnehmen, von denen kein Schulgeld erwartet werden kann oder auch keine nennenswerte Kirchensteuer zu erwarten ist, beteiligt sich der Staat mit einem Betrag von 1200 DM jährlich. Diese Mittel sind nicht gedeckelt, sondern mit jedem Schüler mehr, der dieser Gruppe zugehört, steigt auch entsprechend die Finanzhilfe für die Schulen.

Zweitens: Wir modernisieren das Hamburger Privatschulgesetz und bringen nicht nur in dem Titel des neuen Gesetzes unsere Anerkennung für die pädagogische Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft zum Ausdruck. Hier unterscheiden wir uns allerdings ganz klar von dem, was eben die Abgeordnete des REGENBOGEN geäußert hat. Das ist im übrigen auch nicht konform mit unserer Verfassung. Unsere Verfassung schreibt nämlich vor, daß das Privatschulwesen in unserem Lande gesichert sein muß, und dem fühlen wir uns allerdings verpflichtet. Wir finden es richtig, daß es auch die Möglichkeit für Menschen mit pädagogischen Innovationen gibt, neben dem staatlichen Schulwesen weitere Schulen zu gründen und, wenn sie denn entsprechend Zustimmung finden, diese Schulen zu betreiben.

Drittens: Wir ergänzen die Schülerkostensätze um einen Baukostenzuschlag, so wie es das Gericht gefordert hat, um damit die Finanzhilfen noch gerechter für die unterschiedlichen Schultypen zu machen. Wie bisher – und daran ändert sich nichts – bilden die Schülerkostensätze den Aufwand für das pädagogische Personal an einer entsprechenden hamburgischen Schule zu 100 Prozent ab. Wer also sagt, na ja, in Hamburg sind die Lehrer auch teurer, dem darf man auch sagen, genau das bildet sich aber auch in dem höheren Satz ab.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Senatorin, darf ich kurz unterbrechen. Es gibt zu viele Nebengespräche hier im Raum. Ich bitte Sie, etwas ruhiger zu sein. Sie haben das Wort, Frau Senatorin.

Senatorin Ute Pape (fortfahrend): Viertens: Wir erkennen den Beitrag an, den auch private Schulen in Hamburg für die Erziehung von Kindern nicht deutscher Muttersprache leisten, und werden solche Unterrichtsangebote fördern, so wie es in dem Gesetzentwurf geschildert wird. Übrigens

auch hier: Mit jedem Schüler mehr, auf den das Merkmal zutrifft, kommt auch die entsprechende Unterstützung.

Seit den Vorberatungen des Gesetzes mit den Privatschulverbänden bis zur Einbringung des Senatsentwurfes in die Bürgerschaft hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß dieser Entwurf das Förderniveau nicht grundsätzlich verändern wird und soll, und zwar weder nach oben noch nach unten. Das ist niemals anders hier angekündigt worden. Das ist, meine Damen und Herren, auch keine Selbstverständlichkeit, sondern eine durchaus geldwerte Geste gegenüber den Privatschulen. Dabei heißt Festhalten am Förderniveau selbstverständlich nicht, daß die Finanzhilfen auf einen bestimmten Betrag, etwa die 127 Millionen DM, die dafür zur Zeit gezahlt werden, eingefroren würden, sondern wir haben einen Mechanismus, der sicherstellt, daß die Privatschulen mit jedem neuen Schüler, bei jeder Verbesserung der personellen Ausstattung an staatlichen Schulen, bei jeder Besoldungserhöhung für die Lehrer an staatlichen Schulen und über den neu eingeführten Baukostenaufschlag auch in Zukunft bei jeder Kostensteigerung in der Bauunterhaltung mit einer höheren Finanzhilfe rechnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Verständnis für Eltern, Lehrer, Schüler, Familienangehörige, wen auch immer, privater wie staatlicher Schulen, die sich für mehr finanzielle Investitionen in die Bildung engagieren. Aber gerade, weil ich auch für die Zukunft die schulpolitischen Handlungsspielräume sichern möchte, halte ich an den Haushaltszielen dieses Senats fest. Die von den privaten Schulträgern gewünschte Erhöhung der Finanzausstattung in einem erheblichen Umfang ist für die privaten Schulen ebenso wie für die staatlichen Schulen unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht finanzierbar. Deswegen war und kann sie auch nicht Gegenstand unserer Gesetzesreform sein.

Kein Zweifel besteht daran, daß die privaten Schulen eine gleichberechtigte Alternative zum staatlichen Schulwesen darstellen und entsprechend auch eine gleichberechtigte Förderung erhalten. Bei der Bemessung der gerechten Finanzhilfe für private Schulen sind aber auch Unterschiede zum staatlichen Schulwesen zu beachten.

Erstens: Private Schulen können ihre Schüler auswählen.

(Hartmut Engels CDU: Das stimmt so nicht! Beliebig nicht! Es darf keine Sonderung nach Besitz geben!)

Der Staat muß jeden Schüler fördern, wie schwierig er auch immer im Einzelfall sein mag, und ein entsprechendes schulisches Angebot darstellen.

Aber, verehrter Herr Engels, wir haben eine Schulpflicht, und das beinhaltet auf der anderen Seite auch die Pflicht des Staates, für jeden Schüler ein Angebot zu machen.

Zweitens: Private Schulen können ihre Größe und ihre Standorte betriebswirtschaftlich planen. Der Staat hat eine Infrastrukturverantwortung für jeden, egal, ob Kinder in einem aufwachsenden Neubaugebiet wohnen, wo also die Schule nicht ausgelastet ist, oder in einem Stadtteil mit abnehmender Kinderzahl oder auf Neuwerk. Wir haben eine Gewährleistung einer staatlichen Infrastruktur zu finanzieren.

Drittens: Private Schulträger sind und wollen mehr sein als nur Ersatz für staatlichen Unterricht. Sie machen deswegen in der Regel zusätzliche pädagogische Angebote, die unter Umständen aber auch erhebliche zusätzliche Kosten

(Senatorin Ute Pape)

- A auslösen. Daraus ergibt sich keine Pflicht für Steuerzahler, diese zusätzlichen Angebote zu finanzieren, so wie sie sich auch nicht für Eltern ergibt, die ihre Kinder in staatliche Schulen schicken und zusätzliche pädagogische Angebote, zum Beispiel Musikerziehung, wünschen. Sie müssen hierfür auch extra bezahlen.

Vor diesem Hintergrund sind in den Bundesländern sehr unterschiedliche Systeme der Bemessung der Finanzhilfen entwickelt worden. Vielfach scheitern Vergleiche daran, daß man sich nicht auf die Zahlenbasis verständigen kann, daß Zahlen nicht akzeptiert und angenommen werden. Die vielen Zahlen, die in der letzten Zeit hier in der Debatte genannt worden sind, sind ein beredtes Beispiel dafür, daß es ganz schwierig ist, sich irgendwie auf die Zahlen zu verständigen, weil es so schwierig ist festzustellen, wieviel DM eigentlich den 100 Prozent zugrunde gelegt worden sind.

(Uwe Grund SPD: Sehr richtig!)

Hamburg orientiert sich an den tatsächlichen Betriebskosten, die auf der Basis des Gutachtens der Beratungsfirma Arthur Anderson 1999 einvernehmlich – das betone ich an dieser Stelle noch einmal – mit den Trägern der freien Schulen festgestellt wurden. Das wäre auch gar nicht anders gegangen. Wenn nämlich die Träger freier Schulen nicht ihre Kosten dargelegt hätten, wüßten wir sie gar nicht genau. Es ist also gelungen, sich jedenfalls hier in Hamburg auf eine Datenbasis zu verständigen. Das sind tatsächliche Betriebskosten, die das Gutachten ausweist. Und nach diesen einvernehmlich festgestellten Grundlagen beträgt das Förderungsniveau durchschnittlich – Sie kennen das jetzt inzwischen alle – 67,4 Prozent.

- B In absoluten Zahlen zahlt Hamburg damit Schülerkostensätze, die im oberen Drittel der Länder der Bundesrepublik Deutschland liegen. Um das einmal zu präzisieren und einen Blick auf den Vergleich mit Baden-Württemberg zu werfen, das zugegebenermaßen das Land mit den niedrigsten Schülerkostensätzen ist: Nach Mitteilung der christlich-liberalen Landesregierung an den Landtag vom 27. Dezember 2000, dessen Feststellungen allerdings von den Privatschulverbänden als schönfärberisch bezeichnet werden, zahlte das Land Baden-Württemberg im Jahre 1999 einen Schülerkostensatz von 3765 DM für einen Grundschüler und entsprechend höhere Beträge für Schüler anderer Schulformen; ich will mich einmal auf diesen Vergleich beschränken.

Zum Vergleich: Hamburg hätte nach dem neuen Gesetz für einen Grundschüler etwa 5600 DM gezahlt, das sind knapp 2000 DM mehr, als Baden-Württemberg pro Schüler zahlt. Dazu ist noch die Möglichkeit des Zuschlags von 1200 DM für Kinder aus sozial schwachen Familien zu rechnen. Dann käme man auf 6800 DM, ein Betrag, der fast doppelt so hoch ist wie in Baden-Württemberg, nicht ganz, aber fast doppelt so hoch.

Es spricht nichts dafür, daß der in Baden-Württemberg gezahlte Betrag von aufgerundet 3800 DM das Existenzminimum sichert, auskömmlich und damit verfassungsgemäß ist. Daß aber ein Betrag von 5600 DM oder 6800 DM in Hamburg das nicht sein soll, daß ein fast doppelt so hoher Betrag unter dem Existenzminimum liegen

(Hartmut Engels CDU: Der Vergleich paßt nicht!)

und nicht auskömmlich sein soll, das kann nicht plausibel sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Der Blick auf das Hamburger Privatschulwesen, auf die Schulen in freier Trägerschaft in dieser Stadt zeigt eine blühende Landschaft. Wir haben nach Bayern mit 8,3 Prozent den höchsten Anteil von Schülerinnen und Schülern in diesen freien Schulen. Wir freuen uns darüber, und das soll auch so bleiben. Deswegen bin ich der Auffassung, daß die Fortschreibung des bestehenden Hamburger Niveaus, so wie ich es eben dargestellt habe, rechtlich in Ordnung und schulpolitisch ein faires Angebot an die Schulen in freier Trägerschaft ist, und wir freuen uns, wenn es bei dieser blühenden Landschaft bleibt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Beuß.

(Michael Dose SPD: Jetzt will er Abbitte leisten!)

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, mit Äußerungen zu blühenden Landschaften haben andere Leute schon so ihre Erfahrungen gemacht; ich wäre da ganz vorsichtig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und GAL)

Blühende Landschaften wollen gepflegt werden, und ich sehe zur Zeit nicht, daß dieses Gesetz dazu geeignet ist.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das hat Kohl auch gemacht!)

Sie betreiben das Spiel linke Tasche, rechte Tasche. Sie nehmen auf der einen Seite etwas weg und satteln es auf der anderen Seite wieder drauf. Die Ansage Ihrer Verwaltung war doch ganz klar, daß dies kostenneutral passieren sollte, und genau das kritisieren wir. Die Schulen in freier Trägerschaft leben am Existenzminimum, sie erhalten nicht genug Mittel, und Sie zementieren das jetzt für die Zukunft fest.

(Günter Frank SPD: Formulieren Sie, was Sie wollen!)

Herr Frank, Sie haben genauso wie Frau Goetsch Wahrnehmungsstörungen.

(Walter Zuckerer SPD: Rügen!)

Wenn Sie davon ausgehen, daß die Eltern damit zufrieden sind, dann ist das ein großer Irrtum. Sie reden das hier schön. Wir haben doch in der Anhörung erlebt, daß bei Ihnen offensichtlich eine völlig andere Wahrnehmung existiert; das ist merkwürdig. Sie haben nur polemisiert und sind nicht auf die Inhalte eingegangen. Sie können noch so viel Schönes in dieses Gesetz hineinschreiben, aber ohne Moos ist nichts los. Hier geht es um das Geld, das Sie denen nicht geben, damit sie eine gute Schule machen können.

(Günter Frank SPD: Sagen Sie endlich mal, was Sie wollen!)

Frau Goetsch, ich hatte mich schon auf einiges eingestellt, aber bei Ihnen müssen die Nerven wirklich bloß liegen. Außer Dreck zu schleudern können Sie momentan nichts; das ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Wo sind Sie, Frau Goetsch, nach der Sachverständigenanhörung gewesen? Sie haben geschlafen, Sie haben das Gesetz überhaupt nicht begriffen. Dann sind Sie auf-

C

D

(Senatorin Ute Pape)

A gewacht, und wir haben diese ganze Sache nur deshalb Ihnen zu verdanken, weil Sie nicht kapiert haben, was dieses Gesetz bedeutet, und jetzt laufen Sie als Florence Nightingale durch die Gegend und verteilen irgendwelche schönen Sachen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Rocksien.

Jens Rocksien SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Beuß, nach Ihrem ersten Beitrag wollte ich Ihnen doch noch etwas sagen. Nach dem zweiten sind mir schon Zweifel gekommen, ob es sich noch lohnt.

(Dr. Roland Salchow CDU: Und nach dem dritten?)

Sie sind ja ganz sachlich.

(Heino Vahldieck CDU: Sie berichten von Ihren Zweifeln!)

– Warten Sie doch einmal ab, wir haben uns das doch auch in Ruhe angehört. Ich weiß gar nicht, wer hier die Nerven verliert.

Im ersten Teil Ihres Beitrags waren Sie erstaunlich sachlich, da habe ich mich schon gewundert. Dann sind Sie wieder auf die Woge von Betroffenheit, Mitleid, Wehleidigkeit verfallen und auf dieser Welle durch die ganze Debatte ein Jahr lang geritten.

(Ingo Kleist SPD: Jammerlappen! – Heino Vahldieck CDU: Ich dachte, wir haben ein Jahr lang geschlafen!)

B Eben habe ich mir wirklich schon Sorgen um Ihre Gesundheit gemacht. Wenn uns in der Sache etwas trennt, ist das vollkommen in Ordnung, das kann man auch austragen, das ist hier auch deutlich geworden, nicht durchgehen lassen kann ich aber Ihre Form von Legendenbildung. Sie versuchen, uns so hinzustellen, als würden wir mit undemokratischen Mitteln arbeiten, als hätten wir Verfahrenstricks angewandt. Von Durchpeitschen war die Rede, von Brechstange, wir seien getrieben, als Steigerungsform war dann noch von Durchknallen die Rede. Das sind Ihre Vokabeln, und das ist alles Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Herr Frank hat die Chronologie noch einmal dargestellt. Wir haben uns ein Jahr Beratungszeit genommen und in der Zeit von Ihnen nichts gehört. Die letzte Expertenanhörung war im Januar. Im März wurde der Senat gehört, im April habe ich zum ersten Mal, nicht auf parlamentarischer Ebene, sondern in Ihren Veröffentlichungen, von Ihnen etwas gefunden. In Ihrem sogenannten Schulbrief schrieben Sie, der Entwurf sei nicht besonders innovativ. Sie haben die Verfassungsmäßigkeit in Frage gestellt. Sie haben gesagt, es fehle an klaren Begriffsbestimmungen. Sie fanden es nicht so gut, daß Koedukation verbindlich festgeschrieben wird.

(Thomas Böwer SPD: Hört, hört!)

Und zum Schluß: Sie wollen natürlich mehr Geld geben. Der letzte Punkt hat mich nicht besonders beeindruckt. Man hat ihn letztendlich auch gar nicht mehr so zur Kenntnis genommen,

(Petra Brinkmann SPD: Ja!)

C weil Sie das immer und überall fordern; ohne Verantwortung läßt sich vieles versprechen und ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

Nach einer langen Zeit ist Ihnen am 26. Juni plötzlich eingefallen, obwohl Sie es ständig hätten beantragen können, das ist ja ein Minderheitenrecht, daß Sie noch einen unglaublichen Beratungsbedarf haben, also sei eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Dies ist völlig durchsichtig, das hat jeder gemerkt, selbst die betroffenen Eltern haben gemerkt, daß sie für diese Anhörung von Ihnen benutzt wurden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja lächerlich!)

Ich habe danach viele Gespräche

(Bernd Reinert CDU: Ja, unter Genossen!)

mit den Teilnehmenden und auch anderen geführt. Ihr Ziel war, das war deutlich erkennbar, die Sache auf der Zeitschiene auszuhebeln, so daß es in dieser Legislaturperiode zu keiner zweiten Lesung mehr kommen kann. Das Verfahren ist ganz legitim gelaufen und hat einen langen Zeitlauf gehabt. Übrigens hat die Anhörung – Sie haben das hier nicht benannt, es waren 45 Wortbeiträge, Frau Goetsch hat auch gesagt, daß einiges für sie neu war – für mich keine neuen Erkenntnisse gebracht. Im wesentlichen sind die vielen schriftlich zugesandten Stellungnahmen noch einmal mündlich vorgetragen worden. Aufschlußreich, das muß ich noch einmal einflechten, war für mich, und das hat mich zum Teil auch wirklich erschreckt, daß sich eine gewaltige Kluft zwischen privatem und staatlichem Schulwesen auftut, jedenfalls in den Äußerungen der Funktionsträger und Eltern. Da war viel Schwarzweiß, wie wir es auch heute gehört haben: Privat ist toll, ganz gut, engagiert, staatlich taugt nichts. Da ist viel Elitäres, auch Arroganz und Mißachtung gegenüber den Leistungen, die das staatliche Schulwesen erbringt, gesagt worden; das fand ich schon erschreckend.

(Beifall bei der SPD und GAL – Wolfgang Beuß CDU: Sie wollen das ja auch!)

Das sollte schon nachdenklich machen und war etwas, das ich aus dieser Versammlung deutlich mitgenommen habe.

Herr Beuß, Sie arbeiten im staatlichen Schulwesen. Ich hätte mir heute von Ihnen dazu ein deutliches Wort gewünscht.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist überhaupt nicht das Thema!)

Aber es kommt nichts, genauso wie nichts von Ihnen in den langen und gründlichen Beratungen gekommen ist. Herr Frank hat es schon gesagt, Sie haben nicht einen Satz dazu vorgelegt

(Wolfgang Beuß CDU: Natürlich, da müssen Sie mal zuhören!)

und gesagt, was Sie eigentlich wollen. Es geht immer nur ums Geld, und sonst haben Sie zu dem Gesetz nichts gesagt, das Gesetz enthält aber noch viel mehr. Es trägt der Weiterentwicklung der Privatschulen und des staatlichen Schulwesens Rechnung und entspricht auch den Erfordernissen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Für uns ist auch wichtig, daß die Schulen in freier Trägerschaft zum Beispiel zur Evaluierung ihrer Arbeit verpflichtet werden und die Beteiligungsrechte von Eltern, Schülerinnen und Schülern gestärkt werden.

(Jens Rocksien SPD)

- A Wir finden es gut, daß manche Ungereimtheit abgeschafft wird und die Schülerkostensätze vereinheitlicht werden. Es gibt auch eine Sozialklausel, das hat die Senatorin hier schon ausgeführt. Wir finden es gut, darauf hat Frau Goetsch abgehoben, daß kostenintensive Fördermaßnahmen, wenn sie denn gemacht werden, auch mit zusätzlichen Zuschlägen unterstützt werden. Dies alles sind wichtige Punkte im Gesetz, hier geht es im Streit aber nur ums Geld. Wir sind der Meinung, daß das Existenzminimum gewährleistet ist, die Finanzhilfe also insgesamt ausreicht.

Der Bericht des Rechnungshofs kann nicht ignoriert werden. Letztlich geht es um den Begriff „was ist angemessen“. Das Gericht fordert eine angemessene Alimentierung. Wir halten das für angemessen, es hält den Vergleich mit allen Bundesländern aus, es sind Zahlen zur Genüge genannt worden. Sie halten es nicht für angemessen, im Zweifelsfall wird es einer Überprüfung standhalten müssen.

Sie haben gesagt, wir wollten, daß der Staat alles regelt, wir wollten die Gleichrangigkeit nicht gewährleisten. Die ist nicht durch gleiche Zahlungen gewährleistet, es gibt eine Mischfinanzierung, es gibt für die Schulen in freier Trägerschaft mehrere Quellen, das wissen Sie. Sie sagen, wir wollten die Schulen aushöhlen, sie sollten kaputtgespart werden, wir hätten Angst vor denen; welch blühender Unsinn.

(Petra Brinkmann SPD: Wirklich! und Beifall bei der SPD und bei Manfred Mahr GAL)

Was uns von ihnen unterscheidet, ist eine Bewertung des Begriffs „angemessen“. Sicher sind nicht alle Erwartungen, die auch mit dem Zeitpunkt der Verabschiedung zusammenhängen, in Erfüllung gegangen, da kann ich manche Bedenken der Betroffenen verstehen. Dennoch muß das Gesetz eine faire Bewertung erfahren, und darum bitte ich hier. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der SPD und GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Pape.

Senatorin Ute Pape: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Beuß, ich finde das Bild von den blühenden Landschaften sehr schön. Es ist natürlich gewagt, wenn man es als Zukunftsvision sieht. Auf die Landschaft der hamburgischen Privatschulen in freier Trägerschaft trifft es meines Erachtens zu.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie müssen gepflegt werden!)

Sie selber haben vorhin ein beredtes Bild davon gemalt, daß dies zutrifft und Sie das durchaus unterstützen. Wir haben allerdings nie gesagt, daß man so etwas aus der Portokasse finanzieren kann, sondern wir finanzieren es mit viel Geld, und das soll auch so bleiben; ich habe das eben in Einzelheiten dargelegt.

Blühende Landschaften oder Landschaften überhaupt muß man aber pflegen. Auch wenn das Gesetz in erster und sicherlich auch in zweiter Lesung beschlossen ist, wird es weiterhin darum gehen, in dieser Stadt, wie auch in der Vergangenheit, mit den Schulen in freier Trägerschaft gut zusammenzuleben. Ich habe vorhin eine sehr nette Einladung von der Wichern-Schule bekommen, die ich angenommen habe. Ich werde die Eltern, die Ihnen, aber auch mir einen Brief geschrieben haben, zum Gespräch

einladen. Wir werden uns in einer etwas ruhigeren Atmosphäre an einem Runden Tisch noch einmal in die vielen Zahlen vertiefen, über die man sich so schwer verständigen kann. Und ich werde auch in diesem Kreise noch einmal darlegen, warum ich diesen Gesetzentwurf für gut und auch für zukunftsfähig halte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Drews.

Wolfgang Drews CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Goetsch, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit den Forderungen nach einer höheren Ausstattung für die Schulen in freier Trägerschaft Wahlgeschenke verteilen, die unnötige Ausgaben verursachen. Ich möchte das Pferd anders aufzäumen, die Eltern haben es zu Recht in der öffentlichen Anhörung gesagt. Die Frage ist nämlich, was auf Hamburg an Kosten zukommen würde, wenn die privaten Schulen ihren Auftrag in dieser Stadt nicht so leisten würden, wie sie ihn leisten. Dann würden Kosten auf die Stadt zukommen, an die wir heute nicht zu denken wagen.

(Michael Dose SPD: Brauchen wir auch nicht!)

Darüber hinaus, Frau Goetsch, haben Sie vergessen, daß der Innensenator ganz plötzlich – das war in dieser Woche in der Presse zu lesen – 62 BGS-Beamte,

(Barbara Duden SPD: Für die Privatschulen?)

was Herr Wrocklage nicht durchgesetzt hat, für den Polizeidienst eingestellt hat. Und wir sehen ganz erstaunt, daß Frau Peschel-Gutzeit kurz vor der Wahl wieder Richterstellen besetzt. Bei der Frage der Mehrausgaben sollten Sie also ganz vorsichtig sein.

(Dr. Holger Christier SPD: Haben wir doch gemacht! 2 Millionen DM werden weggewischt! Wo sind wir denn hier?)

Was ich beachtlich und bedenklich zugleich finde, ist die Art und Weise, wie Herr Frank letzten Endes – das Wort Arroganz fiel von Herrn Rocksien – die öffentliche Anhörung letzte Woche beendet hat und wie er auch in der Ausschußsitzung deutlich gemacht hat, daß man, egal, was die öffentliche Anhörung ergeben würde, selbst wenn der Vorschlag der CDU angenommen würde – Herr Frank, es zeugt von Ihrem Demokratieverständnis, sich die Ergebnisse einer Anhörung auch zu Gemüte zu führen, sie nicht nur zu schlucken, sondern auch zu verdauen, und zwar geistig –, schon einen Weg finden werde. Das war immerhin eine öffentliche Schulausschußsitzung,

(Antje Möller GAL: Die sind immer öffentlich!)

und das haben die Eltern auch mitbekommen. Ihnen war also vollkommen egal, was möglicherweise inhaltlich bei dieser öffentlichen Anhörung herauskommt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen können Sie sich heute hier nicht hinstellen und sagen, daß wir keinen Beitrag dazu geleistet hätten, da Sie auf das, was die Eltern gesagt haben, überhaupt nicht mehr eingegangen sind, und das ist sehr traurig, denn damit haben Sie die öffentliche Anhörung zu einer Farce gemacht, obwohl Sie immer für die Herabsetzung der Quoren sind,

(Dr. Holger Christier SPD: Sie auch!)

C

D

(Senatorin Ute Pape)

A wenn es darum geht, Volksbeteiligung und Volksbefragung einzuführen. Meine Damen und Herren, Ihre Maske ist gefallen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Drews, ich muß Sie kurz unterbrechen.

Beifallsäußerungen oder Unmutsäußerungen von den Logen oder der Zuschauertribüne sind hier nicht gestattet. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

Wolfgang Drews (fortfahrend): Vier letzte Punkte, die bisher nicht genannt worden sind.

Erstens: Weder Herr Frank noch Frau Goetsch, noch Herr Rocksien oder die Senatorin sind bisher darauf eingegangen, daß die Streichung der Beamtenzulagen die Schulen in freier Trägerschaft massiv trifft. Dieser Punkt wurde von Ihnen nicht genannt, und Sie haben gute Gründe dafür, denn die entsprechenden Schulleiter haben diesen Grund angeführt. Ich erinnere noch an den Leiter der Wichern-Schule, der ganz plastisch und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, was das für seine Schule bedeutet. Er hat es sehr lange, sehr intensiv und sehr eindrucksvoll begründet.

Zweitens: Wir haben schon gehört, welche hohe Frequenz die einzelnen Kurse und Klassen jetzt schon haben. Es ist uns in der Anhörung deutlich vor Augen geführt worden, daß dies eine Zusammenlegung von Kursen und eine weitere Erhöhung der Klassenfrequenzen bedeuten würde.

B (*Ingrid Cords SPD*: Erhöhte Effektivität!)

Ich möchte diese höheren Frequenzen, die schon deutlich über denen staatlicher Schulen liegen, den Eltern und Schülern nicht begründen müssen.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das brauchen Sie auch nicht!)

Drittens: Wenn wir darüber reden, daß der Baukostenzuschuß ein Kompromiß ist, der auf der Idee der GAL gewachsen ist, dann reichen 2 Millionen DM, Frau Goetsch, nicht für das Wichtigste; auch das ist in der öffentlichen Anhörung deutlich geworden. Sie sagen zwar zu Recht, daß es nicht richtig sei, einfach 25 000 DM oder 45 000 DM auf die Schulen gleichermaßen zu verteilen. Aber Sie wissen selbst, daß man mit 2 Millionen DM nicht viel machen kann. Lesen Sie die Anfrage zu den rausgeschmissenen Geldern für eine Mensa in einer Gesamtschule im Bezirksbereich Wandsbek

(*Barbara Duden SPD*: Wieso sind die denn rausgeschmissen?)

und begründen dann Ihren kostenneutralen Baukostenzuschuß.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Ihnen sollte zumindest eines zu denken geben. Wenn Sie schon nicht auf unsere Stimmen und Sachargumente hören, wenn Sie schon nicht auf das hören, was die Eltern Ihnen im Kaisersaal gesagt haben – immerhin waren 400 dort, und es hätten gerne mehr Platz gefunden, wenn der Vorsitzende nicht auf seine charmant-demokratische Art auf seinem Termin beharrt hätte –,

(Beifall bei der CDU)

C dann sollten Sie zumindest auf die berechtigten Bedenken hören,

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Ich werde Sie zitieren, Herr Drews!)

die die Kammern und Verbände im Sinne einer gleichberechtigten leistungs- und wettbewerbsorientierten Aus- und Weiterbildung der Schülerinnen und Schüler deutlich machen. Das sollte man – die Handelskammer hat es heute gerade erklärt, andere haben es auch erklärt – nicht vergessen. Es gibt keinen Grund, das Gesetz – Herr Rocksien, Sie haben das Wort gebraucht und es trifft den Kern der Sache – in dieser Form ohne eine entsprechende Reflektierung des Elternwillens im wahrsten Sinne des Wortes undemokratisch durchzupeitschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Antje Möller GAL*: Das ist Ihnen auch spät eingefallen!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frank.

(*Dietrich Wersich CDU*: Der charmante Herr Frank! Wie im PUA!)

Günter Frank SPD:* Ich will das hier nicht weiter verlängern, aber zwei Dinge möchte ich nicht durchgehen lassen, erstens, Herr Beuß, eine Märchenbildung. Ich habe mich auf die Sachverständigenanhörung im Januar bezogen. Natürlich sind wir in der zentralen Frage – darüber diskutieren wir seit langer Zeit – der Höhe der Bezuschussung nicht einer Meinung. Aber in der Sachverständigenanhörung gab es durchaus etliche Aspekte und Punkte dieses Gesetzes, die Anerkennung gefunden haben. Ich habe sie hier benannt, erzählen Sie also keine Märchen.

D Der zweite Punkt: Das muß im Juli für Sie die zweite öffentliche Anhörung gewesen sein, denn in Ihrer Presseerklärung vom 17. Mai führen Sie chronologisch auf, 18. Januar 2001: Öffentliche Anhörung im Schulausschuß. Sie können noch nicht einmal zwischen einer Sachverständigenanhörung und einer öffentlichen Anhörung unterscheiden. Aber in der Anhörung sind alle Argumente gefallen, und in der Anhörung im Juli – es war auch eine sehr interessante Anhörung – hat es keine neuen Aspekte gegeben. Sie haben auch keine weiteren benannt, die wir nicht schon vorher diskutiert hätten, und insofern konnten wir in dieser Sitzung auch entscheiden.

Aber mein letzter Punkt ist mir der wichtigste. Sie sind schulpolitischer Sprecher der Opposition in diesem Hause.

(*Wolfgang Drews CDU*: Das ist nicht richtig!)

Und was nicht angeht, ist, daß Sie sich mit Allgemeinplätzen verabschieden. Es liegt ein Gesetz vor, und Sie bringen ganz allgemeine Dinge. Ich habe Sie schon einmal aufgefordert und fordere Sie jetzt wieder auf, den Menschen in dieser Stadt zu sagen, damit man Sie auch daran messen kann – Sie wollen ja die Wahlen gewinnen,

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Werden wir auch!)

nehmen wir einmal an, Sie würden sie gewinnen, Sie gewinnen sie zwar nicht, aber nehmen wir das einmal an –, was Sie wollen. Erste Frage: Wollen Sie, daß der Baukostenzuschuß erhöht wird, daß die Abschreibungssätze erhöht werden? Wollen Sie die Bezuschussung der innovativen Organisationsformen? Wollen Sie, daß diese erhöht werden? Wollen Sie, daß der durchschnittliche Förderungssatz auf wieviel Prozent auch immer steigt?

(Wolfgang Drews CDU)

A (Wolfgang Beuß CDU: 18 Prozent!)

Sie haben nichts Schriftliches vorgelegt.

(Antje Blumenthal CDU: Doch! Fragen Sie mal Herrn Rocksien!)

– Nein, hier liegt nichts vor; Sie haben sich nicht festgelegt.
– Die Menschen in dieser Stadt können von Ihnen erwarten, wenn Sie schon so diskutieren, wie Sie hier diskutieren, daß Sie sich festlegen und daß jeder weiß, der will so und so viel Prozent, woher das Geld auch immer kommen mag. Deshalb noch einmal meine Aufforderung: Konkretisieren Sie an diesem Platz Ihre Vorstellungen. Wer sich nicht festlegt, dem glaubt man nämlich auch nicht.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Drews, es ist inhaltlich nichts Neues rübergekommen; das ist so durchsichtig. Wir haben vorhin das parlamentarische Verfahren in allen Einzelheiten aufgezeigt, und genau so ist es abgelaufen. Sie haben ein halbes Jahr lang nichts gesagt. Sie haben im Ausschuß nichts gesagt.

(Günter Frank SPD: Genau!)

Sie haben konzeptionell nichts gesagt, Sie haben nichts gemacht,

(Wolfgang Beuß CDU: Und Sie haben nichts gesagt!)

B Sie haben nichts beantragt, kein Petikum, nichts. Und jetzt kommen Sie plötzlich mit diesem wunderbaren Vorschlag der Handelskammer. Ich habe fast das Gefühl, daß man plötzlich eine Auftragsarbeit aus der Tasche zieht.

(Beifall bei der GAL und SPD)

Das scheint jetzt Usus zu sein, morgen haben wir dasselbe Spielchen noch einmal in Grün, Herr Drews, aber lieber in Grün als in Schwarz.

Ein Jahr lag dieses Gesetz im Ausschuß, ein Jahr war Zeit, liebe CDU. Mir erscheint es auch sehr verdächtig, daß Sie immer nur besondere Privatschulen hervorheben; kämpfen Sie für alle und bevorzugen nicht einseitig eine Klientel.

(Beifall bei der GAL und SPD – Wolfgang Beuß CDU: Aber Sie kämpfen für alle!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse dann über den Antrag aus der Drucksache 15/6397 abstimmen, das ist der Zusatzantrag von SPD- und GAL-Fraktion. Wer möchte ihn annehmen? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist dieser Antrag mit Mehrheit beschlossen worden.

Wer nun das Hamburgische Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft mit den gerade beschlossenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist das Gesetz mit Mehrheit in erster Lesung beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.) C

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? –

(Dr. Roland Salchow CDU: Ja, geballter Widerspruch!)

Es gibt Widerspruch aus dem Hause. Ich sehe, daß es mehr als mindestens ein Fünftel der anwesenden Mitglieder ist, die gesamte CDU-Fraktion. Dann wird die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 26 auf, die Drucksache 16/6201: Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/6389 ein Antrag der Gruppe REGENBOGEN vor.

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 16/5759: Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) (Senatsantrag) – Drucksache 16/6201 –]

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke zu Drucksache 16/6201:

Änderungen zur Senatsvorlage „Neufassung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG)“: Parlamentsrechte schützen, Studierende fördern, Hochschulen demokratisieren, Transparenz und Freiheit der Forschung sichern, Frauenförderung effektivieren – Drucksache 16/6389 –]

Wer möchte das Wort? – Herr Dr. de Lorent, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie sollten hier bleiben und nicht nach draußen gehen, denn wir kommen jetzt zu einem Höhepunkt dieser Bürgerschaftssitzung. D

(Beifall bei Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke und Jan Peter Riecken SPD – Dr. Ulrich Karpen CDU: Der ganzen Legislatur!)

– Ich stimme dem Kollegen Karpen zu, er hat noch ergänzt „der ganzen Legislaturperiode“. Das ist nicht ganz falsch, wir arbeiten schon ein bißchen länger daran und werden heute ein neues Hochschulgesetz beschließen. Es ist eines der modernsten Gesetze, das es dann in der Bundesrepublik geben wird.

Hier wird der Reformprozeß fortgesetzt, der mit der Einführung von Globalhaushalten und dem Abschluß von Ziel- und Leistungsvereinbarungen eingeleitet wurde. Meine Damen und Herren von der CDU, auch wenn Sie es nicht gerne hören, Hamburg nimmt auf dem Gebiet der Hochschulpolitik

(Dr. Roland Salchow CDU: Spitzenreiter!)

eine bundesweite Vorreiterrolle ein, Herr Kollege Salchow. Der Kollege Frank redet von Spitze, ich rede von bundesweiter Vorreiterrolle.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist ja immer so, wenn wir von einem Tagesordnungspunkt zum nächsten kommen. Aber ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen, etwas ruhiger zu sein und die Aufmerksamkeit dem Redner zu schenken.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A **Dr. Hans-Peter de Lorent** (fortfahrend): Ich kann es ja verstehen, eben hatte die CDU ein Fünftel nötig, um das Privatschulgesetz nicht verabschieden zu lassen.

Von diesen 20 Prozent sind 12 Prozent wieder hinausgegangen, und das bringt ein bißchen Unruhe.

(*Dr. Ulrich Karpen CDU: Wir sind ganz scharf auf Ihre Ausführungen!*)

– Das freut mich.

Dann kann ja der Kollege Salchow das Gespräch mit dem Kollegen Rook führen.

(*Helga Christel Röder CDU: Nicht so lehrhaft!*)

– Doch, das machen wir mal, damit wir eine ernsthafte Debatte haben, denn es ist ein wichtiger Punkt, den wir hier vernünftig und in Ruhe diskutieren sollten.

(*Dr. Roland Salchow CDU: Ab wann machen Sie wieder den Lehrerberuf?*)

Mit diesem novellierten Gesetz werden Ziel- und Leistungsvereinbarungen als zentrales Steuerungsinstrument gesetzlich abgesichert. Schon das bemerkenswerte, dialogorientierte Beteiligungsverfahren bei der Entstehung dieses Gesetzes ist beispielhaft gewesen. Im Januar und Februar 2000 hat ein moderiertes Gesetzgebungsverfahren mit einem externen Moderator stattgefunden. Es gab intensive Workshops zu den Themen Demokratie und/oder Management, Verhältnisstaat, Hochschulen, zeitgemäßes Studium, an dem circa 250 Personen teilgenommen haben. Abseits von Gremien, Bürokratie und Hierarchien fand ein intensiver Gedankenaustausch statt, und es gab erstaunlich viele Übereinstimmung in den Zielen.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

B Wenn man sich die Teilnehmerliste ansieht, liest es sich wie das „Who is who“ der hochschulpolitischen Kompetenz Hamburgs. Vergeblich sucht man dabei allerdings nach CDU-Vertretern, aber ich sprach ja von hochschulpolitischer Kompetenz.

(*Barbara Duden SPD: Kompetenz. Genau!*)

Die CDU hat unter Beweis gestellt, daß sie an der Diskussion um dieses wichtige Gesetz, das uns die nächsten Jahre bringen wird, überhaupt nicht teilgenommen hat. Es wäre gut, Herr Salchow, wenn wenigstens ein Vertreter der CDU bei diesen Workshops dabei gewesen wäre, dann hätten wir mit Ihnen nicht so viele Fortbildungsveranstaltungen im Wissenschaftsausschuß durchführen müssen.

Schon dieses intensive Beteiligungsverfahren ergab eine deutliche Bestätigung der von Krista Sager formulierten Eckpunkte. Das will ich an einigen wesentlichen Punkten verdeutlichen.

Erstens: Die Regelungsdichte des Gesetzes sollte deutlich verringert werden. Wenn man sich das Gesetz ansieht, stellt man fest, daß ein Drittel der Paragraphen weggefallen ist und vieles auf Wesentliches reduziert wurde.

Zweitens: Aufgrund einer gewachsenen Verantwortung wird es in Zukunft eine kollegiale Hochschulleitung mit stärkeren Kompetenzen geben. Es wird klare Zuständigkeiten im Präsidium geben. Das Amt des Kanzlers als Wahlamt wird neu eingerichtet. Wer vorhin die Diskussion über das UKE-Gesetz verfolgt hat, weiß, wie wichtig es bei der Dezentralisierung von Kompetenzen von der Politik in Bereiche hinein ist, daß es eine starke verantwortliche Leitung gibt.

C Drittens: Hamburger Hochschulen erhalten in bezug auf die Gestaltung ihrer inneren Gliederung, ihrer internen Organisationsstrukturen, soviel Gestaltungsspielraum wie in keinem anderen Bundesland.

Viertens: Über die Grundordnung berät und beschließt ein sogenannter Großer Senat, der paritätisch zusammengesetzt ist. Professoren haben nicht mehr die Mehrheit, sondern ein Drittel, genau wie studierende wissenschaftliche Mitarbeiter und wie das technische Personal und das Verwaltungspersonal. In dem Großen Senat werden die Präsidentinnen und Präsidenten und die Vizepräsidenten gewählt. Es kann nach dem neuen Gesetz in begründeten Fällen auch zur Abwahl des Präsidenten durch den Großen Senat kommen.

Fünftens: Die Qualitätssicherung wird als Aufgabe der Hochschulen festgeschrieben. Im Bereich der Lehre, aber auch in der Forschung wie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Frauenförderung wird es Evaluationen geben.

Sechstens: Es gibt erhebliche Verbesserungen und Klärungen für Studierende. Liebe Kolleginnen und Kollegen vom REGENBOGEN, das Studium in Hamburg wird gesetzlich gebührenfrei sein. Es gibt einen festgeschriebenen Anspruch auf Studienberatung. Bei Ungereimtheiten in Prüfungen werden sogenannte Ombudspersonen eingesetzt. Die Rechte von behinderten Studierenden werden gestärkt. Sie erhalten einen umfassenden Nachteilsausgleich im Studium. Der Zugang für Berufserfahrene ohne Abitur wird erweitert. Das ist ein ganzes Spektrum an Verbesserungen für Studierende in Hamburg, das sich sehen lassen kann.

D Meine Damen und Herren, die Aufzählung positiver neuer Regelungen könnte fortgesetzt werden. Sicherlich gibt es weitere Wünsche und partikuläre Interessen. Das Gesetz ist insgesamt, wie alle Gesetze, auf das pragmatisch Machbare begrenzt. Wenn Sie sich ansehen, was die CDU dazu beantragt hat, sind das Marginalien; ernsthafte qualitative Verbesserungen und Veränderungen haben sie nicht anzubieten.

(*Dr. Roland Salchow CDU: Das war dummes Zeug, Herr de Lorent, Herr Oberlehrer!*)

Lassen Sie mich abschließend drei Stellungnahmen zu diesem Gesetz zitieren. Frau Professor Dr. Anke Hanft von der Universität Oldenburg hat im Wissenschaftsausschuß gesagt –

(*Dr. Roland Salchow CDU: Mitglied der Grünen!*)

ich zitiere –:

„Insgesamt halte ich diesen Gesetzentwurf für sehr zukunftsweisend, im Interesse der Hochschulen sehr viel Reformpotential enthaltend. Das heißt, die Hochschulen werden in die Lage versetzt, an ihren Strukturen zu arbeiten mit ganz anderen Freiräumen, als das bislang möglich war. Das finde ich einen ganz wichtigen Schritt nach vorn, einen Schritt, der uns bislang bei den inneren Reformprozessen immer gefehlt hat.“

(*Dr. Ulrich Karpen CDU: Das sind weitgehend Leerformeln!*)

Eine zweite unverdächtige Person, die ich zitieren möchte,

(*Dr. Roland Salchow CDU: Was heißt unverdächtig?*)

ist Herr Lütthge,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

A (Dr. Roland Salchow CDU: Das glaube ich!)
der auch im Namen aller Präsidenten der Hamburger Hochschulen gesagt hat:

„Der von der Senatorin vorgelegte Entwurf ist aus meiner Sicht – da spreche ich durchaus auch für die anderen Präsidentinnen und Präsidenten der Hamburger Hochschulen – ein durchaus mutiger und zukunftsweisender Entwurf. Er zeichnet sich aus durch Reformwillen und durch die Bereitschaft, die Eigenverantwortung der Hochschulen zu stärken.“

(Dr. Roland Salchow CDU: Na, traumhaft!)

„Der Entwurf berücksichtigt gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Entwurf eine durchaus beachtliche Zahl von Vorschlägen sowohl der Hochschulen als auch der Landeshochschulkonferenz.“

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Danke, danke, danke!)

– Das ist eine ganze Menge und zeigt den demokratischen Gehalt des Gesetzgebungsverfahrens

(Dr. Roland Salchow CDU: Lüthge lobt sein eigenes Gesetz!)

und daß von allen Seiten noch während des Prozesses eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht wurden.

Als letztes möchte ich den stellvertretenden Generalsekretär der Hochschulkonferenz zitieren, der aus überregionaler Sicht gesagt hat, daß dieses Gesetz, wenn er es mit den anderen Novellierungen der Landesgesetze vergleiche, sicherlich im oberen Drittel liege.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Wie heißt der denn?)

B Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie nur einmal zum oberen Drittel gehören wollen, sollten Sie diesem Gesetz heute zustimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer etwas schwierig, nach meinem geschätzten Kollegen, Herrn de Lorent, das hochschulpolitische Rad neu zu erfinden. Ich will trotzdem versuchen, ein paar neue Gedanken in diese Debatte einzubringen.

Das neue Hochschulgesetz ist für Hamburg eins der zentralen Reformvorhaben der rotgrünen Regierungskoalition. Mit diesem neuen Hochschulgesetz machen Hamburgs Hochschulen einen deutlichen Sprung nach vorn; wie weit, hat Herr de Lorent schon gesagt.

Ich möchte aber beispielhaft noch mal einige wenige Punkte erwähnen. Hamburgs Hochschulen werden so selbständig wie noch nie. Sie entscheiden künftig selbständig über Studien- und Prüfungsordnung, sie können und müssen aber auch viele Probleme selber lösen. Das „Schwarze-Peter-Spiel“ Richtung Wissenschaftsbehörde hat so künftig aber keine Chance mehr.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Bei den Staatsprüfungen bleibt das „Schwarze-Peter-Spiel“!)

– Darum heißt es ja auch Staatsprüfungen, verehrter Herr Kollege Karpen.

(Jan Peter Riecken SPD: Das ist der schwarze Karpen!)

Zweitens: Es gibt künftig weniger Gremien an den Hochschulen, die dann aber klare Verantwortlichkeiten haben.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Das ist auch vernünftig!)

– Daß Sie neuerdings Anhänger dieser Verantwortlichkeit der Gremien und der klaren Strukturen sind, Herr Karpen, überrascht mich besonders.

Drittens: Die Rolle der Studierenden wird gestärkt. An der Evaluation der Lehre, der Bewertung der Lehre, müssen künftig auch die Studierenden immer beteiligt werden. Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt bei der Reform des Hochschulgesetzes.

Viertens: Entgegen ersten Befürchtungen werden die Hochschulen nicht zur Allmacht der Präsidentinnen und Präsidenten führen. Auch der Hochschulsenat wird ein eigenes Vorschlagsrecht für die Vizepräsidenten erhalten. In ersten Entwürfen hatte man fast noch den Verdacht, daß Hochschulpräsidenten künftig mehr Macht als der Senatspräsident haben sollten. So wird es nicht sein.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist auch in Ordnung!)

Es wird künftig ein Gleichgewicht der Kräfte an den Hochschulen geben, ohne daß Handlungsunfähigkeit zu befürchten ist.

Fünftens: In Hamburg werden künftig Studiengebühren an staatlichen Hochschulen verboten sein. Das gilt im übrigen nicht nur für das grundständige Studium, sondern auch für das Promotionsstudium. Eine so weit reichende Regelung gibt es in keinem anderen Bundesland.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Die wird auch nicht sehr lange halten!)

Sechstens: Die Internationalisierung der Hamburger Hochschulen wird konsequent fortgesetzt. Durch die vereinfachte Anrechnung anderswo erworbener Studienleistungen wird es für die Studierenden sehr viel leichter als bisher sein, einen Teil des Studiums im Ausland zu verbringen und diese Studienleistungen dann auch hier in Hamburg anerkannt zu bekommen. Das gilt natürlich entsprechend auch für ausländische Studierende, die nach Hamburg kommen und ihre Studienzeiten, die sie zuvor im Ausland absolviert haben, anerkannt bekommen möchten.

Siebtens: Die Frauenförderung hat ein noch stärkeres Gewicht bekommen als bisher. Gerade bei dem anstehenden Generationswechsel muß an den Hochschulen dann aber auch die Chance genutzt werden, den Frauenanteil an den Professuren auf ein überall vorzeigbares Maß zu erhöhen.

Achtens: Ombudsleute für Studierende werden künftig bei Beschwerden in Prüfungsfragen zuständig sein. Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt. Wir hatten hier bereits einmal die Debatte über Scheinprüfungen, die es am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gegeben hat.

Abschließend bleibt die Frage, warum die CDU dieses schöne Gesetz nachher vermutlich ablehnen will. Das Hamburger Hochschulgesetz ist die Anpassung an das Hochschulrahmengesetz, das übrigens noch unter der Kohl-Regierung in Bonn beschlossen wurde. Demnach müßte die CDU doch das Ganze unterstützen. Aber weit gefehlt. Die CDU hat in ihrem Änderungsantrag im Ausschuß begehrt, die Gültigkeit des Gesetzes auf das Ende des Jahres 2006 zu befristen. Verstanden habe ich das nicht, ehrlich gesagt. Auch wenn in Hamburg manchmal öfter gewählt wird, ist das Jahr 2006 dabei aus heutiger Sicht nicht zwingend. Bleibt also die Bundespolitik, dann

C

D

(Wolfgang Marx SPD)

A wird es ein wenig klarer, denn es wird im Jahr 2002 und dann wieder 2006 gewählt. Da die Union für 2002 keinen Kanzlerkandidaten findet, wird sie davon ausgehen, daß es 2006 die Möglichkeit gibt, in Berlin das Hochschulrahmengesetz abzuschaffen.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Sehr hoch aufgehängt, Herr Marx!)

Ich bitte Sie daher, dem Gesetzentwurf und den Änderungen des Wissenschafts- und Forschungsausschusses zuzustimmen.

Abschließend möchte ich aber noch auf einen Punkt hinweisen, den Ihnen Herr Salchow sicher gleich beleuchten will. Im Änderungsantrag der CDU wird erwähnt, daß Hochschulräte eingeführt werden sollen. Das, was die CDU dort vorschlägt, ist letztlich nichts anderes als Etikettenschwindel. Anderswo haben Hochschulräte die Funktionen, wie es künftig das Kuratorium beim UKE haben wird. Die Hochschulräte der CDU sind eben jene Hochschulbeiräte, die der Gesetzentwurf des Senats vorschlägt. Daher möchte ich auch in diesem Fall sagen: Stimmen Sie dem Bericht des Wissenschafts- und Forschungsausschusses zu. Springen Sie über Ihren Schatzen, Herr Salchow, und überzeugen Sie die CDU-Fraktion davon, daß dem gesamten Gesetz zugestimmt werden kann. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Professor Dr. Salchow.

B **Dr. Roland Salchow** CDU: Monsieur le President! Da die Loblieder auf die Wege des neuen Hochschulgesetzes bereits gesungen worden sind, im Tenor- und im Baßregister, werde ich mich auf die Punkte konzentrieren, deretwegen wir nicht zustimmen.

Im Grundsatz ist die Verstärkung der Autonomie der Hochschulen eine richtige Sache, da haben Sie recht, wir begrüßen es, denn eine ganze Reihe der Regelungen ist auch akzeptabel, daran gibt es keinen Zweifel.

Von unseren 16 Änderungsanträgen, zumeist entstanden aus der großen Anhörung zu diesem Gesetz, haben Sie jedoch 15 verworfen.

(Jan Peter Riecken SPD: Ja, weil sie schlecht waren!)

Deshalb können wir am Ende zu diesem Gesetz nur unser Nein geben.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Schadel!)

– Ach, wir werden uns alle in ein paar Monaten wieder sehen! Einige allerdings nicht, wie ich gelesen habe, Herr de Lorent. Es ist schade, ich werde es vermissen. Sorry, sehr traurig.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ist die Frage, für wen!)

Wenn wir Hochschulen aus der staatlichen Detailsteuerung herausnehmen, wird sofort die Debatte beginnen, wie weit man gehen kann. Immerhin werden die Hochschulen vom Staat finanziert, und da kann man beispielsweise das Parlament nicht ganz herauslassen, weil das Haushaltsrecht ein Recht der Legislative ist.

Das Gesetz ist also in dieser Frage nicht konsistent. Zwar wird Autonomie gewährt, aber wenn Sie in den Paragra-

phen 48 hineingucken, wird sie zum Teil gleich wieder zurückgeholt, weil sich dort der Senat das Recht gibt, alle Daten allein festzulegen, mit einer senatlichen Verordnung; alle Daten vom Studienvolumina über den Aufbau des Studiums bis zur Zahl der Prüfungsleistungen. Da sehen Sie, wie inkonsistent es ist, von mehr Autonomie zu reden, aber gleichzeitig bestimmt der Senat über alles. Das ist eins dieser typischen Dinge.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dr. Ulrich Karpen CDU: Das ist wie bei der Evokation!)

Das konterkariert die Autonomie. In Übereinstimmung mit den Hochschulen haben wir übrigens die Streichung dieses Paragraphen 48 beantragt, und Rotgrün hat das abgelehnt. Wenn Herr de Lorent eben gesagt hat, wir hätten keine wichtigen Anträge gestellt, haben wir hier doch mit Übereinstimmung der Hochschulen gefordert, den Paragraphen 48 zu streichen. Und Sie haben es verhindert, Herr de Lorent.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das kann er?)

Um dabei zu bleiben, was das Verhältnis zum Staat betrifft, wollen wir wie Rotgrün – da stimmen wir im Grundsatz wieder zu – eine Regelung in Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Wir haben bei deren Ausarbeitung aber beantragt, Staat und Hochschulen ins Boot zu ziehen; das ist anders. Wir haben in der Anhörung allesamt Klagen gehört und wollen daher den Staat und die Hochschulen daran beteiligen.

Wir haben ferner beantragt, festzulegen, was genau Gegenstand dieser Ziel- und Leistungsvereinbarungen sein sollte. Sie müssen eine gewisse Präzision haben, und dazu müssen gewisse Dinge geregelt werden. Das haben wir konkret hineingeschrieben, während Sie es nicht drin haben.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Müssen Sie mal lesen!)

Wir wollen die Vereinbarung zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Bürgerschaft haben, weil es immerhin darum geht, einen beachtlichen Batzen Geld – und wir haben das Etatrecht – an diese Hochschulen zu geben. Wir möchten gern – damit das Parlament nicht gänzlich außen vor steht – wenigstens die Vorlage der Ziel- und Leistungsvereinbarungen haben.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das kriegen wir ja auch!)

Dieses ist in meinen Augen auch ein demokratischer Punkt, und Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt.

Es geht um mehr Autonomie. Das bedeutet Stärkung der Selbststeuerung in einer Hochschule. Das ist richtig. Dort muß es Effizienz und Entscheidungskompetenzen geben, damit wir kein Vakuum an Entscheidungen haben.

Wenn wir aber auf die unmittelbare Steuerung durch die Exekutive verzichten, dann muß natürlich irgendwo ein Controlling installiert werden. Wo wird es nun installiert? Ich meine jetzt das Controlling innerhalb der Hochschule. Das verlangt eine konsequente Trennung der Leitungs- und Kontrollfunktionen in der Hochschule.

(Jan Peter Riecken SPD: Controlling ist auch mehr als das!)

Dies liefert aber das Gesetz nicht. Wenn Sie sich den Paragraph 86 angucken, sehen Sie, daß die Präsidentin oder der Präsident einer Hochschule den Vorsitz genau in den

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A Gremien führt, die die Kontrolle auszuführen haben. Das ist doch nicht Kontrolle, und es ist auch nicht demokratisch. Das ist einfach weggebügelt worden.

Hochschulsenat und Großer Senat haben als Vorsitz den Präsidenten, sollen aber prüfen, wie das Ganze läuft. Darum haben wir beantragt, den Präsidentinnen oder Präsidenten nicht den Vorsitz in diesen Gremien zu geben. Und was haben die Superdemokraten von Rotgrün getan? Sie haben es wieder abgelehnt.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! – Gegenruf von Dr. Martin Schmidt GAL: Abwarten, Herr Karpen!)

– Genau, Herr Schmidt, einer Ihrer letzten Zwischenrufe, muß ins Protokoll; bei euch ist ja ganz schön Aderlaß, das weiß ich.

Bedenken Sie, die Präsidentinnen und Präsidenten erhalten Richtlinienkompetenz; ein hehres Wort. Man kann die Vizepräsidenten vorschlagen, man leitet – man sollte ich jetzt nicht sagen –, Mensch leitet den Hochschulsenat und den Großen Senat. Da besteht in der Tat ein klarer Druck für die Präsidentschaft. Jeder gremienerfahrene Mensch hier bei uns – sind wir doch, nicht? – weiß, welche Macht die Vorsitzführung in einem Gremium hat. Darum haben wir beantragt, den Präsidenten die Vorsitzführung wegzunehmen. Aber dieses demokratische Gedankengut haben Sie offenbar nicht.

Sie haben gesagt, die Präsidenten waren alle dafür, wie Herr Lühje; das ist vollkommen klar, er ist immer dafür, was hier so passiert. Die Präsidentinnen und Präsidenten Hamburgs haben über dieses Gesetz ihr „Glück“ gezeigt, das ist klar, weil es sie so stärkt, daß sie alles machen können, was sie wollen. Darüber freuen sie sich natürlich.

- B (Beifall bei der CDU – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ja! – Jan Peter Riecken SPD: Das ist doch Quatsch!)

Das ist keine Kunst.

Ganz anders und lang wurden die Gesichter bei denen, die nicht in der Präsidialebene der Hochschule sind. Erinnern Sie sich doch mal an die Anhörung, die wir mit Vertretern aus den Fachbereichen hatten. Deren Gesichter wurden lang, denn sie leisten die eigentliche Kernaufgabe der Universität.

(Anja Hajduk GAL: Kommt drauf an, was die wollen!)

Man muß es sich einmal vorstellen. Die Kernaufgabe der Universität ist Forschung und Lehre. Diese Leute, die das konkret leisten – das tut ja nicht das Präsidium! –, kamen noch nicht einmal im Gesetz vor. Erst auf mühseliges Drängen hat man es im Gesetz erstmals benannt. Ich finde, man muß diejenigen, die wirklich die Arbeit an den Hochschulen leisten, auch im Gesetz erwähnen und ihre Rechte stärken. Das finde ich demokratisch.

(Beifall bei der CDU)

– Ihr habt die 68er Gedanken alle vergessen, seit ihr an der Regierung seid.

Wir haben also beantragt, daß die Aufgaben im allgemeinen in den dezentralen Selbstverwaltungseinheiten wahrzunehmen sind und nur wenn notwendig auf die zentralen oder fachübergreifenden Ebenen gegeben werden. Das haben die Grünen früher auch gesagt, aber sie haben das alles vergessen, seit sie regieren. Subsidiarität nennt man

das auf Hochdeutsch. Wir haben das beantragt, Sie haben es abgelehnt. C

Weiterer Punkt: Da gibt es bei Teilen Hamburger Hochschulen Sorgen um die Qualität. Daher haben wir beantragt, die Qualität der Arbeit in Forschung und Lehre, die Qualität zur Förderung des Nachwuchses und zur Erfüllung des Gleichstellungsauftrages zu checken, und zwar systematisch und regelmäßig zu evaluieren. Dazu haben wir gesagt, daß die Hochschulen das Verfahren selbst festlegen können. Selbst diese softe Formulierung hat Rotgrün abgelehnt, und das in einer Zeit, wo Wettbewerb zwischen den Hochschulen einzieht.

Sie erinnern sich an die Serie von Rankings, die wir in den letzten Monaten gehabt haben, bei denen die Hamburger Hochschulen zum Teil nicht gut ausgesehen haben. Sie wollen nicht das, was wir hineingeschrieben haben, eine systematische und regelmäßige Bewertung der Leistung. Das finde ich schwach.

Wir wollen einen echten Hochschulrat – Herr de Lorent oder war es Herr Marx, der das eben falsch gesehen hat –

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Marx hat das gesagt!)

mit Persönlichkeiten aus der beruflichen Praxis, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst etablieren. Diesem Hochschulrat – und das ist der Unterschied zwischen unseren und Ihren Vorstellungen – sind dann die Ergebnisse der Evaluierung vorzulegen, mit denen er etwas machen soll.

Dieser Hochschulrat muß Stellung beziehen zu den Berichten der Präsidentinnen und Präsidenten, zu den Forschungsberichten und zum Budgetplan. Und was haben Sie gemacht? Sie haben es abgelehnt.

Wir haben dann wie die SPD in Niedersachsen, Ihr Minister Oppermann, gewünscht, daß den Hochschulen Intensivstudiengänge für diejenigen ermöglicht werden, die leistungsfähig sind und schneller durch die Hochschule wollen, als es Standard ist und es die Regelstudienzeit vorgibt. Sie haben dieses abgelehnt. Wir haben umgekehrt gebeten, Langzeitstudenten, die schon über zwei Jahre über die Regelstudienzeit hinaus sind, nicht mehr gebührenfrei zu stellen. Wir haben gesagt, die Hochschulen könnten allein entscheiden, wieviel. Selbst das haben Sie abgelehnt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Gesetz eine Menge richtiger Schritte gemacht hat, die wir begrüßen. Es gibt aber eine ganze Menge Punkte, bei denen wir eine Korrektur für nötig halten, unabhängig von Ideologien. Ich habe ja keine rechts- oder linksradikalen Ideologien genannt, sondern Dinge, die eigentlich in einem gesunden Menschenverstand vorhanden sind.

Ich möchte zum Schluß noch auf zwei Punkte hinweisen. Erstens: Der Senat möge nicht sagen, daß mit diesem Gesetz die Misere der Hamburger Hochschulen gelöst wird. Die Misere besteht sehr heftig im finanziellen Bereich. Dieses Gesetz gibt überhaupt keine Garantie dafür – den rotgrünen Senat wird es nach September ja nicht mehr geben –,

(Jan Peter Riecken SPD: Wunschträumer!)

daß die Finanzierung der Hamburger Hochschulen endlich dahin kommt, wo sie hin muß. Wir hatten die Vergleiche der Ausstattung der Hochschulen, und da lagen die von Ihnen geförderten Hochschulen in Hamburg eindeutig unter dem, was die anderen norddeutschen Hochschulen hatten;

(Dr. Roland Salchow CDU)

A (Dr. Ulrich Karpen CDU: 50 und drunter!)

von den süddeutschen gar nicht zu sprechen.

Dieses Gesetz beinhaltet zwar eine Menge an Regelungen, aber es gibt keine finanziellen Sicherheiten.

Und zweitens: Warum wir das Gesetz bis 2006 befristen wollen. Herr Marx, wir haben das Jahr 2006 bewußt nicht hineingeschrieben, weil es ein Wahltermin ist und wir an dieser Stelle nicht politisch argumentieren wollten. Wir wollten den Erneuerungsdruck manifest in das Gesetz hineinschreiben, damit es nicht wieder Jahrtausende dauert, bis die Erneuerung einer solchen Gesetzesmethodik passiert. Wir möchten schon jetzt gern den Druck mit hineingeben, damit sich der Gesetzgeber in absehbarer Zeit – wir haben mal 2006 gesagt – wieder darum kümmert, das Gesetz zu aktualisieren und zu modernisieren, denn Modernisierung ist etwas, das in der Hochschulpolitik in Hamburg not tut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bekannt, auch wir werden der Novelle nicht zustimmen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das überrascht mich!)

Unsere Kritik deckt sich dabei mit den verschiedenen Sachverständigen. Leider muß festgestellt werden, daß entsprechende Anregungen und Hinweise dieser Sachverständigen schlichtweg ausgeblendet wurden, um ein modernistisches mainstreamgemäßes Gesetz für ein Dienstleistungsunternehmen – also nicht etwa für eine Bildungseinrichtung – vorlegen zu können.

B

(Jan Peter Riecken SPD: Bildungseinrichtungen können auch Dienstleister sein!)

Das angeblich beteiligungsorientiert ausgerichtete Verfahren zur Erstellung dieser Novelle mit seinen ach so tollen Diskussionsforen und Workshops war an sich von Anfang an eine Farce; das hat man sich schon gedacht. Aber man sieht es jetzt sehr deutlich bei der Eindimensionalität des Ergebnisses.

Ich möchte ein paar grundsätzliche Dinge sagen. Rotgrün rühmt sich mit dieser Novelle, weil sie angeblich insbesondere auch Verbesserungen für Studierende beinhaltet. Das wäre wirklich schön, aber es ist leider nicht der Fall. Verbesserungen für die Studierenden sind dagegen Mangelware, eher findet man sehr viele Verschlechterungen. Diese kann ich jetzt nicht alle aufzählen

(Jan Peter Riecken SPD: Dann nehmen Sie die Verbesserungen!)

und verweise daher auf unseren Antrag.

Zu zwei Punkten möchte ich aber noch kurz etwas sagen. Erstens: Die unsinnige Zwangsberatung hätte endlich abgeschafft werden müssen,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Jan Peter Riecken SPD: Das ist doch Quatsch!)

da sie, Herr Riecken, umfangreiche Beratungskapazitäten bindet, die für Studierende, die eine Beratung wünschen, und die zu einem sinnvollen Zeitpunkt stattfinden kann, fehlen. Das ist eine Verschlechterung für die Studierenden.

Zweitens: In diesem Gesetz hätte – das ist unser ewiges Thema – ein eindeutiges Studiengebührenverbot formuliert werden müssen.

C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Jan Peter Riecken SPD: Nicht so selbstgerecht!)

Das ist auch nicht der Fall, sondern das Gegenteil, denn sie werden für Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge, aber auch für die Nutzung zentraler Einrichtungen der Hochschulen – zum Beispiel für die Bibliotheken – ermöglicht.

Die Belange der Studierenden werden natürlich auch durch den Abbau von Entscheidungsbefugnissen beschnitten. Hier geht es um mehr als um die Studierenden. Im Zuge der verstärkten Autonomie, die nicht nur schlecht ist, und der immer weiter schwindenden Einflußmöglichkeiten von Bürgerschaft und Behörden, hätte die innere Verfaßtheit der Hochschulen deutlich demokratisiert werden müssen, weil die Entscheidung über die Entwicklungen der Hochschulen durchaus demokratischer Legitimation bedarf.

Doch statt die Mitbestimmungsrechte auszuweiten, findet in diesem Gesetz eine radikale Hierarchisierung der Hochschulen statt. Man könnte fast sagen: Alle Macht dem Präsidenten und dem Kanzler. Das Präsidium wird künftig in weiten Bereichen fast völlig autonom Entscheidungen treffen können. In den verbleibenden Gremien wird die professorale Mehrheit nicht angetastet. Einzig im Großen Senat gibt es eine drittelparitätische Besetzung, der wiederum fast überall auf das Vorschlagsrecht anderer angewiesen ist. Insofern ist er nichts anderes als ein demokratisches Feigenblatt. Für die innere Organisation unterhalb der zentralen Ebene – ehemalige Fachbereiche – fehlen eigentlich jegliche Rahmenbestimmungen. Es ist noch nicht einmal geregelt, daß diese Körperschaftlich organisiert sein müssen. Es ist durchaus möglich, daß Studierende und Beschäftigte auf dieser Fachbereichsebene in Zukunft überhaupt nicht mehr mitsprechen können.

D

Den letzten Punkt, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen, führe ich nicht mehr aus. Daß das Parlament hier keinen Mitgestaltungsraum haben soll, Herr de Lorent und Herr Marx,

(Jan Peter Riecken SPD: Haushaltsausschuß!)

ist mir nach wie vor völlig schleierhaft. Das ist tatsächlich völlig inakzeptabel; da muß ich Herrn Salchow recht geben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das ist eine sehr sportliche Leistung, meine Damen und Herren! Das Wort bekommt Senatorin Sager.

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst bei den Fraktionen bedanken, bei allen Fraktionen, aber vor allem natürlich auch bei den Regierungsfractionen, für die zügige und konstruktive Beratung des Gesetzes in den Ausschüssen. Besonders darf ich mich beim Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses, Herrn Marx, bedanken.

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Na, das fällt ihr ja früh ein!)

Wir können uns mit diesem Gesetz in der Tat bundesweit sehr gut sehen lassen, und ich finde, auch durch die Klein-

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A teiligkeit der Kritik bestätigt – wie sie von der CDU gerade geäußert wurde –, daß das ein sehr gutes Gesetz ist.

Welches die Eck- und Kernpunkte des Gesetzes sind, hat der Kollege de Lorent in seiner sachverständigen Art bereits vorgetragen, und ich habe wieder festgestellt, daß er mir in der nächsten Legislatur fehlen wird.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Herr Salchow wird Ihnen auch fehlen, weil Sie nicht mehr da sind!)

– Ich bin auf jeden Fall noch da, warten Sie es ab.

Was in diesem Gesetz sehr gut gelungen ist, ist gerade die Balance zwischen Autonomie, mehr Selbstbestimmung, effektive Leitungsstrukturen, gleichzeitig aber auch Kontrollmechanismen zu bewahren und mehr Demokratie durchzusetzen. In der Tat werden die Hamburger Hochschulen bezüglich ihrer Binnenstruktur mehr Selbstentscheidungsmöglichkeiten haben als jede andere Hochschule in irgendeinem anderen Bundesland. Das ist in der Tat ein großer Schritt voran.

Zur Kritik des REGENBOGEN muß ich feststellen, wenn Sie sagen, das Beteiligungsverfahren und die Anhörung sei alles nur eine Farce, dann ist das offensichtlich das Herumgejaule darüber, daß Sie selber haben feststellen müssen, daß Sie bei denjenigen, die von Hochschulpolitik wirklich etwas verstehen, keine Schnitte sehen, weil Sie mit Ihrer Strukturpolitik völlig hinter dem Mond leben. Das muß man einfach einmal feststellen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Zurufe von REGENBOGEN – für eine neue Linke)

B Sie haben noch nicht einmal festgestellt, daß es in der Tat sehr, sehr weitgehend ist, daß in diesem Gesetz die Gebührenfreiheit des Studiums bis zum ersten Staatsexamen, bis zum Diplom, bis zum Magister und bis zum Master im Bundesvergleich eine sehr, sehr weitreichende Regelung ist. Es ist ja ganz schön, daß Sie sich wenigstens in dieser Frage einmal nicht ganz so innig in den Armen mit der CDU liegen, wie das sonst der Fall ist.

Ich will aber zur CDU noch sagen, daß die Regelung mit den Langzeitstudenten in bezug auf die Verkürzung des Studiums in Wirklichkeit nicht soviel bringt wie eine Studienreform und eine Studienstrukturreform. Sie hat aber den Nebeneffekt – und das hat sich auch in Baden-Württemberg gezeigt –, daß sie Studenten abschreckt. Es ist auch kein Zufall, daß Baden-Württemberg seine Abiturienten lieber in andere Länder exportiert, als sie selber auszubilden. Hamburg ist ein Studierendenimportland, und wir wissen, daß die Studierneigung bei den jungen Leuten zurückgeht und daß wir ab 2008 weniger Studenten haben werden. Wir wissen aber, daß wir in Wirklichkeit, wenn wir uns mit anderen OECD-Ländern messen, mehr Studierende und mehr Studierwilligkeit brauchen.

(Ole von Beust CDU: Das stimmt!)

Ich will noch zu dem Thema Verhältnis, Leitungen und Demokratie etwas sagen. Wenn wir den Hochschulen mehr Selbstbestimmung geben, wenn wir ihnen mehr Autonomie geben und damit auch mehr Möglichkeit geben, ihre eigenen Profile zu stärken, dann müssen wir aber auch die Hochschulleitungen stärken. Gerade der REGENBOGEN müßte das auch einsehen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ach!)

Wenn wir den Hochschulen mehr Autonomie geben, ohne die Leitung zu stärken, dann riskieren wir den Rückfall in

die alte Ordinarienherrlichkeit, und gerade das wäre nicht im Sinne der Studierenden und auch nicht im Sinne der Kontrolle und der Demokratie.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ulrich Karpen CDU: Aber so schlecht war die Hochschule auch nicht, Frau Sager!)

Wir haben hier gerade ein sehr ausgewogenes Verhältnis geschaffen. Schauen Sie sich wirklich einmal die Hochschulgesetze anderer Bundesländer an. Dort ist zum Beispiel der Hochschulsenat sehr oft auf ein reines Debattiergremium reduziert, auf ein Gremium, das nur noch Diskutier- und Informationsrechte hat, aber keine Kontrollrechte und keine Entscheidungsrechte mehr bei wichtigen Strukturfragen und Fragen grundsätzlicher Entwicklungen. Das ist hier wirklich anders.

Herr Salchow, der Hochschulpräsident leitet zwar die Sitzungen des Hochschulsenats – das ist auch in anderen Bundesländern so –, aber der Hochschulpräsident ist nicht Mitglied, er ist nicht stimmberechtigt, und das ist entscheidend für die Trennung zwischen Leitungs- und Kontrollfunktionen. Es ist auch nicht so, daß die Selbstverwaltungseinheiten geschwächt werden. Im Gegenteil. In ihnen nimmt die Hochschule ihre Aufgaben in Forschung und Lehre wahr. Aber wir wollten auch den Hochschulen die Möglichkeit geben, unterschiedliche Wege zu gehen. Wir haben heute schon in Hamburg zwei Hochschulen, die keine Fachbereichsstruktur haben. Die Technische Universität hat eine Matrikstruktur, und die Hochschule für Wirtschaft und Politik hat ebenfalls eine andere Struktur. Deswegen sind wir nicht den Weg gegangen, daß wir Fachbereichsstrukturen festgeschrieben haben, sondern von Selbstverwaltungseinheiten gesprochen haben.

D Eine kleine Hochschule, wie die Hochschule für Musik und Theater, sollte durchaus die Möglichkeit haben zu entscheiden, ob sie unter der Ebene des Hochschulsenats noch eine andere Ebene braucht, und die Freiheit wollten wir ihr geben. Dadurch, daß der Große Senat geschaffen wurde, mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulmitglieder, und dieser Große Senat in der Grundordnung die Strukturen der Hochschule fixiert, ist auch sichergestellt, daß es die Mitglieder der Hochschule sein werden, die entscheiden, ob sie eine Fachbereichsstruktur wollen oder nicht. Es gibt doch gar keinen Grund anzunehmen, wenn die Mitglieder einer Hochschule wirklich die Fachbereichsstruktur mit allen ihren Kompetenzen und Gremien wollen, daß sie dann nicht in der Lage sein sollen, das auch in einer Grundordnung, die sie selber machen, zu fixieren.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Das ist aber nicht der Nabel der Welt!)

Ein letztes Wort zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen sind ein originäres Steuerungsinstrument der Exekutive, weil sie gerade die Detailsteuerungen ablösen sollen. Die Detailsteuerungen der staatlichen Seite sind stark eingeschränkt und reduzieren sich darauf, daß die Fachaufsicht nur noch in bestimmten Fällen ausgeübt werden soll und nach Anhörung der Hochschulen. Wenn aber das neue Steuerungsinstrument jetzt die Ziel- und Leistungsvereinbarungen sind, dann ist es auch richtig, daß es eine Vereinbarung zwischen der Hochschule mit Zustimmung des Hochschulsenats und der Wissenschaftsbehörde ist. Das Parlament wird hier aber keinesfalls in seinen Rechten beschnitten, weil Sie immer noch das volle Etatrecht haben – Sie ent-

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager)

A scheiden letztlich über die Wirtschaftspläne der Hochschulen. Sie erhalten auch die zentralen Informationen über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen – die ja auch veröffentlicht werden – mit den einzelnen Hochschulen in den Produktinformationen zum Haushaltsplan. Das heißt, Sie werden umfassend informiert und haben im Haushaltsverfahren Ihr volles parlamentarisches Recht gewahrt.

Meine Damen und Herren! In der Tat ist dieses ein sehr modernes Hochschulgesetz. Das ist hier – durchaus zu Recht – festgestellt worden. Es ist auch von externen Experten festgestellt worden. Damit sind die Hochschulen für die Zukunft gut gerüstet. Wir werden die Hochschulen auch weiterhin auf ihrem Weg in die Zukunft konstruktiv begleiten. Das gilt selbstverständlich auch für ihre finanzielle Ausstattung. Wir haben mit diesem Hochschulgesetz, jedenfalls für die nächste Legislatur, die Rahmenbedingungen gesetzt. Ich finde es sehr beruhigend, daß auch die CDU nicht darüber nachdenkt, schon in der nächsten Legislatur gesetzgeberisch tätig sein zu wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag, Drucksache 16/6389: Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke. Die CDU-Fraktion hat beantragt, die Abstimmung in zwei Blöcken vorzunehmen, und zwar zunächst:

Wer möchte den Ziffern 1, 14, 17 und 33 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich abgelehnt.

Wer nimmt die übrigen Ziffern an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

B

Wir kommen zum Ausschlußbericht.

Wer stimmt Ziffer 1 der Ausschlußempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer stimmt Ziffer 2 der Ausschlußempfehlung hinsichtlich Ziffer 11 des CDU-Petitums zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist sogar einstimmig angenommen.

Wer nimmt im übrigen Ziffer 2 der Ausschlußempfehlung an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

(*Dr. Holger Christier SPD: Ziffer 2 der Ausschlußempfehlung?*)

– Ja. – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3 der Ausschlußempfehlung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte die Änderung in Ziffer 4 der Ausschlußempfehlung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte nun das Gesetz zur Neuordnung des Hochschulrechts mit den gerade beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreter geben ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. C

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das Gesetz auch in zweiter Lesung mehrheitlich und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 89 auf, Drucksache 16/6351: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum Klimaschutz in Hamburg.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Klimaschutz in Hamburg – Drucksache 16/6351 –]

Wird das Wort dazu begehrt? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Uhl bekommt es.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt 20.40 Uhr, und es ist heute abend der erste Blick über Hamburgs Grenzen. Die Städte, die in dem Zusammenhang eine aktuelle Rolle spielen, sind Kyoto, Washington, Berlin und auch Hamburg. Können wir mal ein bißchen mehr Aufmerksamkeit bringen? Ich finde, Sie könnten mich einmal unterstützen.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder ich unterstütze Sie, oder Sie fesseln mit dem Wort.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Susanne Uhl (fortfahrend): Okay, es hat auf jeden Fall gewirkt, obwohl ich es leider nicht verstanden habe. D

Was haben also diese vier Städte miteinander zu tun? Während Berlins Schröder erobert tut über Washingtons Bush, weil der die Klimavereinbarung von Kyoto nicht unterschreibt, erreicht Hamburgs Porschke noch nicht einmal 5 Prozent des in Berlin von Schröder formulierten Klimaziels. Das ist eine dramatische Pleite.

(Beifall bei *Dr. Andrea Hilgers SPD: Kompliziert, Wahnsinn!*)

– Danke, Frau Hilgers. Ich finde, es könnte alles ganz anders sein. Innerhalb kurzer Zeit könnte Hamburg rund 525 000 Tonnen weniger klimakillendes Kohlendioxid in die Luft blasen und damit das Klimaziel erreichen, und Hamburg könnte mindestens 6500 Arbeitsplätze im Baugewerbe schaffen. Aber nicht nur das.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es wäre ganz hilfreich, wenn Sie der Rede etwas ruhiger Ihre Aufmerksamkeit widmen würden.

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Für wen hilfreich? – Gegenruf von Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Für dich, Schmidt, du lernst etwas!*)

Herr Abgeordneter Schmidt, Sie haben Äußerungen des Präsidiums nicht zu kommentieren. Ich müßte Sie sonst zur Ordnung rufen.

Susanne Uhl (fortfahrend): O ja. Ich finde, ein bißchen Ordnung täte Schmidt nicht schlecht.

(Zurufe von der GAL)

(Vizepräsident Berndt Röder:)

- A – Ich darf das kommentieren. Ich habe die Redezeit.
Preisgünstiger öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV-Linienverbesserungen, Sofortprogramm für einen besseren Busverkehr, Velorouten-Beschleunigungs-Programm, weniger Verkehrslärm, eine Verzehnfachung von Mitteln für Maßnahmen zur Energiesparung an Wohngebäuden, Förderprogramm Solar- und Windenergie, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, alles das und noch viel mehr können Sie heute abend bekommen und brauchen dafür nur den Finger zu heben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –
Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben wir doch schon!)

Sie können heute abend nicht nur die notwendigen Maßnahmen des Klimaschutzes bekommen, sondern Sie bekommen auch die Finanzierung mitgeliefert, nämlich durch die Erhebung einer Zweitautosteuer, die wir heute abend vorschlagen und die sich natürlich auch auf Dritt-, Viert- und auch auf Dienstwagen erstreckt. Das Prinzip dieser Autosteuer ist ganz einfach. 61 000 Haushalte haben nach der Stichprobe 1998 einen Zweitwagen. 6000 Haushalte haben sogar mehrere Autos.

(*Barbara Ahrons CDU: Schön!*)

Wenn man denkt, pro Auto 400 DM im Jahr zu erheben, was sich an der Grundfläche bemißt, bekommt man dafür rund 28 Millionen DM. Mit diesen 28 Millionen DM kann man wiederum ein Investitionsprogramm im Umfang von 350 Millionen DM finanzieren. Was für die Autofahrer somit ein ganz kleiner Betrag ist, könnte zu einem großen Schritt für Hamburger Arbeitsplätze und für den Klimaschutz werden. Ich finde, dazu dürfen Sie nicht nein sagen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Vogel.

Renate Vogel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Solch ein verheißungsvoller Titel dieses REGENBOGEN-Antrags. Eigentlich hätte es besser noch heißen müssen: Mehr Klimaschutz in Hamburg. Wahrscheinlich ist er des Titels wegen bei den Umweltpolitikern gelandet. Dann folgt ein bunter Strauß unter Nummer I und II, all der wunderschönen Sachen, die damit finanziert werden können, und es sind sicherlich auch einige wünschenswerte Programme zur CO₂-Reduzierung dabei. Ein bißchen fehlt die konkrete CO₂-Einsparung, die man dagegenrechnen könnte, aber das hat die „Mopo“ heute nachgeliefert. Dann kommt der Finanzierungsvorschlag, die Zweit-, Dritt-, Viert- und Mehr-Autosteuer-Erhebung. Ziemlich dubios. Ich halte sie für unsozial, weil es mit ihr keine sozial gerechte Erhebungsgrundlage gibt.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ist ja ganz was Neues!*)

Nach unserer Auffassung ist sie steuerrechtlich nicht zulässig, weil der Tatbestand, ein Auto zu halten, nicht doppelt besteuert werden darf. Außerdem, denke ich, gibt es verfassungsrechtliche Bedenken, weil sich die von Ihnen vorgeschlagene Erhebung eben doch an Haushalte und nicht, wie vordergründig argumentiert, an die persönliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ausgewählter Hamburger Bürgerinnen und Bürger knüpft. Siehe im Text der kleine Nachsatz „in einem Haushalt“.

Wirtschaftlich halten wir es für unsinnig, in einer Phase der Steuerentlastung eine neue Steuer einzuführen, eine

Steuer für Besserverdiener. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. Ich denke, daß Sie aus umweltpolitischer Sicht sich selber und dem Klimaschutz dazu einen Bärendienst erwiesen haben. – Danke.

(Beifall bei der SPD – *Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Was?*)

Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Engels.

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(*Werner Dobritz SPD: Auch nur zwei Minuten!*)

– Ich werde es probieren.

Als überzeugter Anhänger der Christlich-Demokratischen Union hätte ich mir natürlich gewünscht und freue mich auch immer darüber, daß wir eine Gruppe haben – REGENBOGEN genannt –, die kräftig in den Arealen der GAL wuchert, allerdings – versteht sich – unterhalb der 5-Prozent-Marke. Aber mit solch einem entsetzlichen, unseriösen und genauso auch unseriös und kasperisch vorgetragenen Antrag ist das nun wirklich nicht zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das geht schon mal damit los, daß Sie eine neue Steuer erfinden. 28 Millionen DM soll die bringen. Die soll dann in ein Investitionsprogramm von 350 Millionen DM um-/hochgerechnet werden.

Nun habe ich mir einmal die Mühe gemacht und ausgerechnet, wie groß die Summe Ihrer Forderungen ist. Die ist bloß 275 Millionen DM. Sie hatten 350 Millionen DM gesagt, Frau Uhl. Ich weiß natürlich, wie die Lücke zustande kommt. Sie haben zahlreiche Maßnahmen, insbesondere im verkehrspolitischen Bereich, nicht weiter beziffert, weil das nämlich laufende Maßnahmen sind, Betriebsausgaben, Personalausgaben und Subventionen. Mit anderen Worten: Sie haben schon im Ansatz absolut unseriös gerechnet.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Sie haben es nicht verstanden!*)

Nun kommen wir zu der unseriösen Steuer, die Sie dafür verwenden wollen. Sie wollen jetzt eine Zweitwagensteuer einführen, und die begründen Sie, weil eine ähnliche Steuer auf Bundesebene nicht erhoben werden darf, mit dem Flächenbedarf eines Autos im ruhenden Verkehr. Steuerlich abgedeckt ist sozusagen schon der fließende Verkehr und auch der damit verbundene CO₂-Ausstoß et cetera. Sie gehen also auf den ruhenden Verkehr ein.

Nun ist natürlich die Frage, wo die nach Ihrer Meinung „höhere finanzielle Leistungsfähigkeit“ – das ist ja auch ein allgemeiner Steuergrundsatz – anfängt. Nun haben aber diese Leute meistens Privatgrundstücke, wo sie ihr Auto stehen haben. Da kann ich Ihnen gleich eine Anregung geben, wie Sie noch weitere Steuern erzielen können. Zum Beispiel, wenn jemand eine zu große Terrasse baut, also eine Zusatzquadratmetersteuer für große Terrassen oder dergleichen.

(*Renate Vogel SPD: Zweite Terrasse!*)

Eines ist klar, Frau Uhl, mit fahrenden Autos ist da nichts zu machen, denn eine Person kann nicht gleichzeitig mit zwei Autos fahren und dabei CO₂ in die Luft stoßen, um einmal den Bezug zum Klima hinzukriegen. Mit anderen

C

D

(Renate Vogel SPD)

- A Worten: Sie führen hier eigentlich wieder einmal nur eine Neidsteuer ein, die recht albern ist.

Um auch noch einmal auf den Punkt, den Frau Vogel schon genannt hat, einzugehen, Sie wollen also jetzt nach Haushalten gehen. Alle Leute, die so blöd sind, in einem Haushalt mit mehr Personen zu leben, werden von Ihnen anders besteuert als Leute, die einzeln leben. Wie geht das eigentlich bei den von Ihnen so bevorzugten Gemeinschaften und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften? Wie soll das da eigentlich gemacht werden? Sie wollen also zu dem Normalhaushalt greifen. Dort wollen Sie das Zweitauto der Frau extra besteuern. Nein, meine Damen und Herren, dies ist alles absolut unausgegoren, unseriös und verdient eine klare und deutliche Absage. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Bühler.

Axel Bühler GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden den Antrag mehr aus formalen Gründen ablehnen. Zum einen ist die Autosteuer natürlich ein völlig verrückter Ansatz. Zum zweiten finden wir aber, daß der Antrag wiederum so viele interessante Vorschläge enthält, daß man sich länger über ihn unterhalten müßte. Da wir das in dieser Legislaturperiode nicht mehr machen können, wird auch das kein Grund sein, ihn jetzt an irgendeinen Ausschuß zu überweisen, der nicht lange darüber tagt.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Aber Dienstag tagt doch der Umweltausschuß!)

- B Insofern schlage ich vor, daß wir diesen Antrag prüfen, die guten Punkte ins Töpfchen, die schlechten Punkte ins Kröpfchen packen und vielleicht einiges in Koalitionsverhandlungen mitnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann versuchen wir das jetzt einmal ganz seriös. Frau Vogel, es ist natürlich etwas komisch, daß ausgerechnet eine Sozialdemokratin im Zusammenhang mit Steuerpolitik auf Soziales verweist.

(Renate Vogel SPD: Ja!)

Ich glaube, das ist der einzige Begriff, den die Steuerpolitik der Bundesregierung absolut nicht mehr verdient.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Deswegen ist es ein großes Stück, bei dem es nicht um Gerechtigkeit, sondern um ein ökologisches Steuerungsmittel geht, um nicht mehr und nicht weniger. An der vorgeschlagenen Autosteuer wird sich mit Sicherheit nicht die Frage von sozialer Gerechtigkeit stellen oder beantworten. Die Anforderung nach Sozialpolitik müssen Sie ganz dringend wieder mit nach Berlin nehmen, und da wäre Ihr Text richtig aufgehoben gewesen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Noch einmal zu dieser Steuer. Jetzt habe ich leider mein Grundgesetz dort oben liegen lassen, aber ich kann es Ihnen auch so sagen. In Artikel 106 Absatz 6 Grundgesetz

steht, daß Kommunen berechtigt sind, örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern zu erheben, sofern sie nicht gleichartig sind.

Damit ist zur Steuertechnik quasi alles gesagt. Ich könnte jetzt seitenweise ausführen, weil ich leider ein Faible für steuertechnische Details habe. Das mag meine Gruppe aber nicht so gerne hören, weil es die Redezeit schmälert.

Nun zur Plausibilität. Der Autoverkehr wird in diesem Land derartig hoch subventioniert, daß man sich insbesondere im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr und was auch dort subventioniert wird, etwas zurückholen kann, zumal es um sehr sinnvolle Maßnahmen geht, wie man auch heute wieder seitenweise in der „Süddeutschen Zeitung“ lesen konnte, nämlich, wenn es darum geht, diesen dramatischen Klimakiller zu reduzieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dafür brauchen wir eine Finanzierung, und diese Finanzierung hat ursächlich etwas mit dem Problem zu tun, da wir alle wissen, daß Verkehr der größte Klimakiller in diesem Land ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dose.

Michael Dose SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte den Antrag der REGENBOGEN-Gruppe für frauenfeindlich, für familienfeindlich.

(Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Sind Sie der Auffassung, daß sich die Emanzipation über den Zweitwagen definiert?)

Wir kennen doch die Vorlieben unserer Herren der Schöpfung, was das Auto angeht. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß in einer Familie der Vater dann sein Auto abmeldet und das Auto der Frau in der Familie bleibt. Das wird nicht passieren.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir werden wieder dazu kommen, daß die Ehefrau auf dem Beifahrersitz mitfährt und gelegentlich einmal in die Karte gucken darf. Das wollen wir von der SPD nicht. Insofern ist das aus diesem Grunde schon abzulehnen.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wird das die neue Politik der SPD werden, die Emanzipation der Frau an der Zahl der gemeldeten weiblichen Pkw zu messen?

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Pkw/innen!)

Michael Dose (fortfahrend): Zumindest sind wir unserer Linie treu geblieben und fahren weiter eine frauenfreundliche Politik, und die sehen wir in diesem Antrag nicht.

Ich bin jetzt bei der Ökologie, und der Besitz eines Autos ist in meinen Augen überhaupt nicht problematisch. Verkehrs- und Umweltprobleme ergeben sich durch das Fah-

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A ren mit dem Auto, und deswegen ist es auch richtig, daß man jetzt eine Ökosteuern hat und daß man das Fahren möglichst teuer gestaltet, damit nicht soviel gefahren wird. Da sind wir auf dem richtigen Weg, und ich hätte auch nichts dagegen, wenn wir die Abschaffung der Kfz-Steuer fordern und eine Umlegung auf die Benzinsteuer gestalten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Sehr richtig!)

Das fände ich ganz gut. Aber ein Auto nur zu besteuern, weil es irgendwo steht, das ist daneben.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Aber es braucht doch Fläche, das Auto, was irgendwo steht!)

– Ich habe auf meinem Grundstück – das ist recht groß – auch ein weiteres Auto. Das stört Sie, glaube ich, überhaupt nicht.

Es ist so, daß wir in Hamburg ergänzend natürlich ein sehr gutes ÖPNV-Angebot haben.

(Jürgen Schmidt SPD: Sehr richtig!)

Ich denke, das ist auch ganz entscheidend. Neue S-Bahn-Züge, die Metrolinien, die übrigens keine Konkurrenz zur Stadtbahn sind, sondern sie nur ergänzen. Der ADAC – er ist schon mehrfach erwähnt worden – hat uns sogar gelobt. Der ist völlig unverdächtig, daß er uns besonders mag. Ich denke, das ist der richtige Weg. Wenn wir die Zweitsteuer für Autos einführen, dann sind wir vielleicht auch bald für die Steuer einer zweiten Terrasse oder für die Steuer auf einen zweiten Grill.

(Wolfgang Franz SPD: Kinderwagensteuer! – Barbara Ahrons CDU: Zweitredensteuer einführen!)

- B Ich denke, darauf lassen wir uns lieber nicht ein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Sodann erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es schon kabarettreife, uns solche Anträge vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Erstens: Das, was Sie zur Begründung einer möglichen Steuererhebung für Zweitwagen vortragen, ist so hanebüchen, daß man gar nicht weiter debattieren kann. Es ist völlig absurd, sich vorzustellen, daß solche Rechtsnormen in Deutschland gelten sollten.

Zweitens: Zu dem Verkehr gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die nach dem Motto laufen, wie die CDU sonst ihre Anträge macht, nämlich alles Gute soll gut werden, und wir schlagen immer 10 Millionen DM auf das drauf, was die Regierung sowieso tut.

Sie haben vielleicht gelernt – nur als Beispiel –, daß die Bürgerschaft im letzten Jahr etwa 17 Millionen DM für den Bau der Velorouten beschlossen hat. Um die zu bauen, um das Geld auszugeben, wird man sicherlich noch das nächste Jahr brauchen. Jetzt sagt die REGENBOGEN-Gruppe, jetzt schlagen wir noch mal was raus, nämlich 40 Millionen DM. Das macht ja nichts. Sie wissen alle genau – oder vielleicht wissen Sie es auch nicht –, daß das Gesamtprojekt Velorouten auf Gesamtkosten von etwa 80 Millionen DM geschätzt worden ist und daß das in den nächsten Jahren gebaut werden soll.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die Straßenbahn soll auch gebaut werden!)

Was soll also diese Forderung? Nichts. Es ist belanglos, es ist einfach nur dahergeredet. Zu diesem Dahergerede gehören auch so nette Sätze, die einfach falsch sind. Der Verkehr ist nicht der größte Klimakiller in diesem Lande, sondern der Anteil des Verkehrs an der CO₂-Produktion ist strittig, aber er beträgt auf keinen Fall mehr als 30 Prozent.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wer hat einen höheren Anteil?)

Ebenso ist die Aussage schlichter Blödsinn, daß die Autos in diesem Lande hoch subventioniert sind.

Es ist mittlerweile so, daß wir alle wissen, daß das zwischen Bundesumweltamt und allen übrigen Leuten, die darüber rechnen, relativ unstrittig ist, daß die direkten Kosten der Straßen in etwa äquivalent sind mit den Steuern, die für das Autos und das Benzin erhoben werden. Was strittig ist – und das kann man nun wirklich nicht als Subvention bezeichnen –, ist die Frage der sogenannten externen Kosten. Darüber gibt es viele Berechnungen und Möglichkeiten. Aber es ist völlig absurd zu sagen, weil durch den Autoverkehr Schadstoffe ausgestoßen werden, sei das Auto hoch subventioniert.

Dafür verwendet man in Deutschland ein anderes Wort. Da sagt man, die bezahlen nicht die Kosten der Schäden, die sie verursachen. Aber einfach so daherzureden und zu sagen, wir wissen alle, daß das Auto hoch subventioniert und der Verkehr der größte Klimakiller ist, beweist nur die Qualität des ganzen Antrages. Er ist schlichter Schrott.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt alsdann erneut die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Daß der Kollege Schmidt als Reaktion darauf so um sich schlagen muß, tut mir schon fast leid. Martin Schmidt, du sagst selber, daß der Verkehr heute bereits einen Anteil von 30 Prozent am Klimakiller CO₂ hat. Es gibt auch die Zahl 39 Prozent, die von einigen vertreten wird. Es gibt da eine gewisse Spanne, aber das ist sogar die offizielle Zahl der Bundesregierung, daß der Verkehr derjenige ist, dessen Ausstoß in den nächsten Jahren noch am meisten steigen wird, und dieses gegenwärtig nicht verhindert wird. Das ist ein großes Problem.

(Hartmut Engels CDU: Aber nur, wenn Sie fahren!)

Ich möchte noch etwas zu der Zweitautosteuer sagen. Nun ist es so, daß wir gerne die Idee ausschließlich für uns in Anspruch nehmen würden. Das ist leider nur in Ansätzen richtig, weil es diese Ideen auch schon im Zusammenhang mit dem Deutschen Städtetag gab. Das muß ich zugeben. Auch dort gibt es lange juristische Ausführungen darüber, was unter Örtlichkeit, was unter Verbrauchs- und Aufwandsteuern zu verstehen ist. Aber dem Ganzen vorzuwerfen, es sei nicht möglich, ist in dem Zusammenhang schlicht bösartig und soll auch gar keinen anderen Zwecken folgen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich finde, daß der Antrag, auch in seinen Details, ein sehr schöner Antrag ist, und ich stelle ihn Ihnen noch einmal anheim.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag aus der Drucksache 16/6351 abstimmen.

Wer möchte ihn annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 22 und 88 auf: Drucksachen 16/6309 und 16/6350: Mitteilung des Senats: Abschlußbericht der Kommission Gesetzesüberprüfung Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG zur Überprüfung der Ausgestaltung wichtiger Hamburger Gesetze und Vorschriften unter Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer Verbände im Hinblick auf das Benachteiligungsverbot nach Artikel 3 GG und Stellungnahme des Senats sowie Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Hamburgisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit und ohne Behinderung.

**[Senatsmitteilung:
Abschlußbericht der Kommission
Gesetzesüberprüfung Artikel 3 Absatz 3 Satz 2
Grundgesetz – Überprüfung der Ausgestaltung
wichtiger Hamburger Gesetze und Vorschriften
unter Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer
Verbände im Hinblick auf das Benachteiligungsverbot
nach Artikel 3 GG und Stellungnahme des Senats
– Drucksache 16/6309 –]**

**[Antrag der Gruppe REGENBOGEN –
für eine neue Linke:
Hamburgisches Gleichstellungsgesetz für Menschen
mit und ohne Behinderung – Drucksache 16/6350 –]**

B Den Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke möchte die CDU-Fraktion an den Sozialausschuß überweisen. Zu dem Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke liegt Ihnen als Drucksache 16/6398 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion vor.

**[Zusatzantrag der Fraktionen der GAL und der SPD:
Hamburgisches Gleichstellungsgesetz für Menschen
mit und ohne Behinderung – Drucksache 16/6398 –]**

Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Grund, und er hat es.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Name der Kommission ist unaussprechlich, und ich erlaube mir, das sehr undramatisch zu verkürzen, und sage, es handelt sich um die Kommission nach Artikel 3 Grundgesetz.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist sehr viel klarer!)

Diese Kommission hat den Auftrag gehabt, hamburgische Gesetze und Verordnungen daraufhin zu überprüfen, ob sie mit dem Rechts- und Wesensgehalt unserer neuen Verfassungsinstitution zum Thema Benachteiligungsverbot von Behinderten harmonisieren.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Diese Kommission, die unter der Leitung von Frau Professor Dr. Rath zwei Jahre tätig war, hat exzellente Arbeit geleistet. 40 Gesetze und Vorschriften wurden minutiös überprüft, und dabei ist man nicht am Wort der Gesetze kleben geblieben, sondern hat – wie man nachvollziehen konnte – im erheblichen Umfange wichtige politische Diskussionen geführt.

C Ich möchte als erstes Frau Professor Rath und allen Mitgliedern dieser Kommission, die aus den Behindertenverbänden kommen und in vielen Sitzungen und Arbeitskreisen mitgewirkt und ihren Sachverstand und Kompetenz eingebracht haben, den herzlichen Dank dieses Parlaments erklären.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dies gilt meiner Ansicht nach natürlich auch für Behördenvertreter und insbesondere für den Senatsbeauftragten für Behindertenfragen, die sich an dieser Arbeit genauso fachkundig beteiligt haben und engagiert zu Werke gegangen sind.

Festzustellen bleibt zunächst einmal, daß es eine übereinstimmende Auffassung aller Arbeitsgruppenteilnehmer gibt, daß die geprüften Gesetze und Verordnungen keine direkt diskriminierenden Regelungen nach Artikel 3 Grundgesetz enthalten. Nun könnte man als Abgeordneter das Buch zuklappen und sagen, na bitte, das war es, erledigt. Da kann ich an dieser Stelle nur sagen: Vorsicht, meine Damen und Herren. So sollte man nicht verfahren, weil auch in dieser schwierigen Frage ein altbekannter Grundsatz gilt, daß es ein Unterschied ist, ob man recht hat oder ob man recht bekommt. Gerade die Mitglieder, die an dieser Kommission mitgearbeitet haben, haben festgestellt, daß einerseits zwar keine diskriminierenden Rechtstatbestände da sind, daß aber in der praktischen Umsetzung dessen, was in den Gesetzen steht, in der Tat Diskriminierung vorkommt. Es gibt vielerlei Barrieren in dieser Stadt. Es gibt Barrieren in Bauten und im Verkehr, es gibt Barrieren in Gesetzen, und es gibt sehr viele Barrieren in Köpfen, und, ich glaube, um die letzteren müssen wir uns vielleicht noch dringender kümmern als um die Barrieren aus Beton und Stahl.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

D Tatsache ist, daß die Kommission eine Vielzahl von sehr ernst zu nehmenden Empfehlungen abgegeben hat, die sowohl auf Ergänzung der gesetzlichen Bestandteile abzielen als auch auf die praktische Umsetzung. Wir haben deshalb eine wahre Fundgrube für Aufträge an Gestaltung von Behindertenpolitik in der Zukunft und vor allem Aufträge, Diskriminierung im Alltagsleben zu vermeiden. Diskriminierung, meine Damen und Herren, findet nicht nur durch aktives Handeln, sondern zum Teil auch durch Unterlassen und auch durch Ignoranz statt, etwa durch unbedachtes Mitleid oder Bevormundung von Betroffenen. Das scheint mir – jedenfalls in der Aktualität – ein Problem zu sein, unter dem die Behinderten und ihre Angehörigen ganz besonders leiden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ankündigen, daß wir die Empfehlung dieser Kommission sehr ernst nehmen und sie in unsere politische Arbeit einbauen werden. Ankündigen will ich für die SPD-Fraktion im besonderen, daß wir uns des Themas „Lebenssituation behinderter Mädchen und Frauen“ in der kommenden Legislaturperiode speziell annehmen wollen, weil wir glauben, daß es dort in der Tat einen besonderen Nachholbedarf gibt.

Soweit zu diesem Kommissionsbericht und dem Dank des Parlaments für diese wirklich außergewöhnlich wichtige Arbeit, die dort geleistet worden ist. Wir werden am Ende zu prüfen haben, meine Damen und Herren, was davon von denjenigen, die daran mitgewirkt haben, in der Praxis auch wirklich umgesetzt wird.

Der zweite Teil meiner Rede bezieht sich auf den Antrag von REGENBOGEN, nämlich ein sogenanntes Gleichstel-

(Uwe Grund SPD)

- A lungsgesetz in Hamburg mal eben zu beschließen. Das war dann doch die Überraschung, meine Damen und Herren, daß uns zum Ende der Legislaturperiode vor wenigen Tagen ein solcher Gesetzentwurf erreichte und REGENBOGEN anscheinend ernsthaft meint, daß man einen solchen Gesetzentwurf mal eben schnell beschließt. Das wird so nicht passieren. Ich glaube zu wissen, daß auch die ursprünglichen Autoren, die nicht vom REGENBOGEN stammen, wie wir alle wissen, sondern aus dem Kreise der Behindertenverbände kommen, nicht erwartet haben, daß ihr Gesetzentwurf eins zu eins mal eben vom Parlament beschlossen wird, sondern daß es eine wichtige Diskussionsanregung ist. Dafür ist es nun parlamentarisch in der Tat sehr spät. Wir haben heute und morgen die letzte Parlamentssitzung vor der Sommerpause, und danach wird es noch, wie wir wissen, eine Haushaltseinbringung im September geben, und anschließend stehen die Wahlen bevor.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, ist es schon etwas merkwürdig, wenn man weiß – und natürlich weiß REGENBOGEN das, wie alle anderen Fachleute der anderen Fraktionen auch –, daß die Bundesregierung einen weitgehend fertiggestellten und abgestimmten Gesetzentwurf für ein entsprechendes Gesetz auf Bundesebene vorgelegt hat und es zum Teil, wenn ich es richtig sehe, jedenfalls in den Gesetzentwürfen nicht nur Ähnlichkeiten in den grundsätzlichen Fragen, sondern auch wortmäßige Deckungsgleichheit in vielen Passagen gibt. Von daher stellt sich jedenfalls in den allgemeinen Teilen der Gesetze die Frage, ob es sinnvoll ist, diese Gesetze auf Bundesebene und auf Landesebene zu beschließen. Ich will das für uns verneinen. Allerdings ist es materiell so – das ist uns auch bewußt –, daß natürlich in diesem Bundesgesetz viele Fragen behandelt sind, zum Beispiel insbesondere die Frage des Verbandsklagerechtes, wo es Beschränkungen gibt, die sich dann bei Aktivitäten der Verbände auf bundesgesetzliche Regelungen erstrecken würden. Von daher gibt es wahrscheinlich Klärungs- und Nacharbeitsbedarf für entsprechende landesgesetzliche Aktivitäten.

- B Unser konkreter Vorschlag ist nicht, was vielleicht manch einer erwartet hat, daß wir diesen Antrag in den Ausschuß überweisen. Der Ausschuß wird unter normalen Umständen nicht mehr tagen, weil es dafür keine Terminsetzungen gibt. Darüber hinaus habe ich den Eindruck, wenn mir diese Bemerkung einmal gestattet sei, daß der REGENBOGEN ohnehin kein besonderes Interesse am Sozialausschuß hat. In den letzten zehn Sitzungen hat eine einzige Sitzung stattgefunden, an der der REGENBOGEN überhaupt körperlich vertreten war. Von geistiger Vertretung will ich nicht einmal reden.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Von den zehn Sitzungen haben sich fünf mit Behindertenpolitik befaßt. In den fünf Sitzungen war nun definitiv gar keiner vom REGENBOGEN da. Von daher will ich die Ernsthaftigkeit Ihrer Mitwirkung

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

in den parlamentarischen Gremien an dieser Stelle einmal deutlich anzweifeln. Von daher ist es nicht sinnvoll, den Antrag jetzt an den Ausschuß zu überweisen, a) weil Sie wahrscheinlich ohnehin nicht kommen würden und b) weil es wahrscheinlich auch keine Sitzung mehr gibt.

Das wäre eine Beerdigung erster Klasse, und das verdient der Inhalt nicht. Deshalb unser konkreter Vorschlag, an-

ders zu verfahren. Wir werden nach der Wahl dieses Parlaments wahrscheinlich die Gelegenheit haben, dieses Gesetz schon in seiner Fassung zu sehen. Heute hat Arbeitsminister Riester in den Medien angekündigt, daß der Gesetzentwurf noch im Herbst dieses Jahres das Parlament erreichen soll. Ich schlage vor, daß wir dann sorgfältig prüfen, was an hamburgischem Regelungsbedarf vorhanden ist, und daß wir das dann auch ordentlich parlamentarisch beraten und umsetzen. Deshalb unser Zusatzantrag. Wir bitten um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Oktober 1994 wurde der Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes aufgenommen. Was ist seither geschehen, was hat sich eigentlich durch diese Verfassungsänderung für den Betroffenen selbst geändert?

Unmittelbar nach diesem Verfassungszusatz haben sich die Selbsthilfeträger unter der Schirmherrschaft unseres damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zur Aktion Grundgesetz zusammengeschlossen, um die Verwirklichung dieser Verfassungsnorm zu erreichen. Anfang 1999 erklärten die Karlsruher Verfassungsrichter eine Bestimmung aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch aus dem Jahre 1898 für grundgesetzwidrig, weil sie Testamente von schreib- und sprachbehinderten Menschen nicht zuließ. Hier in Hamburg hat die Kommission Gesetzüberprüfung – so möchte ich sie einmal abkürzen – eine Prüfung der wichtigsten Hamburger Gesetze und Vorschriften auf das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes vorgenommen. Der Senat hat in seiner Drucksache festgestellt, daß sowohl unsere Hamburgische Verfassung als auch die grundlegenden Vorschriften des allgemeinen hamburgischen Verwaltungsrechtes dem Diskriminierungsverbot entsprechen. Es gibt – und das gehört in die Debatte – auch Kritik.

Ich möchte anfangen mit einem alten Problem zwischen Senat und Parlament. Seit Januar, Frau Roth, ist der Senat im Besitz des Kommissionsberichtes, und erst jetzt stellt der Senat der Bürgerschaft die Ergebnisse vor. Das hätte meines Erachtens viel schneller erfolgen müssen.

Es gibt auch die Kritik der Behindertenverbände an der Behindertenpolitik des Senates. Schulen und Hochschulen seien immer noch zu wenig behindertengerecht ausgebaut. Bisher ist lediglich ein Viertel der hamburgischen Bahnhöfe behindertengerecht ausgestattet. Es gibt die Kritik, daß der rotgrüne Senat die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen nicht ausreichend finanziere.

Auch die Hauptarbeit für die Kommission ist im wesentlichen von den Vertretern der Behindertenverbände geleistet worden, und das ist keine Kritik von uns als CDU, sondern das ist die Kritik der Behindertenverbände, aber wir unterstützen diese Kritik.

Zum Schluß möchte ich zum Gesetzesantrag der REGENBOGEN-Gruppe etwas sagen. Auch bei vielen deckungsgleichen Ansatzpunkten, finde ich, überfordern Sie heute nach unserer Meinung das Parlament, wenn Sie erwarten, daß wir heute endgültig zustimmen sollen. Das kann man

C

D

(Uwe Grund SPD)

A nicht über das Knie brechen. Es ist schon wichtig zu sehen, ob die Bundesregierung in Berlin ihre Hausaufgaben erledigt und ob es eine entsprechend bundesweite Regelung geben wird. Wenn Sie heute auf eine sofortige Abstimmung ohne Ausschußberatung bestehen sollten, müßten wir Ihren Antrag leider ablehnen und werden den Zusatzantrag der SPD/Grünen mit annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. So klipp und klar und knapp steht es seit 1994 im Grundgesetz, so ist das Benachteiligungsverbot behinderter Menschen formuliert. Die Umsetzung dieses Verfassungsgebotes stellt einen gewaltigen Auftrag für die Gesellschaft dar, vor allem auch für uns Abgeordnete.

Die Regierungskoalition hatte vereinbart, die Ausgestaltung wichtiger hamburgischer Gesetze und Vorschriften unter Einbeziehung von behinderten Menschen und ihrer Verbände im Hinblick auf das Benachteiligungsverbot zu überprüfen. Unter Federführung der BAGS wurde dazu eine Kommission eingesetzt, die jetzt ihren Bericht vorgelegt hat.

Als wichtigstes Ergebnis wird vom Senat dargestellt, daß es in den hamburgischen Gesetzen keine Regelungen gibt, die behinderte Menschen diskriminieren. Das ist aber eigentlich selbstverständlich, denn unsere Landesgesetze müssen mit dem Grundgesetz in Einklang stehen.

B Die Kommission hat darüber hinaus gute Arbeit geleistet und wertvolle Anregungen gegeben, wie die Belange behinderter Menschen besser berücksichtigt werden können. Das Wichtigste war dabei, denke ich, daß in der Kommission Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenverbände direkt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Behörden über die Ausgestaltung der hamburgischen Gesetze ins Gespräch gekommen sind. Sie haben zusammen diskutiert, und in die Behörde konnte so die Sichtweise der behinderten Menschen transportiert werden, und das ist ganz wesentlich.

Das Benachteiligungsverbot behinderter Menschen läßt sich meiner Meinung nach nur umsetzen, wenn behinderte Menschen in allen Bereichen mehr beteiligt werden. Ich denke, es kann nur so funktionieren, wie wir es ja auch bei der Frauenbewegung versuchen, bei der Gleichstellung von uns Frauen, nämlich durch eine Analogie zum Gender mainstreaming. Das heißt, daß man immer die Belange und die Sicht der behinderten Menschen bedenken muß, in allen politischen Bereichen. Ich denke, nur, wenn wir das im Kopf haben, kommen wir weiter.

In den letzten Jahren wurden in Hamburg die behinderten Menschen an Gremien immer besser beteiligt, was wir natürlich sehr begrüßen. Aber um diese Mitarbeit leisten zu können – Herr Schira hat es auch schon erwähnt –, müssen Voraussetzungen bestehen, damit eine gleichberechtigte Mitarbeit überhaupt möglich ist. Das ist leider in Hamburg oft nicht der Fall. Auch die Arbeitsbedingungen der Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission waren teilweise diskriminierend. So mußten Kommissionsmitglieder immer wieder einen Kampf führen um die notwendige Assistenz, wie zum Beispiel das für blinde Menschen not-

wendige Vorlesen von Akten, die oft auch verspätet kamen, um sich vorbereiten zu können, oder auch um ausreichende Mittel für Gebärdensprachdolmetscherinnen. Dabei werden und wurden sie in der Regel auf die staatlichen Zuwendungen für ihre Verbände verwiesen, und diese sind trotz steigender Aktivitäten und Beteiligungen in den letzten Jahren nicht gestiegen.

Ich denke, meine Damen und Herren, wenn wir das ernst meinen mit dem Benachteiligungsverbot behinderter Menschen und das in Hamburg umsetzen wollen, brauchen wir einen Landesbehindertenrat, der ähnlich ausgestattet sein sollte wie der Landesseniorenrat. Ich denke, das ist sinnvoll, um hier weiterzukommen.

Nun zurück zum Bericht der Kommission, bei dem als einzig bedauernder Punkt auffällt, daß er die besonderen Belange und Benachteiligungen behinderter Frauen und Mädchen nicht berücksichtigt. Während der Tätigkeit der Kommission sind in Hamburg entscheidende Dinge erreicht worden. Ich möchte hier vor allem die Hamburgische Bauordnung erwähnen. Es ist jetzt so, daß in Gebäuden, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden und mehr als zwei Wohnungen haben, immer eine Wohnung barrierefrei zugänglich und auch für Rollstuhlfahrerinnen benutzbar sein muß. Ich denke, das ist ein großer Fortschritt, um es behinderten Menschen zu ermöglichen, im normalen Wohnquartier zu bleiben und nicht in Spezialeinrichtungen oder spezielle Wohnanlagen umziehen zu müssen oder von vornherein dort zu wohnen. Wichtig ist auch der weitere barrierefreie Ausbau im öffentlichen Nahverkehr, in Bahnhöfen und Bussen. Wichtig ist auch – das ist vorhin schon kurz erwähnt worden – die deutliche Verbesserung und Berücksichtigung der Situation von behinderten Studierenden an der Universität.

D Die Kommission hat darüber hinaus auch für das Verwaltungshandeln Anregungen gegeben, die, denke ich, sehr wichtig sind, nämlich daß für sehbehinderte und blinde Menschen Informationen auch in für sie lesbare Form bereitgestellt werden müssen und daß gehörlose Menschen kostenlos Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung gestellt bekommen, wenn sie mit Behördenvertretern sprechen oder sich beraten lassen wollen.

Der barrierefreie Medienzugang wurde auch sonst diskutiert und zum Beispiel an der Info-Line der BAGS festgemacht, die für Blinde und Sehbehinderte nicht lesbar ist. Ich finde, das ist eine echte Panne, daß man diese große Gruppe bei der Bereitstellung besserer Sozialberatung vergessen hat. Die GAL hat kürzlich ihren Internet-Zugang umgestellt. Es ist jetzt so, daß sehbehinderte und blinde Menschen endlich auch unsere Homepage einsehen können. Es geht, man muß es nur wollen, man muß es anfangen.

(Beifall bei der GAL)

Über all dieses hinaus brauchen wir natürlich mehr, um das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes umsetzen zu können. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen, um endlich diese sehr abstrakte Norm des Grundgesetzes in konkretes und einklagbares Recht umsetzen zu können. Dieses Gleichstellungsgesetz ist ein zentrales Vorhaben der rotgrünen Koalition auf Bundesebene. Ich habe gehört, daß die erste Lesung des Gesetzes spätestens am 3. Dezember, dem Welttag der Behinderten, in Berlin stattfinden soll. Herr Grund meint, schon im Herbst soll dies stattfinden. Aber ich bin auch ganz zuversichtlich, daß in dieser Legislatur auf Bundesebene das Gleichstellungsgesetz kommt. Dieser Entwurf des Gleich-

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A stellungsgesetzes ist wirklich ein sehr guter Entwurf, auch deshalb, weil er unter maßgeblicher Beteiligung behinderter Menschen, nämlich des Forums behinderter Juristinnen und Juristen, zustande kam, deren Entwurf diesem Gesetz zugrunde liegt. Wiederum ist dieses Bundesgesetz sehr ähnlich mit dem vorgelegten Entwurf für ein Landesgleichstellungsgesetz. Es unterscheidet sich aber doch immer wieder in wesentlichen Teilen, zum Beispiel sind die Definitionen in ganz wichtigen Bereichen, zum Beispiel, was ist eine Behinderung, eine Benachteiligung, nicht übereinstimmend, so daß es auch aus dem Grunde keinen Zweck hat, jetzt dieses Gesetz hier anzunehmen oder sich damit intensiver zu beschäftigen, bevor endlich das Bundesgesetz vorliegt. Aber – ganz klar – sobald das Landesgleichstellungsgesetz vorliegt, werden wir uns an die Arbeit machen und schauen, was wir auf Landesebene durch ein weiteres Landesgesetz tun können, um die Umsetzbarkeit auch hier zu garantieren. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, unseren Zusatzantrag anzunehmen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich geht auch unser Dank an die Mitglieder der Kommission. Im Gegensatz zu den hauptamtlichen Kommissionsmitgliedern geht unser Dank auch an die Ehrenamtlichen, weil diese – im Gegensatz zu den anderen – viel Freizeit und auch Geld geopfert haben, um diese Arbeit machen zu können. Das haben wir gerade von Frau Dr. Freudenberg gehört. Das Ergebnis der Kommission liegt vor. Das ist eigentlich keine Überraschung. Es gibt keine diskriminierenden Gesetze. Dennoch ist der Alltag von Menschen mit Behinderung auch in Hamburg viel zu oft von Ausgrenzung, von Barrieren, Benachteiligungen und Vorurteilen geprägt. Wir meinen, ein wichtiges Mittel, um dieser Situation zu begegnen, ist ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit und ohne Behinderung auf Bundes- wie auch auf Landesebene. Natürlich kann es einen Sinn machen, ein Landesgesetz auch vor einem Bundesgesetz zu erlassen. Genaues haben wir gerade beim Naturschutz gemacht. Da war es die gleiche Debatte. Es muß aber auch beim Thema Benachteiligung durch Behinderung möglich sein, denn erst ein derartiges Gesetz, das festlegt, was eine Benachteiligung ist, gibt behinderten Menschen und auch ihren Verbänden das Recht zu klagen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben deshalb einen derartigen Gesetzentwurf von der LAG für behinderte Menschen erarbeiten lassen und eingebracht. Dieses Gesetz führt unter anderem das Klagerecht gegen konkrete Benachteiligung ein, auch im Zivilverfahren. Es gibt Akteneinsicht, um konkrete Benachteiligung aufzuklären, sowie ein umfassendes Auskunfts- und Beratungsrecht. Dazu die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache als offizielle Sprache. Das sind alles keine revolutionären Forderungen. In anderen Bundesländern sind sie zum Teil auch schon umgesetzt. Aus unserer Sicht ist deshalb die Arbeit der Kommission eine notwendige Vorarbeit für ein Gleichstellungsgesetz. Wir hätten diesen Entwurf auch gerne vor drei, vier Monaten einbringen können, nur dann wären Sie natürlich mit dem Argument gekommen, die Kommission arbeitet noch, wir müssen erst einmal die Stellungnahme des Senats abwarten. Deshalb

dieser Zeitpunkt. Wir hätten ihn gerne eher eingebracht, wenn der Senat eher den Kommissionsbericht abgearbeitet hätte. Deshalb haben Sie erst heute die Chance, diesen Gesetzentwurf auch in Hamburg voranzubringen. Ich denke, es ist unser Job, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß behinderte Menschen die Benachteiligung nicht so sehr zu spüren bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Vorlage des Abschlußberichtes der Kommission zur Überprüfung nach Artikel 3 Grundgesetz auf Landesebene und der bewertenden Stellungnahme des Senats, meine ich, haben wir für Hamburg einen wichtigen Schritt getan, nämlich die Bestandsaufnahme, die in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden ist.

An erster Stelle möchte ich vor allen Dingen den Kommissionsmitgliedern danken, denn sie haben in wichtigen Diskussionen, aber vor allen Dingen über einen langen Zeitraum, nämlich von August 1999 bis Januar 2001, ihre Arbeit getan. Ich denke, sie haben sie sehr ausführlich gemacht. Sie haben sich alle Bereiche der Behindertenpolitik angeschaut. Sie haben versucht, die Gesetze zu interpretieren, haben gesehen, wo es Notwendigkeiten bei der Umsetzung gibt, aber eines haben sie zuallererst gesagt, sie haben nämlich festgestellt, daß es keine Beanstandungen der landesgesetzlichen Regelungen gibt. Das ist eine ganz wichtige Botschaft. Das heißt natürlich noch lange nicht, daß alles, was in diesen Gesetzen als Gesetzesauftrag vorhanden ist, dann auch in die Praxis umgesetzt wurde. Das gilt insbesondere auch für das Thema Barrierefreiheit. Hier hat die Kommission festgestellt, daß es Mängel gibt, deren Behebung auch dazu beitragen soll, daß die Integration der Menschen in die Gesellschaft möglich ist. Frau Freudenberg, Sie haben das Thema öffentlicher Nahverkehr angeführt, andere haben hier noch andere Beispiele gesagt. Aber wichtig ist, glaube ich, daß in Hamburg schon sehr viel getan worden ist, um diese Barrierefreiheit zu erreichen, aber auch gleichzeitig noch einiges getan werden muß, um diese Barrierefreiheit für die behinderten Menschen tatsächlich in vollem Umfang zu erreichen. Zum Beispiel gibt es einen Kooperationsvertrag zwischen HVV und dem Verbund der Verkehrsunternehmen, der auch eine behindertengerechte Ausgestaltung des ÖPNV umfaßt. Wichtig ist natürlich auch die Investitionstätigkeit in den zukünftigen Jahren. Hier geht es darum, bei Investitionen, wenn man sie tätigt, insbesondere darauf zu achten, gleichzeitig auch die behindertengerechten Maßnahmen durchzuführen.

Die Kommission hat während ihrer Arbeit auch Stellungnahmen zu laufenden Gesetzgebungsverfahren erarbeitet. Das war eine sehr wichtige innovative Arbeit, und insbesondere hat sich Frau Professor Rath, die auch an der Hochschule arbeitet, um das laufende Hochschulgesetz gekümmert und dort mit der Kommission insgesamt mehrere Vorschläge eingebracht, daß auch hier die Diskriminierung von Behinderten nicht erfolgt.

Insbesondere wurde das Thema der Prüfungsdurchführung deutlich besser formuliert, was vielleicht selbst-

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A verständlich ist, aber in der Tat für viele Studenten auch heute noch ein Nachteil ist.

Im Bereich der beruflichen und sozialen Rehabilitation gibt es Verbesserungen im Bereich der Verfahrensbeteiligung, hier insbesondere das Thema der Information, aber auch der Interessenvertretung.

Die Kommission hat empfohlen, die in den Tageseinrichtungen gewährte Eingliederungshilfe für mindestens drei Jahre alte und noch nicht eingeschulte behinderte Kinder bei der neugeplanten gesetzlichen Regelung mit aufzunehmen, das heißt, sie macht auch bei dem Thema Regelung von Kindertagesbetreuung konkrete Vorschläge. Die Kommission hat sich also nicht darauf beschränkt, nur die Gesetze anzuschauen, sondern sie hat im Prozeß ihrer Arbeit auch sehr viele konkrete Vorschläge gemacht.

Herr Grund, Sie haben gesagt, es werde in der nächsten Legislatur darauf ankommen, diese konkreten Vorschläge in der Umsetzung auch hier im Parlament zu begleiten. Es wurde zum Beispiel auch angeregt, daß Menschen, für die ein Betreuer bestellt wird, ein ausdrückliches Recht auf Beratung eingeräumt wird und deshalb zum Beispiel auch das Landesbetreuungsgesetz geändert werden sollte. Auch hier ein wichtiger Hinweis für die nächste Legislaturperiode. Bei dem Thema psychisch kranker Menschen haben Sie darauf hingewiesen, welche Kommunikationsbeschränkung vorhanden ist und was wir tun müssen, um diese zu beseitigen.

Ich nehme gerne den Hinweis von Ihnen, Frau Freudenberg, das Thema soziale Hilfe, Info-Line, auf. Auch hier ist ganz klar, daß wir das noch weiter perfektionieren und natürlich auch behindertengerecht gestalten werden.

B Bezogen auf die Frage, ob Hamburg ein Landesgesetz zur Gleichstellung braucht, glaube ich, daß es sehr gut ist, daß die neue Bundesregierung mit dem angekündigten neuen Gleichstellungsgesetz hier einen Weg nach vorne geht. Ich möchte der Diskussion nicht vorweggreifen und sagen, daß wir deshalb kein Hamburger Gleichstellungsgesetz brauchen. Ich denke, wir müssen prüfen, was auf Bundesebene geregelt wird, welche Notwendigkeiten dann auf Landesebene noch bestehen. Wir sind jedenfalls offen für solche Diskussionen, weil wir wissen, daß im Rahmen des SGB IX schon eine Vielzahl von Regelungen auf Bundesebene erfolgt sind, die auch auf Landesebene umzusetzen sind, und auf der anderen Seite dieses neue Gleichstellungsgesetz der Bundesregierung sicher auch noch Landesregelungen bedarf. In welcher Weise, das müssen wir anschließend gemeinsam bewerten. Kurzum, Hamburg hat eine gute Wegstrecke in der Behindertenpolitik gemacht. Wir haben sehr viel im Bereich der Arbeit, im Bereich der Wohnungen, im Bereich des ÖPNV erreicht. Wir haben vieles organisiert. Die Behindertenverbände haben uns bei dieser Arbeit unterstützt. Auch der Senatsbeauftragte für Behindertenfragen hat hier seine Arbeit geleistet. Diesen gemeinsamen Erfolg sollten wir jetzt entsprechend mit aufnehmen und die Vorschläge dann in der nächsten Legislatur weiterentwickeln, wie es die Kommission auch vorgeschlagen hat. In diesem Sinne danke ich nochmals der Kommission für ihre gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zunächst über den Zusatzantrag der GAL-Fraktion und der SPD-Fraktion aus der Drucksache 16/6398 abstimmen.

Wer möchte diesen Zusatzantrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wer stimmt einer Überweisung des Antrages der Gruppe REGENBOGEN, das ist die Drucksache 16/6350, an den Sozialausschuß zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stimmen wir in der Sache ab. Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Im übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 84, Drucksache 16/6327: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Mehr finanzielle Mittel für eine rechtsstaatlich einwandfreie Justizgewährung in Hamburg“.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Mehr finanzielle Mittel für eine rechtsstaatlich einwandfreie Justizgewährung in Hamburg
– Drucksache 16/6327 –]**

Von wem wird das Wort gewünscht? – Herr Professor Karpen, Sie haben es.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorgänge der letzten Wochen läuteten das unrühmliche Ende der Justizsenatorin ein,

(Zurufe von der SPD)

und deswegen hat sie auch wohl kein Interesse an dieser Debatte.

Was ist geschehen? 200 Richter am Landgericht, 97 Prozent der Richter, rügten die zunehmenden negativen Folgen des Sparprogrammes. Der Präsident des Amtsgerichts hat sich angeschlossen, ebenso die Richterinnen und Richter des Oberlandesgerichts. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer hat gesagt, Stellen sind nicht alles, aber ohne Stelle ist alles nichts. Und die Generalstaatsanwältin sagte, wir brauchen dringend Hilfe. Das kommt einem Aufstand der Justiz gleich. Dieser ist berechtigt. Bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten haben sich seit 1995 10 Prozent aller Stellen verflüchtigt. Von 1998 bis 2000 sind beim Vollzugspersonal 60 Stellen eingespart worden. Im Skandalknast „Santa Fu“ bewachen acht Beamte 400 Verbrecher, und bei den Gerichtsvollziehern stapeln sich die Anträge.

Was tut die Justizsenatorin? Zuerst ergeht sie sich in Betroffenenrhetorik und Larmoyanz, sie nehme die Sorgen der Richter sehr ernst. Dann verschafft sie Marscherleichterung. Sie verfügt, daß die Justiz 22 Stellen mit einem Wert von 1,6 Millionen DM nachbesetzen kann. Hoffentlich, Herr Staatsrat, ist das nicht wieder solch eine Luftnummer wie neulich bei der Podiumsdiskussion. Da hatte die Senatorin einem Oberlandesgerichtssenat drei Leute zugesagt. Bei diesem Phantomsenat handelte es sich unter dem Strich um eine einzige Stellenaufwertung R 2/R 3. Tarnen und täuschen durch die Senatorin.

(Beifall bei der CDU – Dr. Roland Salchow CDU: So ist das!)

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A Vielen Dank für die Ermunterung zu später Stunde. Die Opposition hingegen hat ihre Aufgaben erfüllt.

(Zurufe und Oh-Rufe von der SPD)

Wir haben seit Jahren den Verzicht auf die Stellenstreichungen der Justiz verlangt.

(*Holger Kahlbohm SPD*: Er hält eine große Rede, und niemand hört zu!)

In der 16. Legislaturperiode haben wir 53 Anträge diverser Art zur Abwehr des Justizkollapses bereitgestellt. Müßig zu sagen, daß Sie alle mit angenommen haben. Vielen, vielen Dank, Dank, Dank, Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Es darf nämlich nicht dahin kommen, daß die Qualität der Urteile leidet, es darf nicht dabei bleiben, daß das Amtsgericht sich nur noch so durchwurschtelt, wie der Oberlandesgerichtspräsident sagt. Es darf auch nicht zum Kuhhandel zwischen Richtern und Rechtsanwälten kommen. Wir fordern erneut sofortigen Sparstopp, wir fordern sofort eine Personalaufstockung von 10 Prozent der vorhandenen Stellen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Mehr nicht?)

Es ist ja nicht nur der Aufstand der Justiz, meine Damen und Herren. Die Amtszeit der Justizsenatorin, die jetzt zu Ende geht, ist gepflastert mit Mißgriffen.

Erstens: Frauenförderung mit der Brechstange. Zwei Konkurrentenkandidaten gibt es schon, weil sie minderqualifizierte Bewerberinnen vorgeschlagen hat. Ein eisiges Klima im Richterwahlausschuß.

- B (*Erhard Pumm SPD*: Das war da doch noch nie so herzlich!)

Sogar ich leide darunter, obwohl ich die Senatorin länger kenne.

Zweitens: Ein Mißbrauch des Begnadigungsrechts. 62 Prozent der Ersatzfreiheitsstrafverurteilten sind außergewöhnliche Härtefälle. Maulkörbe für alle, außer für die Senatorin selbst. Für Polizei und Feuerwehr im Todesfall Vierlande. Sie hütet ihr Herrschaftswissen. Maulkörbe auch für uns, für die Abgeordneten der Bürgerschaft.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL – *Günter Frank SPD*: Nein, nein!)

Der Amtsleiter der Senatorin, Herr Rickert, als Bewacher aller Knackis und Abgeordneten. So eine Geheimniskrämerei. Und das Versteckspiel mit den Informationen. Die Pistole in Fuhlsbüttel. Wo ist sie? Wo kam sie her? Wo ging sie hin? Man muß der Senatorin die Wahrheit wie die Würmer aus der Nase ziehen.

(*Günter Frank SPD*: Aufhören!)

Meine Damen und Herren! In jeder Rede – Sie erinnern sich – hat Frau Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit Rühmlisches aus ihrer Berliner Amtszeit verkündet. Für die Hamburger Justiz wäre es besser gewesen, sie wäre in Berlin geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kloob.

Rolf-Dieter Kloob SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das muß man Ihnen ja lassen, Herr Professor Karpen, Ihnen gelingt es immer wieder, ernste Themen zu einem karnevalistischen Auftritt umzufunktionieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dr. Rolf Lange SPD*: Jo-Becker-Verschnitt!)

Deswegen wäre es eigentlich auch ausreichend, meine Rede hier zu beenden. Ich will aber trotzdem auf eine paar inhaltliche Dinge eingehen, denn, was Sie in Ihrer bekannten Art aufgezählt haben, sind Ihre Standardthemen, das ist Ihre kaiserliche Werft, und das kennen wir im Grunde alles, so daß ich mich mit den üblichen Sachen, mit denen Sie Ihre Reden schmücken, auch gar nicht befassen muß.

Kommen wir aber zu dem Antrag und dem, was Sie hier zum Abschied Ihrer Bürgerschaftskarriere abgeliefert haben. Das ist schon mal wieder ein dreistes Stück. Das muß man sagen. Wenn Sie hier von einem unrühmlichen Ende sprechen, dann fällt das aber durchaus auf Ihre Füße zurück.

Sie haben säuberlich Presseerklärungen beschrieben, Sie haben die Justizsenatorin zitiert, eine Stellenstatistik nachgelegt und kommen dann zum Schluß – wer hätte das gedacht? – zu einer pauschalen Stellenerhöhungsforderung von 10 Prozent für die sogenannten betroffenen Bereiche der jeweiligen Gerichte.

Daß Sie hier so etwas zur Abstimmung stellen, zeigt, daß man bei Ihnen offenbar auch gestrichen hat, nämlich den finanz- und justizpolitischen Verstand.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Wo bleibt die Gegenfinanzierung? – Fehlanzeige.

Wir haben heute in der Aktuellen Stunde darüber gesprochen. Ihr Konzept besteht darin, öffentliche Unternehmen und Beteiligungen zu veräußern. Das haut nicht hin. Wir brauchen die öffentlichen Unternehmen, und auch sonst geht Ihre Rechnung da nicht auf.

Wo bleibt das differenzierte Eingehen auf die verschiedenen Gerichtsbereiche? – Auch das Fehlanzeige.

Sie hätten einmal mit den Gerichtsvertreterinnen und -vertretern selbst sprechen sollen, anstatt nur ihre Presseerklärungen zu zitieren.

Unsere Justizsenatorin hat das Gespräch gesucht, und es sind mittlerweile sehr akzeptable Ergebnisse herausgekommen. Dabei haben die Gerichtspräsidenten und -präsidentinnen der Senatorin deutlich gemacht, daß die Probleme der Gerichte sehr unterschiedlich sind und dementsprechend auch Lösungen an unterschiedlichen Punkten ansetzen müssen. So hängt die Konsolidierung des Amtsgerichts im Servicebereich von den Fortschritten der dort begonnenen Reformen ab, während das Oberlandesgericht durch geringe Stellenfluktuation gekennzeichnet ist.

Pauschale und undifferenzierte Stellenerhöhungsforderungen sind von den Gerichten nicht gekommen, da diese sich mit den Bereichen, in denen es zur Zeit eng ist, sehr konstruktiv und detailliert auseinandergesetzt haben, im Gegensatz zu Ihnen.

Die Präsidentin des Landgerichts hat außerdem in dem Gespräch klargestellt, daß die Richterinnen und Richter des Landgerichts – entgegen dem Wortlaut Ihrer Pressemitteilung – keine Rücknahme der Streichpolitik verlangen, sondern eine Beendigung der Streichpolitik für die Zukunft und für die Hilfe in einzelnen Bereichen.

A (Dr. Ulrich Karpen CDU: Deswegen geht sie nach Schleswig!)

Dieses Maß an Differenziertheit paßt nicht zu Ihnen, zur CDU-Opposition, der es mehr um das wahlkampfmäßige Ausschlichten des Themas als um sachgerechte Problemlösungen geht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

In einem Punkt hat der Antrag recht, nämlich in bezug auf die Justizsenatorin und ihre Stellung zu diesem Thema. Das ist nicht Larmoyanz, wie Sie behaupten, sondern das ist ein Zeichen, daß sie die Befürchtungen der Richterinnen und Richter sehr ernst nimmt. Sie hat reagiert und gehandelt und den Spardruck gezielt gelockert und ist nicht mit der undifferenzierten und finanziell verantwortungslosen Gießkanne losmarschiert. Auch wenn es Ihnen nicht paßt, Herr Professor Karpen, dieses Signal ist bei den Richterinnen und Richtern gut angekommen. Nachdem bereits dem Landgericht die Möglichkeit eröffnet worden war, Wiederbesetzungen im richterlichen Bereich in einem Gegenwert von rund 0,6 Millionen DM vorzunehmen, kann die Justiz jetzt weitere 22 Stellen mit einem Wert von 1,6 Millionen DM nachbesetzen. Die Mittel sollen gezielt in den Bereichen eingesetzt werden, die der Justizsenatorin von den Spitzen der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaft als besonders stützungsbedürftig genannt wurden. Hierzu zählen vor allem die sogenannten nicht-richterlichen Tätigkeitsbereiche, also der Unterstützungsbereich der Staatsanwaltschaft Hamburg, die Servicebereiche der vormundschaftsgerichtlichen und familiengerichtlichen Abteilung des Amtsgerichts Hamburg sowie der strafgerichtliche Bereich des Amtsgerichts Hamburg, der Bereich der Gerichtsvollzieher und die Servicebereiche des Landes- und Oberlandesgerichtes. Darüber hinaus können das Oberlandesgericht zur Komplettierung des neu geschaffenen Senats zwei weitere Richterstellen und das Amtsgericht im Strafbereich eine weitere Richterstelle wiederbesetzen. Das ist nicht Täuschen und Tarnen, verehrter Professor Karpen, das ist Handeln.

B

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Tarnen und täuschen!)

Sicher löst diese weitere Marscherleichterung jetzt nicht alle Probleme der Gerichte und Staatsanwaltschaften, aber sie macht deutlich, daß die Justiz im Senat auch in schwierigen Zeiten ein hohes Maß an Unterstützung gefunden hat.

Die SPD-Fraktion unterstützt dieses deutliche Signal, das sich einreihet in die allgemein abgesenkte Sparquote der Justiz gegenüber anderen Bereichen im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung und die erheblichen Zukunftsinvestitionen in die Justiz, unter anderem im Rahmen von Justiz 2000.

Wer hier ein Urteil über die Justizpolitik fällt, sollte sich das ganze Bild machen. Ihr Sichtfeld, meine Damen und Herren von der Opposition, ist allerdings diesbezüglich reichlich getrübt. An die Richter hingegen möchte ich appellieren: Wir sind im letzten Jahr der Konsolidierung, und damit ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Durch die neuerliche Marscherleichterung ist das Licht am Ende des Tunnels sogar noch ein wenig heller geworden.

Alle Bereiche der Hansestadt sind von der unbedingt notwendigen Sparpolitik betroffen gewesen. Das kann nicht anders sein, wenn wir in Hamburg keine Berliner Verhältnisse haben wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

C Auch die Justiz kann dabei nicht ausgeschlossen bleiben. Ihre besondere Stellung als Garant der Rechtsgewährung und des Rechtsfriedens haben Senat und Bürgerschaft jedoch seit Beginn der Konsolidierung mit beachtet und berücksichtigt. Alle Statistiken und Ländervergleiche zeigen, daß Hamburg nicht nur gut mithält, sondern in manchen Bereichen vorn ist. Die Hamburger Justiz erfüllt ihre Aufgaben. Das ist die Wahrheit.

Mein Appell an alle Beteiligten: Kurs halten und die Konsolidierung verantwortbar gestalten, und dafür stehen wir im Dialog mit den Gerichten. Ihre Forderung dagegen, verehrte Kollegen von der CDU, das Personal an den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft um 10 Prozent aufzustoßen, ist nur eines, nämlich in höchstem Maße unseriös. Sie stellen hier einen ungedeckten Scheck aus. Ihre Parteikollegen in Berlin haben gerade vorexerziert, daß ohne verantwortliches Wirtschaften eine Stadt in schwerstes Fahrwasser kommt. Mit uns gibt es keine ungedeckten Schecks. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Wer stimmt dem Antrag aus der Drucksache 16/6327 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 64, Drucksache 16/6281: Zwischenbericht des Bau- und Verkehrsausschusses zum Thema Unfallschwerpunkte in Hamburg.

[Zwischenbericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksache 16/5600: Unfallschwerpunkte in Hamburg (CDU-Antrag) – Drucksache 16/6281 –]

D

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schmidt, bitte.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist gewissermaßen der Dank dafür, daß die CDU heute einen Regierungsantrag zur Debatte angemeldet hat. Also melden wir heute einen CDU-Antrag zur Debatte an.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieser CDU-Antrag ist im Bau- und Verkehrsausschuß diskutiert worden, und Sie haben den Bericht vorliegen. Interessant an dem Bericht ist nicht, was die Fraktionen oder die Abgeordneten gesagt haben, sondern was die Senatsvertreter vorgetragen haben. Daraus haben wir alle – und ich vermute, auch die CDU-Abgeordneten – einiges gelernt. Wir wissen jetzt, daß es auch in Hamburg eine sogenannte Unfallkommission gibt, in der alle wichtigen Informationen über das Verkehrsunfallgeschehen zusammenfließen und in der über die geeigneten Maßnahmen beraten wird, und zwar auch so, daß die Ergebnisse der Unfallkommission bis nach unten durchkommen und es auch von unten nach oben genügend Informationen gibt. Also gehe ich davon aus, daß hier weiter auf einem hohen Niveau gearbeitet wird. Das ist auch nötig, denn die Ergebnisse des letzten Verkehrsberichtes über das Jahr 2000 liegen jetzt vor, und die sind wichtig. Deswegen muß an dieser Stelle ein bißchen über die Unfallgeschehen des letzten Jahres geredet werden.

Die allerbeste Nachricht ist die, daß Hamburg bei der Zahl der Verkehrstoten den niedrigsten Stand erreicht hat, seitdem diese Zahlen erhoben werden. Wir haben im vorigen

(Rolf-Dieter Kloob SPD)

- A Jahr nur noch 41 Verkehrstote gehabt. Zum Vergleich: 1950 waren es 138 und 1970 waren es 379. Hamburg liegt damit einerseits im Trend, denn bundesweit gehen die schweren Verkehrsunfälle auch zurück, aber Hamburg liegt auch in diesem Trend mit seinen sehr niedrigen Zahlen vorne oder, besser gesagt, glücklicherweise weit hinten.

Noch ein Hamburger Vergleich: Die Zahl der Drogentoten in Hamburg ist mehr als doppelt so hoch im Jahr. Die Zahl der mit einiger Plausibilität zu berechnenden Toten, die durch Rauchen ums Leben kommen, ist ein mehrfaches dieser Zahl. Auch die, die durch Mord und Totschlag in dieser Stadt ums Leben kommen, sind mindestens mehr als doppelt soviel wie die Verkehrstoten.

Die Ursachen der Reduzierung der Verkehrstoten sind vielfältig und nicht nur positiv. Eine der Ursachen ist die Reduktion der innerstädtischen Geschwindigkeit durch die Anordnung von Tempo 30 in vielen Straßen seit 1982 und die seit 1993 erfolgte Rücknahme der Geschwindigkeit auf vielen Ausfallstraßen von Tempo 60 oder 70 auf Tempo 50, die von der Opposition immer wieder heftig angegriffen wird.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Von der CDU!)

Ein weiterer Grund ist zweifellos die Zunahme des Autoverkehrs, die den Autoverkehr insgesamt auch in Hamburg etwas verlangsamt hat, denn Hamburg war vor 20 Jahren eine sehr viel schnellere Autostadt als heute. Damals wurde man, wenn man mit Tempo 50 über die Elbbrücken fuhr, von der Polizei angehalten, doch bitte etwas schneller zu fahren. Das ist heute vorbei. Eine weitere Ursache ist die Verbesserung, aber gleichzeitig drastische Reduzierung der Überquerungsmöglichkeiten von Fußgängern an Straßen. Eine weitere Ursache ist die Verbesserung der medizinischen Versorgung von Opfern von Verkehrsunfällen, und gleichzeitig ist damit die Lebensdauer von Schwerverletzten oft so verlängert worden, daß sie nicht mehr, wenn sie dann doch noch sterben, in der Statistik für Verkehrsunfälle auftauchen.

B

Schließlich gibt es zahlreiche technische Verbesserungen an den Autos, und schließlich haben sich alle Menschen an die Autogesellschaft soweit gewöhnt, daß Alte und Kinder etwas besser dressiert sind als früher.

Aber die vorgelegte Statistik zeigt uns auch, daß es nach wie vor Unfallschwerpunkte gibt, wo viel zu tun ist. Ich greife zunächst Personengruppen heraus und dann geographische Dinge. Die Daten zeigen, daß Fußgänger und Radfahrer – und unter denen besonders Kinder und Alte, die freilich nur als Fußgänger – nach wie vor gefährlich leben, und zwar einerseits, weil sie noch nicht autogerecht dressiert oder dressierbar sind, und andererseits, weil Autofahrer oder -fahrerinnen immer wieder zuwenig Rücksicht auf Fußgänger und Radfahrer nehmen. Das können Sie sehr genau in dem Verkehrsbericht des Jahres 2000 nachlesen. Die Fußgängerunfälle haben sich im vergangenen Jahr vermehrt. Auch die Zahl der getöteten Fußgänger ist gestiegen. Betroffen von den Fußgängerunfällen sind hauptsächlich Kinder.

Der Bericht macht auch deutlich, daß es nicht ausreicht, die Schulwege der Kinder zu sichern. Kinder gibt es auch außerhalb der Schulwege. Wörtlich heißt es dort: Verkehrssicherheit darf sich also nicht auf den Schulweg beschränken. Daraus müßten eigentlich Schlußfolgerungen gezogen werden, die Mobilität von Kindern muß gefördert werden.

Die Zahl der verunglückten Radfahrer ist fast gleich geblieben mit weit überwiegendem Anteil von Kindern als Betroffene und Autofahrern als Verursacher. Was wir leider nicht haben, sind Daten zu der alten Streitfrage, ob Radfahrer auf Radwegen oder auf der Straße sicherer fahren.

C

Eine weitere aus dem Bericht deutlich hervortretende Personengruppe sind die jungen Autofahrer. Nach wie vor machen junge Leute – überwiegend Männer – in den ersten Jahren ihres Autofahrerglücks weit überproportional schwere Unfälle. Alle Appelle an die Fahrschulen, die Ausbildung der Kids zu verbessern, fruchten nicht. Deswegen ist es an der Zeit, die Fahrausbildung zu verändern. In einigen Bundesländern gibt es schon Versuche, bei denen das Autofahrenlernen eng an einen allgemeinen Verkehrsunterricht angekoppelt wird, der auch die ökologischen Aspekte des Autofahrens mit einbezieht. Wir finden, daß Hamburg in seinen Schulen da auch etwas tun muß.

Was die geographischen Unfallschwerpunkte anbelangt, so ist eines unverändert: Die meisten schweren Verkehrsunfälle passieren weder auf den Autobahnen noch in den Tempo-30-Zonen, sondern auf den durch Hamburg führenden Hauptverkehrsstraßen. Tempo-30-Straßen hingegen erfüllen nach wie vor die ihnen zugeordnete Funktion. Sie vermindern nicht die Zahl der Unfälle, aber verwandeln die Art der Unfälle von Blut zu Blech. Wer das auch in der Stresemannstraße wieder ändern will, der soll es nur laut sagen.

Der Polizeibericht macht schließlich auch deutlich, was der Senat im Ausschuß berichtet hat, nämlich wie beispielhaft an einigen Kreuzungen das Unfallgeschehen durch genaues Erforschen der Ursache reduziert wird.

Zusammenfassend kann man sagen: Hamburg ist und war bei der Unfallbekämpfung erfolgreich. Insbesondere ist der Rückgang der Zahl der Verkehrstoten außerordentlich. Das ist nicht nur, aber auch, auf die Verkehrspolitik zurückzuführen. Hamburg muß aber weiter große Anstrengungen unternehmen, um die Zahl der Verkehrsunfälle, besonders die mit schweren Personenschäden, zu reduzieren. Der Kampf für die weitere Senkung der Unfallzahlen muß aber auch immer ein Kampf für die Wiedergewinnung städtischen Lebensraums, besonders für Kinder und Alte, sein. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Polle.

Rolf Polle SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist neidlos zu begrüßen, daß auch die CDU sich um Verkehrsunfälle kümmert. Das ist eine Aufgabe für uns alle, daß wir das Leid der Menschen unserer Stadt im Straßenverkehr verringern wollen. Insofern ist es gut, daß auch gefordert wird, daß Unfallschwerpunkte entschärft werden, aber das macht der Senat bereits seit langem. Die Unfallkommission tagt. Mir wurde berichtet, daß sie gerade gestern wieder getagt hat. Sie hat gestern Kreuzungen besichtigt und ist dabei, eine Prioritätenliste aufzustellen beziehungsweise die vorhandene zu aktualisieren. Es passiert.

Herr Dr. Schmidt wies darauf hin, daß im Verkehrsbericht sehr anschaulich anhand von Beispielen deutlich gemacht wird, wie effektiv sich zum Beispiel die Polizei um die Entschärfung von Unfallschwerpunkten kümmert. Am Beispiel Julius-Vosseler-Straße wird das deutlich. Dort wurden zu

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A Anfang, nachdem sich Verkehrsunfälle, Auffahrunfälle, häuften, erst einmal als Sofortmaßnahme Warnschilder aufgestellt. Dann wurde ein Signalmast umgestellt, damit das nicht so überraschend kam, wenn die Ampel rot zeigte. Als nächstes wird die Asphaltdecke erneuert, aufgerauht, damit Autofahrer – wie das so schön im Bericht heißt – nicht mehr ausrutschen auf ihren Reifen.

So wird also ein Unfallschwerpunkt nach dem anderen entschärft, und wir sind sicher, daß dies auch weitergeht. Allerdings kann man nicht erwarten, daß die Zahl der Unfälle gegen Null geht, denn rücksichtslose und unachtsame Autofahrer wird es weiterhin geben. Das ist ein menschliches Verhalten, auf das man nur begrenzt einwirken kann. Außerdem steigt in Hamburg die Zahl der Fahrzeuge. Im letzten Jahr hat es 5,5 Prozent mehr gegeben; es sind jetzt 900 000. Wie Herr Dr. Schmidt zutreffend sagte, fährt man langsamer, weil der Verkehr dickflüssiger wird, und es gibt mehr Blebschäden statt Blut, und das ist auch sehr gut. Die GAL hat vor etwa zehn Jahren einen Antrag zur „Halbierung der schweren Verkehrsunfälle“ gestellt. Sie sind mehr als halbiert worden. Das hat Herr Dr. Schmidt – auch bezogen auf die Todesfälle – gut ausgeführt. Im letzten Jahr ist kein Kind umgekommen, und – was Herr Dr. Schmidt auch anführte – zur Stresemannstraße gibt es sehr Erfreuliches und Denkwürdiges zu berichten. Das 50-Kilometer-Stresemannstraße-Gebiet umfaßt 66 Prozent, das heißt zwei Drittel der Stresemannstraße. Auf einem Drittel der Stresemannstraße wird Tempo 30 gefahren. In diesem einem Drittel sind aber nur 24 Prozent der Verunglückten zu verzeichnen. 76 Prozent sind auf dem Tempo-50-Gebiet verunglückt. Wenn man jetzt einmal rechnerisch überlegt, was es bedeutet, aus Tempo 30 Tempo 50 zu machen, hätten sie 27 Verletzte mehr auf der Stresemannstraße. Wollen Sie das verantworten, wo Sie doch angeblich gegen Unfälle und Verunglückte etwas tun?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist doch unseriös!)

– Das können Sie nachrechnen, denn die Zahlen sind ganz offiziell.

Wir sagen: Verlangsamten des Tempos und nicht schneller fahren sorgt dafür, daß die Zahl der schweren Verkehrsunfälle zurückgeht. Wie Sie bei Ihrem Antrag deutlich machen, ist das auch Ihr Ziel. Wir hoffen also, daß Sie von Ihrem Irrweg abkommen, hier wieder den Verkehr in der Stadt beschleunigen zu wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schmidt, ich muß Ihnen leider bei einer Ihrer Abschiedsreden hier heftig widersprechen und Herrn Polle sowieso, und dies leider nur sehr kurz, weil wir nur noch wenig Redezeit haben.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Ich bedanke mich zum einen, daß Sie den CDU-Antrag angenommen haben, möchte aber auf Sie, Herr Polle, gleich antworten, da Sie gesagt haben, weniger Geschwindigkeit hieße automatisch auch weniger Unfälle. Ein von Ihrer Behörde in Auftrag gegebenes Gutachten hat ergeben, daß die Geschwindigkeitsrücknahme von 60 auf 50 auf den Hamburger Ausfallstraßen hinsichtlich der Unfälle nichts gebracht hat und absolut unnötig war. Sie haben da-

mit den Verkehr nur verlangsamt. Insofern bringt das alles nichts.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Zwischenbericht macht deutlich, daß dieses Parlament über einen Entwicklungsprozeß informiert wird, es aber noch gewaltig Defizite in der Verwaltung gibt. Wir haben einen Zwischenbericht gemacht, weil wir uns natürlich auch in der nächsten Legislatur damit beschäftigen müssen.

Dank gilt dem Institut für Straßenverkehr, das eigentlich Initiator für die Einführung von Unfallkommissionen – wie sie hier eben genannt wurden – in Deutschland ist und auf dessen Initiative Hamburg überhaupt erst tätig geworden ist, denn das, was Sie hier eben vorgegaukelt haben, Herr Dr. Schmidt und Herr Polle, stimmt nämlich nicht. Diese Unfallkommission, die Sie so kräftig loben, gibt es in Hamburg erst seit April dieses Jahres.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nein!)

Vorher wurde nur ausgebildet, Herr Dr. Schmidt, das ist so, und so steht es auch in diesem Bericht. Unfallkommissionen in anderen Städten, wie zum Beispiel München, arbeiten allerdings schon seit Jahren sehr, sehr aktiv und erfolgreich.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

In Hamburg, Herr Polle, findet das erst jetzt statt, und wir werden sehen, was diese Unfallkommission in Hamburg dann vorzulegen hat.

Im Zwischenbericht ist vom Senat darauf hingewiesen worden, daß bisher im jährlich erscheinenden Verkehrsbericht, der hier schon mehrfach genannt wurde, von der Polizei Hamburg Ursachen und ihre Vermeidbarkeit dargestellt würden. Ich persönlich habe sie in diesem Bericht vergebens gesucht. Was finden wir in diesem Bericht? Wir finden zum Beispiel, daß die Zahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent gestiegen sind.

Wir finden, daß bei den reinen Sachschadenunfällen – der besonders schweren Unfälle mit Sachschaden – sogar ein dreiprozentiger Anstieg zu verzeichnen ist. Auf Seite 34 dieses Verkehrsberichts, wo es eigentlich stehen müßte, suchen wir vergebens die Unfallursachen, aufgrund derer gezielte Maßnahmen hätten ergriffen werden können.

Meine Damen und Herren, bei diesem Bericht, den die Polizei herausgegeben hat, ist eigentlich nur die Seite 74 entscheidend zu lesen, denn das ist der politische Offenbarungseid. Ich möchte das zitieren.

„Neuerdings geht Hamburg dazu über, Verkehrssachbearbeiter in systematischer Unfalluntersuchung zu schulen. Eine zentrale Verkehrsunfall-Kommission, an der auch Vertreter der Baubehörde mitwirken, soll dazu beitragen, daß bei der Verkehrsunfallbekämpfung die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Erst die systematische, vergleichende Auswertung der gemeldeten Unfallbrennpunkte durch Heranziehung der zugrundeliegenden Unfallakten mit Zeugnisausagen und Tatortbeschreibung, durch Inaugenscheinahme des Unfallortes mit seinen Verkehrsabläufen, seiner baulichen Ausgestaltung und der zur Unfallzeit aufgeschalteten Signalprogramme in Verbindung mit der Fertigung eines Kollisionsdiagramms ermöglichen eine qualifizierte Unfallanalyse.“

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A Wenn man das liest, lese ich das, was in unserem Antrag steht. Ich frage mich, wie es vor April 2001 war, als diese Unfallkommission noch nicht gearbeitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde jetzt auch noch gern auf Seite 78 des Berichts eingehen, denn dort steht noch etwas zu den Radfahrern, die Sie eben erwähnt haben, daß nämlich gerade Radfahrer sehr uneinsichtig sind. Ich könnte dazu diverse CDU-Initiativen erwähnen, aber leider fehlt mir die Zeit dazu. Vielleicht können wir das zu einem anderen Zeitpunkt diskutieren.

Festzustellen bleibt für uns als CDU abschließend, daß mit einer richtigen Strategie in diesem Bereich viel menschliches Leid vermieden werden könnte. Die Politik muß sich überlegen, ob sie bereit ist, hierfür auch ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen. Die Unfallkommission steht am Anfang ihrer Arbeit, nämlich seit April 2001, Herr Dr. Schmidt. Wir werden sie beobachten und uns in der nächsten Legislatur weiterhin der Unfallschwerpunkte in Hamburg annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen. Das hat sie damit getan.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf, Mitteilung des Senats zum Thema Qualitative Weiterentwicklung der Hamburger Grundschulen und Standardsicherung im Hamburger Schulwesen.

[Senatsmitteilung:

- B **Qualitative Weiterentwicklung der Hamburger Grundschulen und Standardsicherung im Hamburger Schulwesen – Drucksache 16/6144 –]**

Auf die Debatte wird einvernehmlich verzichtet. Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen. Das hat sie getan.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 78 auf, Drucksache 16/6186, Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Verkehrskonzept „Arena/Volksparkstadion“.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verkehrskonzept „Arena/Volksparkstadion“
– Drucksache 16/6186 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Roock hat es.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie noch einen Augenblick ruhig sind, kommen wir relativ schnell zum Ende. Ich werde mich in der gebotenen Kürze fassen ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich einmal auch für Sie um Ruhe bitten; ich denke, dann geht es alles schneller.

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Danke schön, Herr Präsident. Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß die CDU-Fraktion die anstehende Realisierung des Projektes Arena nach jahrzehntelanger Standortdiskussion außerordentlich begrüßt. Wir haben im

Plenum und in den Fachausschüssen immer wieder deutlich gemacht, daß wir die Arena wollen, weil sie für Hamburg wichtig und richtig ist.

C

Allerdings haben wir auch immer wieder die notwendigen Rahmenbedingungen, ein schlüssiges Finanzierungs- und Betreiberkonzept sowie ein tragfähiges Verkehrskonzept eingefordert. Letzteres, das vom Senat vorgesehene Verkehrskonzept, ist für uns und die betroffene Bevölkerung völlig unzureichend.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt hinsichtlich des Verkehrskonzeptes bekanntlich große Akzeptanzprobleme bei den Bürgern. Dies gilt insbesondere für die Anwohner in Bahrenfeld, Lurup, Stellingen und Eidelstedt. Das muß Ihnen, Herr Schmidt, und dem Wirtschaftssenator auf Ihrer Parteiveranstaltung am 25. Juni 2001 im Volksparkstadion doch auch deutlich geworden sein.

Wesentliche Kritikpunkte sind nach wie vor die mangelnde Anbindung an den ÖPNV, zu wenig Stellplätze, ein fehlendes Parkhaus, eine fehlende Anbindung des Parkplatzes Rot über den Vorhornweg und der in diesem Zusammenhang geforderte vierspurige Ausbau der Elbgaustraße.

Diese Forderungen sind bereits seit 1997 von den Bürgern vor Ort in einer Anhörung erhoben worden. Herr Schmidt, Sie wissen das, und nach meiner Kenntnis waren Sie damals auch zugegen. Eingang in das Verkehrskonzept haben diese Forderungen der Bürger jedoch nicht gefunden. Die Anwohner im Umfeld des Stadions ertragen seit vielen Jahren die Belästigungen durch Verkehr, Lärm, Dreck und zugeparkte Grundstücke. Daher ist eine bessere Anbindung des ÖPNV und die Ausweisung von ausreichenden Stellplätzen längst überfällig.

D

Es müßte eigentlich für jeden erkennbar sein, daß sich die Probleme vor Ort durch den Bau der Arena noch verstärken werden. Schaut man sich die Senatsdrucksache an, ist festzustellen, daß circa 6000 Stellplätze fehlen, die baurechtlich hergestellt werden müßten. Die Folge wird ein vermehrter Parkdruck in den umliegenden Wohngebieten sein und somit weitere Einschränkungen und Belästigungen für die Anwohner bedeuten.

Wir haben zuletzt im Mai 2000 einen Antrag in diesem Hause beschlossen mit dem Ziel, den ÖPNV-Anteil beim Besuch des Stadions und der Arena zu erhöhen. Diese Forderung findet im Verkehrskonzept keine Beachtung. Die Haltestellen von Bus und Bahn sind circa eineinhalb Kilometer bis einen Kilometer vom Stadion und der Arena entfernt und somit auch wenig attraktiv.

Daher ist eine – ich betone das ausdrücklich – *eine* unserer Forderungen, die Zuwegung von dem einzigen auf Massenbetrieb ausgelegten S-Bahnhof Stellingen attraktiver zu gestalten. Die Lösung, die wir vorschlagen, ist ein Transportmittel, der sogenannte Skywalk – für die Bezeichnung selbst kann ich nichts, denn ich habe sie nicht erfunden –, der Besuchermassen von ausreichender Kapazität vom S-Bahnhof Stellingen zu den Veranstaltungsorten und zurück transportieren kann. Wer sich überzeugen möchte, daß so etwas funktioniert, der besuche die Hannover-Messe. Dort gibt es zwei Varianten. Die eine führt vom Messebahnhof-Laatzen auf das Messegelände, und die andere bindet die Parkplätze an. Die Vorteile einer besseren Anbindung des S-Bahnhofs Stellingen liegen auf der Hand: Entlastung der Bewohner im Umfeld des Stadions und der Arena durch Reduzierung des Parkdrucks,

(Hans-Detlef Roock CDU)

- A Umweltgesichtspunkte, Besucher gelangen trockenen Fußes in die Arena und das Stadion und ein zeitlich überschaubares Planverfahren, weil die Anbindung ausschließlich über öffentlichen Grund verläuft.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Nein.

Sie wäre kurzfristig machbar und mit 75 Prozent Bundesmitteln finanzierbar. Hamburg müßte also nur 25 Prozent der Kosten tragen. Ein weiterer Vorteil wäre die großräumige Entlastung des Straßennetzes und eine städtebauliche Aufwertung, die einer Metropole tatsächlich gerecht wird.

Im Zusammenhang mit der von mir genannten städtebaulichen Aufwertung zitiere ich Ihren Ersten Bürgermeister, der bei der Grundsteinlegung der Arena folgendes sagte:

„Mit der Arena wird schon in gut einem Jahr ein dem internationalen Standard entsprechender Veranstaltungsort in Hamburg zur Verfügung stehen.“

Wenn ich mir dann aber den S-Bahnhof Stellingen, das nähere Umfeld, den schlimmen Zustand im Tunnel und der Zuwegung zum Stadion ansehe, ist das alles andere als internationaler Standard. Besucher, die dort ankommen, gewinnen den Eindruck, auf irgendeinem Provinzbahnhof gelandet zu sein. Insofern ist eine städtebauliche Aufwertung im Hinblick auf nationale und internationale Veranstaltungen dringend geboten. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß wir im Jahr 2006 in Deutschland die Fußballweltmeisterschaft haben werden.

- B Wir haben ein Super-Fußballstadion, bekommen eine tolle Arena, aber die Anbindung über den S-Bahnhof Stellingen ist für internationale Veranstaltungen eine Zumutung und keine wirkliche Vorzeigeadresse Hamburgs.

Wir werden den Senat, insbesondere im Hinblick auf das Verkehrskonzept, nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Es reicht uns auch nicht aus, die Bürgerproteste durch den Planungsausschuß des Bezirks abzuwettern, während der Senat abtaucht. Daher werden wir den Senat immer wieder auffordern, das Verkehrskonzept im Interesse der Anwohner und Hamburgs nachzubessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jürgen Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie sich den Antrag einmal ansehen, werden Sie feststellen, daß der Abgeordnete Roock gar nicht zum Inhalt gesprochen hat. In diesem Inhalt steht, daß eine Anhörung in Altona stattzufinden habe, und genau das tritt in der nächsten Woche ein. Da Sie das schon bei Antragstellung wußten – der Vorsitzende im Stadtplanungsausschuß in Altona ist Herr Szczesny, Ihr Parteimitglied –, ist dieser Antrag allemal überflüssig. Das einmal vorweg.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit – es ist doch eher selten, daß wir um 22.10 Uhr noch Redebeiträge hören – möchte ich zu Ihrem Highlight kommen, dem „Skywalk“. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus. Sie nennen dazu das Beispiel Expo Hannover, man kann es auch in Frankfurt am Flughafen besichtigen. Haben Sie schon einmal darüber

nachgedacht, daß so ein „Skywalk“ dort tatsächlich in Permanenz genutzt wird? Das würde doch bei einer Nutzung im Volkspark-Stadion gar nicht möglich sein. Es gibt mit der Arena zusammen zwei bis drei Veranstaltungen in der Woche. Und dieses Ding soll 70 Millionen DM kosten; da kann man nur den Kopf schütteln.

Und nun kommt wirklich die Krönung: Dieses soll – so die Auffassung der CDU – aus öffentlichen Geldern bezahlt werden. Wir haben vorhin von Ihnen gehört, was notwendig ist: Die Zahl der Richter und der Polizei muß verstärkt werden, das macht eine Summe von glatt 700 Millionen DM. Des weiteren das St. Georg-Konzept, es kostet 80 Millionen DM. So ein populistischer Antrag wie dieser hier, für weitere 70 Millionen DM, ist Schwachsinn. – Dafür bedanken sich die Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich sehe eine weitere Wortmeldung, Herr Dr. Schmidt bekommt das Wort. Sie haben noch maximal 14 Sekunden Redezeit.

Dr. Martin Schmidt GAL: Genau! Aber ich dachte mir, wenn ein Schmidt schon so gut geredet hat, reicht das für heute abend.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 16/6186 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist unterbrochen und wird morgen fortgesetzt. Ich wünsche einen guten und sicheren Heimweg.

Schluß: 22.15 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Joachim Brinkmann, Sonja Deuter, Rolf-Rüdiger Forst, Michael Fuchs, Vera Jürs, Andreas Kühn, Sabine Steffen, Willi Witte.

(Jürgen Schmidt SPD)

A

C

B

D